Inhalt

Heft 1 | 2017

Schwerpunkt

Moderation:
Hanna Sommer

2 Reformation und Stadt – Ein einführender Überblick
Andreas Stegmann

6 Zentrierung und Vielstimmigkeit: Die Reformation der Reichsstadt Ulm
Susanne Schenk

13 Von einer evangelischen Stadt zur Stadt der religiösen Vielfalt – historische und aktuelle Daten zur Religionsentwicklung in Stuttgart
Ansgar Schmitz-Veltin

20 Stabilität und Wandel der Kirchenmitgliedschaft. Veränderungen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf der Basis kirchenstatistischer Daten
Peter Höhmann

27 Kirchen und ihre Daten – Christliche Großkirchen als Gegenstand der Statistik und Akteure im Feld der Datennutzung
Peter Höfflin und Claudia Schulz

Stadtforschung

34 Großstädte als Einkaufszentren – Positionierung des Einzelhandels zum Umland bei unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen
Werner Münzenmaier

48 Wiesbaden auf dem Weg zur Hochschulstadt? Die Hochschulstädte im Rhein-Main-Gebiet im Vergleich
Maximilian Brauch und Karl-Heinz Simon

Statistik und Informationsmanagement

53 Die Nutzung kommunalstatistischer Daten in der Stadtentwicklung
Tobias Fabian Schäfer

59 Vergleich von Kleinräumigen Gliederungen
Klaus Neudecker

Historie

72 „Vor allem aber muss die Stadt fühlen, dass sie ein Statistisches Bureau hat und was sie daran hat." Vor 150 Jahren begann die Geschichte der Leipziger Kommunalstatistik
Anett Müller

Entdeckt

76 Rezension:
Soziale Spaltungen in Berlin

77 Quellen:
Kirchliche Statistik

Andreas Stegmann

Reformation und Stadt – Ein einführender Überblick

Die Reformation, an deren Beginn vor 500 Jahren im Jubiläumsjahr 2017 erinnert wird, hängt eng mit der Blüte der Stadtkultur in der Umbruchphase vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit zusammen. Die Reformation entstand im städtischen Milieu, sie fand hier ihre ersten Sympathisanten und Unterstützer und in den Städten kam es zu ersten kirchlichen Veränderungen im Sinne der Reformation. Das Wittenberg Martin Luthers und das Zürich Ulrich Zwinglis sind zwei frühe Beispiele erfolgreicher Stadtreformation, an denen sich deren Grundmuster ablesen lassen.

Dr. Andreas Stegmann
Dipl.-Theologe, Privatdozent für Kirchengeschichte an der Theologische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Kirchen- und Theologiegeschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit sowie des 20. Jahrhunderts.
andreas.stegmann@staff.hu-berlin.de

Schlüsselwörter:
Martin Luther – Reformation – Ulrich Zwingli – Wittenberg – Zürich

Einleitung

„The German Reformation was an urban event." Diese knappe Formulierung des englischen Historikers A. G. Dickens weist auf ein Charakteristikum der deutschen Reformation hin: Der religiöse Umbruch des 16. Jahrhunderts, der so weitreichende politische, gesellschaftliche und kulturelle Folgen hatte, ging von den Städten aus und verwirklichte sich vor allem in den Städten.

Das Christentum war seit dem Beginn seiner Geschichte im 1. Jahrhundert eng mit der griechisch-römischen Stadtkultur verbunden. Der Siegeszug der jüdischen Messiassekte aus dem abgelegenen Palästina, das binnen dreier Jahrhunderte zu einer Weltreligion und zur Staatsreligion des römischen Reichs wurde, war nur möglich, weil es rund um das Mittelmeer eine Vielzahl von Städten gab, die unter dem Schutz des römischen Friedens standen und durch die hellenistische Kultur verbunden waren. In diesem Städtegeflecht breitete sich der christliche Glaube rasch aus, wobei er sich früh den örtlichen Gegebenheiten anpasste und sich für die lokale Kultur öffnete. Diese Anpassung war ein entscheidender Erfolgsfaktor und veränderte das Christentum auch selbst: Der im 2. und 3. Jahrhundert sich vollziehende Brückenschlag zur städtischen Lebens- und Bildungswelt der Antike brachte eine dem christlichen Glauben innewohnende intellektuelle und existentielle Potenz zum Vorschein, die bis heute ihre Prägekraft erweist.

Von den Städten aus fand das Christentum seinen Weg in die ländlichen Regionen und verbreitete sich allmählich auch in der Fläche: Im agrarisch geprägten Hinterland Kleinasiens oder Nordafrikas, in Italien oder Gallien und zuletzt auch hinein in den germanisch-slawischen Siedlungsbereich, wo es in der Antike überhaupt keine Städte gab. Die Städte waren für diese Ausbreitung des Christentums weiterhin wichtig, das Christentum war und blieb eng mit der Stadtkultur verbunden, ja die Christianisierung der Fläche bedeutete einen nicht zu unterschätzenden Zivilisationsschub, der der Stadtkultur neue Räume erschloss. Im östlichen Mittelmeerraum blühte die christliche Stadtkultur über fast anderthalb tausend Jahre hinweg, bis im 15. Jahrhundert die Reste des Byzantinischen Reichs von den Osmanen erobert wurden. Wo der Islam zur Herrschaft kam, knüpfte er an die christliche Stadtkultur an und übernahm deren Errungenschaften. Im westlichen Mittelmeerraum dagegen führten die Völkerwanderung und die aus ihnen entstehenden Herrschaftsbildungen der Germanen und

Slawen erst einmal zum Bedeutungsverlust der Städte. Erst im Laufe des Mittelalters gewannen die vorhandenen Städte hier neu an Bedeutung oder wurden im Zuge der zivilisatorischen Erschließung Mittel-, Nord- und Osteuropas überhaupt erst Städte gegründet.

Die deutsche Städtelandschaft um 1500

Um 1500 herum gab es im Deutschen Reich, das sich weiter erstreckte als die heutige Bundesrepublik Deutschland und mehr ein föderativ organisiertes Vielvölker- und Vielsprachengebilde als ein zentral regierter Nationalstaat war, etwa 3.000 Siedlungen mit Stadtrecht. Diese Zahl war am Ende des Mittelalters erreicht worden und sollte in der Folgezeit konstant bleiben. Die meisten dieser Städte waren klein und hatten kaum mehr als einige hundert Einwohner, die im Schutz einer Mauer ihre bescheidenen Häuser rund um Rathaus und Pfarrkirche gebaut hatten. Nur etwa 5 % der Städte hatten mehrere tausend Einwohner, und die Großstädte mit 20.000 bis 40.000 Einwohnern lassen sich an zwei Händen abzählen (z. B. Köln, Augsburg, Erfurt, Nürnberg oder Danzig). Solche Einwohnerzahlen lassen sich allerdings nur unter Vorbehalt und näherungsweise angeben, gibt es doch keine verlässliche Methode, für das 16. Jahrhundert Bevölkerungszahlen zu errechnen. Politisch waren die Städte mehr oder minder autonom: Sie regierten sich selbst, wobei die Macht oftmals in den Händen einer nur schmalen Führungsschicht lag, die in den städtischen Gremien dominierte und die Bürgermeister stellte. Allerdings war die Ratsoligarchie nicht unangefochten, denn in vielen Städten konnten weitere Gruppen, etwa die Handwerkerzünfte, Mitbestimmungsrechte durchsetzen. Und die Stadtbevölkerung hatte unterschiedliche Möglichkeiten, Einfluss auf die städtische Politik zu nehmen, nicht zuletzt durch die immer wieder aufflackernden städtischen Unruhen. Wenn man heute die spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Stadt als *Stadtrepublik* bezeichnet, ist das heute zwar missverständlich, aber nicht falsch.

In der Regel waren die Städte Teil eines Territoriums, waren also der Regierungsgewalt eines Fürsten unterworfen. Einige Städte aber hatten keinen Territorialherrscher über sich, sondern waren „reichsunmittelbar": die *Reichsstädte*, die nur Kaiser und Reichstag unterstanden, und selbst kleinere oder größere Territorialherrschaften aufbauten (z. B. Nürnberg). Zu ihnen kann man auch die *freien Städte* zählen, die sich im Laufe des späten Mittelalters dem Einfluss ihres – zumeist geistlichen – Landesherrn entzogen hatten und wie Reichsstädte agierten (z. B. Straßburg). Die größeren Reichsstädte und freien Städte, die vor allem in den ökonomisch prosperierenden Regionen im Südwesten des Reichs und an den Küsten lagen, hatten großen Einfluss auf die Reichspolitik. Auch wenn Deutschland ein weithin agrarisches Land war – 90 % der Bevölkerung gehörten dem Bauernstand an – und der Adel die politische Macht in den Territorien in Händen hatte, so hatten die Reichsstädte und freien Städte dank ihrer ökonomischen und kulturellen Potenz ein gemessen an der Bevölkerung weit überproportionales Gewicht im politischen Gefüge des Reichs.

Zu Beginn des Reformationsjahrhunderts war in den städtischen Siedlungen des Reichs eine neue Stadtkultur zur Blüte gekommen. Die Städte waren „die eigentlichen Lebenszentren Deutschlands", „hier und im Grunde nur hier (hatten) Gewerbe und Handel, Wohlstand und Kultur, Kunst und Bildung ihren Sitz", „(h)ier war das Geld zu finden, hier wurden Kirchen und Rathäuser gebaut und Baumeister, Maler und Bildschnitzer beherbergt und beschäftigt, hier wurden die Bücher ausgedacht und hergestellt" (Moeller [1999], 25). Diese Stadtkultur war stark religiös geprägt. Die spätmittelalterliche Stadtgesellschaft verstand sich als christliche Gemeinschaft: Alle Einwohner bekannten sich zum christlichen Glauben und praktizierten eine intensive gemeinschaftliche und persönliche Frömmigkeit. Die „Sakraltopographie" – also die Gesamtheit der kirchlichen und religiösen Einrichtungen einer Stadt – belegt das eindrücklich: Es gab Pfarrkirchen, Hospitäler, Bettelordenskonvente, Kapellen, Bruderschaftshäuser, Termineien (Niederlassungen auswärtiger Klöster) oder Beginenhäuser; der städtische Raum war mit religiösen Symbolen durchsetzt und religiöse Praktiken waren allgegenwärtig. Kurz gesagt: Die spätmittelalterliche Stadt war von und für Religion bestimmter Ort.

Wittenberg als Beispiel der frühen Stadtreformation

Dass die Reformation als religiöse Erneuerungsbewegung ihren Ausgangspunkt in Städten hatte, kann angesichts der Bedeutsamkeit der Religion für das städtische Leben nicht verwundern. Die spätmittelalterliche Frömmigkeitsblüte, die sich vor allem in den Städten zeigte, war die Voraussetzung für die Reformation, die in vielem an spätmittelalterliche Reformströmungen anknüpfen konnte, diese aber mit ihrem Rückgriff auf das Neue Testament überbot und ablöste. Das erste Zentrum der frühen Reformation war die kursächsische Residenzstadt Wittenberg. Hier lehrte an der 1502 gegründeten Universität (der „Leucorea") der Augustinereremit Martin Luther. Luther war in der städtischen Kultur groß geworden: Geboren in der mansfeldischen Bergbaumetropole Eisleben hatte er Kindheit und Jugend in der etwas kleineren, aber nicht weniger prosperierenden Bergbaustadt Mansfeld verbracht. Schule und Studium führten ihn nacheinander in bedeutende Städte des mitteldeutschen Raums: Magdeburg, Eisenach und Erfurt. 1505 schloss er sich einem der im städtischen Milieu beheimateten Bettelorden – den Augustinereremiten – an, zu deren Aufgaben Predigt und Seelsorge für die Stadtbevölkerung gehörten und die zu diesem Zweck den Ordensbrüdern eine gründliche theologische Ausbildung zuteilwerden ließen. Luther durchlief den Ausbildungsgang seines Ordens und stieg bis 1511 zum Professor an der Wittenberger Universität auf.

Während seiner frühen Wittenberger Lehrtätigkeit – zwischen 1511 und 1520 – entwickelte Luther eine neuartige Theologie, die angeregt von der spätmittelalterlichen Frömmigkeitstheologie und dem aufkommenden Humanismus auf das Neue Testament zurückgriff und die auf eine grundlegende Erneuerung der Kirche hinauslief. Seit dem Ablassstreit 1517/18 wurde eine breitere Öffentlichkeit auf Luther aufmerksam. Seit mehr als 50 Jahren hatten sich in den deutschen Städten Druckwerkstätten etabliert, die mit dem Auftreten Luthers eine neue Produktlinie entwickelten: die Flugschrif-

ten. Diese kurzen und prägnanten Texte in der Volkssprache, in den Jahren um 1520 vielfach von Luther verfasst, wurden zigtausendfach gedruckt und fanden ein breites Publikum. Vor allem in den Städten beförderten sie die Entstehung einer *reformatorischen Öffentlichkeit*. Obwohl nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lesekundig – und auch nur ein Teil davon schreibkundig – war, verbreiteten sich Luthers Kirchenkritik und Reformprogramm: Flugschriften wurden vorgelesen, durch Mund-zu-Mund-Propaganda verbreiteten sich ihre Inhalte, es trat ergänzend eine reformatorische Bildpublizistik hinzu und schon bald verbreiteten sich die neuen Ideen im Medium des Liedes.

Das erste städtische Gemeinwesen, in dem sich aus der reformatorischen Öffentlichkeit eine reformatorische Bewegung entwickelte, die religiöse Reformen nicht mehr nur diskutierte, sondern auch einforderte und durchsetzte, war Luthers Wittenberg. Während Luther nach dem Wormser Reichstag 1521 für fast ein Jahr auf der Wartburg versteckt gehalten wurde, um ihn vor der Exekution der Reichsacht zu schützen, kam in Wittenberg eine unaufhaltsame Entwicklung in Gang: Stadtbürger und Studenten warben für eine Erneuerung der Kirche, Mönche verließen die Konvente, es gab Attacken gegen papsttreue Kleriker, Universitätsdozenten preschten mit Neuerungen wie dem evangelischen Abendmahl vor und der städtische Rat sympathisierte mit der Reformation. Indem sich das Reformbegehren von unten mit Reformsympathien in den Reihen der städtischen Obrigkeit verband, kam es zur Stadtreformation: Das städtische Gemeinwesen beanspruchte angesichts des Versagens der kirchlichen Autoritäten das Recht, die religiöse Praxis vor Ort zu reformieren, und ergriff in Zusammenarbeit mit der reformatorischen Basisbewegung erste Maßnahmen. So wurde Anfang 1522 in Wittenberg eine neue städtische Kirchenordnung erlassen, die zwar auch Punkte wie den Umgang mit den kirchlichen Bildern oder dem Meßgottesdienst regelte, vor allem das kirchliche Finanzwesen neu ordnete. Denn ohne solide Kirchenfinanzen, war an Reformen nicht zu denken – und der durch Luther angestoßene religiöse Umbruch hatte die Kirchenfinanzen bereits merklich durcheinandergebracht. Auf die Kirchenordnung folgte ein allmählicher Umbau der kirchlichen Strukturen in Wittenberg, der binnen weniger Jahre ein neuartiges evangelischen Kirchenwesen entstehen ließ, das vorbildhaft für die ganze Reformation wurde: Das gottesdienstliche Leben wurde umgestaltet, das kirchliche Personal ausgetauscht, die Kirchengebäude den neuen Erfordernissen angepasst, die kirchliche Unterweisung neu strukturiert, die Armenfürsorge reformiert und der kirchliche Anspruch auf Durchdringung des persönlichen und gemeinschaftlichen Lebens in neuer Weise zur Geltung gebracht.

Die territoriale Obrigkeit Kursachsens übrigens, in deren Hand die religionspolitische Verantwortung letztlich lag, ließ die Reformation von unten gewähren. Sie griff zwar immer wieder ein, aber nur, um die entfesselten Energien zu kanalisieren und eine gewisse Einheitlichkeit der Reformation im ganzen Territorium zu sichern. Seit dem Ende der 1520er Jahre sorgten territoriale Kirchenordnungen, regelmäßige Visitationen, feste Aufsichtsämter (Superintendenten) und zentrale Behörden (Konsistorien) dafür, dass sich aus dem Nebeneinander der lokalen Reformationen evangelische Landeskirchen entwickelten, in denen die Letztverantwortung bei der Territorialobrigkeit lag (Landesherrliches Kirchenregiment). Trotz dieser Vereinheitlichung verwalteten sich die Kirchengemeinden in Abstimmung mit den lokalen Obrigkeiten immer noch selbst und konnten den von den territorialen Ordnungen gesteckten Rahmen relativ frei ausgestalten. Diese Freiheit wurde gerade in den Städten genutzt, wo eine selbstbewusste Stadtbürgerschaft Verantwortung für das religiöse Leben übernahm.

Zürich als Beispiel der frühen Stadtreformation

Das zweite frühe Zentrum der Stadtreformation war Zürich. Hier wirkte seit 1519 Ulrich Zwingli als „Leutpriester" (d. h. als für die Gemeindearbeit zuständiger Geistlicher). Durch den Humanismus auf den kirchlichen Reformbedarf aufmerksam gemacht und durch die Beschäftigung mit der Bibel Reformvorschläge entwickelnd nahm Zwingli bald schon Ideen Luthers auf und formte aus diesen unterschiedlichen Einflüssen ein eigenes Programm. Die Reformation in Zürich begann mit Zwinglis biblischen Reformpredigten von der Zürcher Großmünsterkanzel. Im späten Mittelalter hatten immer mehr Bürgerschaften Prädikaturen gestiftet, d. h. Stellen für Prediger, der Hauptaufgabe es war, regelmäßig zu predigen und die Gemeinde zu unterweisen. In den Städten hatte die kirchliche Basis ein großes Interesse an umfassender religiöser Versorgung, die nicht mehr nur durch die Pfarrgeistlichkeit und die Bettelordenskonvente geleistet werden konnte. Die kirchliche Hierarchie kam diesem Begehren entgegen, indem sie Geistliche anstellte, die akademisch gebildet und ausgewiesene Prediger waren. So kam auch Zwingli ans Zürcher Großmünster: als humanistisch gebildeter kirchlicher Praktiker, der der Zürcher Großmünstergemeinde geben konnte, wonach sie verlangte.

Bis zur Fastenzeit 1522 beschränkte sich Zwingli auf die Werbung für seine Ideen durch Predigten. Dann aber begann er auf tatsächliche Veränderungen zu dringen. Mittlerweile hatte er eine Gruppe von Sympathisanten um sich gesammelt, zu denen auch Mitglieder der städtischen Führungsschicht gehörten. Bei einem von ihnen, dem Drucker und Verleger Christoph Froschauer, traf sich am 9. März 1522 eine Gruppe von 12 Gästen, die mitten in der Fastenzeit beim Abendessen zwei Würste verspeiste – als Zeichen der christlichen Freiheit, die die kirchlichen Fastengebote außer Kraft setze. Das war der Auftakt für eine furiose Kampagne Zwinglis, rasche und radikale religiöse Reformen durchzusetzen. Der entscheidende Durchbruch waren zwei vom Zürcher Rat organisierte Disputationen 1523, in denen Zwingli seine Reformforderungen präsentierte und Rat und Bürgerschaft auf seine Seite zog. Der Rat beschloss anschließend, Zwinglis Reformprogramm schrittweise umzusetzen und das städtische Kirchenwesen umfassend umzugestalten. Obwohl Zwingli als Reformator Zürichs eine Schlüsselrolle im Prozess der reformatorischen Umgestaltung spielte, war doch der städtische Rat letztlich die entscheidende Instanz. Auch hier in der Deutschschweiz konnte die weltliche Obrigkeit ihre religionspolitische Kompetenz entscheidend ausbauen und mancherorts – etwa in Bern – ein staatskirchliches System

der Kirchenaufsicht etablieren. In der Zusammenarbeit von reformatorischen Predigern und für die Reformation gewonnenen Stadtobrigkeiten setzte sich die Reformation in der Eidgenossenschaft in den meisten Städten und von Städten beherrschten Regionen durch. Die ländlichen Regionen dagegen verschlossen sich mehrheitlich der Reformation und blieben der Papstkirche treu.

Das besondere Profil der städtischen Reformation

Wo immer die Reformation in den 1520er und 1530er Jahren in den Städten Fuß fasste, verlief die kirchliche Erneuerung ähnlich. Neben Luthers Wittenberg und Zwinglis Zürich ließen sich auch Martin Butzers Straßburg oder Andreas Osianders Nürnberg und andere Beispiele nennen. Die süddeutschen Reichs- und freien Städte sowie die norddeutschen Hansestädte waren Zentren der frühen Reformation, die keine geringere Bedeutung für die Reformationsgeschichte haben als führende Territorien wie das Kurfürstentum Sachsen oder die Landgrafschaft Hessen. Ja, diese Städte waren Vorreiter und Laboratorien der Erneuerung, die dank des besonderen Profils der städtischen Reformation die weitere Entwicklung entscheidend mitbestimmten.

Das besondere Profil der städtischen Reformation in Deutschland und der Deutschschweiz hängt eng mit ihren politischen und soziologischen Voraussetzungen zusammen: Eine Stadt – das war eine überschaubare Gemeinschaft von Menschen, die sich alle zugleich als Teil des weltlichen Gemeinwesens und als Glieder der Kirchengemeinde verstanden. Die Stadtbürger waren, obwohl sie unterschiedlichen sozioökonomischen Schichten mit unterschiedlich weitgehenden Mitwirkungsrechten angehörten, durch ein Bewusstsein der religiösen Zusammengehörigkeit und der gemeinschaftlichen Verantwortung für die Gestaltung von Gesellschaft und Kirche verbunden. Städte waren Diskursräume, in denen es das Bedürfnis nach Austausch gab und dieser Austausch durch Bildungswesen, Buchdruck und korporative Zusammenschlüsse – von der Handwerkerzunft bis zur Universität – befördert wurde. In den Städten wurden nicht nur Kirchenkritik und Reformforderungen artikuliert und verbreitet, sondern sie fanden hier auch Gehör und Unterstützer und führten dank des Bündnisses von Reformationssympathisanten in Kirche und Obrigkeit bald zu praktischen Konsequenzen. Die Städte waren ein einzigartiger Kommunikations- und Aktionsraum, der dank seiner Kompaktheit Diskussion- und Entscheidungsprozesse verdichtete und beschleunigte und der Reformation so zum Durchbruch verhalf. Dank der Blüte der deutschen Stadtkultur in der Übergangsphase vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit war die Reformation in Deutschland tatsächlich ein „urban event".

Literatur

Berndt Hamm: Bürgertum und Glaube. Konturen der städtischen Reformation, Göttingen 1996

Natalie Krentz: Ritualwandel und Deutungshoheit. Die frühe Reformation in der Residenzstadt Wittenberg (1500–1533), Tübingen 2014

Bernd Moeller: Deutschland im Zeitalter der Reformation, Göttingen [4]1999

Bernd Moeller: Reichsstadt und Reformation, Tübingen 2011

Susanne Schenk

Zentrierung und Vielstimmigkeit: Die Reformation der Reichsstadt Ulm

Die Stadt Ulm hat sich für das Reformationsjahr ein eigenes Logo gegeben, das seit dem 31. Oktober 2016 bis zum 31. Oktober 2017 auf den Briefbögen und -umschlägen sowie den E-Mails der Stadt zu sehen ist. Es zeigt vier unterschiedlich geformte und gefärbte Flächen, die sich zur Silhouette des Münsterturms zusammenfügen; ein geschwungenes Kreuz eröffnet ihren Raum und verbindet sie miteinander. Ergänzt wird das Bild durch die Worte „Vielstimmigkeit. 500 Jahre Reformation". Mit diesem Logo zeigt die Stadt, dass sie das Jubiläum 2017 als Anlass begreift, die Reformation als bedeutende Entwicklungsphase ihres Gemeinwesens zu reflektieren. Dabei heben Bild und Wort des Logos zwei Charakteristika der Ulmer Reformation hervor: Zentrierung und Vielstimmigkeit.

Dr. Susanne Schenk
Kirchenhistorikerin und Pfarrerin der Ev. Landeskirche in Württemberg, seit 2015 beauftragt mit der Erforschung der Ulmer Reformationsgeschichte im Rahmen des von Ev. Kirche und Stadt Ulm gemeinsam getragenen Projekts zum Reformationsgedenken 2017
susanne.schenk@uni-tuebingen.de

Schlüsselwörter:
Kirche – Religion – Reformation – Stadtentwicklung – Ulm

Die Turmsilhouette bringt das Ulmer Münster in den Blick, damals die größte Pfarrkirche nördlich der Alpen und heute die Kirche mit dem höchsten Kirchturm der Welt. Heute wie damals bestimmt das Münster vom Zentrum aus das Stadtbild und dient den Ulmerinnen und Ulmern auch unabhängig von Konfession oder Religion als Identifikationszeichen ihrer Stadt. Die Geschichte gibt der Ulmer Bürgerschaft hier auf besondere Weise Recht. Denn im Unterschied zu manch anderem Gotteshaus ähnlicher Größenordnung ist das Ulmer Münster schon von seinem Ursprung her eine Bürgerkirche. Kein Bischof oder Fürst hat diese Kirche gebaut, sie entstand vielmehr von der Grundsteinlegung im 14. bis zur Fertigstellung des Turmes im 19. Jahrhundert als Projekt der Ulmer Bürgerinnen und Bürger. Auch die Reformation wurde in Ulm maßgeblich von der Bürgerschaft vorangetrieben und verantwortet (I). Eine ihrer Haupttendenzen war die Zentrierung wichtiger gesellschaftlicher Vollzüge, die sich deutlich auf das Stadtbild auswirkte (II).

Durch den Begriff der „Vielstimmigkeit" rückt das Stadtlogo 2017 ein Charakteristikum der Ulmer Reformationsgeschichte in den Vordergrund, das lange Zeit eher als deren Defizit betrachtet wurde: Die 1520er bis 1540er Jahre zeichnen sich hier durch eine vergleichsweise große religiöse Vielfalt aus. Denn im Unterschied zu anderen Reichsstädten hat Ulm in dieser Zeit nicht den einen, tonangebenden Reformator hervorgebracht, der für eine theologisch einheitliche Orientierung der Reformation in der Stadt gesorgt hätte. Hier fanden vielmehr diverse Stimmen der reformatorischen Bewegung langanhaltende Resonanz – auch solche, die in anderen reformatorischen Herrschaften schon bald ausgegrenzt wurden. Daneben blieben nicht wenige Menschen der Römischen Kirche verbunden. Diese Vielstimmigkeit führte zu einer neuen religiösen „Bespielung" von Bürgerhäusern und öffentlichen Räumen sowie zu einer verstärkten Mobilität zwischen Stadt und Land (III).

I. Die Anfänge der Ulmer Reformation[1]

In den 1520er Jahren entstand in Ulm eine reformatorische Bewegung, die in Bürgerhäusern ihren Anfang nahm, sich im Klosterkontext fortsetzte und schließlich mit dem Münster das Zentrum der Stadt erreichte (a). Die rechtliche Grundlage für die Umgestaltung der Stadt in ein reformatorisches Gemeinwesen bildete der Bürgerentscheid von 1530 (b).

a) Reformation als Bürgerbewegung (Abbildung 1)

Der Stadtarzt Wolfgang Rychard (1484–1544) gilt als einer der ersten, der in Ulm die reformatorischen Impulse aus Wittenberg verbreitete. Er sah mit dem Auftreten Martin Luthers eine neue Zeit angebrochen und kommunizierte dessen Ideen über den humanistischen Zirkel, der sich in seinem Haus traf. Die erste Ulmer Kirche, in der reformatorisch gepredigt wurde, war die Barfüßerkirche. Hier wirkten in den Jahren 1521–1522 nacheinander zwei Franziskanerbrüder, die das Evangelium reformatorisch auslegten und scharfe Kirchenkritik übten. Beide mussten jeweils nach wenigen Monaten die Stadt verlassen. Doch nun machten sich immer mehr Bürger das Anliegen der Reformation zu eigen. Im Mai 1524 traten ein Patrizier und drei prominente Handwerker im Namen der Bürgerschaft vor den Rat der Stadt und trugen ihre auch schriftlich niedergelegte „Supplication"[2] vor: Sie forderten, da die Predigt in der Stadt nicht dem Evangelium gemäß sei, der Rat möge ihnen „vätterlich, brüderlich, christlich gönnen, einen den andern weisen die wort Jesu Christi"[3]. Der Rat reagierte darauf, indem er keinen Monat später den reformatorisch gesinnten Konrad Sam (1483–1533)[4] zum Ratsprediger bestellte und ihm die Barfüßerkirche als Predigtort zuwies. Als es zwischen Sam und den altgläubigen Theologen der Stadt zu heftigen Auseinandersetzungen kam, intervenierten wieder Ulmer Bürger zugunsten der Reformation: Eine Abordnung von sechs Zunftvertretern legte dem Rat eine Klageschrift vor, in der sie Aussagen des Dominikaners Peter Hutz, der als Hauptgegner Sams auftrat, mit Argumenten der Schrift widersprach.[5] Schließlich musste Hutz weichen. Sam dagegen erhielt immer größeren Zulauf, so dass die Barfüßerkirche seine Hörerschaft nicht mehr fassen konnte und der Rat sich genötigt sah, den Ratsprediger ins Münster umziehen zu lassen. So war 1526 die reformatorische Predigt im Zentrum der Stadt angekommen.

Abbildung 1: *Der westliche Münsterplatz mit der ehemaligen Franziskanerkirche (Barfüßerkirche). Foto um 1875 (Stadtarchiv Ulm)*

b) Der Bürgerentscheid und die Einführung der Reformation (Abbildung 2)

Ab 1526, als der Speyrer Reichstag den Obrigkeiten gewisse Freiheiten zu reformatorischer Umgestaltung eröffnet hatte, kam der Ulmer Rat dem Reformationsstreben der Bürgerschaft mit einzelnen Maßnahmen entgegen (s. u.). Als 1529 der nächste Speyrer Reichstag wieder das Verbot jeglicher reformatorischen Neuerung einschärfte, gehörte Ulm zu den Reichsständen, die dagegen „protestierten". Dennoch erhielten im Folgejahr die Ulmer Abgeordneten vom Rat kein Mandat, auf dem Augsburger Reichstag eines der beiden dort von den Protestanten vorgelegten Bekenntnisse (Augsburger Bekenntnis, Vierstädtebekenntnis) zu unterzeichnen. So stand der Rat nun vor der Frage, ob er der kaiserlichen Aufforderung Folge leisten und den antireformatorischen Reichstagsabschied unterschreiben sollte. In dieser kritischen Situation griffen die Ratsherren im November 1530 auf ein Instrument der Stadtverfassung zurück, das noch nie zuvor Verwendung gefunden hatte: den Bürgerentscheid.

Die Abstimmung fand vornehmlich in den Zunftstuben statt. Dort wurde zunächst ein Text des Rates verlesen, der die Verantwortung der Stimmbürger für Wohl und Heil der Stadt drastisch verdeutlichte: Bei Widerspruch gegen den Kaiser – den Stadtherrn! – drohe „sterben, verderben, bluetvergießen, zerstörung unser statt […] wegfuerung unser weiber und kinder"[6]. Wer aber „mit verdachtem mut wider sein aigen consientz und gewissen"[7] für den Abschied stimme, der provoziere den Zorn Gottes. Anschließend waren die Zunftmitglieder gefragt, ihre Stimmen einzeln, namentlich abzugeben. Jede Zunft verzeichnete das Ergebnis auf einer eigenen Liste, die dem Rat übergeben wurde, ebenso die Versammlung der Patrizier.[8] Das Ergebnis war eindeutig: Von 1865 Ulmern stimmten 1621 gegen den Reichstagsabschied – und damit für die Reformation ihrer Stadt.

Abbildung 2: *„Hernach volgen die personen, so der kayserlichen Mayestät Abschid uff dem Reichstag zu Augspurg beschlossen, nit annemen wöllen…" Aus der Abstimmungsliste der Fischerzunft vom November 1531. 65 der Zunftmitglieder stimmten gegen, 14 für den Reichstagsabschied. (Stadtarchiv Ulm)*

II. Die Ulmer Reformation als Zentrierung religiös-gesellschaftlicher Vollzüge

Auf der Basis dieses Bürgerentscheids führte der Rat 1531 die Reformation in Ulm ein. Er bestellte drei prominente Theologen des oberdeutschen Raums in die Stadt und beauftragte sie damit, eine Kirchenordnung zu erarbeiten und einzuführen: Martin Bucer aus Straßburg, Johannes Oekolampad aus Basel und Ambrosius Blarer aus Konstanz. Diese verfassten mit den „18 Artikeln", einer Zusammenfassung reformatorischer Grundüberzeugungen, und der Kirchenordnung zwei Basistexte der Ulmer Reformation. Von Konrad Sam stammt das „Handbüchlein", das sich als dritter Basistext der Liturgie des neuen Ulmer Gottesdienstes widmet.[9] Die reformatorische Umgestaltung des Ulmer Gemeinwesens auf den Linien dieser drei Texte geschah durch ein Bündel rasch aufeinanderfolgender Einzelmaßnahmen. Bereits ein Jahr nach dem Bürgerentscheid hatte sich das Stadtbild deutlich verändert.[10] Diese Veränderung lässt sich in mehrfacher Hinsicht beschreiben als Zentrierung[11] auf die Bürgerkirche hin.

a) Orientierung an der Münsterstadt: Theologie und Gottesdienst auf dem Land

Eine der ersten Aktionen der drei externen Reformationstheologen war es, die in der Stadt entschiedene theologische Neuausrichtung auf dem Land öffentlich zu machen. Das Landgebiet der Reichsstadt Ulm war nach dem der Stadt Nürnberg das zweitgrößte reichsweit. Es umfasste drei Landstädte sowie rund 80 Dörfer und erstreckte sich über die Schwäbische Alb hinweg nach Norden bis kurz vor Göppingen – wer heute mit dem Zug von Stuttgart nach München reist, fährt eine halbe Stunde lang durch ehemaliges Ulmer Landgebiet. Um dieser geographischen Herausforderung zu begegnen, ließen die Reformatoren die Landbevölkerung an den drei Tagen des Pfingstfestes 1531 an je zentralen Orten zusammenkommen. Dort wurde ihnen ein Ratsvorhalt zur Reformation vorgetragen und einer der Theologen predigte. Gleichzeitig erging an die vom Rat belehnten Landpfarrer die Anweisung, ihre eigene Predigt künftig rein am Evangelium auszurichten. Nur wenige Tage später zitierte der Rat nach den Stadtgeistlichen auch alle Landgeistlichen in die Ulmer Ratsstube, um sie einzeln zu den „18 Artikeln" zu befragen.[12] Als bald darauf das „Handbüchlein" offiziell eingeführt wurde, war es auch zur Rezeption im Landgebiet bestimmt.

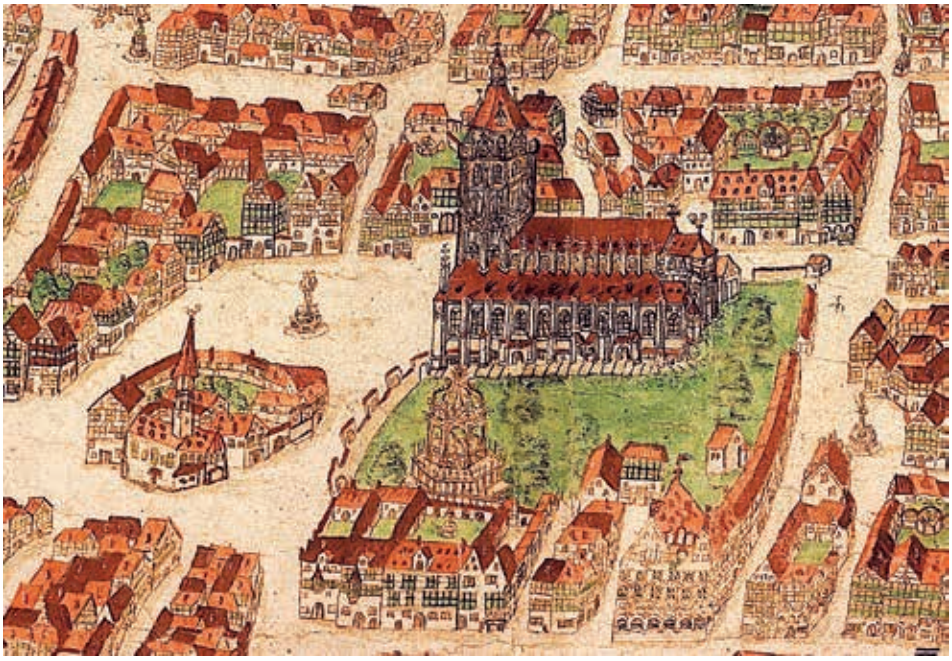
Die 1531 grundgelegte Orientierung des Gottesdienstes der Landgemeinden an der Reformation der Münsterstadt wurde in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Synoden und Visitationen konkretisiert, die Vertreter des Rates und der Münsterprediger gemeinsam durchführten. Diese Gemeindebefragungen zeigen einen engen Zusammenhang von Theologie und Ethik. So äußerten sich Pfarrer, Ortsvorsteher und weitere Gemeindeglieder nicht nur zu Verkündigung und Gottesdienstgestaltung in ihren Kirchen, sie sprachen auch über die aktuelle Situation ihres Gemeinwesens; in den Protokollen werden Streit, üble Nachrede, übermäßige Trinkerei neben anderen als Faktoren genannt, die das vom Evangelium intendierte friedliche Zusammenleben am Ort gefährdeten.[13]

b) Auf dem Münsterplatz: Bildung und Armenfürsorge in Bürgerhand (Abbildung 3)

In der Reformation übernahm der Ulmer Rat die volle Verantwortung für Bildung und Armenfürsorge in der Stadt und löste damit die Klöster als deren Träger vollends ab. Schon vor dem Bürgerentscheid griff der Rat gerade in diesen beiden Bereichen Anliegen der reformatorischen Bewegung mit gezielten Maßnahmen auf.

Die bereits in der „Supplication" der Bürger von 1524 (s. o.) formulierte reformatorische Einsicht, dass jeder seinen Glauben aufgrund der Schrift selbst zu verantworten habe, wurde zum wichtigen Impuls sowohl für die Breitenbildung als auch für die Ausbildung einer theologischen Elite, die in der Lage sein würde, in Stadt und Land reformatorisch zu predigen. So verfasste Konrad Sam im Auftrag des Rates 1528 einen Katechismus, der mehrere Jahrzehnte lang in der deutschen Schule als Grundlage für den Lese- und Schreibunterricht diente. Der Abschnitt der Kirchenordnung über die Schulen betont, dass „(d)ie jugent ye der ho(e)chst schatz ist, den wir haben", und leitet daraus die Aufgabe des Rates ab, für qualifizierte Päd-

Abbildung 3: Ulm aus der Vogelschau von Süden (Ausschnitt). Der Ulmer Stadtmaler Philipp Renlin erstellte 1597 diesen „amtlichen" Stadtplan. Kolorierte Federzeichnung (Ulmer Museum). Auf dem westlichen Münsterplatz ist der Gebäudekomplex des ehemaligen Franziskanerklosters zu sehen, in dem die Lateinschule, die Hochschule und der Armenkasten untergebracht wurden.



agogen an den deutschen Schulen für Jungen und Mädchen sowie an der Lateinschule zu sorgen.[14] Letztere wurde 1531, als die Franziskaner Ulm verlassen hatten, in die Räume des Barfüßerklosters verlegt und damit ins Zentrum der Stadt, dem Münster unmittelbar benachbart. Im selben Gebäudekomplex plante die Stadt, eine eigene theologische Hochschule einzurichten, die primär der Aus- und Fortbildung der Ulmer Prediger dienen, aber auch interessierten Ulmer Bürgerinnen und Bürgern offenstehen sollte – eine Art früher Volkshochschule. Als Dozenten für diese Hochschule konnte Ulm mit Martin Frecht (1494–1556)[15] einen Professor der Heidelberger Universität gewinnen. Während das Hochschulprojekt selbst schon nach wenigen Jahren vorerst ad acta gelegt und die angehenden Ulmer Theologen forthin zur Ausbildung nach Straßburg geschickt wurden, kam Frecht nach dem Tod Sams ab 1533 eine bedeutende Rolle für die Entwicklung der Ulmer Kirche zu.

Ebenfalls im ehemaligen Franziskanerkloster erhielt mit dem Armenkasten eine wichtige Instanz der kommunalen Sozialfürsorge ihren Ort. Hier wurden Spenden gesammelt und als Hilfen an die Bedürftigen der Stadt ausgegeben. Zuständigkeiten und Abläufe regelt die Almosenordnung, die der Rat bereits 1528 erlassen hatte.[16] Gleich der dritte Punkt der Ordnung verbietet jeglichen Bettel in der Stadt. Damit wurde den Bettelorden in Ulm nicht nur die materielle, sondern auch die frömmigkeitsprägende Grundlage ihrer Armenfürsorge genommen. Statt selbst zu „betteln", also Spenden für die Armen zu erbitten, sollten sie nun in ihren Predigten auf das städtische Armenhaus hinweisen. Hier wird deutlich, dass die reformatorische Bewegung mit der Heilsvermittlung durch die Klöster auch deren vermittelnde Rolle im Spendenwesen ablehnte. Aus der Überzeugung, dass durch Christus das Heil gratis zu empfangen sei, resultierte eine grundsätzliche Entkoppelung von Heilsstreben und Spenden im Sinne guter Werke. Dass diese gleichwohl als zum Kern des christlichen Lebens jedes Einzelnen wie auch des Gemeinwesens gehörig betrachtet wurden, zeigt in Ulm nicht zuletzt eine Almosentafel, die der Ulmer Ratsherr Eitel Eberhard Besserer (1501–1575) im Reformationsjahrhundert stiftete. Sie hängt bis heute zusammen mit einem Spendenkasten im Münster und fordert ihre Betrachter zur Spende auf: „Gebt um Gottes willen haußarmen Leit".[17] (Abbildung 4)

Abbildung 4: Von Eitel Eberhard Besserer gestiftete Almosentafel im Münster, Georg Rieder d.Ä., 1562 (Ev. Gesamtkirchengemeinde Ulm)

c) Das Münster: Ein Gottesdienstraum für die ganze Stadt (Abbildung 5)

Im vorreformatorischen Ulm prägten eine Vielzahl kleiner und größerer Kirchen und Kapellen, in denen Gottesdienste gefeiert wurden, das Stadtbild. Zudem diente bis in die 1520er Jahre hinein der gesamte öffentliche Raum als Spielraum des Religiösen; Prozessionen an hohen Feiertagen und zu weiteren besonderen Gelegenheiten bespielten die Straßen und Plätze, Mönche repräsentierten durch den Habit ihre Orden auf dem Markt und in den Gassen. Durch die Reformation konzentrierte die Stadt ihr Gottesdienstgeschehen radikal und in kürzester Zeit auf die Bürgerkirche in ihrem Zentrum. Dies bedeutete primär die Verdrängung der Klöster, die bis dahin als Gottesdienst- und Seelsorgeorte gefragt waren. Bereits 1526 ordnete der Rat eine Reduktion der Brüder in den beiden Bettelordensniederlassungen der Franziskaner und Dominikaner auf jeweils 13 an. 1527 wurden einige bedeutende Prozessionen, unter anderem die Fronleichnamsprozession, aufgehoben. 1528 untersagte der Rat den Bettelmönchen das Umhergehen in der Stadt – außer zum Marktbesuch –, das Predigen wurde ihnen generell verboten und die Messe durften sie nur noch klosterintern feiern. 1531 schließlich verließen die Mönche mehr (Augustinerchorherren, Franziskaner) oder weniger friedlich (Dominikaner) die Stadt; ihre Gebäude wurden umgenutzt (Franziskanerkloster, s. o.) oder dem Verfall preisgegeben (Dominikanerkloster).[18] Prozessionen fanden nicht mehr statt. Und da auf der Grundlage des reformatorischen „Christus allein" jegliche Heiligenverehrung ihre Plausibilität verloren hatte, wurden die vorwiegend der Heiligenandacht gewidmeten Kapellen vor den Toren der Stadt zum Abbruch freigegeben. Übrig blieb die Pfarrkirche der Stadt, das Münster, als der eine, zentrale Gottesdienstort der Ulmerinnen und Ulmer. Zugeordnet waren ihm noch die Spitalkirche, in der Münsterprediger Gottesdienste für die Kranken hielten, sowie dann auch die Barfüßerkirche, die für Beerdigungsgottesdienste genutzt wurde.

d) Im Münster: *Ein* Altar mit Brot und Wein für alle (Abbildung 6)

Auch im Inneren des Münsters fand eine radikale Konzentration des Gottesdienstes statt. Diese zielte auf eine wesentliche Erweiterung der Gemeindepartizipation und war mit einer ein-

Abbildung 5: *Ulm aus der Vogelschau (vgl. Abb. 3). Im Südosten, am Ufer der Donau ist das verfallende Dominikanerkloster zu erkennen, gleich rechts daneben Spital und Spitalkirche.*

Abbildung 6: *Die Kanzel des Münsters, Foto 2016 (Stadtarchiv Ulm)*

schneidenden Veränderung des Gottesdienstraumes verbunden. Als Konrad Sam 1526 die Münsterkanzel bestieg, prägten 52 Altäre in den Seitenkapellen und an den Säulen den Gesamteindruck des Münsterinneren. Wer sich im Raum des Münsters bewegte, konnte zu den meisten Stunden mehrere Messen gleichzeitig erleben, die stets auf Latein, häufig still und von Priestern allein an den diversen Altären gefeiert wurden. Galt solche Vielzahl von Messfeiern im Rahmen spätmittelalterlicher Frömmigkeit als Reichtum der Heilsvermittlung, so vollzog sich hier durch die reformatorische Bewegung ein Perspektivenwandel. Sie sah das Abendmahl als Geschehen, in dem Christus selbst die Gemeinde zusammenführt und sich dem Einzelnen vergegenwärtigt. Daher forderte sie die volle Teilhabe aller Gemeindeglieder an der Mahlfeier. Dies bedeutete in dreifacher Konkretion eine Abschaffung der „Stillmessen" ohne Gemeindebeteiligung, die Feier des Gottesdienstes in der allen verständlichen Volkssprache und die Austeilung von Brot *und* Wein an alle – denn noch war der Wein auch beim Gemeindeabendmahl dem Priester vorbehalten.

Ein Hauptereignis der Ulmer Reformation war daher am 16. Juli 1531 der erste Abendmahlsgottesdienst im Münster, der – von Ambrosius Blarer – durchgehend auf Deutsch gehalten wurde und bei dem alle anwesenden Ulmerinnen und Ulmer nicht nur in den Genuss des Abendmahlsbrotes, sondern auch des Weines kamen. Hier wurde die unmittelbare und volle Teilhabe *aller* am Heilsgeschehen sinnenhaft erfahrbar. In Vorbereitung dieses und aller folgenden reformatorischen Gottesdienste gestaltete die Stadt ihren Kirchenraum heftig um: Mit Ratsbeschluss vom 19. Juni wurden innerhalb von wenigen Tagen alle Altäre samt ihren Bildern aus der Kirche entfernt – bis auf den Sockel des Hochaltars.[19] Dieser diente fortan als der eine Altar, an dem die Gottesdienstgemeinde gemeinsam das Abendmahl mit Brot und Wein feierte.

III. Vielstimmigkeit und Mobilität

In komplementärer Entwicklung zur skizzierten Dynamik der Zentrierung entstand eine neue religiöse Vielstimmigkeit in Ulm.[20] Einerseits blieben auch nach 1531 Menschen der Römischen Kirche verbunden, andererseits fanden unterschiedliche Ausprägungen der sich differenzierenden reformatorischen Theologie und Frömmigkeit ihre deutliche Resonanz in Ulm. Gerade auch im Rat hatten Altgläubige sowie Vertreter diverser reformatorischer Überzeugungen in ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regierung der Stadt miteinander zu kommunizieren. Dies dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass in Ulm bis zur Zäsur des kaiserlichen Interims (1548) vergleichsweise wenig unternommen wurde, um solche Vielstimmigkeit einzuschränken oder gar zu unterbinden. Die Politik des Rates scheint vielmehr dahin ausgerichtet gewesen zu sein, diese religiöse Situation und die aus ihr entstehenden Konflikte im Sinne der Friedenswahrung zu moderieren. Im Folgenden sollen einige Aspekte der Ulmer Vielstimmigkeit anhand einzelner Beispiele dargestellt werden.

a) Theologische Vielstimmigkeit im Lied: Das erste Ulmer Gesangbuch

Kurz nach Einführung des „Handbüchleins" (s. o.), das für den Gottesdienst explizit Gemeindelieder vorsieht, erschien beim Ulmer Drucker Hans Grüner ein erstes Ulmer Gesangbuch.[21] Von ihm ist leider kein Exemplar erhalten, sein Inhalt kann aber aus anderen Quellen rekonstruiert werden. Unter den rund 40 Liedern finden sich neben neun Liedern Martin Luthers, der für den Anfang und die Wittenberger Ausprägung der Reformation steht, vor allem Lieder aus dem Kontext der Straßburger Reformation, aber auch fünf Liedtexte eines ehemaligen und sogar das Lied eines in Konstanz hingerichteten Täufers sind vertreten. So reflektiert der Liedbestand dieses ersten Ulmer Gesangbuchs auf eindrückliche Weise die breite Rezeption diverser reformatorischer Strömungen.

b) Besondere Stimmen im Bürgerhaus: Die spiritualistischen Kreise der Streicherin

Eine besondere Ausprägung reformatorischer Theologie und Frömmigkeit, die in Ulm starke Resonanz fand, war die spiritualistische, die gegenüber äußeren kirchlichen Vollzügen die innerseelische Dynamik des Glaubens betonte. Im Gefolge des schlesischen Reformators Kaspar von Schwenckfeld (1489–1561), der in Ulm im Hause der Bürgermeisterfamilie Besserer Aufnahme gefunden hatte, bildete sich in der Stadt ein Kreis spiritualistisch Gesinnter. Vor allem Bürgerinnen und ihre Mägde aber auch Bürger kamen in Wohnhäusern zu gottesdienstähnlichen Versammlungen zusammen, um einander durch Lied, Gebet und Schriftmeditation geistlich zu fördern. Nachdem Schwenckfeld aufgrund der eskalierenden Auseinandersetzung mit den Münsterpredigern 1539 offiziell die Stadt verlassen hatte – tatsächlich fand er immer wieder Aufnahme im Hause der Besserer – und seine Theologie von den Theologen des Schmalkaldischen Bundes verurteilt worden war, wurde das Haus der Familie Streicher zum Zentrum des Kreises in Ulm sowie zum Hauptknotenpunkt eines überregionalen spiritualistischen Netzwerkes. Unter der Leitung zunächst von Katharina, dann von ihrer Schwester, der prominenten Stadtärztin (!) Agathe Streicher,[22] konnte der Kreis in der Stadt bis zu Agathes Tod 1581 fortbestehen.[23]

c) Vom Münster auf den Marktplatz: Die sozialkritische Predigt Konrad Schaffners

In den Jahren 1541 und 1542 waren im Ulmer Münster aufrüttelnde sozialkritische Predigten zu hören, die Anklänge an die konsequente Ethik der Täufer hatten. Denn alle drei Wochen hielt hier Konrad Schaffner, der Prediger des Landortes Mähringen, die Frühpredigt. In seinen Predigten, die fortlaufend die Bergpredigt Jesu (Mt 5–7) auslegten, kritisierte er unter anderem das Gewinnstreben frühkapitalistischen Wirtschaftens auf Kosten der Armen. Seine Gottesdienste im Herzen der reichen Handelsstadt erhielten großen Zulauf und ihr Inhalt wurde zu einem Hauptgesprächsthema auf den Gassen und Plätzen. Als die Münsterprediger den Rat vor möglichen aufrührerischen Tendenzen der Schaffner'schen Predigt warnten und es zum Konflikt kam, drohten laut Hörensagen 2.000 Menschen damit, sie würden fortan den Gottesdienstbesuch verweigern, sollte Schaffner aus Ulm vertrieben werden. Schließlich sorgte der Rat für eine gütliche Lösung: Schaffner erhielt eine ordentlich dotierte Pfarrstelle in Urspring, rund 20 km vom Münster entfernt im Norden des Landgebietes.[24]

d) Mobilität zwischen Stadt und Land: Der Weg zum „rechten" Abendmahlsgottesdienst

Ein Hintergrund der Maßnahme des Rates, Schaffner zur Entschärfung des Konfliktes an einen recht weit entfernten Ort zu versetzen, war der Umstand, dass zuvor viele Ulmer den 8 km langen Weg aus der Stadt nach Mähringen nicht gescheut hatten, um Schaffners Predigten zu hören. Solche Bereitschaft zur Mobilität um des Gottesdienstes willen zeigen schon früh die Altgläubigen, also diejenigen, die weiterhin am Gottesdienst der Römischen Kirche teilnehmen wollten; Ulmerinnen und Ulmer aus Stadt und Land wanderten teils kurze, teils lange Wege, um in einem der reichsständischen Klöster oder anderen altgläubigen Herrschaften im Umfeld der Stadt die Messe zu besuchen. Ähnliches lässt sich auch im Zuge der immer deutlicher werdenden Differenzierung im reformatorischen Abendmahlsverständnis beobachten. So gibt zum Beispiel Wolf Jerg aus Langenau in der Gemeindebefragung 1539 an, er habe sich angesichts des rein symbolischen Abendmahlsverständnisses seines Ortspfarrers an Ostern eigens ins immerhin fast 25 km entfernte Amstetten aufgemacht, um dort vom Pfarrer im Abendmahl den wahren Leib Christi zu empfangen.[25]

„Vielstimmige Reformation" – dieses Thema wird 2017 durch eine wissenschaftliche Tagung aufgegriffen, die vom 18. bis 19. Mai im „Haus der Begegnung", dem ehemaligen Dominikanerkloster, stattfindet. Sie ist Teil des Gesamtprojekts zum Reformationsjahr, das der Stadtrat gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Ulm verantwortet.

Am 28. Juli soll dann eine Ausstellung eröffnet werden, die bis zum Reformationstag an verschiedenen Orten der Stadt „Stationen der Ulmer Reformationsgeschichte 1517–1617" präsentiert. Diese wird – wie könnte es anders sein – ihr Zentrum im Ulmer Münster haben.

1 Einen klaren Überblick über die Anfangsjahre der Ulmer Reformation mit ausführlichen Literaturhinweisen auf aktuellem Stand bieten Gudrun Litz: Die reformatorische Bilderfrage in den schwäbischen Reichsstädten (Spätmittelalter und Reformation. Neue Reihe 35), Tübingen 2007, 91–99 sowie Sabine Arend mit ihrer Einleitung zu den Ulmer Kirchenordnungstexten der Reformationszeit in: Gottfried Seebaß/Eike Wolgast (Hg.): Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts Bd. 17: Baden-Württemberg IV: Südwestdeutsche Reichsstädte 2, Tübingen 2009, 61–72. Anschaulich und präzise präsentiert der Reformationskatalog des Jubiläums von 1981 die Ulmer Reformationsgeschichte anhand ausgewählter Quellen (Hans Eugen Specker/Gebhard Weig [Hg.]: Die Einführung der Reformation in Ulm [Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm. Reihe Dokumentation Bd. 2], Ulm 1981). Nach wie vor in seiner Zusammenschau umfangreichen Quellenmaterials unübertroffen ist der Klassiker von Theodor Keim: Die Reformation der Reichsstadt Ulm. Ein Beitrag zur schwäbischen und deutschen Reformationsgeschichte, Stuttgart 1851.

2 StadtA Ulm, A [9006], fol. 10 r.

3 StadtA Ulm, A [9006], fol. 13 r.

4 Zu Sam vgl. Konrad Hoffmann: Konrad Sam (1483–1533), der Prediger des Rats zu Ulm, in: Specker/Weig (Hg.): Einführung, 233–268.

5 StadtA Ulm, A [8991].

6 StadtA Ulm, A [8993/1], fol. 2r.

7 Ebd.

8 Die Abstimmungslisten sind nahezu vollständig erhalten: StadtA Ulm A [8993/I], fol. 7–77. Ein Abdruck der Listen findet sich bei Specker/Weig: Einführung, 345–374.

9 Die drei Texte sind ediert bei Seebaß/Wolgast (Hg.): Kirchenordnungen, 124–183.

10 Zu den Vorgängen im Jahr 1531 vgl. Julius Endriß: Das Ulmer Reformationsjahr 1531 in seinen entscheidenden Vorgängen, Ulm (1931).

11 Der Begriff der „Zentrierung" zur Beschreibung reformationsgeschichtlicher Prozesse wurde grundlegend eingeführt von Berndt Hamm: Reformation als normative Zentrierung von Religion und Gesellschaft, in: Jahrbuch für Biblische Theologie 7 (1992), 241–279. Vgl. auch ders.: Normative Zentrierung städtischer Religiosität zwischen 1450 und 1550, in: Andreas Otto Weber (Hg.): Städtische Normen – genormte Städte (Stadt in der Geschichte Bd. 34), Ostfildern 2009, 77–95.

12 Vgl. Julius Endriß: Das Examen der Ulmer Pfarrerschaft im Juni 1531, Ulm (1931).

13 Vgl. Julius Endriß: Die Ulmer Synoden und Visitationen der Jahre 1531–47. Ein Stück Kirchen- und Kulturgeschichte, Ulm 1935.

14 Vgl. Seebaß/Wolgast (Hg.): Kirchenordnungen, 138f.; Zitat a. a. O., 138.

15 Zu Frecht vgl. Werner-Ulrich Deetjen: Licentiat Martin Frecht, Professor und Prädikant (1494–1556). Ein Reformatorenleben zwischen Katheder und Kanzel, in: Specker/Weig (Hg.): Einführung, 269–321.

16 Die Ordnung ist ediert bei Seebaß/Wolgast (Hg.): Kirchenordnungen, 86–96.

17 Zur Almosentafel und den theologischen Diskursen um das Stiftungswesen in der Reformationszeit vgl. Gury Schneider-Ludorff: Protestantisches Stiften nach der Reformation, in: Udo Hahn u. a. (Hg.): Geben und Gestalten. Brauchen wir eine neue Kultur der Gabe? (Fundraising-Studien 4), Berlin 2008, 79–89. Zu weiteren Beispielen von Ulmer Stiftungen seit der Reformation vgl. Gudrun Litz: Beispiele aus dem Ulmer Stiftungswesen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, in: Udo Hahn u. a. (Hg.): Geben, 67–76.

18 Eine Ausnahme bildete die Niederlassung des Deutschen Ordens, der aufgrund seines reichsständischen Status in der Stadt ausharren konnte. In der Mitte des 16. Jahrhunderts wurde im Zuge des Interims zudem das Augustinerchorherrenstift restituiert, das in den folgenden Jahrhunderten eine vitale Präsenz katholischer Lehre und Frömmigkeit in der Stadt darstellte.

19 Zur Bilderentfernung aus dem Münster vgl. Litz: Bilderfrage, 114–120.

20 Zum Verhältnis von Zentrierung und Differenzierung allgemein in der Reformation vgl. grundlegend Hamm: Reformation, v. a. 267–273.

21 Zum ersten Ulmer Gesangbuch vgl. Bernd Breitenbruch: Gesangbuch und geistliches Lied in Ulm bis zum Ende der Reichsstadtzeit, in: Ulm und Oberschwaben 59 (2015), 110–156; v. a. 110–122.

22 Vgl. Ulmer Museum (Hg.): Ulmer Bürgerinnen, Söflinger Klosterfrauen in reichsstädtischer Zeit, Ulm 2003.

23 Zu den Schwenckfeldern in Ulm und im Südwesten vgl. grundlegend Caroline Gritschke: „Via media": Spiritualistische Lebenswelten und Konfessionalisierung. Das süddeutsche Schwenckfeldertum im 16. und 17. Jahrhundert (Colloquia Augustana 22), Berlin 2006.

24 Zum Konflikt um Schaffner und seine Predigten vgl. StadtA Ulm, A [8984/II] _05–18.

25 Vgl. Endriß: Ulmer Synoden, 155.

Ansgar Schmitz-Veltin

Von einer evangelischen Stadt zur Stadt der religiösen Vielfalt – historische und aktuelle Daten zur Religionsentwicklung in Stuttgart

Die vergangenen Jahrhunderte waren geprägt von enormen Veränderungen. Industrialisierung, städtisches Wachstum, Digitalisierung und gesellschaftliche Umwälzungen sind nur einige wenige Begriffe, die diese Veränderungen beschreiben. Und so verwundert es nicht, dass sich auch die religiöse und kirchliche Landschaft seit der Reformation grundlegend verändert hat. Der vorliegende Beitrag möchte diesen Wandel am Beispiel der Stadt Stuttgart darstellen und aufzeigen, wie sich eine einst durch und durch protestantische Stadt zu einer Stadt der religiösen Vielfalt entwickelt hat.[1]

Dabei soll es nicht nur – und nicht in erster Linie – um eine Beschreibung historischer Veränderungsprozesse gehen, sondern auch darum zu zeigen, welche Datengrundlagen für die Analyse religiöser Veränderungsprozesse im städtischen Umfeld zur Verfügung stehen. Auch scheint es geboten, die religiösen Veränderungen zumindest partiell in die gesellschaftlichen Zusammenhänge einzuordnen. Das enorme Wachstum der Städte im Zuge der Industrialisierung, die bereits früh erlangte Bedeutung Stuttgarts als Ziel internationaler Wanderungsbewegungen und nicht zuletzt Aspekte der gesellschaftlichen Individualisierung und Pluralisierung lassen sich bei der Betrachtung des Weges Stuttgarts hin zu einer Stadt der religiösen Vielfalt schwerlich ausblenden.

Dr. Ansgar Schmitz-Veltin
Leiter der Abteilung Wirtschaft, Wohnen und Befragungen im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.
ansgar.schmitz-veltin@stuttgart.de

Schlüsselwörter:
Kirche – Religion – Kirchenmitgliedschaft – Demografie – Stadtentwicklung – Stuttgart

Die Reformation in Württemberg – Stuttgart als evangelische Stadt

Als Martin Luther 1517 seine Thesen an die Türe der Wittenberger Schlosskirche geschlagen haben soll, lag die Reformation in Württemberg noch in der Ferne. Erst 17 Jahre später, 1534, wurde sie durch Herzog Ulrich offiziell in Württemberg eingeführt.[2] Im Mai 1534 wurde in der bis dato katholischen Stuttgarter Stiftskirche der erste evangelische Gottesdienst Württembergs begangen (Grieshaber 2014), im Februar 1535 feierte die durch Herzog Ulrich zuvor entlassene katholische Geistlichkeit hier ihren Abschlussgottesdienst (Auge 2009, S. 83). In den Jahren danach setzte sich der evangelische Glaube zunehmend als bestimmende öffentliche Glaubensform durch, Pfarrer, die nicht evangelisch werden wollten, wurden entlassen oder in den Ruhestand versetzt, die katholischen Kirchen der Stadt wurden ausnahmslos protestantisch. Mit Johannes Brenz übernahm ein Schüler Luthers die Ausgestaltung des württembergischen Protestantismus, Herzog Christoph, der Sohn Ulrichs, ernannte ihn 1553 zum Propst der Stiftskirche und zum Reformator des Landes. Auf ihn gehen die Formulierung des württembergischen Kathechismus und die Große Kirchenordnung von 1559 zurück (Auge 2009, S. 86). Im Dezember 1562 wurde mit der Stuttgarter Schlosskirche die erste neu errichtete evangelische Kirche Württembergs geweiht. Stuttgart war binnen weniger Jahre zu einer evangelischen Stadt geworden, Kirche und Religion waren prägende Elemente der Stadt, in der zu dieser Zeit noch keine 10.000 Menschen lebten.[3]

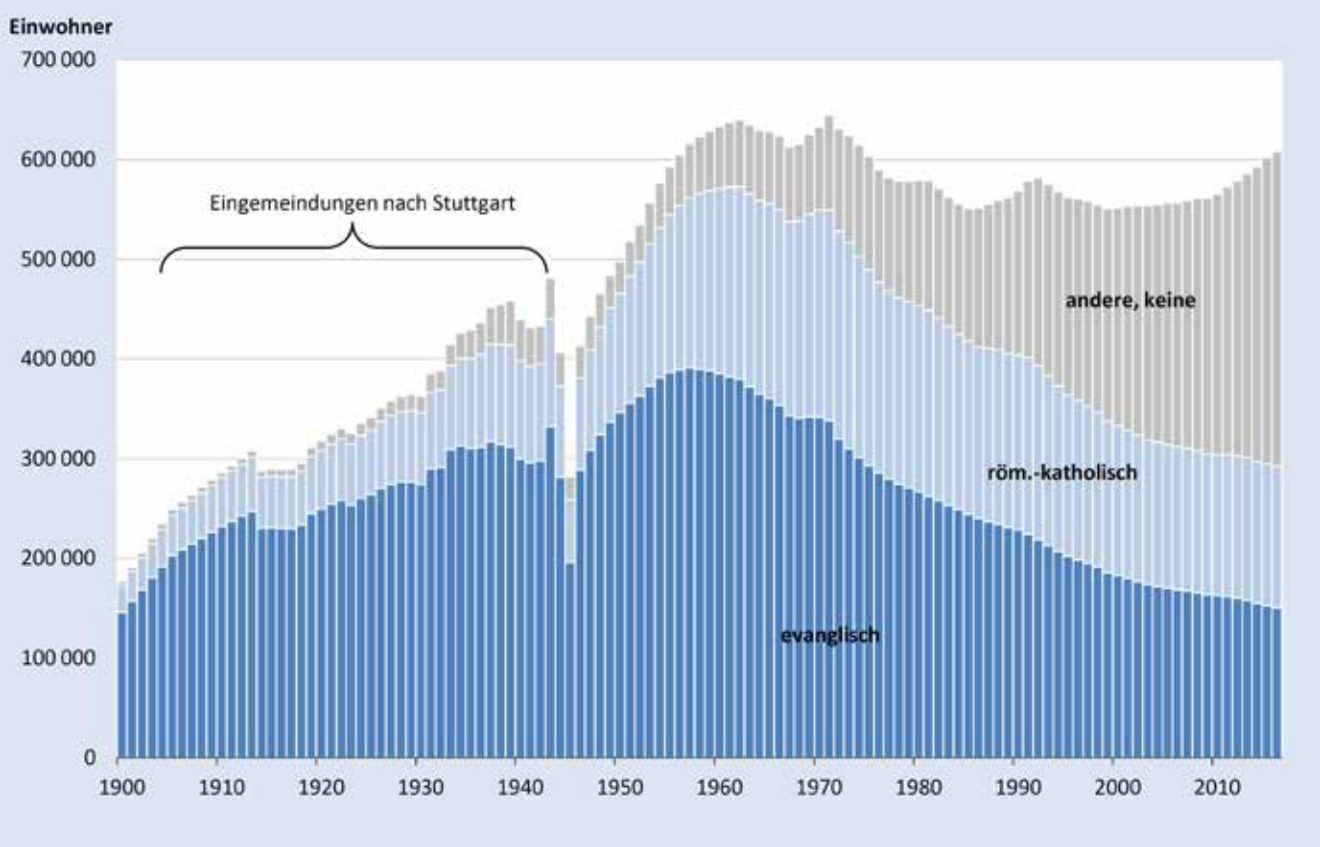
Erst im 19. Jahrhundert entwickelte sich Stuttgart im Zuge der Industrialisierung zu einer Großstadt von überregionaler Bedeutung. Zwischen 1834 und 1900 stieg die Zahl der Einwohner in der Residenzstadt Stuttgart von rund 35.000 auf fast 177.000, die höchsten Einwohnerzuwächse wurden um die zügig entstehenden Industriestandorte am Neckar und entlang der neu geschaffenen Eisenbahnlinien, insbesondere in Zuffenhausen und Feuerbach, erzielt (Schwarz 2009). Trotz wirtschaftlicher Liberalisierung und gesellschaftlicher sowie religiöser Öffnung – 1811 wurde die katholische Kirche St. Eberhard an der Königsstraße eröffnet – blieb die Einwohnerschaft Stuttgarts zunächst überwiegend protestantisch. Im Gegensatz zu anderen Städten führte die industriell induzierte Zuwanderung des 19. Jahrhunderts nicht dazu, dass sich die prägenden kirchlichen Zugehörigkeiten rasch änderten. Während der Anteil der protestantischen Einwohner in Frankfurt im Jahr 1900 bereits auf 60 Prozent gesunken war (Asemann

2005), gehörten in Stuttgart zu dieser Zeit noch über 80 Prozent der Bevölkerung der evangelischen Landeskirche an. Zumindest aus Sicht der bürgerlichen Elite war Stuttgart eine evangelische oder – wie Otte (1995) für Hannover um das Jahr 1910 schreibt – eine Lutherische Stadt. Im Pfarrbericht der Stuttgarter Stiftskirche wurde 1887 unter Berufung auf einen „norddeutschen Theologen" festgestellt, dass Stuttgart „unter allen größeren Städten Deutschlands am meisten, besonders am Sonntag zur Zeit des Gottesdienstes und in den Festzeiten, den Typus einer christlichen und kirchlichen Stadt an sich habe" (zitiert nach Widmer 2004, S. 198).

Das rasche Wachstum der Einwohnerzahl stellte die Städte in dieser Zeit vor gewaltige Herausforderungen. Binnen Jahrzehnten mussten Organisationsformen und Infrastruktureinrichtungen der rasant steigenden Zahl der Einwohner – und damit der Kirchenmitglieder – angepasst werden. Ähnlich wie Telschow (1999) die Situation für Frankfurt beschreibt, kann man sich diese auch für Stuttgart vorstellen: „Als man 1889 mit einer intensiveren Diskussion und ersten Schritten zur Änderung der kirchlichen Organisation begann, waren die Probleme, die man lösen musste, schier unüberwindlich. Die Gemeindegliederzahl hatte sich vervielfacht, die Zahl der Kirchengebäude und der Pfarrer war die gleiche geblieben. Die Pfarrer konnten deshalb schon die Gottesdienste und die Amtshandlungen kaum bewältigen". Entsprechend des anhaltenden und weiter wachsenden Bedarfs an kirchlichen Infrastrukturen und Angeboten wurden die Einrichtungen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der wachsenden Stadt angepasst und neue Kirchenbauwerke errichtet. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts galt der Ausbau der Kircheninfrastruktur als wesentliche Voraussetzung dafür, die wachsende Stadtbevölkerung weiter an die Kirchen zu binden und so den bereits damals feststellbaren rückläufigen Gottesdienstbesuchs- und Kommunionszahlen entgegenzuwirken (Otte 1995). Im Pfarrbericht der Stuttgarter Stiftskirche von 1876 urteilte der damalige Stiftsprediger Sixt Carl von Kapff: „Stuttgart hat seine Einwohnerzahl in 25 Jahren verdoppelt, seinen ursprünglichen Charakter verloren und die Physiognomie einer Industrie- und Großstadt angenommen. Aber sie ist immer noch eine Stadt, in welcher der Herr ein großes Volk hat" (zitiert nach Widmer 2004). Aus den Pfarrberichten jener Zeit geht aber auch die tiefe Unzufriedenheit der Geistlichen mit der „Kirchlichkeit" der Bevölkerung hervor. Trotz des Anstiegs der Zahl der evangelischen Einwohner von knapp 20.000 im Jahr 1820 (ca. 98 Prozent aller Stuttgarter Einwohner) auf 91.500 im Jahr 1876 (ca. 85 Prozent) und 145.000 im Jahr 1900 nahm die Beteiligung an den sonntäglichen Gottesdiensten ab. „Im Laufe des 19. Jahrhunderts, unter dem Einfluss der Aufklärung, wurde der Sonntag weiter ‚entheiligt'. Er wurde von einem rein kirchlichen Feiertag zu einem Tag der Erholung und des Vergnügens. Sonntagsruhe war nicht mehr gleichbedeutend mit Sonntagsheiligung" (Widmer 2004, S. 199).

Neben der Anpassung der Gemeindeorganisation und dem Ausbau der kirchlichen Infrastruktur wurde die städtische Missionierung in der evangelischen Kirche vor allem durch die Innere Mission und Diakonie vorangetrieben, welche dem

Abbildung 1: *Einwohner in Stuttgart 1900 bis 2016 nach Religionszugehörigkeit*



Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Melderegister)

zunehmenden Bedeutungsverlust kirchlicher Institutionen und den negativen Folgen der Urbanisierung entgegentreten sollten. „Mit Kirchen und Kapellen, Gemeindehäusern und Rettungshäusern, Vereinshäusern und Volksheimen, Obdachlosen- und Lehrlingsheimen, Mägdeherbergen und Asylen, Sonntagschulen und Arbeiterbildungsvereinen, Bahnhofsmissionen und anderen Einrichtungen war die religiöse Topografie […] protestantisch geprägter Städte […] stark vom Modell der ‚Evangelikalen Stadt' bestimmt" (Wietschorke 2012). Stuttgarter Beispiele hierfür sind die Gründung der Paulinenpflege 1820, des ersten Frauenvereins für Württemberg, der sich die Versorgung hilfsbedürftiger Kinder zum Ziel setzte 1834 und insbesondere der Evangelischen Gesellschaft, welche die Aufgaben der inneren Mission in und um Stuttgart erfüllte.

Einwohnerentwicklung und Religion im 20. Jahrhundert

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten knapp 177.000 Menschen in Stuttgart. Die Statistiken des Jahres 1900 weisen neben 145.029 Mitgliedern der evangelischen Landeskirche bereits damals 27.207 Katholiken, 3.015 Israeliten, 1.137 sonstige Christen und 311 sonstige Einwohner aus. Mit Ausnahme des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl der Stuttgarter Bevölkerung – auch bedingt durch zahlreiche Eingemeindungen – bis Ende der 1930er Jahre deutlich an. In Folge dieses Einwohneranstiegs nahm auch die Zahl der Mitglieder der evangelischen und katholischen Kirchen stetig zu (vgl. Abbildung 1). Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, am 17.05.1939, wohnten 311.750 Protestanten in der Stadt. Gleichzeitig hatte sich die Zahl der katholischen Einwohner gegenüber 1900 mehr als verdreifacht und war in den 1930er Jahre über die Marke von 100.000 gestiegen.

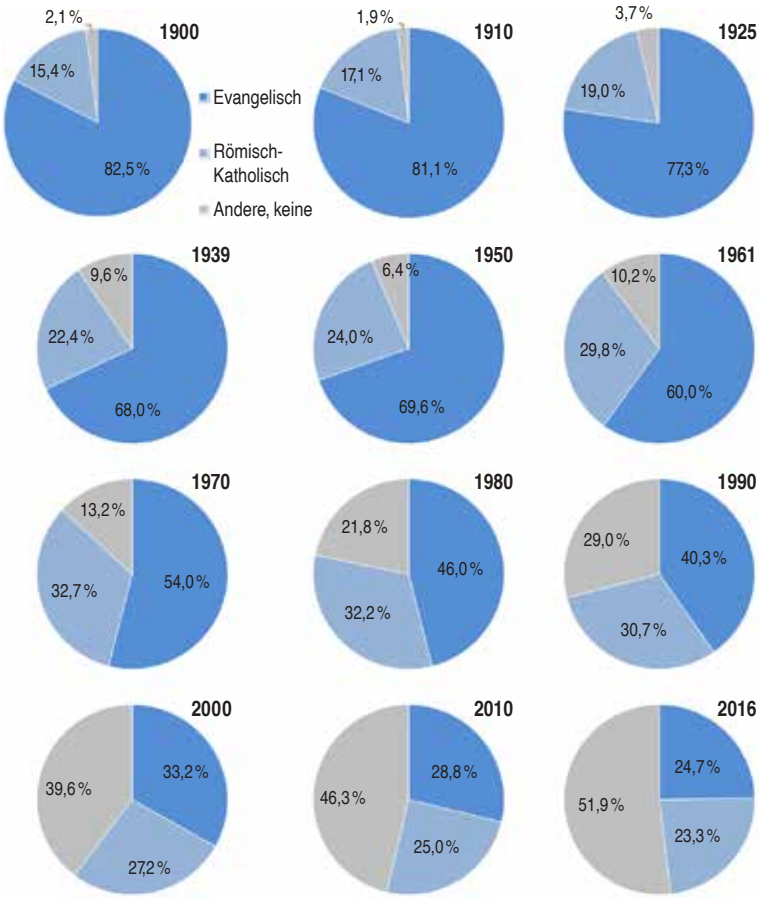
Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Kirchen und mit ihnen die Evangelische Gesellschaft, der 1917 von den Stuttgarter Kirchengemeinden gegründete Caritasverband für Stuttgart e.V. und der 1918 gegründete Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu wichtigen Akteuren bei der Bewältigung der Herausforderungen der Nachkriegszeit. Allein 1945 kamen über 126.000 Menschen nach Stuttgart, in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre stieg die Einwohnerzahl um über 200.000 an. Die Heimkehrer- und Flüchtlingshilfe wurde in Stuttgart maßgeblich von den Kirchen mit organisiert, auch deshalb, weil diese zu den wenigen Institutionen gehörten, die unmittelbar nach 1945 „umfassende Kommunikations- und Mobilisierungsmöglichkeiten (hatten), die weder der öffentlichen Verwaltung noch den wieder aufzubauenden Parteien zur Verfügung standen" (Großbölting 2013, S. 25). Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche profitierten von dem starken (Wieder-)Zuzug nach Stuttgart im Sinne eines Anstiegs der Mitgliederzahlen. Zwischen Mitte der 1940er und Mitte der 1950er Jahre stieg die Zahl der Protestanten in Stuttgart um 193.000, die der Katholiken um gut 100.000. Abermals musste die unterdimensionierte und in Folge des Krieges zerstörte kirchliche Infrastruktur der neuerlichen Entwicklung angepasst werden. In den 1950er und 60er Jahren entstanden fast 50 neue Kirchen in Stuttgart, oftmals als identitätsstiftende Gebäude in den modernen, neu entwickelten Großsiedlungen am Stadtrand (Schmitz-Veltin 2015).

Die Flüchtlinge und Vertriebenen der Nachkriegsjahre sorgten jedoch nicht nur für einen Anstieg der Einwohnerzahlen, sie veränderten auch die religiösen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtgesellschaft. Da die Zuziehenden zu großen Anteilen der katholischen oder evangelischen Kirche angehörten, blieb die Zahl der konfessionslosen Einwohner in den Nachkriegsjahren zunächst konstant; der Anteil an der Gesamtbevölkerung sank bis 1950 auf 6,4 Prozent und damit auf den niedrigsten Wert seit Mitte der 1930er Jahre. Erst ab 1950 nahm die Zahl der nicht kirchlich organisierten Einwohner wieder zu. Insbesondere nach dem Abschluss des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens 1955 konnte auch die römisch-katholische Kirche in Stuttgart deutliche Zuwächse verzeichnen. Bis 1971 stieg die Zahl der katholischen Kirchenmitglieder in Folge der Zuwanderung der Gastarbeiter aus Italien, Spanien und teilweise Jugoslawien und durch deutschstämmige Aussiedler insbesondere aus Polen kontinuierlich auf ihren Höchststand von 211.000 an. Zu diesem Zeitpunkt nahm die Zahl der Protestanten nach ihrem Maximum von 391.000 Mitgliedern Ende der 1950er Jahre bereits seit Jahren wieder ab. Um 1970 waren die Hälfte der Stuttgarterinnen und Stuttgarter evangelisch, ein weiteres Drittel katholisch und rund 13 Prozent keiner dieser Religionen zuzuordnen.

Das Ende der 1960er und der Beginn der 1970er Jahre markieren aus verschiedenen Perspektiven den Beginn religiöser Veränderungsprozesse, die zwar in rückläufigen Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommen, aber bei weitem nicht auf diese beschränkt bleiben. Die Zahl der Kirchenmitglieder geht seit Ende der 1950er Jahre bei den Protestanten und seit Beginn der 1970er Jahren bei den Katholiken zurück. Seit 1973 stellen die Mitglieder der evangelischen Landeskirche weniger als die Hälfte der Einwohner Stuttgarts, aktuell können jeweils rund ein Viertel der Einwohner steuerrechtlich der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche zugerechnet werden. Über die Hälfte der Bevölkerung ist in keiner der beiden großen Kirchen Mitglied (vgl. Abbildung 2).[4]

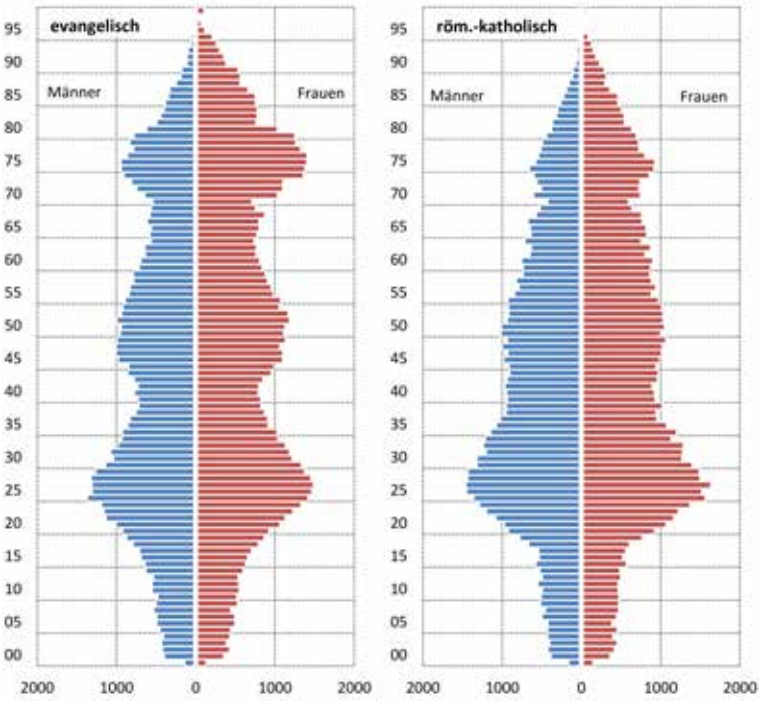
Der Rückgang der Kirchenmitglieder, der sich in Stuttgart ebenso beobachten lässt wie in anderen Großstädten Deutschlands, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen: Neben Austritten führen vor allem demografische Prozesse zu einem Rückgang der Kirchenmitglieder (Eicken und Schmitz-Veltin 2010 und 2012). So sinkt die Zahl der Katholiken in Stuttgart allein dadurch von Jahr zu Jahr um rund 400, weil mehr Kirchenmitglieder sterben, als durch Taufen und Aufnahmen hinzukommen. Die evangelische Kirche verliert im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche in Stuttgart mehr Mitglieder durch Sterbefälle. Dies liegt daran, dass viele Mitglieder der evangelischen Kirche ein hohes Lebensalter erreicht haben (vgl. Abbildung 3). Mit durchschnittlich 47,1 Jahren sind die Mitglieder der evangelischen Kirche in Stuttgart älter als die der römisch-katholischen Kirche (44,0 Jahre) und deutlich älter als die Einwohner ohne Kirchenmitgliedschaft (38,4 Jahre). 2014 verzeichnete die evangelische Kirche darüber hinaus mehr Austritte als die katholische und einen deutlich geringeren Wanderungssaldo (Abbildung 4). Seit dem Jahr 2000 sinkt die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder um gut ein Prozent pro Jahr, die Zahl der römisch-katholischen Kirchenmitglieder bleibt beinahe konstant.

Abbildung 2: *Anteile der katholischen und evangelischen Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung seit 1900 in Prozent*



Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Melderegister)

Abbildung 3: *Altersstruktur der evangelischen und röm.-katholischen Einwohner in Stuttgart am 31.12.2015*



Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Melderegister)

Religiöse Vielfalt im 21. Jahrhundert

Parallel zum Rückgang der Kirchenmitglieder ist die Zahl der Einwohner, die weder Mitglied in der evangelischen noch in der katholischen Kirche sind, auf gut 316.000 gestiegen – zuletzt nochmals deutlich durch den vermehrten Zuzug aus dem Ausland (Mäding 2016). Dies macht auf der einen Seite den Mitgliederverlust der großen christlichen Amtskirchen deutlich, sagt auf der anderen Seite aber nichts über die religiöse Befindlichkeit der postmodernen Stadtgesellschaft aus, da über die Religiosität derjenigen, die nicht Mitglied in einer der beiden Kirchen sind, keine Angaben vorliegen. Es greift zu kurz, aus dem Rückgang der Kirchenmitglieder auf eine Entchristlichung oder gar auf einen Bedeutungsverlust der Religion zu schließen. Daher erscheint es geboten, sich einerseits mit der Gruppe der Nicht-Mitglieder der evangelischen wie katholischen Kirche näher zu beschäftigen und andererseits der Frage nach der Entkirchlichung insgesamt im Sinne einer psychosozialen Entfernung des einzelnen zu den Großkirchen (Hering 2001) nachzugehen.

Die bislang ausgewerteten Daten der auf dem Melderegister beruhenden Stuttgarter Einwohnerstatistik sagen über die religiösen und weltanschaulichen Präferenzen der wachsenden Gruppe der „Nicht-Mitglieder" nichts aus. Als Alternative können die Ergebnisse des Zensus 2011 ausgewertet werden. In der im Rahmen des Zensus durchgeführten Haushaltsstichprobe wurden die Einwohner nach ihrer Zugehörigkeit in einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft befragt. Damit können ergänzend zu den großen Gruppen der evangelischen und katholischen Einwohner auch die Mitgliederzahlen einiger anderer Religionsgesellschaften beziffert werden (vgl. Tabelle 1), wenngleich die Daten aus dem Zensus aufgrund einer anderen Datenbasis nicht direkt mit den Angaben aus dem Melderegister vergleichbar sind. Die Daten zeigen, dass neben der evangelischen und römisch-katholischen Kirche auch die orthodoxen Kirchen auf beachtliche Mitgliederzahlen kommen.

Für Weltanschauungen und Religionen, die nicht öffentlich-rechtlich organisiert sind, ergeben sich jedoch auch aus dem Zensus kaum Erkenntnisgewinne, da die entsprechende Frage freiwillig war und von vielen Befragten nicht beantwortet wurde. Insbesondere zu der großen und in Folge internationaler Migration wahrscheinlich weiter wachsenden Gruppe der Muslime liegen aus dem Zensus keine auswertbaren Daten vor (vgl. Schmitz-Veltin 2014). Vor diesem Hintergrund wurde die Zahl der in Stuttgart lebenden Muslime bereits 2010 auf Grundlage von Staatsangehörigkeiten, Herkunftsländern und einer bundesweit im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz durchgeführten Befragung zum muslimischen Leben in Deutschland geschätzt (vgl. Schmitz-Veltin 2010). Nach dieser

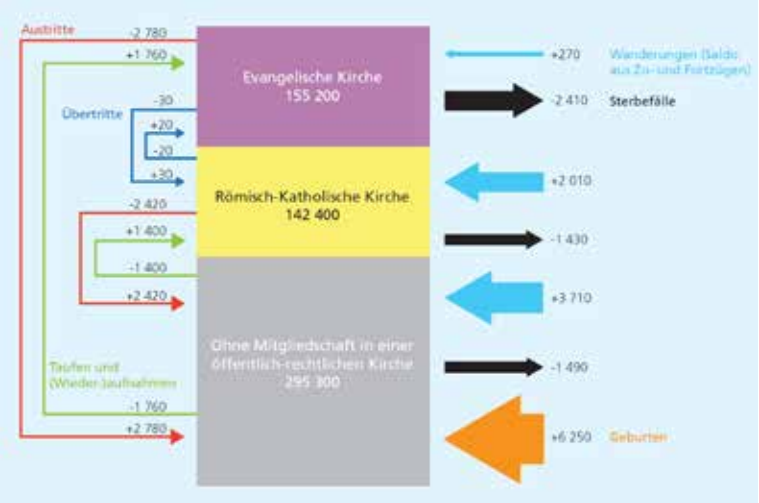
Schätzung leben rund 60.000 Muslime in Stuttgart. Neben dem Islam gehören nicht öffentlich-rechtlich organisierte Formen des Christentums (20.000 bis 50.000 Anhänger) zu den großen religiösen Gruppen in Stuttgart. Rund 10 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter (40.000 bis 90.000) sagen von sich, keiner Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung anzugehören (Schmitz-Veltin 2015).

An die Stelle einer durch klare Mitgliedschaften zu einzelnen Kirchen geprägten Gesellschaft ist eine differenzierte Glaubenslandschaft getreten, die sich über formale Mitgliedschaften immer schlechter erfassen lässt. Zwar ist auch ein Teil der nicht öffentlich-rechtlichen Glaubensrichtungen in Form von Vereinen und ähnlichem organisiert, beispielsweise in Moschee- oder Kulturvereinen, letztendlich ist eine solche Mitgliedschaft aber nicht zwingend erforderlich, um sich einer Religion oder Weltanschauung zugehörig zu fühlen. Das gilt auch für die christliche Religion, die einerseits durch den Bedeutungsgewinn neuer freikirchlicher Glaubenselemente vielfältiger wird und andererseits durch eine zunehmende Entkoppelung von formaler Kirchenmitgliedschaft und persönlicher Religiosität geprägt ist. „Während sich die Dimensionen von Religiosität als vergleichsweise stabil erweisen, […] ist eine zunehmende Entfernung der […] Kirchenmitglieder von der Institution Kirche zu beobachten" (Hainz 2008). Dies äußert sich beispielsweise im Rückgang der Gottesdienstbesucher in den Gemeinden der römisch-katholischen Kirche in Stuttgart von knapp 14 Gottesdienstbesuchern je 100 Mitglieder zu Beginn der 1990er Jahre auf nunmehr 10 Gottesdienstbesucher je 100 Mitglieder (Eicken u. a. 2011) oder in einer abnehmenden Bestattungsquote (Schmitz-Veltin 2015).

Ein weiteres Indiz dafür, dass die formale Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen Kirche nur bedingt etwas über die individuelle Religiosität aussagt, liefert die 2008 durchgeführte Stuttgarter Lebensstilbefragung: So bezeichnen sich 30 Prozent der Katholiken und 39 Prozent der Protestanten in Stuttgart als gar nicht oder weniger religiös, nur 20 bzw. 24 Prozent der Befragten sagen von sich, ziemlich oder sehr religiös zu sein (Abbildung 5; Eicken und Lott 2012). Diese Zahlen machen deutlich, dass es die Kirchen nicht nur mit einem Rückgang ihrer Mitglieder, sondern auch mit einem „belonging without believing", also einer Kirchenmitgliedschaft ohne religiöse Überzeugung konfrontiert sind (Großbölting 2012, S. 254). Dagegen legen die Befragungen den Schluss nahe, dass Menschen, die sich anderen, nicht öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften oder Glaubensrichtungen zugehörig fühlen – sowohl christlichen als auch nicht-christlichen – religiöser sind als die Kirchenmitglieder (Eicken und Lott 2012).

Aus den vorliegenden Daten kann für Stuttgart ähnlich wie für andere Großstädte kein genereller

Abbildung 4: *Religionswechsel und -bewegungen in Stuttgart 2014*



Quelle: Schmitz-Veltin 2015

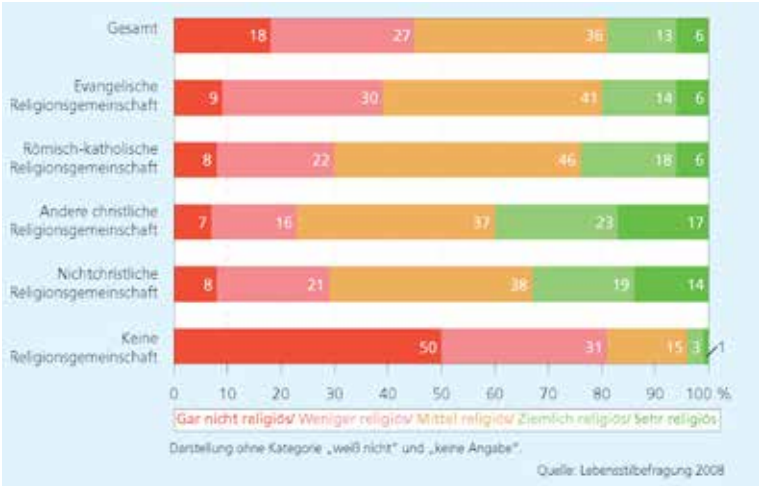
Tabelle 1: *Mitglieder der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in Stuttgart nach Zensus 2011*

Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	Römisch-katholische Kirche	150 050
	Evangelische Kirche	177 740
	Evangelische Freikirchen	5 100
	Orthodoxe Kirchen	30 680
	Jüdische Gemeinden	1 330
	Sonstige	30 340

Quelle: Angaben aus Zensus 2011 (die Werte weichen von den Angaben des Stuttgarter Melderegisters ab)

Quelle: Schmitz-Veltin 2015

Abbildung 5:
Einschätzung der eigenen Religiosität nach Religionszugehörigkeit



Quelle: Eicken und Lott 2012

Rückgang von Religion und Glauben festgestellt werden, wohl aber ein Bedeutungsverlust der traditionellen „Amtskirchen". Dies äußert sich in sinkenden Anteilen der Mitglieder dieser Kirchen an der Gesamtbevölkerung, aber beispielsweise auch in einer rückläufigen Neigung zum Kirchbesuch. Hinter dieser Entwicklung stehen verschiedene Ursachen, wie die zunehmende Entfremdung von den Kirchen, Unzufriedenheit mit der Kirchenfüh-

Abbildung 6: *Überblick über Kirchengemeinden, Religionen und Weltanschauungen in Stuttgart 2015*

Quelle: Schmitz-Veltin 2015

rung, beispielsweise auch mit dem System der Kirchensteuer sowie eine zunehmende Alterung der Kirchenmitglieder, die zu demografisch bedingten Mitgliederrückgängen führt. Die Kirchen sind sich diesen Problemen bewusst und reagieren mit Organisationsänderungen, Anpassungen der kirchlichen Infrastruktur und Verbesserungen des Angebots. So versucht die römisch-katholische Kirche im Rahmen ihres Projektes „Aufbrechen – Katholische Kirche in Stuttgart" auf die demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren und die pastorale und pastoralstrukturelle Neuausrichtung des Stadtdekanats mit der Haushaltskonsolidierung zu verbinden. Dabei wurde ausgehend von dem Befund sinkender Mitgliederzahlen, zunehmender Alterungstendenzen und gesellschaftlicher Heterogenität einerseits und eines enormen Investitionsstaus bei den kirchlichen Einrichtungen andererseits die Herausforderung angegangen, die pastorale Arbeit in Stuttgart langfristig nachhaltig zu sichern. Hierzu gehören beispielsweise die Verkleinerung der Zahl der Seelsorgeeinheiten, die Bewertung aller Kirchen und Gemeindeimmobilien mit dem Ziel, zukünftige Investitionen zielgerichtet einsetzen zu können sowie die Einrichtung von pastoralen Schwerpunktzentren.[5]

Trotz aller Probleme spielen die Kirchen bis heute eine bedeutsame Rolle als Institutionen. Hierzu gehören auch die zahlreichen von Caritas oder Diakonie getragenen Sozialeinrichtungen, die zum Teil aus den Einrichtungen der Inneren Mission des 19. Jahrhunderts hervorgegangen sind und heute zu unverzichtbaren Säulen der sozialen Arbeit in den Städten geworden sind. Deutschlandweit beschäftigt allein die Caritas 590.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 450.000 arbeiten für die Diakonie, zu der auch die Evangelische Gesellschaft Stuttgart gehört. Diese hat ihre Mitarbeiterzahl in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut und beschäftigt aktuell rund 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der 1917 gegründete Caritasverband für Stuttgart e.V. ist mit über 100 Diensten und Einrichtungen und rd. 1.350 Mitarbeitenden das größte freie Wohlfahrtsunternehmen Stuttgarts.[6] Hinzu kommen die von den einzelnen Kirchengemeinden oder Dekanaten betriebenen Einrichtungen wie Sozialstationen und Kindergärten. Aktuell gibt es in Stuttgart beispielsweise etwa 120 von der evangelischen und 75 von der römisch-katholischen Kirche betriebene Kindertageseinrichtungen mit zusammen fast 10.000 Betreuungsplätzen.

Im Zuge der religiösen Pluralisierung sind neben die kirchlichen Institutionen aber auch Einrichtungen anderer Religionen getreten. Insgesamt ist die religiöse Infrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen. Aktuell gibt es in Stuttgart über 200 Kirchengemeinden, Religionsgemeinschaften und weltanschauliche Vereinigungen (Abbildung 6). Die nach den christlichen Kirchen wohl größte Glaubensgemeinschaft, die Muslime, sind unter anderem in Moschee- und Kulturvereinigungen organisiert. Diese betreiben aktuell rund 25 Gebetsstätten (Nosratlu und Dilger 2014), die jedoch keine große Öffentlichkeitswirkung entfalten, da man repräsentative Gebäude vergeblich sucht. Immerhin hat die Islamische Gemeinschaft Stuttgart e.V. nun die erste Moschee mit Minarett in der Landeshauptstadt gebaut – in einem Gewerbegebiet. Andere muslimische Vereinigungen engagieren sich stattdessen für einen Moscheebau in der Innenstadt, was bislang jedoch an dem engen Grundstücksmarkt scheiterte. Der Verband der Türkisch-Islamischen Union plant den Bau einer repräsentativen Moschee und möchte hier auch soziale Einrichtungen für Jugendliche und ein Seniorenheim angliedern. Entsprechende Pläne tragen der zunehmenden Zahl muslimischer Einwohner – auch im hohen Alter – Rechnung und unterstützen den Wunsch, dass der Islam nicht nur durch die Zahl der Anhänger sichtbar wird, sondern auch in seiner institutionellen und infrastrukturellen Verankerung.

Zusammenfassung und Fazit

Stuttgart hat sich seit der Reformation im 16. Jahrhundert von einer evangelischen Stadt zu einer Stadt der religiösen Vielfalt entwickelt. Hinter diesem Wandel stehen gesellschaftliche Veränderungen ebenso wie die Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands und dem Ausland, die sowohl die Zahl der Katholiken als auch die Zahl der Anhänger anderer Religionen haben steigen lassen. Dies äußert sich besonders deutlich an der Mitgliederentwicklung der großen christlichen Kirchen. Gehörten um 1900 noch über 80 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter der evangelischen Kirche und weitere 15 Prozent der römisch-katholischen Kirche an, so machen die Mitglieder der einst großen Volkskirchen heute nur noch jeweils ein Viertel der Einwohner aus.

Zum Jahresende 2016 lebten in Stuttgart 150.000 Mitglieder der evangelischen und 142.000 Mitglieder der römisch-katholischen Kirche. Gut 316.000 Einwohner gehörten keiner dieser beiden Kirchen an. Dabei ist diese Gruppe in sich sehr heterogen. Sie umfasst Muslime, orthodoxe Christen oder Buddhisten ebenso wie Anhänger von christlichen Freikirchen, weltanschaulichen Vereinigungen oder bekennende Atheisten. Die Quantifizierung dieser Gruppen ist aus den Daten des Einwohnerregisters nicht möglich. Schätzungen deuten darauf hin, dass der Islam nach dem Christentum die größte religiöse Gruppe in Stuttgart ist.

1 Teile des Beitrages wurden bereits 2015 veröffentlicht: Schmitz-Veltin, Ansgar (2015): Religiöse Vielfalt in einer wachsenden Stadt – Kirche und Religion in Stuttgart im Zeitverlauf. In: Statistik und Informationsmanagement 74, Monatsheft 7, S. 203–217.

2 Stuttgart war bis 1534 von den Habsburgern besetzt, die am katholischen Glauben festhielten. In einigen Städten, die damals nicht zu Württemberg gehörten, wie Esslingen oder Reutlingen, wurde der evangelische Glaube schon etwas früher eingeführt.

3 Der heutige Stuttgarter Stadtteil Hofen – damals noch vor den Toren der Stadt gelegen – blieb als eine der wenigen Ausnahmen katholisch und wurde zu einem Zufluchtsort für Katholiken. Hierhin gelangte 1535 auch eine spätgotische Madonna aus der Stuttgarter Stiftskirche, die so der Zerstörung des vorreformatorischen Inventars entging (Auge 2009, S. 89).

4 Die dargestellten Daten beruhen auf Angaben des Stuttgarter Einwohnerregisters. Die Einwohner werden nach ihrer Mitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften in drei Kategorien ausgewiesen: Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche, Mitgliedschaft in der römisch-katholischen Kirche sowie andere oder keine Mitgliedschaft. Eine weitere Differenzierung ist aus den vorliegenden Daten nicht möglich.

5 Einen Überblick über das Projekt „Aufbrechen – Katholische Kirche in Stuttgart" bietet die Homepage des Katholischen Stadtdekanats unter http://www.kath-kirche-stuttgart.de/projekt-aufbrechen/

6 Angaben für 2013 laut Jahresberichten der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. und des Caritasverbands für Stuttgart e.V.

Literatur

Asemann, Karl H. (2005): Frankfurt am Main: Die veränderte Gesellschaft und die Religion. In: Frankfurter Statistische Berichte 2/3-2005, S. 77–191. Frankfurt/Main.

Auge, Oliver (2009): Kleine Geschichte der Stuttgarter Stiftskirche. 2. Auflage. Leinfelden-Echterdingen.

Eicken, Joachim; Lott, Birgit (2012): Religionszugehörigkeit und Religiosität in Stuttgart. Ergebnisse der Lebensstilbefragung in Stuttgart 2008. In: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 71, Monatsheft 10/2012, S. 331–345.

Eicken, Joachim; Schmitz-Veltin, Ansgar (2010): Entwicklung der Kirchenmitglieder in Deutschland. Statistische Anmerkungen zu Umfang und Ursachen des Mitgliederrückgangs der beiden christlichen Volkskirchen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/2010, S. 576–589.

Eicken, Joachim; Schmitz-Veltin, Ansgar (2012): Die Kirchen in Stuttgart im demografischen Wandel. In: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 71, Monatsheft 2/2012, S. 42–57.

Eicken, Joachim; Schmitz-Veltin, Ansgar; Wasner, Benjamin (2011): Strukturdatenatlas der katholischen Kirchengemeinden in Stuttgart. Statistische Grundlagen zur Struktur und Entwicklung der Mitglieder in den katholischen Kirchengemeinden. Unveröffentlichter Bericht für das Katholische Stadtdekanat Stuttgart. Stuttgart.

Grieshaber, Dieter (2014): Württembergische Geschichte 1250–1933. Herausgegeben vom Geschichts- und Kulturverein Köngen e.V. Köngen.

Großbölting, Thomas (2013): Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945. Göttingen.

Hainz, Michael (2008): Die religiöse Landschaft in Deutschland. Zwischen schrumpfender Kirchlichkeit und spirituellen Neuaufbrüchen. In: Stimmen der Zeit, Heft 6/2008, S. 377–390.

Hering, Rainer (2001): Säkularisierung, Entkirchlichung, Dechristianisierung und Formen der Rechristianisierung bzw. Resakralisierung in Deutschland. In: von Schnurbein, Stefanie; Ulbricht, Justus H. (Hrsg): Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe „arteigener" Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende. Würzburg. Online abgerufen über http://www.fachpublikation.de/dokumente/01/26/ (12.03.2015).

Mäding, Attina (2016): Internationale Migration unter besonderer Berücksichtigung der Zuwanderung von Flüchtlingen in Stuttgart 2015/2016. In: Statistik und Informationsmanagement 75, Monatsheft 10, S. 280–293.

Otte, Hans (1995): More Churches – More Chrchgoers. The Lutheran Church in Hannover between 1850 und 1914. In: McLeod, Hugh (Hrsg.): European Religion in the Age of Great Cities: 1830–1930. London.

Nosratlu; Roya; Dilger, Ulrich (2014): Bestandsaufnahme muslimischer Gebetsstätten in Stuttgart. Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung. Stuttgart.

Schmitz-Veltin, Ansgar (2010): Muslime in Stuttgart. Neue Schätzung zur Zahl der in Stuttgart lebenden Muslime. In: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 69, Monatsheft 7/2010, S. 216–224.

Schmitz-Veltin, Ansgar (2014): Auswertungen der Einwohner- und Haushaltsdaten. In: Stadtforschung und Statistik. Dokumentation. Sonderausgabe zum Abschluss des Zensus und Erfahrungen der Städte bei der Durchführung. Stuttgart, S. 86–92.

Schmitz-Veltin, Ansgar (2015): Religiöse Vielfalt in einer wachsenden Stadt – Kirche und Religion in Stuttgart im Zeitverlauf. In: Statistik und Informationsmanagement 74, Monatsheft 7, S. 203–217.

Schwarz, Thomas (2009): Historische Einwohnerzahlen der Stuttgarter Stadtbezirke und Stadtteile 1834 bis 1900. In: Statistik und Informationsmanagement, Jg. 68, Monatsheft 8/2009, S. 229–235.

Telschow, Jürgen (1999): Frankfurts evangelische Kirche im 20. Jahrhundert: Strukturen, Finanzen und Gebäude der evangelischen Kirche in Frankfurt. In: Telschow, Jürgen (Hrsg.): Alles hat seine Zeit: 100 Jahre evangelische Kirchengemeinden im alten Frankfurter Stadtgebiet. Schriftenreihe des Evangelischen Regionalverbands Frankfurt am Main, Band 23. Frankfurt/Main.

Widmer, Günter (2004): Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Historisches Institut der Universität Stuttgart, Abteilung Landesgeschichte. Stuttgart.

Wietschorke, Jens (2012): Urbanität und Mission – Die evangelikale Stadt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Pohlan, Jörg; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Pott, Andreas (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2011/2012: Stadt und Religion. Berlin.

Peter Höhmann

Stabilität und Wandel der Kirchenmitgliedschaft. Veränderungen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf der Basis kirchenstatistischer Daten

Der Beitrag stellt Wandlungsvorgänge in der Evangelischen Kirche an den Entwicklungsverläufen innerhalb der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, den hierzu zählenden Teilen der Stadt Frankfurt, sowie den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg dar.
Die vorgestellten Daten verweisen auf gesellschaftliche Veränderungen mit deutlichen und zugleich uneinheitlichen Folgen für die ausgewählten Gebiete. Die statistischen Erhebungen dokumentieren jedoch keinen Verfallsprozess. Sie stehen in erster Linie für die ungebrochene gesellschaftliche Verankerung kirchlichen Lebens.

Dr. Peter Höhmann
Lehrbeauftragter an der Ev. Hochschule Darmstadt, Oberkirchenrat i. R. der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Themenschwerpunkte: Kirchliche Sozialforschung, Evaluationsforschung, Strukturplanung
peterhoehmann@t-online.de

Schlüsselwörter:
Kirchenstatistik – Kirchenbindung – Evangelische Kirche in Hessen und Nassau – regionale Entwicklung

1 Vorbemerkung

Statistische Daten in der Evangelischen Kirche werden in der letzten Zeit besonders dafür herangezogen, markante Wandlungsvorgänge nachzuzeichnen. Dies gilt etwa für die Feststellung, dass die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) seit 1970 fast 30 % ihrer Mitglieder verloren hat oder auch für die mit fast 20.000 Personen (1,2 %) ausgeprägt hohen Austrittszahlen im Jahr 2014. Im langfristigen Vergleich ist jedoch zugleich eine weniger drastische Entwicklung festzustellen. So lag die Zahl der Kirchenmitglieder im Jahr 1937 für die Ev. Kirche Nassau-Hessen bei 1.685.325 Personen und stieg 1946 auf 1.712.215 Personen an. Diese Zahlen wurden erst im Jahr 2013 mit 1.662.369 Mitgliedern erstmalig unterboten.[1]

Die beiden divergierenden Entwicklungslinien verweisen in erster Linie auf einen Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in Hessen mit nachdrücklichen Folgen für die kirchliche Zugehörigkeit. Die Darstellung der kaum veränderten Mitgliederzahlen ist vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Krieg und die darüber ausgelösten Wanderungsbewegungen zu beziehen. Die nachfolgenden deutlichen Mitgliederverluste erfordern jedoch eine neue Positionierung der Kirchenmitglieder in der Gesellschaft.

Folgen dieser Veränderungen will ich in diesem Beitrag darstellen und dazu besonders auch auf die Auslösung verschiedener Verläufe kirchlicher Zugehörigkeit und Teilnahme eingehen. Wie jedoch zu zeigen sein wird, ist diese mit einer hohen Kontinuität in den Bindungen und Interaktionsprozessen verbunden.

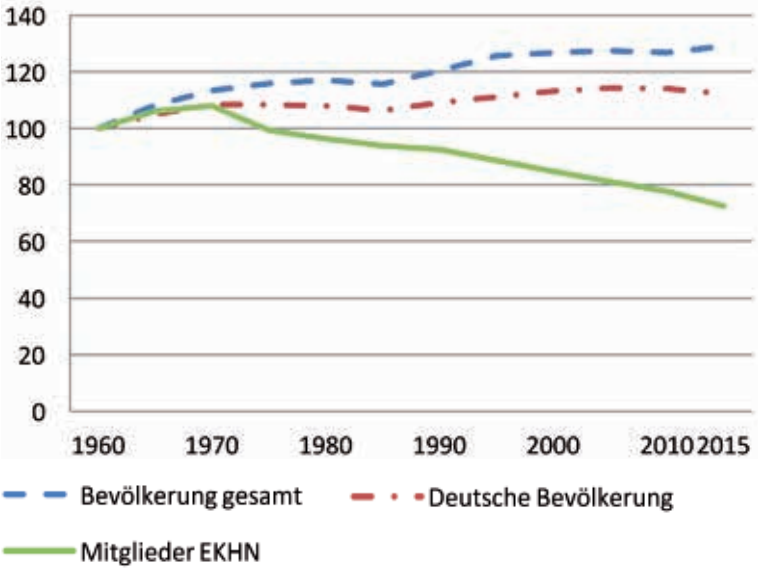
In Anlehnung an die Stadtanalyse von Günther Schönbauer 1993 lässt sich in diesem Zusammenhang von „struktureller Alterung" sprechen. In einem Teilbereich werden überkommene Muster weiter aufrechterhalten, stoßen aber auf neue Rahmenbedingungen. Ihre Bestimmung in der religionssoziologischen Diskussion als Entscheidung zur kirchlichen Mitgliedschaft oder als ein „Zwang zur Wahl" (Peter Berger), meint dabei allerdings keine neue Qualität der Zugehörigkeit zur Kirche, die erst in den letzten Jahren aufgetreten ist. Sie bezieht sich vielmehr auf den Sachverhalt, dass die kirchliche Mitgliedschaft nicht mehr ein selbstverständlicher oder – wie bis ins 19. Jahrhundert hinein – machtförmig festgelegter Teil des Alltags einer Person geworden ist. Gerade dadurch treten systematische Konflikte mit anderen sozialen Bindungsformen auf, die die Person unter Entscheidungsdruck stellen. Dieser Druck wird in verschiedener Weise aufgelöst. Als Konsequenz bilden sich höchst divergie-

rende soziale wie räumlich sichtbare Muster, auf die sich dann die Kirche zu beziehen hat, unabhängig davon, ob im Gesamten ihre überkommenen Teilnahmeformen stabil bleiben oder nicht.

2 Veränderungen der Mitgliederentwicklung in Hessen

Die statistischen Daten, die in diesem Beitrag vorgestellt werden, zeigen zunächst die deutliche Entkoppelung von Bevölkerungs- und Mitgliederentwicklung seit den siebziger Jahren an. Die hessische Bevölkerung ist von 4,7 Millionen im Jahr 1960 bis zum Jahr 2015 um 29,1 % angewachsen. Der Zuwachs ist nur zum Teil auf den Zuzug der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen. Das Wachstum der deutschen Bevölkerung lag bei 12,2 %. Im Unterschied dazu ist die Zahl der Protestanten in diesem Zeitraum der EKHN um 27,4 % zurückgegangen. Die Zahlen signalisieren einen Einschnitt, der in dieser Schärfe eine neue Qualität aufweist. Zwar ist bereits in den ersten Nachkriegsjahren der Anteil der Evangelischen leicht rückläufig gewesen. Die Konfessionsverteilung des Bundeslandes Hessen weist für das Jahr 1939 einen Anteil von 68,9 % und bis 1950 einen Rückgang auf 64,1 % aus.[2] Insgesamt dürften die veränderten Anteile der evangelischen Bevölkerung jedoch vor allem als Folge der durch den Krieg ausgelöste Ost-West-Wanderung zu sehen sein. Hessen zählte 1953 einen „Vertriebenenanteil" von 17,5 % der Wohnbevölkerung. In dieser Gruppe lag der Anteil der Protestanten jedoch lediglich bei 34 %.[3]

Abbildung 1: *Bevölkerung und deutsche Bevölkerung in Hessen sowie Mitglieder der Ev. Kirche von Hessen und Nassaus seit 1960 (1960 = 100)*

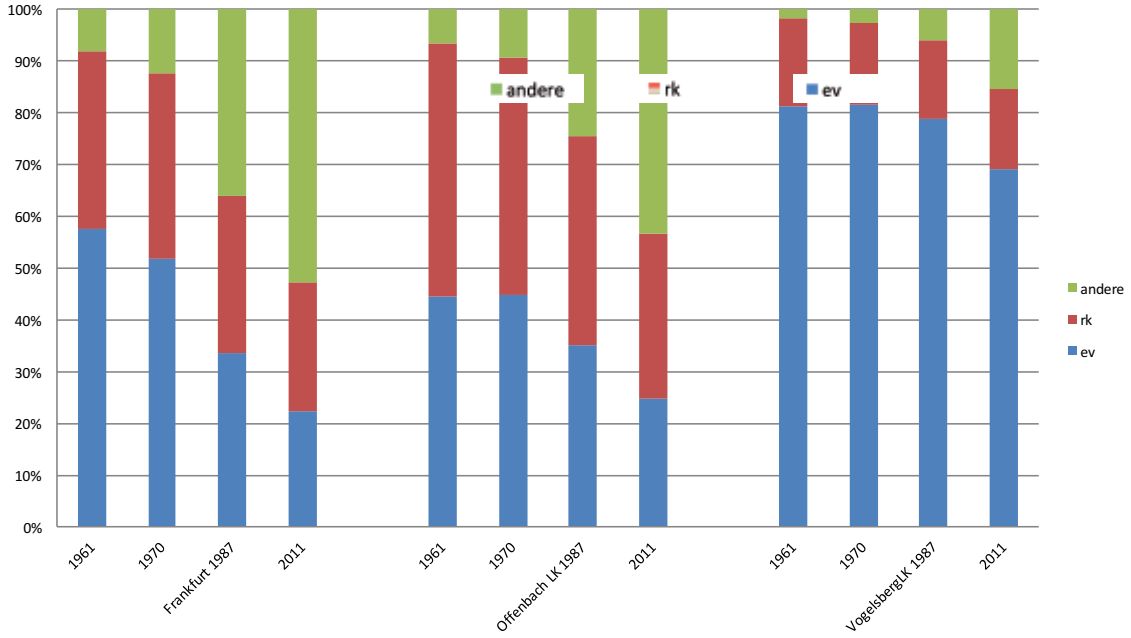


Quelle: Hessisches Stat. Landesamt, Kirchenstatistik der EKHN

Die in der Abbildung 1 angezeigte Entwicklung ist auf verschiedene gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu beziehen, die markant auf die Lebensbedingungen der Person und darüber auf ihre Entscheidungen einwirken ob und in welcher Weise sie der Kirche angehören wollen. Dazu zählen besonders:

- Die Umgestaltung sozialer Räume und die Einbeziehung landwirtschaftlich genutzter Gebiete in einen Wandlungsvorgang, über den sich frühere Stadt-Land- Differenzen auflösen.
- Die Ausdehnung der Zentren, in Hessen die Erweiterung des Ballungsraums Rhein-Main, mit seinen hierauf bezogenen sozial-strukturellen Veränderungen.

Abbildung 2: *Kirchenmitgliedschaft in Frankfurt und den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg*



Quelle: Volkszählungsdaten 1961, 1970, 1987, 2011; Kirchenstatistik

Diese wirtschaftlich induzierten Wandlungsvorgänge lösen Veränderungen im kirchlichen Feld aus. Sie unterstützen im Besonderen ungleiche Verläufe in der Mitgliederentwicklung. In der folgenden Darstellung habe ich dazu die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder seit 1961 aus drei unterschiedlichen und repräsentativen Gebietsteilen Hessens zusammengestellt, die für die charakteristischen uneinheitlichen Entwicklungen stehen: Die bis in die Nachkriegszeit weitgehend noch durch landwirtschaftliche Produktion gekennzeichnete „ländliche" Region im Vogelsbergkreis mit einer dominant evangelischen Wohnbevölkerung, die Veränderungen im Landkreis Offenbach, ursprünglich mit einem etwas höheren Bevölkerungsanteil von Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche sowie den Wandel der Kirchenmitgliedschaft in der Stadt Frankfurt, dem Zentrum der Region.

In der Abbildung 2 sind die Unterschiede in den Entwicklungsverläufen deutlich zu erkennen. Im Landkreis Vogelsberg ist die konfessionelle Verteilung der Wohnbevölkerung zwischen 1961 und 1987 praktisch stabil geblieben. Zugleich ist der Anteil der Bevölkerung, der weder der Evangelischen, noch der Katholischen Kirche angehört, vergleichsweise gering. Erst in den letzten Jahren ist der Anteil der Evangelischen in dieser Region jedoch zurückgegangen. Er lag 1987 noch bei 78,7 %, ist seither bis zum Jahr 2011 um knapp 10 Prozentpunkte gesunken.

Im deutlichen Kontrast steht dazu der konfessionelle Wandel in der Stadt Frankfurt. Nach der Volkszählung des Jahres 1961 lag hier der Anteil der Evangelischen bei 57,6 % und ist seither kontinuierlich auf 25 % gesunken. Weniger drastisch ist der Rückgang der katholischen Bevölkerung verlaufen. Er sank von 48,8 % auf 31,7 %. Im Unterschied dazu ist der Anteil der übrigen Einwohner von 6,6 % auf 43,5 % angewachsen.

Ähnlich im Verlauf, aber weniger ausgeprägt, waren die Veränderungen der Konfessionszugehörigkeit in den Kommunen des Landkreises Offenbach. Hier war der Anteil der evangelischen Bevölkerung bis in die siebziger Jahre stabil. Diese Entwicklung wurde auch durch den Zuzug mobiler Personen im Zuge der Ausdehnung der Rhein-Main-Region getragen. Seither ist allerdings der Anteil in der Einwohnerschaft von 45,9 % auf 24,8 % gesunken.

Wesentlichen Anteil an den Veränderungen hatten die seit 1970 erneut, wie vor dem Krieg, wieder kontinuierlich einsetzenden Austritte. Ihre unmittelbaren, wie auch mittelbaren Folgen lassen auch langfristig keine Umkehr des dargestellten Trends weiter rückläufiger Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche erwarten.

3 Austritte aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Der veränderte Stellenwert kirchlicher Mitgliedschaft wird besonders an der Austrittsentwicklung der siebziger Jahre demonstriert. Legt man hierzu die Zahlen der EKHN insgesamt zugrunde, so lässt sich dazu auf den raschen Anstieg der Austritte von 3.054 im Jahr 1967 auf 17.731 im Jahr 1970 und dann noch einmal auf 20.802 im Jahr 1974 verweisen. Mit diesem Anstieg erfolgte unter neuen sozialen Bedingungen die Wiederaufnahme einer Entwicklung, die nach dem 1. Weltkrieg begonnen hat. Ein Vergleich der Kirchenaustritte des Jahres 1938 mit jüngeren Daten lässt dazu erkennen, dass sich die Verteilungsmuster 1938, 1990 oder 2014 regional kaum unterschieden. Lediglich in den Randgebieten der Großstädte sind größere Differenzen in den Austrittszahlen zu erkennen, die vor allem auf die Ausdehnung der Ballungsräume verweisen.[4]

Die Tabelle 1 veranschaulicht die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der Austritte in den einzelnen hessischen Gebietsteilen.

Die Übersicht gibt für die Gesamtentwicklung einen kontinuierlichen Verlauf der Austritte, jedoch mit deutlichen Ausschlägen wieder. Zugleich sind zwischen den drei ausgewählten Gebietsteilen ausgeprägte Unterschiede in den Verläufen zu erkennen. Sie zeigen sich besonders auffällig in der Gegenüberstellung des Ballungsraums Rhein-Main mit dem Landkreis Vogelsberg, in dem bis in die Gegenwart ein vergleichsweise erheblich kleinerer Bruchteil der Mitglieder die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche aufgibt. Der hohe Wert im Jahr 2014 in der Landregion kann im Rahmen der Gesamtentwicklung eher als Ausreißer verstanden werden. In diesem Jahr war in der EKHN die höchste Austrittsquote seit 1918 zu verzeichnen.

Im gesamten Ballungsraum haben durchgängig erheblich mehr Personen die Kirche verlassen als in den übrigen Regionen. Zugleich bestehen jedoch hier markante Differenzen innerhalb des Stadtgebiets wie auch der einzelnen Kommunen des Landkreises. So lag 2014 die Austrittsquote in den Frankfurter Stadtteilen Bockenheim oder Bornheim deutlich über 3 %. In den äußeren Stadtteilen Frankfurts wurde ein halb so hoher Wert nur selten überschritten. Vergleichbar ist die Situation im Landkreis Offenbach. Der Anteil der Ausgetretenen lag in der Stadt Dreieich unter einem Prozent und war in Neu-Isenburg mehr als doppelt so hoch.

Tabelle 1: *Austritte aus der EKHN in Hessen, Frankfurt und den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg seit 1960 (%)*

	EKHN Hessen	Frankfurt	LK Offenbach	LK Vogelsberg
1960	0,07	0,11	0,02	0,02
1965	0,05	0,08	0,06	0,02
1970	0,66	0,92	0,89	0,06
1975	0,47	1,07	0,92	0,05
1980	0,45	0,76	0,68	0,06
1985	0,48	0,94	0,71	0,09
1990	0,58	0,98	0,91	0,14
1995	0,96	1,62	1,52	0,29
2000	0,70	1,13	1,09	0,18
2005	0,45	0,81	0,57	0,14
2010	0,64	0,90	0,88	0,21
2014	1,25	1,91	1,48	0,47
2015	0,97			

Quelle: Kirchenstatistik der EKHN

Tabelle 2: *Kindertaufen und Bestattungen in der EKHN in Hessen, Frankfurt und den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg in den Jahren 1970,1990, 2011 (%)*

Jahr	EKHN Hessen		Frankfurt		LK Offenbach		LK Vogelsberg	
	Taufe	Bestattung	Taufe	Bestattung	Taufe	Bestattung	Taufe	Bestattung
1970	1,13	1,19	0,75	1,05	0,92	0,74	1,27	1,27
1990	0,98	1,28	0,77	1,62	0,87	1,14	1,13	1,13
2011	0,74	1,23	0,78	1,22	0,72	1,14	0,71	1,37

Quelle: Kirchenstatistik der EKHN

Tabelle 3: *Anteil der Mitglieder in der EKHN über 65 Jahre im Vergleich zu den Einwohnern in Hessen, Frankfurt und den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg 2011 (%)*

EKHN Hessen	Hessen Land	EKHN Frankfurt	Frankfurt Kommune	EKHN LK Offenbach	LK Offenbach gesamt	EKHN LK Vogelsberg	LK Vogelsberg gesamt
24,9	19,8	25,6	16,3	27,7	20,1	23,8	22,1

Quelle: Zensusdatenbank, eigene Berechnungen

Die Entscheidung von Mitgliedern, ihre Kirchenzugehörigkeit aufzugeben, bildet direkt nur einen Teil der Mitgliederrückgänge ab. Indirekte und eher langfristige Effekte zeigen sich besonders deutlich, wenn die Mitgliederentwicklung an Modellen geschätzt wird, die lediglich die Aus- und Eintritte zugrunde legen. Wird am Beispiel der Stadt Frankfurt ein durchschnittlicher Anteil von 1 % der Mitglieder angenommen, dem nach den Angaben der Kirchenstatistik 0,3 % Eintritte pro Jahr gegenüberstehen, so ergibt sich für den Zeitraum 1970 bis 2011 eine Mitgliederzahl, die um 57 % über den tatsächlichen Zahlen liegt. Entsprechende Modellrechnungen für die Landkreise Vogelsberg und Offenbach führen ebenfalls zu markanten, wenn auch geringeren Abweichungen von den realen Zahlen des Jahres 2011. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, gerade die indirekten und eher langfristig wirkenden Effekte zu betrachten, deren Verlauf und Entwicklung durchaus mit den Austritten verbunden sind, die ganz überwiegend in der ersten Lebenshälfte erfolgen.

4 Kindertaufen und Bestattungen in der EKHN

Ein wesentlicher Faktor für die Integration der evangelischen Kirchenmitglieder in die Gesellschaft lässt sich an demographischen Veränderungen aufzeigen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang nicht nur der allgemeine Rückgang der Kindertaufen[5], sondern eine kontinuierliche Differenz zwischen Taufen und Bestattungen sowie unterschiedliche Verläufe, die diese Entwicklung nimmt. Die Tabelle 2 weist dazu Veränderungen aus, die auf kircheninterne, wie auf einen Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu beziehen sind.

Unmittelbar sichtbar ist sowohl für die gesamte EKHN als auch für die ausgewählten Gebietsteile, dass Kindertaufen und Bestattungen zunehmend, jedoch nicht in einer einheitlichen Entwicklung, auseinanderfallen. So war 1970 im Landkreis Offenbach der Anteil der Kindertaufen noch höher als der der Bestattungen. In der Stadt Frankfurt war 1990 die Differenz zwischen Taufen und Bestattungen besonders ausgeprägt. Diese Lücke ist in den letzten Jahren geringer geworden. Als Gegenpol ist sie demgegenüber im Landkreis Vogelsberg angewachsen. Alle diese Vorgänge sind im Zusammenhang und als Konsequenz der regionalen Wanderungsströme zu verstehen. So hat die Wohnbevölkerung in Frankfurt im Zuge der Umstrukturierung der Rhein-Main-Region zunächst abgenommen. Sie steigt in den letzten Jahren jedoch wieder deutlich an, und dies auch zum Nachteil der Landregion. Umgekehrt ist im stärker katholischen Landkreis Offenbach die Einwohnerzahl und mit ihr die Zahl wie auch der Anteil der Protestanten zunächst gestiegen. Die Konzentration der regionalen Wanderungen auf die unteren und mittleren Altersgruppen wirkt zugleich indirekt auf die Altersstruktur der jeweiligen Konfessionen.[6]

In der Gesamtentwicklung lag der Anteil der Bestattungen im Jahr 1970 um gut 5 % über denen der Kindertaufen, diese Differenz ist bis zum Jahr 1990 auf über 30 % und bis 2011 auf 66,2 % angewachsen. Sie ist damit erheblich ausgeprägter als im Bundesland Hessen, in dem 2011 der Anteil der Verstorbenen lediglich um 6,7 % höher ist als den Anteil der Geburten. Als eine Konsequenz der dargestellten Entwicklung weisen die Kirchenmitglieder und die gesamte Einwohnerschaft eine jeweils unterschiedliche Altersstruktur auf. Die Tabelle 3 zeigt dazu die jeweiligen Anteile der evangelischen sowie der gesamten Wohnbevölkerung ab 65 Jahre für die einzelnen hessischen Gebietsteile an.

Die Ergebnisse der Volkszählung weisen durchgängig einen höheren Anteil älterer Menschen unter den evangelischen Kirchenmitgliedern aus. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede zur Gesamtbevölkerung in Frankfurt sowie im Landkreis Offenbach, geringer sind sie demgegenüber im Landkreis Vogelsberg. Die einzelnen Befunde können als direkte und indirekte Folge der verschiedenen Prozesse angesehen werden, die hier angesprochen wurden. Die kontinuierlichen

Austritte der im Durchschnitt Jüngeren[7] verändern direkt die Altersstruktur unter den Mitgliedern. Indirekt wird diese Entwicklung verstärkt, weil nur ein geringer Teil der Ausgetretenen bereit ist, seine Kinder zu taufen. Langfristig wirken darüber hinaus neben dem unterschiedlichen Umfang der Zu- und Abwanderungen auf die einzelnen Regionen besonders die zunehmenden Differenzen zwischen Geburten und Kindertaufen zunächst auf die Altersverteilung und sodann auf die Mitgliederentwicklung ein. Als Konsequenz haben die zukünftig erwartbaren demographischen Veränderungen innerkirchlich mittel- wie langfristig eine erheblich stärkere Bedeutung als dies für die Gesellschaft insgesamt gilt.

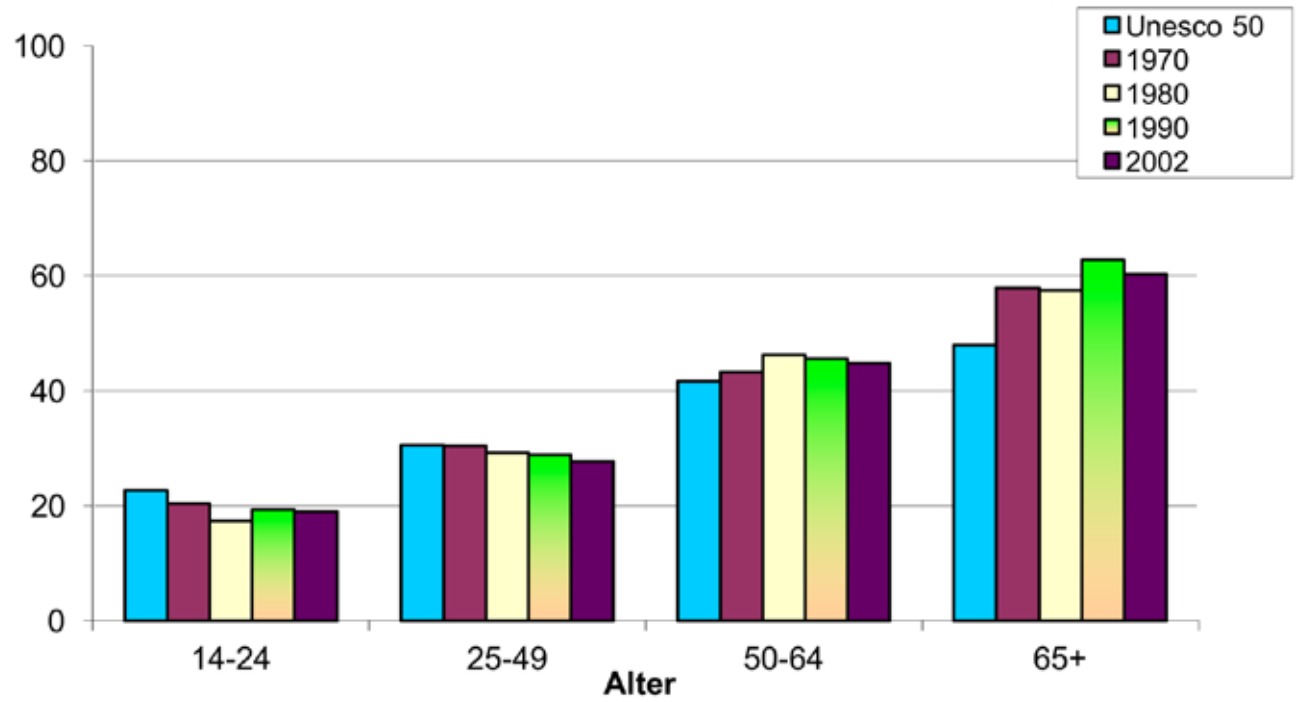
Die dargestellten Entwicklungsverläufe weisen keinen krisenhaften Charakter auf. Sie sind vielmehr als normale Folge gesellschaftlichen Wandels zu verstehen, in den die Kirche fest eingebunden ist.

- Die Bereitschaft, die Kirchenmitgliedschaft aufzugeben, fällt zwischen einzelnen sozialen Gruppen keineswegs einheitlich aus. Sie variiert nach Alter, Ausbildung oder beruflicher Tätigkeit. Entsprechend unterscheidet sich die Zahl der Austritte je nach Zusammensetzung der Wohnbevölkerung.
- Als Folge der verringerten Kinderzahl sinkt auch die Zahl der Kindertaufen. Langfristig und über mehrere Generationen hinweg wird deshalb die Zahl der Bestattungen deutlich höher ausfallen.
- Als Folge der Wanderungsbewegungen verlieren die überkommenen, beinahe geschlossenen konfessionellen Räume an Bedeutung. Die Mitgliederzahlen verändern sich etwa in Gebieten mit einem zuvor hohen Anteil der evangelischen Wohnbevölkerung stärker als in Gebieten mit einem geringen Anteil. Die gleichen Veränderungen gelten entsprechend in Gebieten mit unterschiedlichem Anteil katholischer Kirchenmitglieder.[8] Markante Zuwanderungen ändern auch langfristig die Verteilung zwischen den einzelnen Konfessionen und Religionsgemeinschaften. Wenn in der Altersgruppe der 0 bis 3-Jährigen in der Stadt Darmstadt 56,1 % einen Migrationshintergrund aufweisen, dies jedoch für nur 15,4 % in der Altersgruppe 80 Jahre und älter zutrifft (Statistische Berichte der Stadt Darmstadt 1. Halbjahr 2016, S.10), so hat dieser Unterschied auch Auswirkungen auf die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche.

5 Bindungen an die Evangelischen Kirche

Die bisher angesprochenen Folgen gesellschaftlichen Wandels für die Evangelische Kirche sind in sicherlich in ihrer Stärke zu beeinflussen. Sie sind allerdings nicht umkehrbar. Anders als in der Katholischen Kirche sind hier jedoch die überkommenen Bindungsmuster trotz der sozialen Änderungen stabil geblieben. Detlef Pollock hat diesen Sachverhalt vor einigen Jahren so kommentiert: „Vielleicht besteht das Dramatische; das Unbegreifliche, das eigentliche Skandalon der kirchlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten genau darin, dass sich in den Strukturen des Verhältnisses der kirchlichen Mitglieder zur Kirche so wenig verändert, obwohl doch gleichzeitig beachtliche Erosionsprozesse ablaufen." (Detlef Pollack 2003, S. 71 f.) Die Erosionsprozesse beziehen sich, wie gezeigt wurde, auf die direkten, aber stärker noch auf indirekte gesellschaftliche Folgen der Entscheidung, ob ein Mitglied seine Zugehörigkeit zur Kirche aufgeben oder beibehalten will. Die

Abbildung 3: *Starke Kirchenbindung nach Altersgruppen seit 1950*



Quelle: Unesco-Studie 1950, Studien der EKD

Stabilität der Bindungsmuster verweist hingegen auf ihre feste personale Verankerung im Lebenslauf, ohne dass diese subjektiv als verpflichtend gegenüber der Kirchenorganisation verstanden wird.

Als Hinweis für die Stabilität der Bindungsmuster werden gewöhnlich Ergebnisse über eine starke oder schwache Verbundenheit aus verschiedenen Studien herangezogen.[9] In der Aufgliederung nach dem Lebensalter (Abbildung 3) zeigt sich dazu langfristig ein gleichbleibender Befund.

Die Kirchenbindung steigt mit dem Lebensalter deutlich an, innerhalb einer Altersgruppe haben sich die Bindungsmuster im Zeitverlauf allenfalls marginal verändert.[10]

Die Graphik weist für die alten Länder der Bundesrepublik aus, dass kontinuierlich etwa 20 % der jüngeren Mitglieder angeben, dass sie sich „sehr stark" oder „stark" mit der Evangelischen Kirche verbunden fühlen. Unter den älteren steigt dieser Wert bis auf 60 % an. Für die Darstellung in dieser Arbeit ist neben der Stabilität des Bindungsmusters im zeitlichen Verlauf zugleich auf geringe regionale Unterschiede zu verweisen. In einer repräsentativen Mitgliederstudie der EKHN aus dem Jahr 2004 gaben für Hessen 44,6 % der Befragten in gleicher Aufgliederung eine „starke" Kirchenbindung an, für Frankfurt lag der Wert bei 45,5 %, für den Landkreis Offenbach bei 47,1 % und den Landkreis Vogelsberg bei 44,4 %.

6 Gottesdienstbesuch in der EKHN

Abgesehen von den einschlägigen Befragungsergebnissen sind statistische Angaben über die Teilnahme am Sonntagsgottesdienst ein zentraler Bindungsindikator, der als Gradmesser für Verankerungsvorgänge der Mitglieder dient. Durchaus im Unterschied zu landläufigen Vorstellungen ist allgemein festzuhalten, dass sich weder in der Vor- noch in der frühen Nachkriegszeit ausgeprägt hohe Teilnahmezahlen in der Evangelischen Kirche nachweisen lassen.[11] Für die EKHN weisen die Gottesdienststatistiken eine gleichförmige Entwicklung zurück bis in die zwanziger Jahre aus. Allgemein hält Joachim Matthes zu diesem Thema fest: „Und was die Beteiligung am gottesdienstlichen Leben angeht, so ist sie, verfolgt man sie über längere Zeiträume hinweg, keineswegs beständig zurückgegangen … Schon Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als man anfing, den Gottesdienstbesuch zu zählen, ermittelte man ähnliche Werte wie heute"[12].

Anders ist die Entwicklung jedoch an besonderen Feiertagen. Dies gilt vor allem für die Teilnahme an den Christvespern und Metten am Heiligen Abend. Während an einem Sonntag etwa 70.000 Personen einen Gottesdienst besuchen, sind dies an den Gottesdiensten am Heiligen Abend regelmäßig über 500.000. In allen Regionen hat die Teilnahme darüber hinaus recht deutlich, allerdings mit sehr markanten räumlichen Unterschieden, zugenommen.[13] Der Zuwachs ist vor allem auf zentral gelegene und architektonisch anspruchsvolle Gebäude konzentriert.

Der Besuch der Sonntagsgottesdienste war in der gesamten EKHN zwischen 1945 und 1951 in der frühen Nachkriegszeit leicht von 5,3 % auf 5,4 % der Kirchenmitglieder angestiegen und bewegt sich seit dem Jahr 1970 in den einzelnen hessischen Gebieten auf dem in der Tabelle 4 dargestellten Niveau.

Tabelle 4: *Gottesdienstbesuch an den Zählsonntagen der EKHN in Hessen, Frankfurt und den Landkreisen Offenbach und Vogelsberg 1970 bis 2015 (%)*

	Hessen	Frankfurt	LK Offenbach	LK Vogelsberg
1970	4,1	2,1	2,7	8,5
1980	4,2	2,7	2,6	6,7
1990	4,2	2,9	2,4	6,6
2000	4,1	2,8	2,6	5,8
2010	4,1	3,2	3,1	5,3
2015	4,0	2,8	2,8	5,3

Quelle: Kirchenstatistik der EKHN, eigene Berechnungen

In den hessischen Gebietsteilen der EKHN ist der Besuch der Sonntagsgottesdienste an den Zählsonntagen im Verlauf der letzten 45 Jahre weitgehend unverändert geblieben. Er bewegt sich, bezogen auf die Gesamtzahl der Mitglieder, zwischen 4,0 % und 4,2 %. Etwas stärker, aber auf geringerem Niveau, fallen die Schwankungen in Frankfurt sowie dem Landkreis Offenbach aus. Auch hier ist eine systematisch rückläufige Tendenz der Teilnahme jedoch nicht festzustellen. Am ehesten gilt dies für den ländlich strukturierten Vogelsbergkreis, in dem der Besuch zwischen 1970 und 1980 deutlicher und seither in geringerem Tempo zurückgegangen ist. Doch auch dort ist die Teilnahme auf eine Minderheit der Kirchenmitglieder konzentriert gewesen. Als Selbstbeschreibung der Gemeinden bringen die Zahlen wohl eher eine Tendenz als einen zuverlässigen Prozentwert zum Ausdruck. Gleichwohl ist von einer nicht selbstverständlichen Kontinuität des Gottesdienstbesuchs in den verschiedenen Teilen des Kirchengebiets auszugehen.

Die statistischen Angaben unterscheiden sich deutlich von zahlreichen Wahrnehmungen, die einen Abbruch kirchlicher Bindung sowie der Teilnahme am sonntäglichen Gottesdienst unterstellen und hierbei gern von früher vollen und heute von leeren Kirchen berichten. Es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass sich die überkommenen Zugangsformen der Mitglieder abgeschwächt oder aufgelöst hätten. Sie waren und sind langfristig auf eine stabile Vielgestaltigkeit ausgerichtet. In diesem Zusammenhang haben besonders die persönlichen Glaubensüberzeugungen zentrale Bedeutung. Im Gegenüber zur Kirchenorganisation dominiert ein Muster freundlicher Distanz. Diese Form der Zugehörigkeit ist auch eine zentrale Grundlage für die gegenwärtigen Reformüberlegungen in der Evangelischen Kirche, so lange sie sich auf die Bedeutung bezieht, die die freie Entscheidung der Person als Kirchenmitglied und für eine persönlich zu verantwortende Gestaltung des Lebens hatte und hat.

1 Quellen: Gesetzesblatt der Deutschen Evangelischen Kirche 1940, S. 69, sowie Kirchenstatistik der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.
2 Quelle: Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1954, S. 12.
3 Im Regierungsbezirk Darmstadt, der einen großen Teil des hessischen Gebiets der EKHN umfasst, lag der Protestantenanteil bei 63,5 %. Unter den Vertriebenen waren es hier lediglich 28,6 %. Hierzu: Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1954, S. 13.
4 Auch wenn sich die Gruppen, die im Schwerpunkt die Kirche verlassen haben, sichtbar gewandelt haben, ist die räumliche Verteilung der Austritte weitgehend stabil geblieben. Vgl. hierzu ausführlicher Peter Höhmann 2009 und 2016.
5 Im Jahr 1970 wurden in der EKHN 26.925 Kinder getauft, 1990 waren es 20.625, bis 2015 ist deren Zahl auf 11.433 Kinder gesunken (Kirchenstatistik der EKHN).
6 Ergänzend ist zudem von einer unterschiedlich starken Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, unter denen der Protestantenanteil recht gering ist, auf die einzelnen Gebietsteile auszugehen.
7 In einer Sonderauswertung aller Austritte des Jahres 2005 ermittelte das Statistikreferat der EKHN ein Durchschnittsalter der Ausgetretenen von 36 Jahren. Vergleichbare Ergebnisse wurden auch in den Mitgliedschaftsstudien der Evangelischen Kirche in Deutschland festgehalten, die die Bereitschaft zum Kirchenaustritt erfragte.
8 Als ein extremes Beispiel sei auf die Mitgliederzahl der evangelischen Bevölkerung in der Gemeinde Eppertshausen verwiesen. Hier stieg die Zahl der Protestanten zwischen 1950 und 2011 von 169 auf 1.214 an.
9 Insbesondere war die Frage nach der Verbundenheit mit der Evangelischen Kirche ein durchgängiges Schwerpunktthema in den seit 1970 regelmäßig durchgeführten Mitgliederstudien. Vgl. zu den Auswertungen der letzten Erhebung besonders Heinrich Bedford-Strohm und Volker Jung (Hrsg.), Kapitel 4.
10 Die Verbundenheit mit der Evangelischen Kirche wurde in den Studien der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) durch eine Skala mit 5 Ausprägungen erfasst. Als starke Bindung gelten hier die Ausprägungen 1 und 2.
11 In diesem Punkt unterscheidet sich die Entwicklung in der Evangelischen und in der Katholischen Kirche sehr markant. In der Katholischen Kirche hat sich die soziale Funktion der Gottesdienstteilnahme deutlich verändert und mit ihm der Besuch der Messe. So ist etwa in Frankfurt zwischen 1965 und 1979 der Anteil der Kirchenbesucher an den katholischen Mitgliedern von 21,5 % auf 11,5 % zurückgegangen. Vgl. dazu Karl Asemann 1999, S. 281.
12 Joachim Matthes, Rundfunkmanuskript, o. J., S. 7.
13 Zwischen 1980 und 2015 wuchs die Teilnahme in Hessen von 24,4 % auf 32,2 %, in Frankfurt von 17,9 % auf 24,9 %, im Landkreis Offenbach von 21,6 % auf 31,5 % und im Landkreis Vogelsberg von 38,6 % auf 43,1 %.

Literatur

Karl Asemann, Religion im Leben der Frankfurter Bevölkerung im 20. Jahrhundert, in: Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt (Hrsg.), Frankfurter statistische Berichte 4/1999, S. 179–351.

Heinrich Bedford-Strohm und Volker Jung (Hrsg.), Vernetzte Vielfalt, Gütersloh 2005.

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen Wiesbaden 1954.

Peter Höhmann, Kirchenbindung im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt 2009.

Ders., Kirchenzugehörigkeit und Kirchenaustritte in Hessen, in: Dieter Becker und Peter Höhmann, Kooperation und Konflikt, Frankfurt 2016.

Joachim Matthes, Religion in unserer pluralistischen Gesellschaft, Rundfunkmanuskript, o. J.

Detlef Pollack, Wandel im Stillstand, in: Evangelische Kirche in: Deutschland (Hrsg.), Weltsichten Kirchenbindung Lebensstile. Kirche Horizont und Lebensrahmen, Hannover 2003.

Deutsche Evangelische Kirche, Gesetzesblatt der Deutschen Evangelischen Kirche 1940.

Günther Schönbauer, Stahlkrise, Stadtgemeinde und städtisches Leben in Völklingen und Scunthope, Seoul 1993.

Stadt Darmstadt, Statistische Berichte, 1. Halbjahr 2016.

Peter Höfflin und Claudia Schulz

Kirchen und ihre Daten – Christliche Großkirchen als Gegenstand der Statistik und Akteure im Feld der Datennutzung

Der Beitrag bietet einen Überblick über Schnittstellen zwischen christlichen Kirchen und Statistik. Einerseits sind Kirchen als Organisationen und soziale Akteure Gegenstand gesellschaftlicher Berichterstattung. Andererseits sind die Kirchen selbst Nutzerinnen und Produzentinnen von Daten und erweitern mit ihren Bedarfen und Perspektiven die Einflussbereiche statistischer Analysen und Umfragen.

Dr. Peter Höfflin
Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, Leitung Institut für Angewandte Forschung (IAF), Arbeitsschwerpunkte in den Feldern Sozialberichterstattung und Sozialplanung, Sozialraumorientierte Arbeitsansätze in der Sozialen Arbeit, Stadtforschung. Bis 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Stadtforschung bei der Stadt Freiburg.
p.hoefflin@eh-ludwigsburg.de

Dr. Claudia Schulz
Professorin für Theorie und Praxis der Diakoniewissenschaft und Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg und Privatdozentin für Praktische Theologie an der Universität Bonn, Arbeitsschwerpunkte: empirische Forschung in Diakonie und Kirche, Sozialstrukturanalyse (Milieus, Armut, Diversität, Sozialraum), Gottesdienst, Professionstheorie, Religions- und Kirchensoziologie.
c.schulz@eh-ludwigsburg.de

Schlüsselwörter:
Kirche – Religion – Kirchenmitgliedschaft – Kirchengemeinde – Sozialraum

1 Einleitung

Bei einer oberflächlichen Betrachtung mag der Eindruck entstehen, dass Kirche und Statistik nicht viel miteinander zu tun haben oder möglicherweise sogar in einer gegensätzlichen Beziehung stehen. Das Institut für Demoskopie Allensbach führte Anfang der siebziger Jahre eine Umfrage als Vollerhebung bei 20 Millionen Katholiken in Deutschland durch. Die Katholische Kirche entschied sich damals gegen eine Stichprobenerhebung mit dem Argument, dass jeder Mensch „eine Seele habe" und man Seelen „nicht durch Stichproben repräsentieren lassen" könne (Noelle-Neumann/Petersen 2005). Glücklicherweise wissen Statistikerinnen und Statistiker nur zu gut, dass umfassende Bestandsaufnahmen notwendig sind, um ein zutreffendes Bild zu erhalten. Tatsächlich erweisen sich dann die Beziehungen zwischen Kirche und Statistik als sehr vielfältig und eng. In diesem Beitrag werden diese Beziehungen aus zwei verschiedenen Perspektiven dargestellt.

Zunächst geht es um die Kirche als Gegenstand der statistischen Berichterstattung. In den Statistischen Jahrbüchern der Städte und in der Statistik des Bundes und der Länder finden sich vielfältige Zahlen und Kennziffern von der Religionszugehörigkeit über das Kirchensteueraufkommen bis hin zu den Austritten und Neuaufnahmen. Die Datenquellen sind hier das Meldewesen, die standesamtlichen Beurkundungen und die Steuererhebungen, und als Merkmalsträger stehen die Kirchenmitglieder im Fokus des Interesses. Die Kirchen sind als Gemeinden, aber vor allem mit ihren Wohlfahrtsverbänden, der Diakonie und Caritas, maßgebliche Akteure im Sozialbereich. Ihre Sozialen Dienste und Einrichtungen, von den Kindertageseinrichtungen über die Familienhilfen bis hin zu den Pflegeheimen und Sozialstationen, sind deshalb wichtiger Berichtsgegenstand der Sozialstatistik und Sozialberichterstattung im engeren Sinn. Fasst man Sozialberichterstattung in einem weiteren Sinn als umfassendere Beobachtung von Lebenslagen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf, erweist es sich ebenfalls als unerlässlich, kirchliche und religiöse Aspekte zu berücksichtigen. Eine Sozialraumanalyse oder eine Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements wären lückenhaft, wenn hier die kirchlichen Milieus und Aktivitäten nicht berücksichtigt würden.

Der zweite Teil dieses Beitrags befasst sich mit der Statistik aus der Perspektive der Kirchen als Organisation. Die von den Statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Daten eröffnen den Kirchengemeinden die Möglichkeit einer sozi-

alraumbezogenen Gemeindeentwicklung, die sich an den Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert. Hier bestehen weitgehende Parallelen zur Funktion von kommunalstatistischen Daten in der Stadtentwicklung. Die Kirchen sind ebenso wie die staatlichen Gebietskörperschaften Produzentinnen statistischer Daten. Diese reichen von den Geschäfts- und Verwaltungsstatistiken der innerkirchlichen Entwicklungen und Aktivitäten bis hin zu umfassenden sozialwissenschaftlichen Studien mit kirchen- und religionssoziologischen Fragestellungen.

2 Kirchen – von Seiten der Statistik aus betrachtet

2.1 Kirchenmitgliedschaft und Bevölkerungsstatistik

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik gibt es zwischen staatlicher Statistik und Kirche enge Bezüge und weitreichende gemeinsame historische Wurzeln. Im Alten Testament finden sich an mehreren Stellen Schilderungen von Volkszählungen, die auf Weisung Gottes durchgeführt wurden. Und die Weihnachtsgeschichte ereignete sich im Kontext einer von Kaiser Augustus angeordneten Volkszählung zur Erstellung der Steuerlisten. Im Unterschied zu heutigen Zählungen wurde die damalige Erhebung bekanntlich weder durch den Einsatz von Interviewern noch durch registergestützte Verfahren durchgeführt. Vielmehr hatten sich die zu Zählenden an ihren Herkunftsort zu begeben.

Auch die moderne Bevölkerungsstatistik entwickelte sich aus Kirchenbüchern heraus, in denen die Taufen, Heiraten und Sterbefälle eingetragen wurden. Desrosières (2005, S. 22) sieht hier den „Gründungsakt aller statistischen Arbeit (im modernen Sinne), bei der definierte, identifizierte und stabile Einheiten vorausgesetzt werden". Diese Kirchenregister bilden die Grundlage für die sogenannte politische Arithmetik, aus der sich dann die demografische Forschung entwickelte, wie sie etwa mit den Namen Graunt und Huygens verbunden ist. Diese berechneten im 17. Jahrhundert erstmalig die Lebenserwartung und erstellten Sterbetafeln auf der Grundlage der Verzeichnisse (Eisenmenger/Emmerling 2011).

Heute beruht die Bevölkerungsstatistik auf den amtlich erfassten Bevölkerungsbewegungen der Meldebehörden und Standesämtern in Verbindung mit den periodisch durchgeführten Volkszählungen. Die Beziehung hat sich umgekehrt. Es sind nicht mehr die Kirchenregister, die als Grundlage für die Bevölkerungsstatistik dienen. Vielmehr liefert die Bevölkerungsstatistik heute wichtige Informationen über die Entwicklung der Kirchen. Welche weitreichenden demografischen Analysen sich hier mit den statistischen Merkmalen der Kirchmitgliedschaft bewerkstelligen lassen, belegen die Pionierarbeiten aus der Stuttgarter Kommunalstatistik. Eicken und Schmitz-Veltin (2012 und 2015) zeigen auf der Grundlage der kommunalstatistischen Datenbestände sehr eindrucksvoll, wie sich die Kirchen in Stuttgart unter demografischen Gesichtspunkten entwickeln werden und wie sich dies auf die religiöse Vielfalt Stuttgarts auswirkt.

Die Arbeiten aus der Stuttgarter Kommunalstatistik machen deutlich, dass die Veränderungen in den religiösen Einstellungen und in der Kirchenmitgliedschaft vielfältigere Ursachen haben als allein die Kirchenaustritte. Waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch etwa 80 Prozent der Stuttgarter Bevölkerung Mitglied der evangelischen Kirche und weitere 15 Prozent der römisch-katholischen Kirche zugehörig, so sind aktuell nur noch jeweils ein Viertel evangelische oder katholische Kirchenmitglieder. Der Rückgang der Kirchenmitglieder ist in Stuttgart seit Mitte der 1950er-Jahre zu beobachten, wobei er bei den Katholiken etwas später seit Beginn der 1970er-Jahre stattfindet. Die Stuttgarter Analysen zeigen den Einfluss demografischer Faktoren auf die Strukturveränderungen der Kirchenmitgliedschaft. So wirkte sich in Stuttgart bei den Mitgliedszahlen der katholischen Kirche zunächst der positive Wanderungssaldo in Folge der Arbeitsmigration stabilisierend aus. 43 Prozent der katholischen Kirchenmitglieder haben einen Migrationshintergrund, während dies nur bei 12 Prozent der evangelischen Mitglieder der Fall ist. Auch aktuell sorgt der positive Wanderungssaldo dafür, dass die Zahl der katholischen Kirchenmitglieder konstant bleibt. Als zweiter demografischer Faktor wirkt sich in Stuttgart der Saldo von Geburten und Sterbefällen negativ auf die Mitgliedszahlen der Kirchen aus. Eicken und Schmitz-Veltin weisen darauf hin, dass auch ohne Austritte die Zahl der Katholiken um jährlich 400 Personen abnehmen würde, da die Zahl der Sterbefälle die Taufen und Neuaufnahmen übersteigt. Die Mitglieder der evangelischen Kirche sind in Stuttgart im Durchschnitt deutlich älter (46,9 Jahre) als die katholischen Kirchenmitglieder (44,0 Jahre) und die Einwohner ohne Kirchenmitgliedschaft (38,6 Jahre). Deshalb ist der Mitgliederverlust durch Sterbefälle in der evangelischen Kirche noch deutlich höher.

Die Arbeiten aus der Stuttgarter Kommunalstatistik bekräftigen aber auch den Befund, dass der Mitgliederrückgang der Volkskirchen nicht zwangsläufig als Bedeutungsverlust von Religion und Kirche zu verstehen ist. So sind auf der Grundlage der Bevölkerungsdaten nur Aussagen über die öffentlich-rechtlich organisierten Kirchen möglich, da hier die Mitgliedschaft aus steuerlichen Gründen erfasst ist. Schätzungen zur Religiosität und Mitgliedschaft sind auf der Grundlage des Zensus 2011 und der Stuttgarter Lebensstilbefragung möglich. Demnach bezeichnen sich zwei Drittel aller Stuttgarterinnen und Stuttgarter als Christen und lediglich 10 Prozent der Einwohner sehen sich keiner Glaubensrichtung zugehörig. Stuttgart hat sich von einer protestantisch geprägten Stadt zu einer Stadt mit großer religiöser Vielfalt entwickelt. Die Stuttgarter Kommunalstatistik zeigt, dass von einem Verschwinden von Kirche und Religion nicht die Rede sein kann.

2.2 Kirche im Bereich von Sozialstatistik und Sozialberichterstattung

Vielfältige Schnittstellen zwischen der Statistik und der Kirche gibt es weiterhin im sozialen Bereich, in dem die Kirchen über ihre Gemeinden und die Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas tätig sind. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände zählen zu den größten Arbeitgebern Deutschlands. Aufgrund der Heterogenität der Angebote und der Trägervielfalt sind statistische Gesamtangaben allerdings nur mit einer gewissen Unschärfe verfügbar (vgl. Merchel 2011). Schätzungsweise drei Viertel der Beschäftigten in der Freien Wohlfahrtspflege sind bei Caritas und Diakonie beschäftigt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) erstellt

alle vier Jahre eine Gesamtstatistik. Danach waren in den Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege am 1. Januar 2012 insgesamt 1.673.861 Mitarbeiter/innen hauptamtlich beschäftigt, davon 727.694 als Vollzeitarbeitskräfte (43 Prozent). Die Zahl der freiwillig Engagierten wird von der BAGFW auf 2,5 bis 3 Millionen geschätzt (BAGFW 2012).

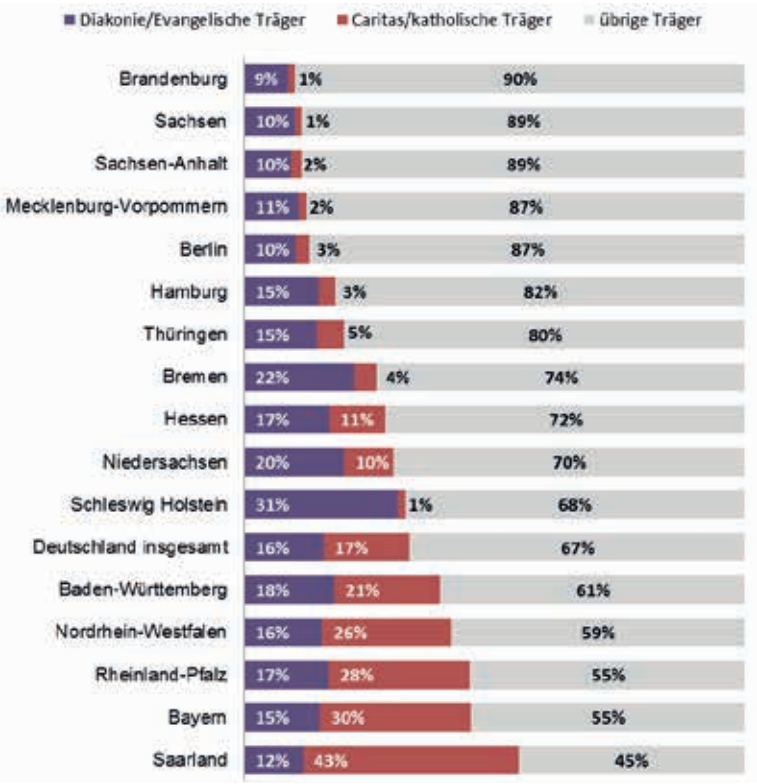
Präzisere Informationen über die Einrichtungen und Dienste im kirchlichen Bereich und die in ihnen Beschäftigten liefern die regelmäßig auf gesetzlicher Grundlage durchgeführten Statistiken des Bundes und der Länder. Hier sind die einzelnen Träger differenziert erfasst und es steht ein umfangreiches Angebot an Erhebungsmerkmalen zur Verfügung. Aufgrund der Angebotsbreite sind die Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe und die Pflegestatistik von besonderer Bedeutung. Exemplarisch können wir an dieser Stelle nur den Anteil kirchlicher Träger im Bereich der Kindertagesstätten darstellen (siehe Abbildung 1).

Von den 54.536 Kindertageseinrichtungen, die zum 1. März 2015 in Deutschland statistisch erfasst wurden, waren ein Drittel (33,1 %) in konfessioneller Trägerschaft. 9.370 Kitas wurden von der Caritas und anderen katholischen Trägern betrieben. 8.697 befanden sich in evangelischer Trägerschaft. Sehr deutlich sind die Unterschiede in den Trägerstrukturen zwischen den Bundesländern. In den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland ist etwa die Hälfte der Kindertagesstätten in konfessioneller Trägerschaft. In den östlichen Bundesländern trifft dies nur für jede achte Kita zu. Während die katholischen Trägerschaften hier nahezu marginal sind und im Bereich weniger Prozentpunkte liegen, finden sich im Süden der Bundesrepublik katholische Anteilswerte bis zu 43 % im Saarland. Eine nach kirchlichen Merkmalen differenzierte Betrachtung der Sozialstatistiken ist also nicht nur im Hinblick auf den Umfang, sondern auch unter strukturellen Gesichtspunkten interessant.

Die Kirchen prägen aber nicht nur in einem mehr oder weniger starken Umfang die sozialen Angebote. Sie haben auch eine erhebliche Bedeutung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2016, S. 362 ff.), die auf der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 basieren, sind 40 % der Bevölkerung ab 10 Jahren ehrenamtlich engagiert. Der kirchliche und religiöse Bereich steht hier bei den Frauen an erster Stelle, gehört aber auch bei den Männern nach dem Sport zu den wichtigsten Engagementfeldern. Während im Vergleich zur Erhebung von 2001/2002 das Engagement in vielen Bereichen deutlich zurückging, waren die Rückgänge im kirchlichen und religiösen Bereich erstaunlich gering (von 11,5 % auf 10,7 %).

Während Themen der Sozialversicherung primär eine Angelegenheit der Bundesebene sind,

Abbildung 1: *Kindertageseinrichtungen in den Bundesländern – Anteil kirchlicher Träger am 01.03.2015*



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

übernehmen die Kommunen die soziale Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur vor Ort. Die gegebenen Beispiele, die noch erheblich erweitert werden könnten, zeigen die Bedeutung kirchlicher Angebote und Aktivitäten in diesen Bereichen. Für die Sozialberichterstattung und andere kommunale Berichtssysteme, von der Bildungspolitik über zivilgesellschaftliches Engagement bis hin zu Bürgerumfragen, sind deshalb Merkmalsdimensionen zu kirchlichen oder religiösen Aspekten unverzichtbar, um eine vollständige und qualifizierte Berichterstattung zu realisieren.

Kirchen sind aber als Teil der Gesellschaft nicht nur Gegenstand statistischer Berichterstattung. Sie benötigen als Organisationen selbst Daten zur Ausrichtung und Gestaltung ihrer Arbeit, und zwar über die diakonischen und caritativen Aufgaben hinaus. Welche Bedeutung etwa raumbezogene Daten in der Praktischen Theologie haben, wird im folgenden Kapitel dargestellt.

3 Statistik – von Seiten der Kirchen betrachtet

3.1 Der „Spatial Turn" in der Theologie

Im Gefolge des „Spatial Turn" oder auch „Topographical Turn" in den Geistes- und Kulturwissenschaften spätestens seit den 1980-er Jahren hat die christliche Theologie den Begriff des Raums für eigene fachliche Belange erschlossen. Der Raum, begriffen als zum Text gewordenes, geordnetes Zeichensystem, das von anderen gelesen und verstanden werden kann, ist sowohl in der Systematischen Theologie (Beuttler 2010; Wüthrich 2015) als auch in der Praktischen Theologie zum Gegenstand der Reflexion geworden: Die Kirchengemeinde am Ort wurde in der Religionspädagogik als soziale Größe „im Raum" und, manifestiert im Namen der 1983 erstmals

erschienenen Zeitschrift „Lernort Gemeinde", als Ausgangspunkt für religiöse Bildung verstanden. Darin transportiert sich sowohl ein Verständnis des Raums als topografischer Ort (place), indem die Kirchengemeinde den Raum erschließt und räumliche Bezüge ihrer Arbeit in den Vordergrund rückt, und ein Verständnis des Raums als eine durch Raumaneignung und Bedeutungszuschreibung erst entwickelte Größe (space) (Failing 1995).

Sowohl auf der Schnittstelle zu pädagogischen Fragen, etwa in Arbeiten zum Kirchenraum, als auch im Feld der Kirchentheorie oder Gemeindeentwicklung sind seither Raumkonzepte entwickelt oder genutzt worden (Erne/Schüz 2010). Zentral ist darin die verstärkte Wahrnehmung der Menschen als Subjekte der religiösen Kommunikation, der Raum- wie Sinnerfahrung und der religiösen Deutung. Eine am Sozialraum orientierte Gemeindeentwicklung ist zugleich an der Lebenswirklichkeit der Menschen am Ort ausgerichtet und geht davon aus, dass die Themen der hier präsenten Menschen Ausgangspunkt für die Arbeit der Gemeinde sein können – und genau darin sowohl neue Beteiligungsmodelle als auch Konzepte der religiösen Kommunikation oder der religiösen Bildung entstehen können (Schulz 2013). Damit verlagert sich der normative Schwerpunkt zumindest vorübergehend weg von der biblischen oder dogmatischen Grundlegung christlicher Theologie hin zu kommunikativen Prozessen im Raum. Indem die Menschen „im Raum" und damit aus ihrer Lebenssituation heraus Subjekte der Theologie werden, entsteht ein Dialog zwischen biblischen Texten, historischen Entwicklungen der Kirche (bis hin zu ihrer Struktur als räumlich klar definierte Parochialgemeinde im Dorf oder im Quartier, die im 21. Jahrhundert der Normalfall ist) und den aktuell relevanten Themen der „im Raum" Beteiligten. Der Praktische Theologe Christian Grethlein bündelt das im Konzept der „Religiösen Kommunikation", in der sich die christlichen Botschaft überhaupt nur im Bezug zu den sie Kommunizierenden erfassen lässt (Grethlein 2012: 167–168).

Mit der Hinwendung der Praktischen Theologie zur empirischen Forschung hat sich in der christlichen Theologie insgesamt ein deutliches Interesse an einer Wahrnehmung der vor Ort präsenten Kirche und der damit verknüpften sozialen Wirklichkeit entwickelt. Dabei ist die Nutzung von raumbezogenen Daten neben der Nutzung von Mitgliederdaten für die Arbeit einer Kirchengemeinde einerseits in der Praxis zur Selbstverständlichkeit geworden, andererseits ist in der wissenschaftlichen Diskussion das theologisch-normative Verständnis der vielfältigen Datennutzung kaum geklärt (Schulz 2013). Wo sich einerseits eine Orientierung an Menschen und ihren Lebensgewohnheiten und Interessen nahe legt, bleibt die Frage in der Breite unbeantwortet, wie sich die daraus entwickelten Leitlinien beispielsweise von Kirchen- und Gemeindeentwicklung zu den theologisch-theoretischen Konzepten verhalten sollen, die andere Teildisziplinen der Theologie aus biblischen und systematisch-theologischen Bezügen entwickelt haben und die von hier aus normative Funktionen erhalten können.

3.2 Theologie und christliche Kirchen und ihre Nutzung von Daten

Jenseits der theoretischen Debatten um eine angemessene Nutzung von Daten durch christliche Kirchen und theologische Wissenschaft blüht in den letzten Jahrzehnten die Nutzung von Daten durch die Kirchen, vor allem auf der Ebene der Kirchengemeinden vor Ort. Zunächst verfügen Kirchengemeinden durch das kirchliche Meldewesen über personenbezogene Daten der Kirchenmitglieder mit ihren Familienangehörigen. Nach der Meldeverordnung stellen kommunale Ämter den Kirchen die jeweils aktuellen Einwohner-Daten zur Verfügung, die dann mit der Information über die jeweilige räumliche Ausdehnung verknüpft und auf diesem Weg bis auf die Ebene der Parochie zugeordnet werden können. Die Kirchengemeinden können, reglementiert durch Kirchenmitgliedschaftsgesetze und Datenschutzverordnungen, diese Daten für ihre Arbeit nutzen. Sie vermerken für eigene Belange außerdem die Amtshandlungen, die ihre Mitglieder betreffen, und erhalten auf diese Weise über die Jahre umfassend „aufgeschichtete" Informationen aus Meldedaten und eigener Dokumentation.

Die kirchliche Organisation kann nun anhand dieser Daten ihre Arbeit auf übergeordneter Ebene gestalten, beispielsweise anhand der Mitgliederzahlen die Kirchensteuerzuweisung an Gemeinden, Bezirke und andere Organisationseinheiten sowie die Stellenplanung vornehmen. Auf lokaler Ebene dienen Mitgliederdaten für Analysen zur Gestaltung der operativen Arbeit und konkrete Auswertungen, etwa um Seniorinnen und Senioren gezielt für ein neues Angebot einzuladen oder Jugendliche zum Kommunions- oder Konfirmandenunterricht. Ebenso greift die strategische Ausrichtung einer Gemeinde häufig auf solche Daten zurück. Hier kommen nun weitere Daten aus der kommunalen Statistik und Sozialberichterstattung zur Anwendung. Diese Daten sind nicht personenbezogen, zeigen aber über den Kirchenmitgliederbestand hinaus wichtige Merkmale der Sozialstruktur und sind damit für Gemeinden höchst wertvoll. So wird beispielsweise eine Kirchengemeinde für die Planung einer Kindertagesstätte nicht nur die eigenen Mitgliederzahlen, sondern ebenso Daten über Familien und ihre Kinder im Stadtteil und möglicherweise noch darüber hinaus nutzen.

Der Sozialraum ist hier die entscheidende Größe. Eine Kirchengemeinde muss einerseits wissen, auf welchen Raum sich ihre formale Zuständigkeit bezieht, welche Menschen also im Regelfall eine Begleitung zur Taufe oder mit einer Trauerfeier in Anspruch nehmen werden. Andererseits ist ihre Arbeit wesentlich durch die innere Struktur eines Sozialraums bestimmt: Während die eine Gemeinde etwa mit der Gemarkung eines Dorfs klar abgegrenzt ist, sind andere Gemeinden stärker in größere Sozialräume eingebunden oder in sich sozialräumlich zergliedert. Wo eine Kirchengemeinde zwei kleine Stadtteile am Rand einer Großstadt vereint, können die Zugehörigkeitsgefühle der Menschen zu „ihrem" Teilbereich der Gemeinde die Entwicklung gesamtgemeindlicher Angebote erschweren. Wo eine Kirchengemeinde einen räumlich sehr offenen Teil eines größeren Stadtteils umfasst, ist zu erwarten, dass viele Menschen das Angebot der Gemeinde nutzen oder nutzen möchten, die gar nicht in der Parochie selbst wohnen, so dass eine Orientierung an der größeren regionalen Einheit sinnvoller scheint als die Orientierung am tatsächlichen Mitgliederbestand. Da die meisten Kirchengemeinden nicht eine exklusive „Versorgung" der ihnen zugehörigen Menschen, sondern eine umfassende kirchliche Arbeit für die Menschen am Ort an-

Abbildung 2: *Milieus evangelischer Kirchenmitglieder in der Welt der Erlebnisvorlieben*

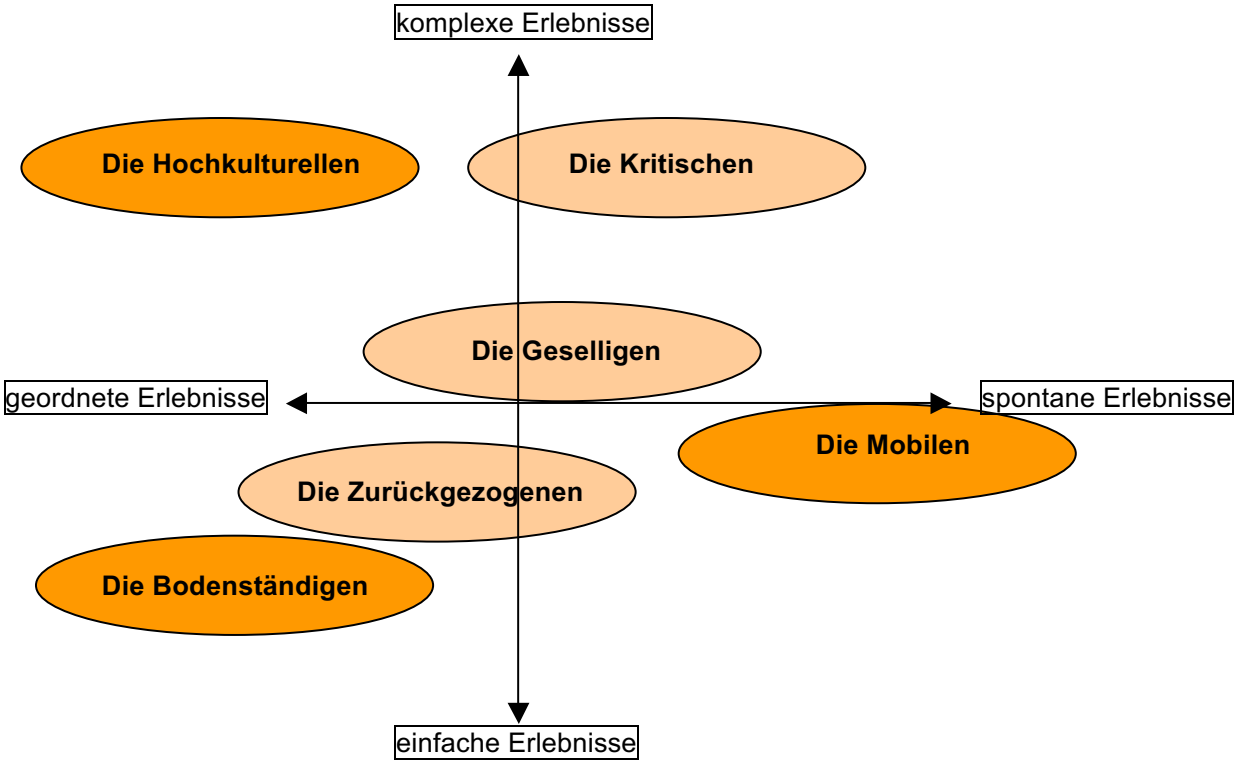


Abbildung aus Schulz, Claudia; Hauschildt, Eberhard; Kohler, Eike (2008): Milieus praktisch. Analyse- und Planungshilfen für Kirche und Gemeinde, Göttingen, S. 100.

streben, sind solche statistischen Daten über den Ort oder Stadtteil von großem Interesse, vor allem zu soziostrukturellen Aspekten (Altersstruktur, Arbeitslosigkeit, Pendlerbewegungen, Haushalts- und Wohnungsgrößen etc.).

Seit mehr als einem Jahrzehnt haben die christlichen Kirchen in Deutschland darüber hinaus die Milieuanalyse als einen Zugang zu den eigenen Mitgliederdaten entdeckt, der das Verständnis der Lebenszusammenhänge der Mitglieder bei sachgerechter Nutzung noch erheblich erweitern kann. Hier finden sich zwei parallel entwickelte Ansätze mit differierender methodischer Ausrichtung: Im einen Ansatz werden mit Clusteranalysen auf der Basis von repräsentativ erhobenen Befragungsdaten unter Kirchenmitgliedern Typen von Lebensstilen oder Milieus konstruiert, die dann durch Korrelation mit dem Datensatz auf ihre Interessen und Vorlieben in Bezug auf kirchliche Arbeit „befragt" werden können (Benthaus-Apel 2006; für die kirchliche Nutzung vgl. Schulz/Hauschildt/Kohler 2008/[3]2010). Dieser Ansatz bietet die unmittelbare Verknüpfung zu umfangreichenden Befragungsdaten, allerdings können Gemeinden und kirchliche Einrichtungen die so gewonnenen Milieutypen nur unabhängig von ihrem eigenen Mitgliederbestand nutzen. Diese Typen müssen von den Verantwortlichen erst mit der sozialräumlichen Situation vor Ort verbunden werden und bieten so vor allem ein Trainingsfeld im Verständnis für unterschiedliche Mentalitäten, Einstellungen und Kommunikationsmuster – die Grundlage für eine tatsächlich milieusensible operative Arbeit in der Kirche.

Im anderen Ansatz werden kirchliche Mitgliederdaten durch externe Dienstleister in der Verknüpfung mit weiteren Datenbeständen milieuanalytisch erschlossen. Dafür sind Milieumodelle zugrunde gelegt, die zuvor, von Kirchenmitgliederdaten unabhängig, entwickelt wurden. Dies wurde im Jahr 2005 erstmalig im Auftrag der katholischen Kirche in Zusammenarbeit mit Sinus-Sociovision SA, heute SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, unternommen (Wippermann/de Magalhaes 2005). Im Anschluss wurde das Verfahren der Anwendung eines unabhängigen Milieumodells und seiner rechnerischen Zusammenführung mit weiteren Datenbeständen der Konsumforschung, etwa der micromGeoMilieus®, von zahlreichen Evangelischen Landeskirchen im Raum der EKD und in der Schweiz gewählt. Auf diese Weise werden Kenntnisse über die Mobilität, Kaufkraft oder stilistische Vorlieben in die Berechnung der Milieuzugehörigkeit der Menschen vor Ort einbezogen. Dieses Verfahren hat eine größere Verbreitung gefunden und findet aktuell weiterhin Anwendung. Die beauftragenden Kirchen stellen ihren Kirchengemeinden die tabellarisch und grafisch aufbereiteten Daten für die operative Arbeit vor Ort zur Verfügung. Aus ihnen ist, nicht personenbezogen, sondern auf der Basis von Straßenabschnitten, die Milieuzugehörigkeit der Kirchenmitglieder ablesbar. Praktisch-theologische Studien haben in der Folgezeit die Erkenntnisse der Milieuforschung im kirchlich-religiösen Raum genutzt, um daraus methodische Hinweise für kirchliche Praxisentwicklung zu gewinnen und sie für die Anwendung in Kirchengemeinden aufzubereiten (Ahrens/Wegner 2013).

3.3 Die christlichen Kirchen als Produzentinnen von Daten

Im Zuge dieser Bemühungen um eine methodische profilierte Anwendung von Mitgliederdaten und anderen Daten für die kirchliche Arbeit sind die christlichen Kirchen selbst zu Produzentinnen von Daten geworden. Zunächst liefern die kleinen Einheiten, die Kirchengemeinden und -bezirke, ausgehend von ihrem Meldewesen gut aufbereitete Statistiken über Mitgliederzahlen sowie Daten zum kirchlichen Leben, Amtshandlungen, Veranstaltungen und Personal an die zentralen Stellen (Bistümer, Landeskirchen). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die römisch-katholische Kirche in Deutschland verfügen so über bundesweite, online zugängliche Statistiken (www.ekd.de/statistik und www.dbk.de/zahlen-fakten/kirchliche-statistik). Im Projekt „Kirchenstatistische Zeitreihen 1949–2010" haben Detlef Pollack und Michael Krüggeler eine Datensammlung über Kirchenmitgliederdaten der evangelischen und katholischen Kirche für die ehemalige DDR, das Gebiet der früheren Bundesrepublik und für Deutschland in den Grenzen nach dem 3. Oktober 1990 entwickelt und sie 2016 als Datensatz im GESIS-Datenarchiv „Zeitreihen zur Historischen Statistik" (HiStat) zugänglich gemacht (unter www.gesis.org/histat). Das Projekt wurde vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD und dem Centrum für Religion und Moderne der Universität Münster getragen. Die Daten können dort in der Rubrik „Bevölkerung" eingesehen werden.

Über die Statistik hinaus hat vor allem die EKD seit 1972 selbst eine umfangreiche Forschung im Bereich der Kirchenmitgliedschaft etabliert (Hild 1974). In dieser Repräsentativerhebung unter Evangelischen ab 14 Jahren erhebt sie seither im Abstand von zehn Jahren die Einstellungen und Glaubenshaltungen ihrer Mitglieder sowie deren Erwartungen an die Kirche und ihre Gemeinden. Nachdem anfänglich die Stabilität der Kirche selbst und ihre Gestalt als Organisation und Institution im Fokus des Interesses standen, ist die Forschung inzwischen um zusätzliche Perspektiven erweitert worden: In der dritten Erhebung von 1992 stand die biografische Sicht auf Kirchenmitgliedschaft im Vordergrund und wurde zusätzlich zur standardisierten Befragung mit Erzählinterviews erforscht (Engelhardt/von Loewenich/Steinacker 1997). In der vierten Erhebung von 2002 waren eine Analyse von Weltsichten und die bereits genannte Analyse von Lebensstilen/Milieus aufgenommen, in der die standardisierte Befragung durch Gruppendiskussionen ergänzt ist (Huber/Friedrich/Steinacker 2006). Die jüngste Erhebung von 2012 enthält eine Netzwerkforschung, in der eine Vollerhebung in einer Kirchengemeinde realisiert wurde, die in vielen soziostrukturellen Dimensionen dem bundesweiten Durchschnitt entspricht (Heidler/Hallwaß/Christof/Spieß 2015). Von hier aus lassen sich Bezüge der Kirchenmitglieder untereinander sowie zu den Haupt- und Ehrenamtlichen der Gemeinde auf ihren Gehalt an religiöser Kommunikation und ihre Bedeutung für die Organisation der Gemeinde in ihren Gruppen und Angeboten untersuchen. Noch unklar ist, wie diese Daten einer hier als netzwerkförmig erfassten Kirchengemeinde aufgeschlossen und die Erkenntnisse angemessen auf die bestehenden Diskurse um kirchentheoretische und handlungspraktische Begründungen bezogen werden können (Schulz 2016).

4 Zusammenfassung

Wir sind in diesem Aufsatz der Frage nachgegangen, welche Schnittstellen es zwischen den Kirchen und der Statistik gibt. Es zeigt sich eine Vielzahl an gegenseitigen Bezügen, die hier nur exemplarisch und keinesfalls mit dem Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt werden konnten. Zunächst einmal sind die Kirchen als Organisationen und Akteure ein wichtiger Gegenstand der gesellschaftlichen Berichterstattung. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Einrichtungen und Dienste im Sozialbereich, sondern auch im Hinblick auf die Lebensstile und Milieus in einer Stadt. Eine städtische Gesellschaft und ihr Wandel lassen sich nicht angemessen beschreiben, wenn religiöse Orientierungen und Kirchenmitgliedschaft nicht berücksichtigt werden. Am Beispiel der Kindertagesstättenstatistik haben wir verdeutlicht, wie unterschiedlich dieses Arbeitsfeld in den Bundesländern durch kirchliche Trägerschaften geprägt ist. Die Arbeiten aus der Stuttgarter Kommunalstatistik zeigen eindrucksvoll, wie sich die ehemalige Prägung durch die evangelische Kirche aufgelöst und sich die Landeshauptstadt zu einer religiös vielfältigen Stadt gewandelt hat.

Die Kirche ist aber nicht nur Gegenstand, sondern auch selbst Produzentin und Nutzerin von Daten und Statistiken. Ebenso wie die Städte und Gemeinden benötigt sie als planende Organisation Zahlengrundlagen für ihr Handeln. Unmittelbar einsichtig ist dies in ihrer Funktion als Trägerin sozialer Dienste oder Einrichtungen und die damit verbundene Bedarfsplanung. Aber auch im Bereich der Praktischen Theologie wächst der Bedarf vor allem an raumbezogenen Daten für eine sozialraumbezogene Gemeindeentwicklung. Die Theologie wendet sich hier der empirischen Forschung zu, um sich den Lebensgewohnheiten und Interessen der Menschen in der kirchlichen Alltagsarbeit zu nähern. Auch hier lässt sich eine Analogie zur Kommunalstatistik sehen, in der statistische Analysen und Umfragen zunehmend als wichtiges Instrument für kommunikative Prozesse und Partizipation in der Kommunalpolitik und Stadtentwicklung etabliert werden.

Literatur

Ahrens, Petra-Angela; Wegner, Gerhard (2013): Soziokulturelle Milieus und Kirche. Lebensstile – Sozialstrukturen – kirchliche Angebote, Stuttgart.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) (2014): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege: Gesamtstatistik 2012, Berlin.

Benthaus-Apel, Friederike (2006): Lebensstilspezifische Zugänge zur Kirchenmitgliedschaft, in: Huber, Wolfgang; Friedrich, Johannes; Steinacker, Peter (Hrsg.): Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge. Die vierte EKD-Erhebung über Mitgliedschaft, Gütersloh, S. 205–236.

Beuttler, Ulrich (2010): Gott und Raum – Theologie der Weltgegenwart Gottes, Göttingen.

Desrosières, Alain (2005): Die Politik der großen Zahlen: Eine Geschichte der statistischen Denkweise. Berlin u. a.

Eicken, Joachim; Schmitz-Veltin, Ansgar (2015): Die Kirchen in Stuttgart im demografischen Wandel, in: Statistik und Informationsmanagement: Monatshefte, Jg. 74, Heft 7, 203–217.

Eisenmenger, Matthias; Emmerling, Dieter (2011): Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit, in: Wirtschaft und Statistik. Heft 3, S. 219–238.

Engelhardt, Klaus; von Loewenich, Hermann; Steinacker, Peter (Hrsg.) (1997): Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh.

Erne, Thomas; Schüz, Peter (Hrsg.) (2010): Die Religion des Raumes und die Räumlichkeit der Religion, Göttingen.

Heidler, Richard; Hallwaß, Anne Elise; Christof, Anja; Spieß, Tabea (2015): Religiöse Kommunikation in Netzwerkstadt. Netzwerkanalytische Auswertungen der religiösen und sozialen Beziehungen in einer Kirchengemeinde, in: Bedford-Strohm, Heinrich; Jung, Volker (Hrsg.): Vernetze Vielfalt. Kirche angesichts von Individualisierung und Säkularisierung. Die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh, S. 361–399.

Hild, Helmut (Hrsg.) (1974): Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung. Ergebnisse einer Meinungsbefragung, Gelnhausen.

Huber, Wolfgang; Friedrich, Johannes; Steinacker, Peter (Hrsg.) (2006): Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge. Die vierte EKD-Erhebung über Mitgliedschaft, Gütersloh.

Failing, Wolf-Eckart (1995): Gemeinde als symbolischer Raum. Die Gemeindepädagogik in der Phase der Systematisierung, in: JRP 1995, S. 37–55.

Grethlein, Christian (2012): Praktische Theologie, Berlin.

Merchel, Joachim (2011): Wohlfahrtsverbände, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft, in: Evers, Adalbert; Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden, 245–264.

Noelle-Neumann, Elisabeth; Petersen, Thomas (42005). Alle, nicht jeder: Einführung in die Methoden der Demoskopie. Berlin.

Schmitz-Veltin, Ansgar (2015): Religiöse Vielfalt in einer wachsenden Stadt: Kirche und Religion in Stuttgart im Zeitverlauf, in: Statistik und Informationsmanagement: Monatshefte, Jg. 74, Heft 7, 203–217.

Schulz, Claudia; Hauschildt, Eberhard; Kohler, Eike (2008; [3]2010): Milieus praktisch. Analyse- und Planungshilfen für Kirche und Gemeinde, Göttingen.

Schulz, Claudia (2013): Empirische Forschung als Praktische Theologie. Theoretische Grundlagen und sachgerechte Anwendung, Göttingen.

Schulz, Claudia (2013): Wie das Evangelium sich Raum schafft. Sozialraumorientierung als Paradigma für religions-pädagogisches Handeln, in: PTh 102/2013, S. 442–458.

Schulz, Claudia (2016): Kirche als Netzwerk betrachtet. Spiegelbilder einer relationalen Praktischen Theologie, in: Praktische Theologie 51/2016, Heft 3, S. 140–147.

Statistisches Bundesamt (2016); Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Statistisches Bundesamt (2016): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2015, Wiesbaden.

Wippermann, Carsten; de Magalhaes, Isabel (2005): Zielgruppen-Handbuch. Religiöse und kirchliche Orientierungen in den Sinus-Milieus 2005. Eine qualitative Studie des Instituts Sinus Sociovision zur Unterstützung der publizistischen und pastoralen Arbeit der Katholischen Kirche in Deutschland im Auftrag der MDG GmbH und der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle, München.

Wüthrich, Matthias D. (2015): Raum Gottes: Ein systematisch-theologischer Versuch, Raum zu denken, Göttingen.

Werner Münzenmaier

Großstädte als Einkaufszentren – Positionierung des Einzelhandels zum Umland bei unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Der Einzelhandel stellt einen durchaus gewichtigen Wirtschaftszweig dar – in Deutschland beschäftigt er derzeit über 3 Mio. Erwerbstätige.[1] In vielen Großstädten hat der Einzelhandel in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, er steht gerade dort aber auch in Konkurrenz zu Einkaufs- oder Outletzentren im näheren und weiteren Umland; hinzu kommt die zunehmende Bedeutung des Online- und Versandhandels, der den stationären Einzelhandel generell vor große Herausforderungen stellt. Darüber hinaus prägt der Einzelhandel vor allem in größeren Städten in erheblichem Umfang das Bild einer Stadt und trägt so ganz allgemein zu deren Attraktivität bei.

Wie behauptet sich der Einzelhandel in den 15 größten Städten Deutschlands in seinem jeweiligen Umland beziehungsweise wie stark kann er von ihm profitieren? Diesem Fragenbereich wird hier anhand makroökonomischer Daten nachgegangen.

Dr. Werner Münzenmaier
Diplom-Volkswirt, ehemals Referatsleiter im Finanzministerium Baden-Württemberg, davor Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg
hw-muenzenmaier@t-online.de

Schlüsselwörter:
Großstädte – Stadt/Umland – Einzelhandel – Kaufkraft – Einkommen

Kennzahlen für den Einzelhandel

Hervorragende einzelhandelsspezifische Informationen liefern Daten, die von der Michael Bauer Research GmbH Nürnberg (gemeinsam mit der CIMA Beratung + Management GmbH/ BBE Handelsberatung GmbH München) für das Jahr 2016 ermittelt beziehungsweise prognostiziert und dem Autor zur Verfügung gestellt wurden.[2] Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die folgenden drei Kennziffern:

Die **einzelhandelsrelevante Kaufkraft**, das ist derjenige Teil der allgemeinen Kaufkraft, der im Einzelhandel (einschließlich Online- und Versandhandel) ausgegeben wird.

Der **Einzelhandelsumsatz**, das sind die im örtlichen Einzelhandel getätigten Umsätze zu Endverbrauchspreisen; zum Einzelhandel in dieser Abgrenzung gehören auch Bäckereien, Konditoreien und Metzgereien sowie Factory Outlet Center, nicht jedoch der Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Krafträdern, der Internet- und Onlinehandel sowie Tankstellen; der stationäre Einzelhandel auf der Angebotsseite ist also deutlich enger gefasst als die einzelhandelsrelevante Kaufkraft auf der Nachfrageseite.

Die **einzelhandelsbezogene Zentralität**, das ist der Quotient aus Einzelhandelsumsatz je Einwohner und einzelhandelsrelevanter Kaufkraft je Einwohner, jeweils bezogen auf den Bundesdurchschnitt.

Analysiert werden die Daten überwiegend auf der Basis von Angaben je Einwohner sowie bezogen auf den Bundesdurchschnitt; das heißt, bei einem Wert über 100 % übersteigen die Pro-Kopf-Werte der regionalen Größe den Bundesdurchschnitt, bei einem Wert unter 100 % unterschreiten sie ihn im jeweiligen Ausmaß. Die Verwendung solcher Pro-Kopf-Kennziffern hat nicht nur den Vorteil einer besseren Vergleichbarkeit der untersuchten regionalen Einheiten untereinander, sie erlaubt darüber hinaus auch eine sinnvolle Gegenüberstellung mit Kreisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowohl aus inhaltlichen Gründen als auch wegen unterschiedlicher Bezugsjahre.

Kennzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Kreisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen aktuell für das Jahr 2014 vor.[3] Ursache für die zeitliche Verzögerung ist die komplexe und detaillierte Berechnung aller

dort dargelegten Größen einschließlich einer Abstimmung auf die Eckdaten der Länder, die wiederum den gesamten wirtschaftlichen Kreislauf abbilden.

Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft wird hier dem Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegenübergestellt, das sich wiederum aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte ableitet:

Das **Primäreinkommen der privaten Haushalte** (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) umfasst die gesamten Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den privaten Haushalten am Wohnort zugeflossen sind. Hierzu zählen das Arbeitnehmerentgelt, die Einkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, der Betriebsüberschuss aus Wohnungsvermietung einschließlich eigengenutztem Wohnraum und die netto empfangenen Vermögenseinkommen einschließlich Finanzdienstleistungen.

Das **Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte** (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) errechnet sich aus dem Primäreinkommen durch Abzug der Einkommen- und Vermögensteuern, der Sozialbeiträge und sonstigen, von den privaten Haushalten zu leistenden Transfers sowie Hinzufügen der Sozialleistungen und weiterer, durch die privaten Haushalte vom Staat empfangener Transferleistungen. Das Verfügbare Einkommen ist damit das Einkommen, das den privaten Haushalten letztlich zufließt und für Konsum- oder Sparzwecke verwendet werden kann; es wird auch als (allgemeine) Kaufkraft bezeichnet.

Konzeptionell entspricht das Verfügbare Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Begriff der Nettoeinkünfte.[4] Aus diesen Nettoeinkünften bestimmt die Michael Bauer GmbH die einzelhandelsrelevante Kaufkraft als den Teil des Einkommens, der im Einzelhandel ausgegeben wird; zu ihrer Ermittlung werden Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben sowie regionale, differenzierte Einkommensdaten verwendet. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft ist damit den Konsumausgaben im Einzelhandel nach der Terminologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar – eine Größe, die für Stadt- und Landkreise allerdings nicht vorliegt. In jedem Fall ist die einzelhandelsrelevante Kaufkraft deutlich enger gefasst als die allgemeine Kaufkraft, repräsentiert durch das Verfügbare Einkommen.

Alle hier genannten Indikatoren beziehen sich auf den **Wohnort** der Einkommensbezieher beziehungsweise Konsumenten, weshalb die Zahl der **Einwohner** auch die geeignete Bezugsgröße darstellt. Demgegenüber werden das **Arbeitnehmerentgelt** wie auch die Zahl der **Arbeitnehmer** in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Kreisebene nur für den **Arbeitsort** nachgewiesen. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Löhnen und Gehältern der beschäftigten Arbeitnehmer sowie der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber; letztere beinhalten auch unterstellte Sozialbeiträge für Beamte und Richter.

Tabelle 1: *Einzelhandelsrelevante Kaufkraft und Einzelhandelsumsatz in den Großstädten Deutschlands 2016*

Stadt	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft			Einzelhandelsumsatz			Zentralitätskennziffer
		je Einwohner			je Einwohner		
	Mio. Euro	Euro je Einwohner	Deutschland = 100	Mio. Euro	Euro je Einwohner	Deutschland = 100	Deutschland = 100
Berlin	22.170	6.275	96,8	21.912	6.202	107,3	110,9
Hamburg	12.533	6.993	107,8	12.745	7.111	123,0	114,1
München	11.753	7.973	122,9	12.166	8.252	142,8	116,1
Köln	7.391	6.911	106,6	7.417	6.935	120,0	112,6
Frankfurt/Main	5.333	7.246	111,7	5.284	7.180	124,2	111,2
Stuttgart	4.446	7.137	110,1	4.824	7.745	134,0	121,7
Düsseldorf	4.596	7.432	114,6	4.882	7.895	136,6	119,2
Dortmund	3.641	6.183	95,3	3.786	6.429	111,2	116,6
Essen	3.773	6.510	100,4	3.838	6.622	114,6	114,1
Bremen	3.560	6.369	98,2	3.789	6.778	117,3	119,4
Leipzig	3.322	5.927	91,4	3.245	5.790	100,2	109,6
Dresden	3.381	6.093	94,0	3.271	5.896	102,0	108,6
Hannover	3.612	6.736	103,9	3.864	7.208	124,7	120,0
Nürnberg	3.435	6.697	103,3	4.014	7.828	135,4	131,1
Duisburg	2.833	5.761	88,8	2.612	5.312	91,9	103,4
Großstädte insgesamt	95.777	6.731	103,8	97.649	6.863	118,7	114,4
Deutschland	532.035	6.485	100	474.260	5.780	100	100

Quelle: Michael Bauer GmbH und CIMA Beratung + Management GmbH/BBE Handelsberatung GmbH; eigene Berechnungen

Situation deutscher Großstädte als regionale Einkaufzentren

Die genannten Indikatoren sollen nun dazu dienen, die Stellung deutscher Großstädte als zentrale Einkaufsorte innerhalb ihres regionalen Umfelds miteinander zu vergleichen. Hierzu sind in den Tabellen verschiedene Daten der 15 Städte Deutschlands mit rund 500.000 oder mehr Einwohnern zusammengestellt, und zwar durchgehend geordnet nach der Zahl ihrer Einwohner.[5]

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft

In Tabelle 1 ist die einzelhandelsrelevante Kaufkraft dieser Städte entsprechend den Daten der Michael Bauer GmbH dargelegt. Danach vereinigten 2016 die 15 größten Städte, in denen 17,3 % der Einwohner Deutschlands leben, mit 95,8 Mrd. Euro rund 18,0 % der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft auf sich. Demzufolge lag diese für den Einzelhandel entscheidende Kaufkraft in diesen Städten mit 6.731 Euro je Einwohner leicht über dem entsprechenden Wert für Deutschland insgesamt (6.485 Euro je Einwohner), nämlich um 3,8 %.

Innerhalb dieser Gruppe von Großstädten gibt es jedoch erhebliche Unterschiede: So weist München mit 7.973 Euro je Einwohner einen Wert auf, der die gesamtdeutsche einzelhandelsrelevante Kaufkraft um fast ein Viertel (22,9 %) übertrifft; aber auch in den drei Städten Düsseldorf, Frankfurt am Main und Stuttgart überragt die für den Einzelhandel relevante Kaufkraft den Bundesdurchschnitt noch merklich, nämlich um 14,6 bis 10,1 %. Bereits unter einem Wert von 7.000 Euro je Einwohner, aber noch über dem Durchschnitt Deutschlands blieben 2016 die entsprechenden Pro-Kopf-Werte in Hamburg, Köln, Hannover, Nürnberg und Essen; der Bundesdurchschnitt wurde in diesen fünf Städten um 7,8 bis 0,4 % übertroffen. Leicht unter dem Bundesdurchschnitt bewegten sich die Pro-Kopf-Zahlen in Bremen, nämlich um 1,8 %, schon deutlicher in den beiden anderen Ruhrgebietsstädten Dortmund und Duisburg, in der Bundeshauptstadt Berlin und in den beiden ostdeutschen Städten Dresden und Leipzig; die bundesdurchschnittliche Kaufkraft wurde von diesen Städten um 4,7 bis 11,2 % verfehlt.

Verfügbares Einkommen als allgemeine Kaufkraft

Ein zum Teil gleiches, zum Teil aber auch abweichendes Bild ergibt sich bei einer Gegenüberstellung mit dem Verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Indikator der allgemeinen Kaufkraft; die Pro-Kopf-Zahlen für 2014 sind in Tabelle 2 wiedergegeben.

Die Unterschiede zur einzelhandelsrelevanten Kaufkraft beginnen schon damit, dass deren Pro-Kopf-Werte für die Summe der Großstädte 2016 wie ausgeführt um 3,8 % über dem Bundesdurchschnitt lagen, wogegen die Verfügbaren Einkommen 2014 mit 20.785 Euro je Einwohner den Bundeswert (21.117 Euro je Einwohner) um 1,6 % unterschritten haben. Mit München, Düsseldorf, Stuttgart, Hamburg, Nürnberg und Köln konnten lediglich sechs Großstädte den Bundesdurchschnitt übertreffen.

Tabelle 2: *Gesamtwirtschaftliche Einkommensgrößen in den Großstädten Deutschlands 2014*

Stadt	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer		Verfügbares Einkommen je Einwohner		Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/ Verfügbares Einkommen je Einwohner	
	Euro je Arbeitnehmer	Deutschland = 100	Euro je Einwohner	Deutschland = 100	%	Deutschland = 100
Berlin	38.280	98,9	18.594	88,1	205,9	112,3
Hamburg	46.853	121,0	23.596	111,7	198,6	108,3
München	50.670	130,9	25.838	122,4	196,1	107,0
Köln	46.299	119,6	21.301	100,9	217,4	118,6
Frankfurt/Main	52.794	136,4	20.555	97,3	256,8	140,1
Stuttgart	50.663	130,9	23.759	112,5	213,2	116,3
Düsseldorf	50.997	131,8	24.128	114,3	211,4	115,3
Dortmund	39.207	101,3	18.206	86,2	215,4	117,5
Essen	42.623	110,1	20.046	94,9	212,6	116,0
Bremen	39.873	103,0	20.582	97,5	193,7	105,7
Leipzig	32.887	85,0	16.542	78,3	198,8	108,5
Dresden	35.076	90,6	17.638	83,5	198,9	108,5
Hannover	43.283	111,8	19.275	91,3	224,6	122,5
Nürnberg	43.855	113,3	21.791	103,2	201,3	109,8
Duisburg	42.723	110,4	16.761	79,4	254,9	139,1
Großstädte insgesamt	44.552	115,1	20.785	98,4	214,4	116,9
Deutschland	38.709	100	21.117	100	183,3	100

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Gegenüberstellung beider Kaufkraftziffern

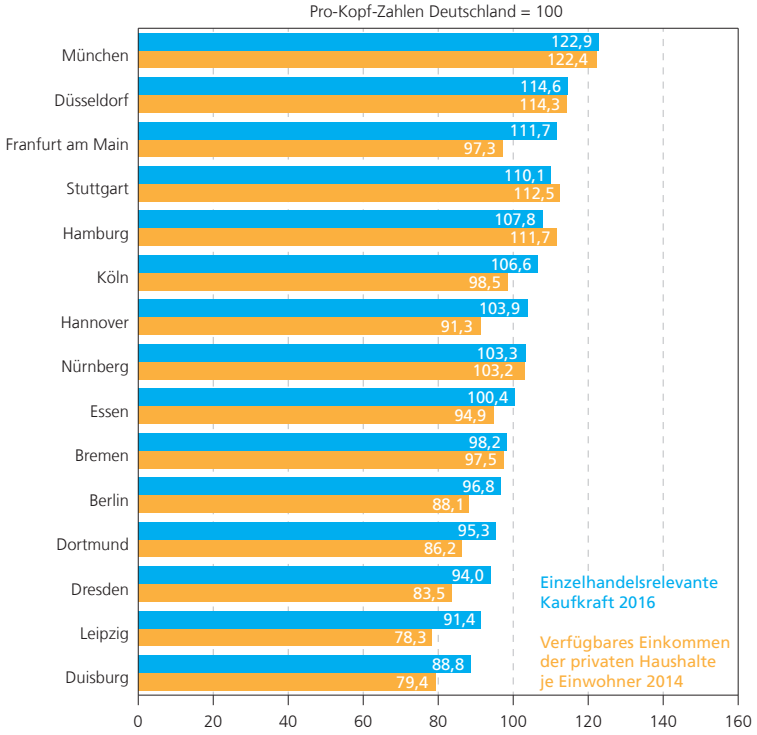
Sehr anschaulich gehen die Unterschiede zwischen einzelhandelsrelevanter und allgemeiner Kaufkraft aus Abbildung 1 hervor, in der die Pro-Kopf-Zahlen beider Indikatoren für die 15 Städte gegenübergestellt sind. Hieraus lassen sich folgende Erkenntnisse gewinnen:

Die Rangfolge beider Pro-Kopf-Indikatoren ist für die meisten, nämlich elf Städte ganz oder ungefähr gleich (maximal ein Platz Unterschied). Größere Verschiebungen lassen sich zum einen für die Stadt Frankfurt feststellen, deren Abstieg von Platz 3 bei der einzelhandelsrelevanten auf Rang 8 bei der allgemeinen Kaufkraft mit dem Aufstieg Nürnbergs von 8 auf 5 korrespondiert, zum anderen für Hannover, das sich von Rang 7 auf Platz 10 verschlechtert hat, und zwar exakt im Tausch mit Bremen, das sich von 10 auf 7 verbessern konnte.

Ein Blick auf die in Abbildung 1 gegenübergestellten Pro-Kopf-Größen in der Dimension Bundesdurchschnitt = 100 zeigt grob folgende Tendenzen: In Städten mit einer hohen allgemeinen Kaufkraft, gemessen am Verfügbaren Einkommen je Einwohner, liegt die zum Bundesdurchschnitt in Beziehung gesetzte einzelhandelsrelevante Pro-Kopf-Kaufkraft unter oder nur leicht über der entsprechenden allgemeinen Kaufkraft, in Städten mit einer relativ geringen allgemeinen Pro-Kopf-Kaufkraft wird die so dimensionierte Ziffer von der für den Einzelhandel relevanten Kaufkraft je Einwohner durchweg übertroffen, und zwar mit abnehmender Kaufkraft in tendenziell steigendem Maße. Erheblich aus dieser Reihe tanzt allerdings die Stadt Frankfurt am Main[6]; des Weiteren fallen die Abweichungen beider Kaufkraftziffern, im genannten Trend des Städterankings betrachtet, für Köln und Hannover etwas zu groß und für Nürnberg etwas zu gering aus.

Hinter diesem Bild steht als ökonomische Erklärung, dass mit zunehmendem Einkommen ein tendenziell immer größerer Anteil gespart oder für Dienstleistungen unterschiedlicher Art ausgegeben wird, beziehungsweise, wenn man die Ausgaben für Mieten betrachtet, ausgegeben werden muss. Derzeit wenden die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt knapp ein Drittel ihres Nettoeinkommens für Kaltmiete auf, in den größeren Städten in der Regel deutlich mehr. In einer früheren Untersuchung konnte gezeigt werden, dass in der Tendenz die Mietausgaben um so umfangreicher sind, je höher das Einkommen beziehungweise die Kaufkraft in den Städten ist, demzufolge in einkommensstärkeren Städten ein geringerer und in einkommensschwächeren ein größerer Anteil des Einkommens für Waren ausgegeben wird, die vom Einzelhandel bezogen werden.[7]

Abbildung 1: *Gegenüberstellung der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft 2016 und des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2014 in den Großstädten Deutschlands*



Quelle: Michael Bauer GmbH, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Einzelhandelsumsatz

Nach den Berechnungen von Michael Bauer Research GmbH hat der Einzelhandel in den 15 größten Städten Deutschlands 2016 einen Umsatz in Höhe von 97,7 Mrd. Euro getätigt, das sind 2,0 % mehr als die dort lebenden 14,2 Mio. Menschen an einzelhandelsrelevanter Kaufkraft (95,8 Mrd. Euro) aufgewiesen haben; vgl. Tabelle 1. Deutschlandweit ist der Einzelhandelsumsatz mit 474,3 Mrd. Euro demgegenüber um 10,9 % hinter der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft im Wert von 532,0 Mrd. Euro zurückgeblieben, was mit der eingangs beschriebenen Beschränkung des Umsatzes auf den stationären Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge und Krafträder sowie Tankstellen) im Gegensatz zur umfassenderen Definition der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft (einschließlich Internet- und Onlinehandel) zusammenhängt. Im Ergebnis erreichten deshalb die 15 Großstädte beim Einzelhandelsumsatz mit 20,6 % einen merklich höheren Anteil als bei der einzelhandelsbezogenen Kaufkraft mit 18,0 %.

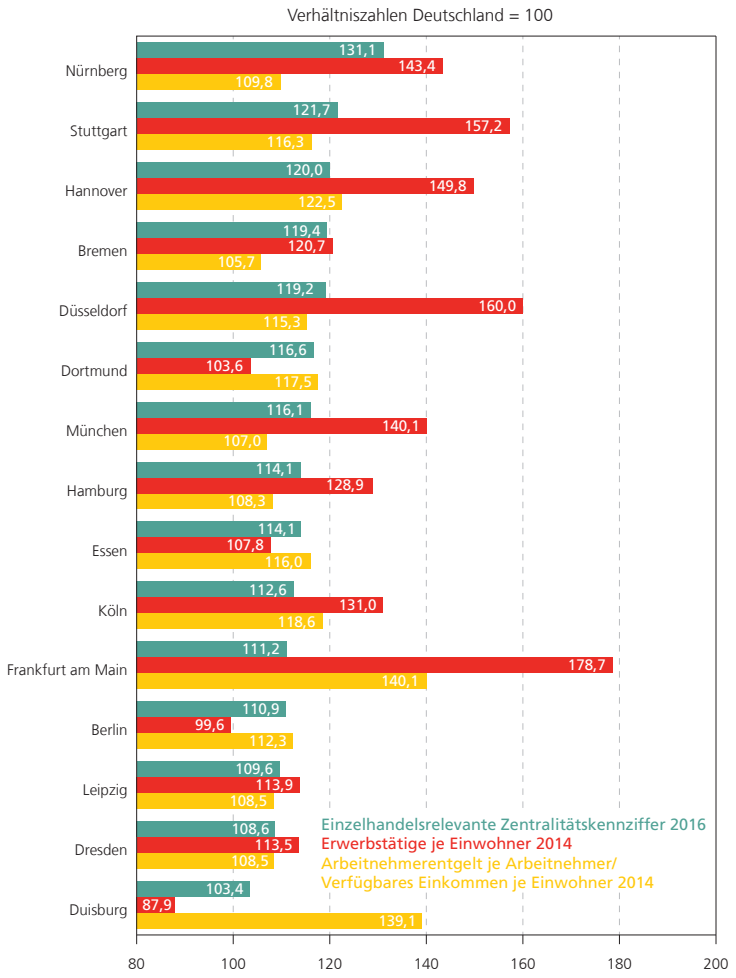
Demzufolge übertreffen bei den Pro-Kopf-Werten die Großstädte den Bundesdurchschnitt beim Einzelhandelsumsatz erheblich stärker als bei der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft, nämlich um 18,7 % beim Umsatz im Vergleich zu 3,8 % bei der Kaufkraft (vgl. Tabelle 1). Im Einzelnen erreichten die 15 größten Städte im Durchschnitt 6.863 Euro Einzelhandelsumsatz je Einwohner, im gesamten Bundesgebiet waren es 5.780 Euro je Einwohner. Über dem Großstädtedurchschnitt lagen beim Einzelhandelsumsatz je Einwohner 2016 die acht Städte München, Düsseldorf, Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Frankfurt am Main, Hamburg und Köln, bereits darunter, aber noch über dem Bundesdurchschnitt finden sich die sechs Städte Bremen, Essen, Dortmund, Berlin, Dresden und Leipzig wieder; unter dem Pro-Kopf-Wert Deutschlands blieb lediglich die Stadt Duisburg, diese allerdings recht deutlich.

Einzelhandelsbezogene Zentralitätskennziffer: Überblick

Durch Bezug des Einzelhandelsumsatzes auf die einzelhandelsrelevante Kaufkraft lässt sich die spezifische Kaufkraftbindung einer Stadt ausdrücken. Michael Bauer GmbH hat hierfür die so genannte einzelhandelsbezogene Zentralitätskennziffer gewählt, in der die beiden Größen in der Dimension je Einwohner und Deutschland = 100 zueinander in Beziehung gesetzt werden. Bei einem Wert über 100 übersteigen die Kaufkraftzuflüsse die Kaufkraftabflüsse einer Gebietseinheit, bei einem Betrag unter 100 überwiegen die Abflüsse gegenüber den Zuflüssen an Kaufkraft, jeweils in Relation zum Bundesdurchschnitt sowie unter Beachtung der unterschiedlichen Abgrenzungen von stationärem Einzelhandelsumsatz und umfassenderer einzelhandelsrelevanter Kaufkraft.[8]

Betrachtet man die Zentralitätskennziffer der 15 größten Städte Deutschlands in Tabelle 1 beziehungsweise in Abbildung 2, so fällt zunächst Folgendes auf: Zwar weisen alle Städte insoweit einen Nettokaufkraftzufluss beim Einzelhandel auf, innerhalb dieser Städtegruppe gibt es jedoch bemerkenswerte Unterschiede.

Abbildung 2: *Gegenüberstellung der einzelhandelsrelevanten Zentralitätskennziffer 2016 zu demographischen und ökonomischen Relationen 2014 in den Großstädten Deutschlands*



Quelle: Michael Bauer GmbH, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Absoluter Spitzenreiter ist die Stadt Nürnberg mit einer einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffer in Höhe von 131,1 % in Relation zum Bundesdurchschnitt. An zweiter Stelle folgt Stuttgart mit 121,7 % und führt damit eine Gruppe von weiteren fünf Städten an, deren Ziffern zwischen 120 und 116 % liegen, nämlich Hannover (120,0 %), Bremen (119,4 %), Düsseldorf (119,2 %), Dortmund (116,6 %) und München (116,1 %). Zwischen gut 114 und knapp 111 % betragen die für den Einzelhandel bedeutsamen Zentralitätskennziffern der fünf Städte Hamburg und Essen (jeweils 114,1 %) sowie Köln (112,6 %), Frankfurt am Main (111,2 %) und Berlin (110,9 %). Die Schlusslichter bilden die beiden sächsischen Städte Leipzig (109,6 %) und Dresden (108,6 %) sowie die dritte Ruhrgebietsstadt Duisburg (103,4 %).

Rahmenbedingungen für die Höhe der Einzelhandelszentralität

Die so eingeteilten Städtegruppen stellen kein in sich sehr homogenes Gebilde dar, es gibt also keine klaren und eindeutigen Kriterien zur Klassifikation der Großstädte nach ihrer Einzelhandelszentralität. Tatsächlich dürften verschiedene Aspekte für die Höhe der einzelhandelsbezogenen Zentralität einer großen Stadt bedeutsam sein. An erster Stelle zu nennen sind die infrastrukturellen Gegebenheiten wie vor allem überzeugende Angebote des Einzelhandels, attraktive Einkaufsmöglichkeiten, ergänzende Freizeitangebote und gute Verkehrsanbindungen speziell in der Region; zusätzlich sind manche Städte bewusst auf den Einkaufstourismus in- und ausländischer Besucher ausgerichtet.

Darüber hinaus sind verschiedene geographische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen für die Anziehungskraft eines Einkaufsstandorts und damit die Höhe der Zentralitätskennziffer von Relevanz; ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind nachfolgend einige hierfür wichtige Argumente aufgeführt:

- Mit Blick auf die Kaufkraftbindung des Umlands an die betreffende Stadt spielt die Größe ihres Einzugsgebiets und ihre Stellung im regionalen Umfeld eine wesentliche Rolle, also beispielsweise ob die Stadt alleiniges Zentrum eines bestimmten Gebiets ist (Monozentralität) oder ob sie sich diese Funktion mit anderen, vergleichbaren Städten teilt (Polyzentralität).
- Von Bedeutung ist ferner, ob Wohngebiete am Rand der Stadt administrativ als Vororte zur betreffenden Stadt gehören oder selbstständige Gemeinden bilden; dies ist gerade deshalb von Relevanz, weil in den Rändern

einer Stadt in der Regel Haushalte mit besseren Einkommensverhältnissen und damit hoher Kaufkraft wohnen.

- Überhaupt ein wesentlicher Faktor für den Umfang des Kaufkraftzuflusses, abzulesen aus der Höhe der Zentralitätskennziffer, ist natürlich die Stärke der Kaufkraft des regionalen Umfelds und damit auch das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Umland; im (aus der Sicht einer Stadt) idealen Fall tätigen einkommensstarke Bewohner umliegender Kommunen ihre großen Einkäufe in dieser Stadt.
- Statistisch gesehen eher dämpfend auf den Wert dieser Zentralitätskennziffer wirkt schließlich, wenn die Stadt selbst eine relativ hohe Kaufkraft auf sich vereint, selbst wenn diese in größerem Umfang in den Einzelhandelsgeschäften und Einkaufszentren der Stadt umgesetzt wird – wobei dies aus Sicht dieser Stadt natürlich allemal besser ist als ein Kaufkraftabfluss ins Umland.

Nürnberg

Gemessen an diesen Rahmenbedingungen ist die Situation für den Spitzenreiter Nürnberg ausgesprochen günstig: Das Einzugsgebiet ist, wenn man etwa die Metropolregion Nürnberg mit ihren 3,5 Mio. Einwohnern als Maßstab nimmt, recht groß. Vor allem aber ist die Stadt Nürnberg, wie in einer Studie der IHK Region Stuttgart beschrieben, „… der Dreh- und Angelpunkt der eigenen Region, die deutlich stärker als Stuttgart auf ihr Zentrum hin ausgerichtet ist.“[9] Dabei gehört Nürnberg mit seinen 2014 rund 517.000 Einwohnern zu den eher kleineren Metropolen, und auch die eigene Kaufkraft ist im regionalen Umfeld eher bescheiden: Zwar belegt die “Hauptstadt Frankens“ bei der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft unter den 15 Großstädten genau den mittleren Platz 8 und bei der allgemeinen Kaufkraft sogar Rang 5 (vgl. Abbildung 1), innerhalb des Regierungsbezirks Mittelfranken (mit 2014 über 1,7 Mio. Einwohnern) fällt Nürnberg bei der allgemeinen Kaufkraft jedoch deutlich ab, wie Tabelle 3 zeigt.

Konkret liegt die Stadt Nürnberg beim Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen um 4,4 % unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Mittelfranken, schlechter schneiden nur die Stadt Ansbach (Abstand 8,6 %) sowie die zentrumsferneren Landkreise Neustadt an der Aisch-Bad Winsheim (Abstand 6,0 %) und Weißenburg-Gunzenhausen (Abstand 6,3 %) ab. In den zentrumsnäheren Landkreisen Nürnberger Land, Erlangen-Höchstadt, Fürth und Roth sowie in den kreisfreien Städten Schwabach, Fürth und Erlangen erreichte die Kaufkraft 2014 dagegen teils deutlich höhere Werte und übertraf den Bezirksdurchschnitt um 1,2 bis 10,4 %. Die im Vergleich zu ihrem Einzugsgebiet geringe allgemeine Kaufkraft der Stadt Nürnberg wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass in einigen an Mittelfranken unmittelbar angrenzenden Landkreisen ebenfalls eine höhere Kaufkraft erzielt wurde als in Nürnberg, nämlich in den Landkreisen Forchheim und Bamberg in Oberfranken sowie im Landkreis Kitzingen in Unterfranken.

Auffallend ist weiterhin die starke Diskrepanz zwischen der Kaufkraft und den Verdienstmöglichkeiten in und um Nürnberg. So erzielten die Arbeitnehmer 2014 in der Stadt Nürnberg mit 43.855 Euro ein Pro-Kopf-Entgelt, das um 6,2 % über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Mittelfranken lag und nur von der Stadt Erlangen (53.716 Euro je Arbeitnehmer oder 30,0 % über Bezirksdurchschnitt) übertroffen wurde (vgl. Tabelle 3); in allen anderen Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Mittelfranken und ebenso in den geographisch angrenzenden kreisfreien Städten und Landkreisen waren die Verdienstmöglichkeiten der dort arbeitenden Menschen zum Teil deutlich geringer als in Nürnberg. Offensichtlich leben also viele, in Nürnberg gut verdienende Arbeitnehmer nicht in der Stadt selbst, sondern in deren Umland.

Tabelle 3: *Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner und Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Regierungsbezirks Mittelfranken 2014*

Kreisfreie Stadt beziehungsweise Landkreis	Verfügbares Einkommen je Einwohner		Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	
	Euro je Einwohner	Regierungsbezirk = 100	Euro je Arbeitnehmer	Regierungsbezirk = 100
Landkreis Nürnberger Land	25.154	110,4	36.782	89,1
Landkreis Erlangen-Höchstadt	24.666	108,2	39.938	96,7
Stadt Schwabach	23.979	105,2	37.647	91,1
Landkreis Fürth	23.965	105,2	34.333	83,1
Stadt Erlangen	23.775	104,3	53.716	130,0
Landkreis Roth	23.168	101,7	35.216	85,3
Stadt Fürth	23.064	101,2	41.117	99,5
Landkreis Ansbach	21.921	96,2	33.922	82,1
Stadt Nürnberg	21.791	95,6	43.855	106,2
Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	21.424	94,0	32.014	77,5
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen	21.351	93,7	34.144	82,7
Stadt Ansbach	20.834	91,4	39.833	96,4
Regierungsbezirk Mittelfranken	22.791	100,0	41.306	100,0

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Es überrascht deshalb nicht, wenn das Verhältnis „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Verfügbare Einkommen je Einwohner", das für die 15 Großstädte zum Jahr 2014 in Tabelle 2 aufgelistet ist, in Nürnberg um 9,8 % über dem Bundesdurchschnitt lag. Auch die Intensität der beruflichen Pendlertätigkeit ist in Nürnberg besonders stark ausgeprägt – die Relation „Zahl der Erwerbstätigen zu Zahl der Einwohner" hat in Nürnberg den Bundesdurchschnitt um 43,4 % überboten und ebenso den Durchschnittswert der Großstädte (124,5 %) deutlich hinter sich gelassen.

Attraktivität des Einzelhandels und Qualität des Wirtschaftsstandorts

In Abbildung 2 sind diese beiden allgemeinen Standortindikatoren der einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffer für die 15 Großstädte gegenübergestellt. Allen drei Kenngrößen ist gemeinsam, dass hierbei der Wert einer produktions- beziehungsweise arbeitsortbezogenen Größe (Einzelhandelsumsatz; Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt; Zahl der Erwerbstätigen) ins Verhältnis zum Wert einer wohnortbezogenen Kennziffer (einzelhandelsrelevante Kaufkraft; allgemeine Pro-Kopf-Kaufkraft; Zahl der Einwohner) gesetzt wird. Im hier relevanten Kontext hat diese Gegenüberstellung mehrere Aufgaben:

- Ein hoher Wert der Relation „Erwerbstätige je Einwohner" signalisiert einen deutlichen Einpendlerüberschuss der betreffenden Stadt und damit ein spezifisches Nachfragepotential, weil viele Berufspendler einen Teil ihrer Einkäufe am Arbeitsort tätigen – sei es in der Mittagspause oder nach der Arbeit. So gesehen korrespondiert ein Einpendlerüberschuss mit der Einzelhandelszentralität, wenngleich damit über die Größenordnung der Zusammenhänge nichts ausgesagt werden kann.
- Ein hoher Betrag der Kennziffer „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zum Verfügbaren Einkommen je Einwohner" weist auf eine große Bedeutung der Stadt als Arbeitsort innerhalb ihres regionalen Umfelds hin, ein niedriger Wert steht dagegen eher für die Attraktivität als Wohnort. Dabei bestehen durchaus innere Zusammenhänge zum Indikator „Erwerbstätige je Einwohner", also zwischen den Verdienstmöglichkeiten sowie Richtung und Umfang der Pendlertätigkeit.[10]
- Die spezifische Bedeutung einer Stadt als Einkaufsort lässt sich auch daran erkennen, wie die Attraktivität des Einzelhandels, ausgedrückt über die einzelhandelsrelevante Zentralitätskennziffer, im Vergleich zur allgemeinen wirtschaftlichen Standortqualität steht, gemessen über die Verdienstmöglichkeiten am Arbeitsort (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur allgemeinen Kaufkraft am Wohnort (Verfügbares Einkommen je Einwohner); übertrifft die einzelhandelsbezogene Ziffer diese umfassendere wirtschaftliche Kenngröße, jeweils mit der Dimension Bundeswert = 100, so deutet dies auf einen relativ gesehen starken Einzelhandelsstandort hin.

Aus der Sicht Nürnbergs lassen sich aus der in Abbildung 2 wiedergegebenen Zusammenstellung folgende Schlüsse ziehen: Das starke Gewicht des Einzelhandels in der fränkischen Metropole erklärt sich, über die erwähnten, dort besonders günstigen infrastrukturellen Gegebenheiten hinaus, durch vorteilhafte sozio-ökonomische Rahmenbedingungen. So zählt die Stadt zahlreiche Berufseinpendler, die als Bewohner umliegender Kreise das Nürnberger Nachfragepotential vergrößern, zumal es sich bei diesen Pendlern um besonders kaufkräftige Verdiener und ihre Haushalte handeln dürfte; hierfür sprechen jedenfalls die verhältnismäßig sehr guten Verdienstmöglichkeiten am Arbeitsort Nürnberg. Diese stehen im Kontrast zur Kaufkraft der Bevölkerung Nürnbergs, die zu derjenigen im näheren und ferneren Umland merklich abfällt. Über das insoweit kaufkräftige regionale Umfeld fließt also der Stadt Nürnberg beziehungsweise dem dortigen Einzelhandel wieder Kaufkraft zu, die über die hohen Verdienste der Berufspendler zunächst abgeflossen ist. Und schließlich: Nürnberg steht schon als Wirtschaftsstandort im Bundesvergleich nicht schlecht da, darüber hinaus zeichnet sich diese Stadt auch als ein besonderer Magnet für Einkäufe beim dortigen Einzelhandel aus.

Stuttgart

Stuttgart befindet sich, gemessen an der einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffer in Höhe von 121,7 % des Bundesdurchschnitts, 2016 unter den 15 Großstädten an zweiter Stelle und kann damit zu Recht ebenfalls als ein attraktiver Einzelhandelsstandort bezeichnet werden. Dies ist insoweit bemerkenswert, als die baden-württembergische Landeshauptstadt, anders als etwa Nürnberg oder München, innerhalb der Region Stuttgart[11] als einem polyzentrischen Raum mit mehreren starken Mittelzentren liegt.[12]

Dass die baden-württembergische Landeshauptstadt Nürnberg den Vorrang lassen muss, hängt auch mit weniger günstigen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zusammen. Zwar sind, wie ein Blick auf Abbildung 2 zeigt, in Stuttgart sowohl der Umfang der Nettoeinpendler, gemessen an der Relation „Erwerbstätige je Einwohner" (157,2 % im Vergleich zu 143,4 % in Nürnberg), als auch die „Verdienstmöglichkeiten im Verhältnis zur allgemeinen Kaufkraft" (116,3 zu 109,8 %) stärker ausgeprägt, das Kaufkraftgefälle zwischen Stadt und Umland gestaltet sich in Stuttgart jedoch völlig anders als in Nürnberg. Während Nürnberg 2014 beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner hinter den meisten Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Mittelfranken sowie einigen angrenzenden Landkreisen zurückgeblieben ist, erfreut sich Stuttgart zusammen mit dem Rems-Murr-Kreis der höchsten Kaufkraft innerhalb seiner Region (vgl. Abbildung 3). Vor allem aber sind die Unterschiede zu den drei weiteren zentrumsnahen Landkreisen Ludwigsburg, Esslingen und Böblingen ausgesprochen gering – sie betragen gerade einmal 1,3 %; der Abstand zum eher peripheren Landkreis Göppingen beläuft sich auf 6,3 %. Die potentiellen Kunden aus dem unmittelbaren Umland sind also im Prinzip genauso kaufkräftig wie diejenigen in Stuttgart selbst, während der Einzelhandel in Nürnberg mit insoweit deutlich höherem Kaufkraftzufluss rechnen kann.

Auch bezüglich der Verdienstmöglichkeiten ist die Situation in der Region Stuttgart anders als im Raum Nürnberg, wo die Städte Erlangen und Nürnberg beim Arbeitnehmerentgelt

je Arbeitnehmer einsam an der Spitze liegen und insbesondere alle Landkreise hinter sich lassen. In der Region Stuttgart liegt dagegen der Landkreis Böblingen gleichauf mit der Landeshauptstadt; die anderen Landkreise fallen allerdings auch hier ab, deutlich stärker jedenfalls als bei der Kaufkraft. Am Ende der Pro-Kopf-Arbeitnehmerverdienste liegt übrigens der bei der Kaufkraft führende Rems-Murr-Kreis, was wiederum ein Indiz dafür ist, dass zahlreiche in Stuttgart gut verdienende Pendler bevorzugt in dessen Umland wohnen.

Schließlich überragt in Stuttgart die Zentralitätskennziffer für den Einzelhandel die für den gesamten Wirtschaftsstandort stehende Relation „Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt zu allgemeiner Pro-Kopf-Kaufkraft", was für Stuttgart als ausgeprägtes Einzelhandelszentrum spricht. Gerade in Anbetracht der im Vergleich zum Spitzenreiter Nürnberg weniger günstigen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen kann Stuttgart damit als ein wirklich attraktiver Einkaufsstandort bezeichnet werden. Stuttgart ist demzufolge im Reigen der deutschen Großstädte nicht nur ein herausragender Wirtschaftsstandort im Allgemeinen, sondern auch eine beliebte Einkaufsstadt im Besonderen.

Düsseldorf

Bei der einzelhandelsrelevanten Zentralität etwas hinter Stuttgart liegt Düsseldorf mit einer Kennziffer in Höhe von 119,2 % zum Bundesdurchschnitt. Weitere Parallelen beider Landeshauptstädte bestehen nicht nur bezüglich der Bevölkerungsgröße (im Jahresdurchschnitt 2014: 608.400 Einwohner in Stuttgart, 601.600 in Düsseldorf), sondern auch in Bezug auf die beiden in Abbildung 2 wiedergegebenen Wirtschaftsindikatoren. Dabei erreichte Düsseldorf bei der Pendlerintensität in Höhe von 160,0 % der Erwerbstätigen je Einwohner im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 2014 einen leicht höheren Wert als Stuttgart mit 157,2 %, bei den Verdienstmöglichkeiten in Relation zur Kaufkraft liegt dagegen Stuttgart mit 116,3 % gemessen am Bundesdurchschnitt knapp vor Düsseldorf mit 115,3 %.

Demgegenüber erscheint das Kaufkraftgefälle innerhalb der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein etwas ausgeprägter als in der Region Stuttgart (vgl. Abbildung 4) – so dominiert Düsseldorf zusammen mit den Landkreisen Mettmann und Rhein-Kreis Neuss recht deutlich innerhalb dieser Region, während sich Stuttgart nur schwach von den meisten Landkreisen seiner Region abhebt. Wie auch immer: In beiden Fällen ist die Situation gerade umgekehrt wie in Nürnberg, das wie ausgeführt als Einkaufsstadt von einem deutlich kaufkraftstärkeren Umland profitiert. Außerdem ist Düsseldorf als Zentrum einer Region nicht so dominant wie Nürnberg oder auch München, weil

Abbildung 3: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt Stuttgart und den Landkreisen der Region Stuttgart 2014*

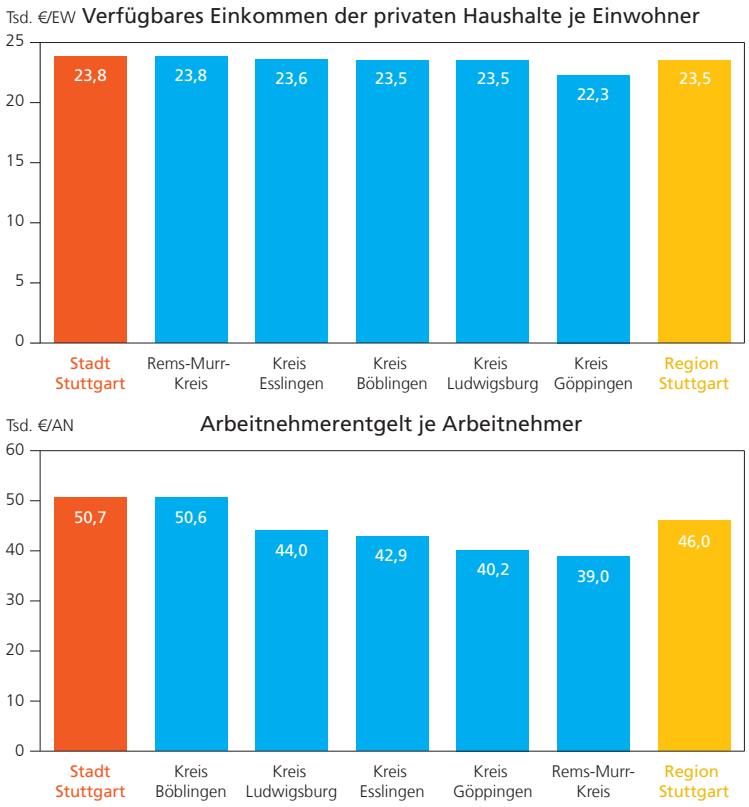


Abbildung 4: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt Düsseldorf sowie den kreisfreien Städten und Landkreisen der Region Düsseldorf/ Mittlerer Niederrhein 2014*

Quelle Abb. 3/4: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt insoweit auch in Konkurrenz zu anderen Großstädten steht wie vor allem zur nahe gelegenen Millionenstadt Köln.

Eine im Vergleich zu Stuttgart allgemein ausgeprägtere regionale Dominanz lässt sich auch daran erkennen, dass Düsseldorf beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer innerhalb seiner Region unangefochten vorne liegt; außerdem ist das Gefälle zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen bei den Verdienstmöglichkeiten - wie schon im Falle Stuttgarts – ausgeprägter als bei der Kaufkraft.

Hannover und Bremen

Die beiden norddeutschen Städte Hannover und Bremen reihen sich insoweit gut in die drei bisher untersuchten Städte ein, als sie mit ihren Einwohnerzahlen (2014: 521.000 beziehungsweise 550.200 Einwohner) in eine vergleichbare Größenordnung fallen und bezüglich ihrer einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffern (2016: 120,0 beziehungsweise 119,4 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt) genau zwischen den Werten von Stuttgart und Düsseldorf liegen. Wie in den Städten Düsseldorf, Stuttgart und Nürnberg übertrifft auch in Hannover und in Bremen die für die Pendlerintensität stehende Relation „Erwerbstätige je Einwohner" mit 149,8 beziehungsweise 120,7 % (gemessen am nationalen Durchschnitt) die einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffern dieser Städte, wenngleich in Bremen nur recht knapp; es ist also grundsätzlich von umfangreichen sozio-ökonomischen Verflechtungen zwischen Stadt und Umland sowie von einer merklichen Ausweitung des Nachfragepotentials durch Tagespendler auszugehen.

Schließlich übersteigt auch die Relation „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zu Verfügbarem Einkommen je Einwohner" in beiden Städten den Bundesdurchschnitt, und zwar in Hannover mit 22,5 % sehr deutlich, in Bremen mit 5,7 % etwas weniger auffällig. Damit dürfte vor allem von Hannover ein beträchtlicher Teil der dort erzielten Verdienste zunächst als Kaufkraft im Umland gelandet, dann aber aufgrund der Attraktivität seines Einzelhandels teilweise wieder zurückgeflossen sein. Tatsächlich übertrafen 2014 die Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelte der Stadt Hannover mit 43.283 Euro je Arbeitnehmer die entsprechenden Verdienste in jedem der kreisfreien Städte und Landkreise der Statistischen Region Hannover (Durchschnitt: 37.775 Euro je Arbeitnehmer), während die Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der Stadt Hannover mit 19.275 Euro je Einwohner niedriger ausgefallen sind als in allen Kreisen dieser Region (Durchschnitt: 19.764 Euro je Einwohner); insoweit ist die Situation fast noch markanter als in Nürnberg.

Abbildung 5: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt München und den Landkreisen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München 2014*

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

München

Die Lage des Einzelhandels in der Millionenstadt München (2014: 1,42 Mio. Einwohner) und ihrem Einzugsgebiet ist geprägt durch eine überragende Stellung der bayerischen Landeshauptstadt als wirtschaftliches Zentrum des dortigen Verdichtungsraums beziehungsweise ganz Oberbayerns; mit Bezug auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verflechtungen ist dies abzulesen aus der 2014 mit 140,1 % zum Bundesdurchschnitt sehr hohen Relation „Erwerbstätige je Einwohner".

Wie in Nürnberg, Stuttgart, Düsseldorf, Hannover und Bremen übertrifft diese für die Pendlerbeziehungen prägende Ziffer auch in München die Zentralitätskennziffer des Einzelhandels (2016: 116,1 % zum Bundesdurchschnitt), das heißt die hohe Zahl an Einpendlern dürfte beträchtlich zum dortigen Kaufkraftzufluss aus dem Umland beigetragen haben.

Dass die einzelhandelsbezogene Zentralitätskennziffer in München diejenigen der anderen bereits genannten Städte nicht ganz erreicht, hängt auch damit zusammen, dass München – wie ausgeführt und aus Tabelle 1 ersichtlich – die höchste einzelhandelsrelevante Pro-Kopf-Kaufkraft aller Großstädte aufweist; dies wirkt sich selbst bei sehr hohen Einzelhandelsumsätzen dämpfend auf die Zentralitätskennziffer aus.

Prinzipiell sind die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen für den Einzelhandel in Mün-

chen durchaus günstig: München hat 2014 nicht nur mit 25.838 Euro je Einwohner das mit Abstand höchste Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen aller deutschen Großstädte aufgewiesen (vgl. Tabelle 2), in seinem Einzugsgebiet liegen sogar zwei Landkreise mit noch erheblich größerer allgemeiner Kaufkraft, nämlich der Landkreis Starnberg mit 34.915 und der Landkreis München mit 29.954 Euro je Einwohner. Wie Abbildung 5 für den gesamten Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München zeigt, haben auch noch die Landkreise Ebersberg und Fürstenfeldbruck das Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen etwa der Städte Düsseldorf und Stuttgart übertroffen. Die anderen Landkreise der Region München fallen zwar etwas zurück, bleiben aber gleichwohl auf recht hohem Niveau; interessanterweise übertrifft die durchschnittliche Kaufkraft des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München mit 26.128 Euro je Einwohner sogar diejenige der sie prägenden Stadt München um 1,1 % und damit derjenigen Stadt, die unter allen Großstädten Deutschlands die kaufkräftigste überhaupt ist! Insgesamt betrachtet kann also der Einzelhandel der Stadt München von einem sehr kaufkräftigen Umland profitieren, das stark auf seine zentral gelegene Metropole ausgerichtet ist.

Zum hohen Kaufkraftniveau im Raum München haben zweifelsohne auch die dort guten Verdienstmöglichkeiten beigetragen. Dabei wird das in der Stadt München erzielte Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt (2014: 50.670 Euro je Arbeitnehmer) noch vom Verdienst im Landkreis München (54.229 Euro je Arbeitnehmer) übertroffen, und auch die Landkreise Freising und Starnberg stehen insoweit gut da, im Gegensatz zu den fünf verbleibenden Landkreisen der Region.

Hamburg

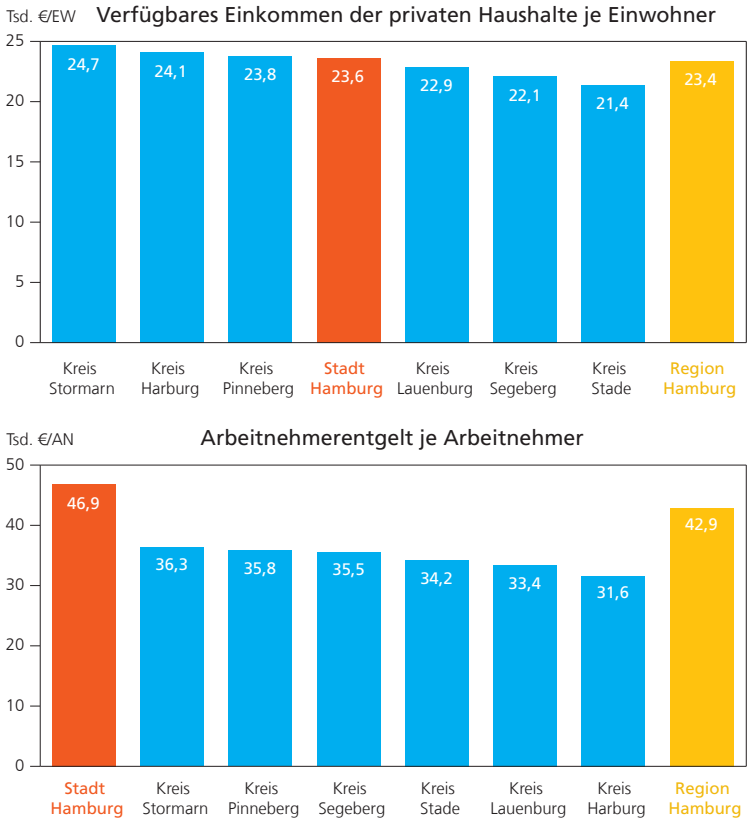
In mehrerer Hinsicht gleich gelagert stellt sich die Situation in und um Hamburg dar: Die einzelhandelsrelevante Zentralitätskennziffer beträgt 114,1 %, was in Anbetracht der zentralen Stellung der Hansestadt in ihrem regionalen Umfeld als eher gering erscheint, aber mit der absoluten Kaufkraft dieser Millionenstadt (2014: 1,76 Mio. Einwohner) und den erwähnten, daraus erwachsenden Effekten zu erklären ist. Tatsächlich ist die wirtschaftliche Verflechtung Hamburgs mit seinem Umland beträchtlich, die Relation „Erwerbstätige je Einwohner" übersteigt den entsprechenden Bundeswert um 28,9 %. Der absolut gesehen erhebliche Nettozufluss an Kaufkraft aus der Region resultiert also auch in Hamburg aus der Einkaufstätigkeit von Pendlern in der Metropole und darüber hinaus einem allgemein recht kaufkräftigen Umland.

Die Gemeinsamkeiten mit München sind hierbei ebenfalls nicht zu übersehen, wenn man in Abbildung 6 die aus Hamburg und vier schleswig-holsteinischen sowie zwei niedersächsischen Landkreisen gebildete Engere Metropolregion Hamburg betrachtet: Innerhalb dieser Region haben 2014 drei Landkreise ein höheres Verfügbares Einkommen je Einwohner erzielt als Hamburg selbst mit 23.596 Euro je Einwohner, nämlich die Kreise Stormarn, Harburg und Pinneberg. Der Durchschnitt der Engeren Metropolregion Hamburg hat mit 23.413 Euro je Einwohner den Wert von Hamburg nur leicht um 0,8 % verfehlt.

Zur hohen Kaufkraft im Hamburger Umland hat zweifelsohne beigetragen, dass viele der dort wohnenden und in Hamburg arbeitenden Menschen zu den Besserverdienenden zählen; diese hohen Einkommen fehlen dann in Hamburg selbst. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass in Bezug auf die Verhältniszahl „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum Verfügbaren Einkommen je Einwohner" für die norddeutsche Millionenstadt 2014 ein mit 108,3 % des Bundeswerts leicht höherer Wert gemessen wurde als für München (107,0 %).

Noch deutlicher werden die ökonomischen Zusammenhänge, wenn man in Abbildung 6 die Verdienstmöglichkeiten in Hamburg im Vergleich zu den angrenzenden Landkreisen betrachtet. 2014 hat danach Hamburg mit einem Arbeitnehmerentgelt in Höhe von 46.853 Euro je Arbeitnehmer schon die beiden wirtschaftsstärksten Landkreise Stormarn und Pinneberg um rund 30 % übertroffen, zu den anderen Landkreisen der Region ist der Abstand noch viel größer; der Durchschnitt der Engeren Metropolregion Hamburg (42.898 Euro je Arbeitnehmer) blieb um 8,4 % hinter der sie prägenden Stadt zurück. In wohl noch stärkerem Umfang als in Nürnberg

Abbildung 6: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt Hamburg und den Landkreisen der Engeren Metropolregion Hamburg 2014*



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

und in Hannover ist also ein erheblicher Teil der am Arbeitsort Hamburg erzielten Verdienste zunächst als Kaufkraft ins Umland abgeflossen, um dann zum zentralen Einzelkaufsort Hamburg wenigstens teilweise wieder zurückzufinden.

Dortmund, Essen und Duisburg

Eine ähnlich hohe einzelhandelsbezogene Zentralität wie in Hamburg lässt sich 2016 für die Städte Dortmund und Essen feststellen (vgl. Abbildung 2); dahinter stehen jedoch allein schon wegen der abweichenden geographischen Gegebenheiten völlig andere Ursachen:

Beide Städte sind Teil des Ruhrgebiets, eines hochverdichteten Wirtschaftsraums ohne sichtbare Stadtgrenzen und mit relativ niedrigen Pendlersalden. Charakteristisch hierfür ist die mit 103,6 % in Dortmund und 107,8 % in Essen im Vergleich mit anderen Großstädten geringe Kennzahl „Erwerbstätige je Einwohner", jeweils bezogen auf den Bundesdurchschnitt. Um so bemerkenswerter sind deshalb die mit 116,6 beziehungsweise 114,1 % recht hohen einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffern beider Städte, zumal sich diese in ähnlichen Größenordnungen bewegen wie der Indikator zur allgemeinen Wirtschaftsstärke „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum Verfügbaren Einkommen je Einwohner" (Dortmund 117,5 %; Essen 116,0 %). Offensichtlich gelingt es also dem Einzelhandel beider Städte, Kaufkraft in merklichem Umfang von anderen Städten wohl auch innerhalb des Ruhrgebiets abzuschöpfen.

Ein beträchtlicher Teil davon könnte auf das Konto von Duisburg als dritter Großstadt des Ruhrgebiets gehen. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, wurde für Duisburg die mit 103,4 % zum Bundesdurchschnitt 2016 unter allen Großstädten geringste Zentralitätskennziffer des Einzelhandels errechnet. Dabei sind die Verdienstmöglichkeiten, gemessen am Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 2014, in Duisburg mit 42.723 Euro je Arbeitnehmer sogar besser als in Dortmund und Essen mit 39.207 beziehungsweise 42.623 Euro je Arbeitnehmer (vgl. Tabelle 2), sie kommen jedoch offensichtlich nur zu einem geringen Teil der Stadt Duisburg zugute; so weist Duisburg mit 139,1 % (zusammen mit Frankfurt am Main mit 140,1 %) die unter allen Großstädten höchste Ziffer bei der Relation „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Verfügbare Einkommen je Einwohner" auf, kann von den guten Pro-Kopf-Verdiensten in den Betriebsstätten der Stadt also wenig in eigene Kaufkraft umsetzen. Tatsächlich erreichte Duisburg 2014 beim Verfügbaren Einkommen mit 16.761 Euro je Einwohner den niedrigsten, um 20,6 % unter dem Bundeswert bleibenden Betrag aller westdeutschen Großstädte. Die ebenfalls unterhalb des Bundesdurchschnitts liegende Relation „Erwerbstätige je Einwohner" (87,9 %) ist insoweit überraschend, als damit eigentlich Auspendlerüberschüsse angezeigt werden, was für eine Großstadt mit relativ zum Umland guten Verdienstmöglichkeiten jedoch untypisch ist; eine Erklärung könnte die hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfedichte dieser Stadt sein. Unabhängig von diesen recht ungünstigen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen dürfte für die niedrige Einzelhandelszentralität Duisburgs auch die geographische Nähe zu den explizit auf Einzelhandel ausgerichteten Städten Düsseldorf und Oberhausen zu Buche schlagen.

Köln

Köln bewegt sich sowohl bei der einzelhandelsrelevanten Zentralitätsziffer in Höhe von 112,6 % als auch den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen in ähnlichen Dimensionen wie Hamburg und München (vgl. Abbildung 2).

Zunächst einmal sind für die Millionenstadt Köln (2014: 1,04 Mio. Einwohner) die schon für München und Hamburg beschriebenen, die Zentralität dämpfenden Effekte einer sehr hohen absoluten Kaufkraft in Rechnung zu stellen. Auch hinsichtlich der Intensität der Pendlerverflechtungen ist Köln mit den beiden anderen Millionenstädten gut vergleichbar, der auf den Bundeswert bezogene Indikator „Erwerbstätige je Einwohner" liegt in 2014 für Köln mit 131,0 % genau zwischen den Beträgen für Hamburg und München. Und bei der dritten in Abbildung 2 dargelegten Relation, den Verdienstmöglichkeiten bezogen auf die allgemeine Kaufkraft, übertrifft die hierzu verwendete Kennziffer für Köln mit 118,6 % des Bundesdurchschnitts sogar die für Hamburg und München ermittelten Werte.

Im Unterschied zu den Millionenstädten im Norden und Süden sowie den meisten anderen bereits beschriebenen Großstädten liegt dieser, für die allgemeine Standortstärke repräsentative Indikator im Falle von Köln über der Zentralitätskennziffer für den Einzelhandel; so betrachtet fällt also Köln als Einkaufsstadt gegenüber ihrer Bedeutung als Wirtschaftsstandort etwas zurück.

Dabei sind die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen eigentlich gar nicht so schlecht, denn innerhalb der Region Köln/Bonn, die hier für das Kölner Umland stehen soll, haben alle Landkreise und außerdem die Stadt Bonn eine höhere Pro-Kopf-Kaufkraft aufzuweisen als Köln; lediglich die Stadt Leverkusen schneidet noch etwas schlechter ab (vgl. Abbildung 7). Allerdings nimmt die Stadt Köln innerhalb ihres Umlands bei weitem keine so dominante Rolle ein wie etwa München, Hamburg oder Nürnberg: Zum einen befindet sich mit Bonn innerhalb der Region Köln/Bonn eine weitere Stadt mit attraktiven Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten, zum anderen konkurriert in recht geringer Reichweite mit Düsseldorf eine besonders renommierte Einkaufs- und Freizeitstadt.

Vergleichbar mit einigen anderen Städten wie vor allem Hamburg, Frankfurt, Hannover und Nürnberg gehört auch Köln zu den Großstädten, die innerhalb ihrer Region gute Verdienstmöglichkeiten bieten, die entsprechende Kaufkraft jedoch an Gemeinden im Umkreis verlieren, die offensichtlich als Wohnorte für Besserverdienende beliebter sind. So liegt Köln nach Leverkusen und Bonn beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer an der Spitze der Region, beim Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen wie erwähnt jedoch am Ende, nämlich nur vor Leverkusen (vgl. Abbildung 7).

Frankfurt am Main

Die wirtschaftsstärkste deutsche Großstadt ist Frankfurt am Main, gemessen sowohl am Bruttoinlandsprodukt (2014: 98.042 Euro je Erwerbstätigen) als auch am Arbeitnehmerentgelt (52.794 Euro je Arbeitnehmer; vgl. Tabelle 2); bei beiden Indikatoren wurden 2014 die Zahlen für Deutschland insge-

samt um 43,6 beziehungsweise 36,4 % deutlich übertroffen. Dennoch gehört die Mainmetropole nicht zu den bevorzugtesten Einkaufsstädten der Republik, bei der Zentralitätskennziffer für den Einzelhandel lag Frankfurt unter den Großstädten 2016 mit 111,2 % nur an 11. Stelle.

Zunächst ist festzustellen: Von den überragenden Pro-Kopf-Verdiensten am Arbeitsort bleibt nur ein relativ geringer Teil als Kaufkraft am Wohnort Frankfurt hängen. Ursächlich hierfür ist zum einen der erhebliche Umfang an Nettoeinpendlern, abzulesen aus der alle anderen Großstädte überragenden Relation „Erwerbstätige je Einwohner" – der Bundesdurchschnitt wurde 2014 um nicht weniger als 78,7 % überschritten (vgl. Abbildung 2). Hinzu kommt zum anderen, dass – jeweils im Vergleich zum Bundesdurchschnitt – die Pro-Kopf-Verdienste am Arbeitsort Frankfurt ein erheblich stärkeres Gewicht haben als die individuelle Kaufkraft der Frankfurter Bevölkerung, woraus die mit 140,1 % höchste Relation „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zu Verfügbarem Einkommen je Einwohner" aller Großstädte resultiert.

Die Zusammenhänge werden noch deutlicher, wenn man sich in Abbildung 8 die entsprechenden Gegebenheiten im Regionalverband FrankfurtRheinMain vergegenwärtigt:[13]

Beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag die Finanzmetropole Frankfurt 2014 mit 52.794 Euro je Arbeitnehmer auch innerhalb der Region Frankfurt klar an der Spitze und hat den Regionsdurchschnitt (51.425 Euro je Arbeitnehmer) um 2,7 % überschritten. Dies hat um so mehr Gewicht, als die Verdienstmöglichkeiten auch in allen anderen Kreisen des Regionalverbands den nationalen Pro-Kopf-Wert in Höhe von 38.709 Euro je Arbeitnehmer übertroffen und im Main-Taunus-Kreis und im Landkreis Groß-Gerau mit 47.230 beziehungsweise 44.748 Euro je Arbeitnehmer sogar den Durchschnitt aller Großstädte (44.552 Euro je Arbeitnehmer) hinter sich gelassen haben.

Demgegenüber ist die Stadt Frankfurt am Main beim Verfügbaren Einkommen mit 20.555 Euro je Einwohner innerhalb ihres Regionalverbands auf den sechsten Platz zurückgefallen und konnte nur zwei industriell geprägte Kreise hinter sich lassen, nämlich den Landkreis Groß-Gerau und die Stadt Offenbach. Der Verbandsdurchschnitt in Höhe von 22.239 Euro je Einwohner wurde um 7,6 % verfehlt, zu den Pro-Kopf-Einkommen der Spitzenreiter Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis fehlten fast 30 beziehungsweise gut 20 %, ja sogar der nationale Durchschnittswert (21.117 Euro je Einwohner) wurde um 2,7 % unterschritten. Die Hessische Metropole hat damit wie keine andere Großstadt in erheblichem Umfang Einkommen, das dort erwirtschaftet wurde, an umliegende Landkreise verloren, weil sich viele einkommens- und vermögensstarke Erwerbstäti-

Abbildung 7: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt Köln sowie den kreisfreien Städten und Landkreisen der Region Köln/Bonn 2014*

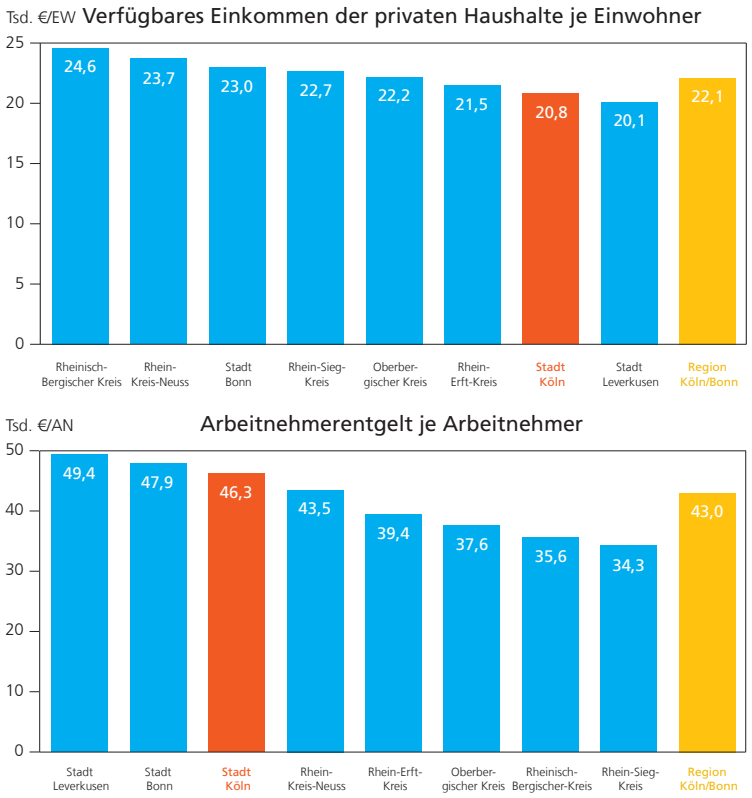
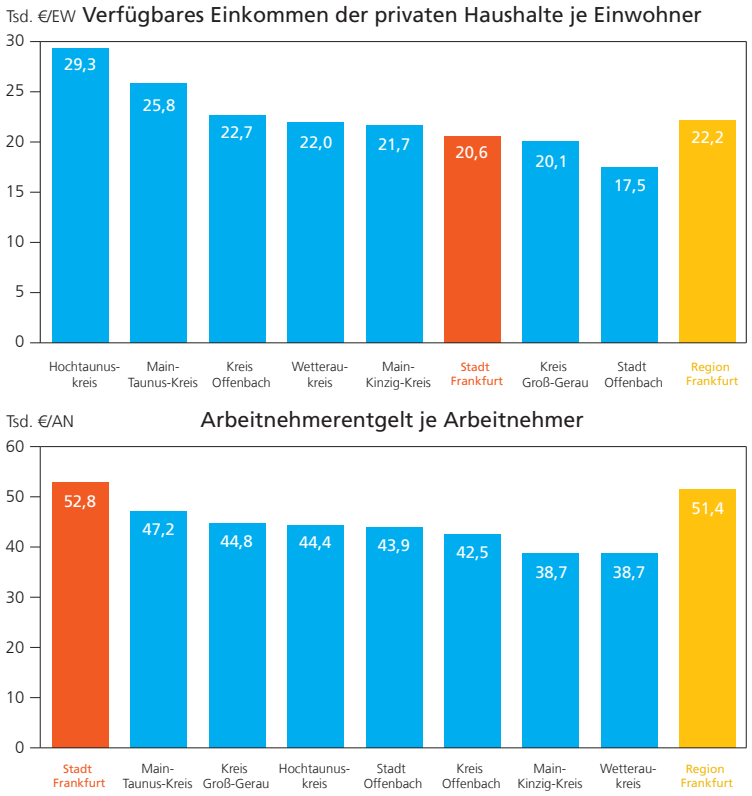


Abbildung 8: *Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in der Stadt Frankfurt am Main und der Stadt Offenbach am Main sowie den Landkreisen mit Gemeinden im Regionalverband FrankfurtRheinMain 2014*



Quelle Abb. 7/8: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

ge, die in Frankfurt arbeiten, im „Speckgürtel" um diese Stadt niedergelassen haben.

Die entsprechenden Schieflagen sind damit in Frankfurt deutlich stärker ausgeprägt als etwa in Hamburg oder in München. Während diese beiden Städte jedoch die so ins Umland abgewanderte allgemeine Kaufkraft für ihren Einzelhandel zu einem erheblichen Teil wieder zurückgewinnen konnten, ist dies bei Frankfurt offensichtlich weit weniger der Fall. Dies ist zunächst um so überraschender, als der Regionalverband FrankfurtRheinMain doch sehr auf die auch zentral gelegene Stadt Frankfurt ausgerichtet ist, vor allem wenn man die beiden großflächigen Landkreise Wetterau und Main-Kinzig außer Betracht lässt, die – wie in Fußnote 13 ausgeführt – auch gar nicht mit allen ihren Gemeinden zum Regionalverband gehören. Offensichtlich können also zahlreiche Kommunen in den einkommensstarken Landkreisen durch attraktive Angebote ihres Einzelhandels eigene oder auswärtige Kaufkraft an sich binden. Hinzu kommen gute Einkaufsmöglichkeiten außerhalb der Region in den Frankfurt nahe gelegenen Städten Wiesbaden, Darmstadt und Mainz.

Berlin

Wie mehrfach ausgeführt spielt die absolute Kaufkraft als Nenner der Verhältniszahl „einzelhandelsbezogene Zentralitätskennziffer" schon aus algorithmischen Gründen für deren Höhe eine gewichtige Rolle; mehr noch als für die drei anderen Millionenstädte trifft dies natürlich für Berlin mit seinen 3,45 Mio. Einwohnern (2014) zu. Insoweit kann es nicht sehr überraschen, wenn die Bundeshauptstadt mit 110,9 % zum Bundesdurchschnitt eine der niedrigsten Zentralitätskennziffern des Einzelhandels unter den Großstädten aufweist.

Aus Abbildung 2 geht des weiteren hervor, dass die Pendlertätigkeit in Berlin zum Umland, netto betrachtet, nicht sehr umfangreich ist – die Relation „Erwerbstätige je Einwohner" blieb 2014 sogar um 0,4 % leicht unter dem Bundesdurchschnitt; insofern erhält Berlin von seinen Berufspendlern unter dem Strich wohl kein nennenswertes zusätzliches Einkaufspotential.

Schließlich lag die einzelhandelsrelevante Zentralitätskennziffer in Berlin 2016 leicht unter der Verhältniszahl „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Verfügbare Einkommen je Einwohner" mit (2014) 112,3 % zum Bundesdurchschnitt. Berlin zeichnet sich insoweit im Bundesvergleich eher als Wirtschaftsstandort denn als eine überragende Einkaufsstadt aus.

Analysiert man die Situation im Detail, so lässt sich zunächst feststellen: Im Falle von Berlin gibt es bei der Kaufkraft offensichtlich kein sehr ausgeprägtes regionales Gefälle zum Umland wie in einigen anderen Großstädten, wo sich im Einzugsgebiet zahlreiche Haushalte mit einem deutlich höheren Pro-Kopf-Einkommen ansiedeln. Nimmt man als Vergleichsmaßstab für Berlin das gesamte Land Brandenburg, so lag dort das Verfügbare Einkommen 2014 mit 18.599 Euro je Einwohner praktisch gleichauf mit dem in Berlin in Höhe von 18.594 Euro je Einwohner. Allerdings erreichten auch hier die zentrumsnäheren Landkreise Brandenburgs eine über dem Landesdurchschnitt liegende Kaufkraft.

Ähnlich wie bei zahlreichen anderen großen Städten sind auch die Verdienstmöglichkeiten in Berlin besser als im Umland. Dies zeigt sich zum einen bei einer Gegenüberstellung mit dem gesamten Land Brandenburg, wo 2014 das Arbeitnehmerentgelt in Höhe von 31.671 Euro je Arbeitnehmer doch deutlich, nämlich um 17,3 % hinter demjenigen in Berlin mit 38.280 Euro je Arbeitnehmer zurückgeblieben ist. Noch bedeutsamer ist zum anderen, dass in keiner der kreisfreien Städte und in keinem Landkreis Brandenburgs 2014 ein höheres Pro-Kopf-Entgelt erzielt werden konnte als in Berlin. In Anbetracht der genannten, sehr anders gelagerten Situation bei der Kaufkraft zum Berliner Umfeld unterstreicht dies auch von daher die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Berlin für seine Region.

Leipzig und Dresden

Auch für den Einzelhandel in den beiden größten sächsischen Städten ist der Kaufkraftzufluss aus dem Umland offensichtlich nicht sehr ausgeprägt – die für den Einzelhandel wesentliche Zentralitätskennziffer übertraf 2016 den Bundesdurchschnitt in Leipzig nur um 9,6 und in Dresden lediglich um 8,6 % (vgl. Abbildung 2). Mit ursächlich mag ein für Großstädte, die in ihrem regionalen Umfeld eigentlich recht dominant sind, netto geringer Saldo an Einpendlern sein – die Relation „Erwerbstätige je Einwohner" jedenfalls lag 2014 nur um 13,9 beziehungsweise 13,5 % über dem Bundesdurchschnitt, das sind nach Berlin und den Ruhrgebietsstädten die niedrigsten Werte.

Dabei sind die Verdienstmöglichkeiten in beiden sächsischen Großstädten zum Teil deutlich besser als im Umland. Dies trifft vor allem für Dresden zu, wo das Arbeitnehmerentgelt 2014 einen Betrag von 35.076 Euro je Arbeitnehmer erreichte und damit 10,7 % mehr als in der Region Dresden mit 31.700 Euro je Arbeitnehmer. In Leipzig hat das Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt in Höhe von 32.887 Euro je Arbeitnehmer den Wert der Region Leipzig (31.817 Euro je Arbeitnehmer) um 3,4 % übertroffen. Überdies haben beide Städte jeweils besser abgeschnitten als die einzelnen Landkreise ihrer Region.[14]

Genau umgekehrt verhält es sich beim Verfügbaren Einkommen, wo die Stadt Leipzig mit 16.542 Euro je Einwohner den Durchschnitt ihrer Region (17.621 Euro je Einwohner) um 6,1 % verfehlt hat und die Stadt Dresden mit 17.638 Euro je Einwohner um 3,0 % hinter ihrer Region mit durchschnittlich 18.183 Euro je Einwohner zurückgeblieben ist; lediglich der Landkreis Görlitz hat innerhalb der Region Dresden schlechter abgeschnitten als die sächsische Landeshauptstadt. Und auch der Durchschnitt von Sachsen insgesamt (18.158 Euro je Einwohner) wurde bei der Kaufkraft durch beide Städte nicht erreicht. Dies bedeutet, dass der Einzelhandel der beiden sächsischen Städte eigentlich von einer höheren Kaufkraft im Umland profitieren müsste, was aber offensichtlich in geringerem Maße der Fall ist als in vielen anderen Großstädten. Allerdings bleiben beide Städte mit ihrer Einzelhandelszentralität durchaus im Rahmen ihrer Wirtschaftsstärke – die Relation „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zu Verfügbarem Einkommen je Einwohner" entspricht mit jeweils 108,5 % bezogen auf den Bundesdurchschnitt ziemlich genau den Werten der einzelhandelsbezogenen Zentralitätskennziffern beider Städte (vgl. Abbildung 2).

Zusammenfassung

Im Beitrag wurde die Bedeutung deutscher Großstädte als Einkaufszentren im Verhältnis zu ihrem regionalen Umland untersucht. Neben einzelhandelsspezifischen Kennziffern wurden hierzu Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für kreisfreie Städte und Landkreise herangezogen, und zwar mit dem Ziel, die Attraktivität der Städte als Einkaufsorte und als Wirtschaftsstandorte zu bewerten und Ursachen für Unterschiede zwischen den Städten zu erkennen.

Ein Schwerpunkt war dabei die Frage, welche sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen vorliegen, unter denen die einzelnen Städte Kaufkraft von ihrem Umland abschöpfen können. Dabei konnten grundlegende Unterschiede, aber auch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten zwischen den 15 Großstädten herausgearbeitet werden.

1 Vgl. Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg: Beschäftigung im Einzelhandel. Institut der deutschen Wirtschaft, Berlin, März 2016, S. 8.

2 Die seit 2004 bestehende Michael Bauer Research GmbH ist unter anderem auf die Bereitstellung internationaler Regionalmarktdaten ausgerichtet; neben den hier verwendeten Kennziffern für den Einzelhandel gehören hierzu allgemeine und spezielle Daten zu Soziodemographie und Kaufkraft. Nutzer dieser Daten sind zahlreiche Unternehmen und Verbände aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen.

3 Vgl. Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Herausgeber): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Band 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992, 1994 bis 2014, Berechnungsstand August 2015, Stuttgart, Oktober 2016; derselbe: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Band 2: Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014, Berechnungsstand August 2015, Stuttgart, Oktober 2016; derselbe: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Band 3: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2014, Berechnungsstand August 2015, Stuttgart, Oktober 2016.

4 Allerdings enthält das Verfügbare Einkommen, im Gegensatz zu den Nettoeinkünften, einige fiktive Elemente wie zum Beispiel den Betriebsüberschuss aus eigengenutztem Wohnraum, und es schließt die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit ein. Bei der hier vorgenommenen Verwendung von auf den Bundesdurchschnitt bezogenen Relationen dürften diese konzeptionellen Abweichungen jedoch keine gravierende Rolle spielen. Zu den von Michael Bauer GmbH zugrunde gelegten Nettoeinkünften vgl. auch Eisenmann, Martin; Schardey, Lara: Hohe Kaufkraft für den Handel in der Region Stuttgart - Kennzahlen für den Einzelhandel 2015: Kaufkraft, Umsatz, Zentralität. Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Stuttgart, August 2015.

5 Die Zahlen für die Einwohner wie auch für die Erwerbstätigen und die Arbeitnehmer sind hier grundsätzlich den in Fußnote 3 genannten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen. Es handelt sich dabei um Jahresdurchschnittswerte, die allein schon deshalb von den stichtagsbezogenen Einwohnerzahlen der Bevölkerungsstatistik abweichen. Die Ergebnisse des Zensus 2011 sind jeweils eingearbeitet.

6 In einer früheren Untersuchung konnte herausgearbeitet werden, dass die Reihenfolge von einzelhandelsbezogener und allgemeiner Kaufkraft weitgehend identisch ist, wenn letztere über das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner gemessen wird. Insbesondere passt bei Heranziehung dieser beiden Indikatoren die Stadt Frankfurt deutlich besser in das Bild, das bei der Interpretation von Abbildung 1 beschriebenen wurde. Vgl. im einzelnen Münzenmaier, Werner: Stuttgart und andere Großstädte als Einkaufszentren – Positionierung des Einzelhandels unter verschiedenen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in: Statistik und Informationsmanagement, 75. Jahrgang, Monatsheft 5/2016, Stuttgart, S. 116 - 118, 138 (Fußnote 10). Die dort festgestellten Zusammenhänge sind unter Verwendung der aktuellen Zahlen weiterhin gültig.

7 Vgl. Münzenmaier, Werner, a. a. O., S. 118. Für Köln, Frankfurt und Berlin versagt allerdings dieser Erklärungsansatz – die dort ebenfalls recht hohen Mieten passen nicht zu der (im Vergleich zur allgemeinen Kaufkraft) hohen einzelhandelsrelevanten Kaufkraft dieser Städte.

8 Hinter diesen Zahlen steht folgende Modellüberlegung: Es wird zunächst unterstellt, dass der Saldo aus Einkäufen von Einwohnern Deutschlands im Ausland und Einkäufen von Einwohnern des Auslands in Deutschland in etwa ausgeglichen ist, also per saldo kein Kaufkraftab- oder -zufluss von beziehungsweise nach Deutschland erfolgt; dies ist cum grano salis durchaus realistisch. Demzufolge wird mit der Verhältniszahl „Einzelhandelsumsatz je einzelhandelsrelevante Kaufkraft", jeweils bezogen auf Deutschland insgesamt, ausgedrückt, wieviel an einzelhandsrelevanter Kaufkraft der Bevölkerung Deutschlands für Verkäufe des in Deutschland ansässigen Einzelhandels ausgegeben wird. Verglichen mit dieser Relation für Deutschland insgesamt, also mit Deutschland = 100 %, beinhaltet ein höherer Wert für eine Stadt (also zum Beispiel 125 %) einen Kaufkraftzufluss (im Beispiel um 25 % ihrer einzelhandelsrelevanten Kaufkraft), ein geringerer Wert (zum Beispiel 90 %) einen Kaufkraftabfluss (im Beispiel um 10 % der einzelhandelsrelevanten Kaufkraft).

9 Eisenmann, Martin; Schardey, Lara, a. a. O., S. 22.

10 Zumindest für Baden-Württemberg lässt sich nach einer Sonderauswertung von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine enge innere Beziehung von Verdienstmöglichkeiten und Pendlertätigkeit feststellen: „Tendenziell ist der Pendlersaldo um so höher, je höher das geleistete Arbeitnehmerentgelt nach dem Arbeitsortkonzept im Verhältnis zum empfangenen Arbeitnehmerentgelt nach dem Wohnortkonzept ist". Gurka, Nicole; Bannholzer, Michael: Einkommenseffekte der Berufspendler, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 9/2015, Stuttgart, S. 14/17.

11 Als Umland von Großstädten werden hier Verbände betrachtet, die regionalplanerischen Zwecken dienen und ein relativ überschaubares Gebiet umfassen. Es wird also nicht auf sogenannte Metropolregionen zurückgegriffen, die einen weiträumigeren Wirtschafts- und Lebensraum abbilden und sich außerdem nicht kreisscharf abgrenzen lassen, folglich nicht durch Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt werden können.

12 Zur Bedeutung Stuttgarts als Einkaufsort und in Konkurrenz zu attraktiven Handelszentren in anderen Städten der Region Stuttgart vgl. Eisenmann, Martin; Schardey, Lara, a. a. O., S. 22 sowie Münzenmaier, Werner: Einzelhandel in den Städten und Kreisen der Region Stuttgart – eine Standortbestimmung, in: Statistik und Informationsmanagement, 75. Jahrgang, Monatsheft 4/2016, Stuttgart.

13 Im Gegensatz zu den anderen hier betrachteten Verbänden ist der Regionalverband FrankfurtRheinMain nicht kreisscharf abgegrenzt und umfasst von den flächenmäßig sehr umfangreichen Landkreisen Main-Kinzig-Kreis, Wetteraukreis und Landkreis Groß-Gerau nicht alle Gemeinden, vor allem nicht die zentrumsferneren.

14 Die beiden sächsischen Regionen Dresden und Leipzig sind sogenannte NUTS-2-Regionen, also keine echten Verwaltungseinheiten. Sie entsprechen den inzwischen aufgelösten Landesdirektionen Dresden und Leipzig.

Maximilian Brauch und Karl-Heinz Simon

Wiesbaden auf dem Weg zur Hochschulstadt? Die Hochschulstädte im Rhein-Main-Gebiet im Vergleich[1]

Anhand der Studierendenzahlen an den staatlich anerkannten Hochschulen wird die Entwicklung der Hochschulstädte im Rhein-Main-Gebiet (Darmstadt, Frankfurt a.M., Mainz, Offenbach, Wiesbaden) im Zeitraum von 2005/06 bis 2015/16 verglichen. Die allgemeine und die altersspezifische Studierendenquoten liefern weitere Informationen für die Entwicklung dieser Hochschulstädte, insbesondere auch für die derzeitige Positionund die Bedeutung Wiesbadens in der rhein-mainischen Hochschullandschaft.

Maximilian Brauch
studiert Soziologie und Politikwissenschaft an der Goethe Universität Frankfurt a. M., Febr. bis Mai 2016 Praktikum im Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden
maximilian.brauch@gmx.de

Karl-Heinz Simon
Dipl.-Soziologe, seit 1989 Leiter der Abteilung Stadtforschung im Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden
karl-heinz.simon@wiesbaden.de

Schlüsselwörter:
Hochschulen – Studierendenzahlen und Studierendenquoten seit 2005/06 – Städtevergleich – Rhein-Main-Städte

Steigende Attraktivität eines Studiums in der „Wissensgesellschaft“

Im Zuge der allgemeinen Bildungsexpansion und gestiegener Abiturientenzahlen erfreuen sich die Hochschulen seit vielen Jahren eines wachsenden Zulaufs. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob auch die Wiesbadener Hochschulen (= Hochschule RheinMain, European Business School [EBS]/Private Universität für Wirtschaft und Recht, Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung [HfPV], Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung/Fachbereich Kriminalpolizei) von dieser Entwicklung bisher profitieren konnten. Wie hat sich Wiesbaden als Hochschulstadt in den letzten Jahren entwickelt? Wo steht Wiesbaden in Bezug auf die Studierendenzahlen im Vergleich zu den anderen Rhein-Main-Städten? Welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Das Ansehen einer Hochschule, ein durchaus wichtiges Kriterium bei der Studienortwahl, spielt auch für das Renommee einer Stadt und ihre zukünftige Entwicklungsfähigkeit (über den Hochschulbereich hinaus) eine entscheidende Rolle. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die zentrale Bedeutung von Bildung und Wissen als entscheidende Faktoren in der „Wissensgesellschaft“ des 21. Jahrhunderts – auch für die kommunale Ebene. Steigende Studierendenzahlen sollen – stadtentwicklungspolitisch betrachtet – nicht nur dem demographischen Wandel und fortschreitender Alterung entgegenwirken, sondern auch – durch Forschung und Entwicklung, Existenzgründungen, Investitionen und neue Arbeitsplätze – das Wachstum des Produktions- und des Dienstleistungssektors durch eine steigende Nachfrage an relevanten Gütern und Dienstleistungen fördern.

Vergleich der Hochschulstädte im Rhein-Main-Gebiet

Ein Vergleich der Wiesbadener Hochschulen mit den im Rhein-Main-Gebiet etablierten Hochschulen in den alten Universitätsstädten Frankfurt am Main, Darmstadt und Mainz ist sicherlich nur bedingt möglich. Diese Universitätsstandorte verfügen nicht nur über eine lange und große Tradition, sondern beheimaten im Falle von Mainz und Frankfurt am Main auch je eine Volluniversität. Die Private Universität für Wirtschaft und Recht (EBS) betreibt am Standort Wiesbaden dagegen nur den Fachbereich Recht. Sowohl die Goethe-Universität in Frankfurt am Main als auch die Technische Universität in Darmstadt und die Johannes Gutenberg-Universität Mainz

sind zudem mit zahlreichen Exzellenzclustern, Sonderforschungsbereichen und verschiedenen Forschungszentren schon lange renommierte Aushängeschilder der deutschen Universitätslandschaft und genießen national und international einen guten Ruf. Ein Vergleich der Rhein-Main-Städte bezüglich der Ausprägung ausgewählter Indikatoren erscheint aber – trotz zu berücksichtigender Unterschiede – in jedem Fall interessant, um die bisherige Entwicklung, die derzeitige Position und die Bedeutung Wiesbadens in der hessischen und rhein-mainischen Hochschullandschaft zu prüfen.

Neben den Universitäten erfreut sich das an die bisherigen Fachhochschulen gebundene Studium allgemein in Deutschland großer und wachsender Beliebtheit; die Rolle der (früheren) Fachhochschulen im Bildungs- und Hochschulgefüge der Bundesrepublik Deutschland muss daher deutlich herausgestellt werden. Bedeutsam ist dabei, dass im Zuge der „Bologna-Reformen" auch im deutschen Hochschulsystem in überwiegendem Maße seit 2010 ein Prozess stattfindet, infolgedessen sich viele frühere Fachhochschulen in „Hochschulen für angewandte Wissenschaften" (HaWs) umbenannt haben. Durch die Herausstellung des „Hochschulcharakters" erfolgten nicht nur sprachlich eine Aufwertung der ehemaligen Fachhochschulen und eine Annäherung an die herkömmlichen Universitäten. Durch den Namenszusatz „University of Applied Sciences" an den Hochschulen in Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt wird zusätzlich die zunehmende internationale Ausrichtung herausgestellt und durch die Aufnahme des Wortes „University" in den offiziellen Namen eine weitere Bedeutungszunahme suggeriert. Insbesondere durch den Bologna-Prozess und der hierauf folgenden Umstellung von Studiengängen auf das Bachelor-/Master-System ist die deutsche und europäische Universitätslandschaft massiven Veränderungen unterworfen worden, die Volluniversitäten wie auch die (früheren) Fachhochschulen gleichermaßen betrafen und weiterhin betreffen. Beim Vergleich der Entwicklungen der Studierendenzahlen in den Hochschulstädten der Rhein-Main-Region sind daher entsprechende Differenzierungen nach den Hochschularten vorzunehmen.

Datengrundlagen und Merkmale

Datengrundlage für diesen intraregionalen Vergleich sind die Erhebungen der Statistischen Landesämter Hessen und Rheinland-Pfalz bzgl. der Studierendenzahlen[2]. Merkmale der Untersuchung sind:

a) Studierende (absolut) in den Wintersemestern (= WS) 2005/06 bis 2015/16 an den Hochschulstandorten der Rhein-Main-Städte.
   Dieser Indikator gibt Aufschluss über die Entwicklung der Studierendenzahlen seit dem Wintersemester 2005/2006. Die absoluten und relativen Veränderungen im Zeitverlauf ergeben sowohl ein Bild über den Bedeutungszuwachs der Rhein-Main-Städte als Hochschulstandorte als auch Hinweise für die weiteren Entwicklungspotentiale.
b) Allgemeine Studierendenquote (= Studierende je 1.000 der Wohnbevölkerung) und
c) altersspezifische Studierendenquote (= Studierende an den Hochschulstandorten der Rhein-Main-Städte je 1.000 Einwohner/-innen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren)

Als aussagekräftige Indikatoren für die Bedeutung von Städten als Hochschulstandorte setzen die allgemeine und (in der Aussagekraft noch präziser) die altersspezifische Studierendenquote die Zahl der in einer Stadt Studierenden an Hochschulen (jeweils zu Beginn des Wintersemesters) in Relation zur jeweiligen Wohnbevölkerung bzw. zu je 1.000 Einwohner-/innen in der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren (Quelle: Meldeämter der Städte, jeweils am Jahresende). Hohe Werte zeigen an, dass es sich um bedeutende Hochschul-Standorte handelt, an denen viele junge Menschen ein Studium absolvieren und die Städte dementsprechend auch durch studentisches Leben mehr oder weniger stark geprägt sind (Wohnen, Versorgung, Kultur, Studentische Treffs etc.).

Studierende sind nach der Definition der Statistischen Landesämter die in einem Fachstudium als Haupt- und Nebenhörer/-innen eingeschriebenen Personen (ohne Beurlaubte, Gasthörer/-innen und Studienkollegiaten/-innen und Teilnehmer/-innen an Deutschkursen). Die Zahl der Studierenden wird jährlich zu Beginn des Wintersemesters erhoben. Im Folgenden werden ausschließlich staatlich anerkannte Hochschulen berücksichtigt. Darüber hinaus ist der Hochschulstandort entscheidend für die Berechnung der absoluten Studierendenzahlen und der Studierendenquote je 1.000 Einwohner/-innen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. So werden explizit nur die Studierenden an den betreffenden Standorten erfasst, was im Falle der Hochschule RheinMain in Wiesbaden bedeutet, dass die Zweigstellen in Rüsselsheim und ehemals in Geisenheim nicht in der Untersuchung berücksichtigt werden. Ähnlich verhält es sich mit der privaten European Business School (EBS), deren Studierende am Standort in Oestrich-Winkel ebenfalls nicht in diese Untersuchung mit einfließen.

Tabelle 1: *Studierende an den Hochschulstandorten im Rhein-Main-Gebiet vom Wintersemester 2005/06 bis Wintersemester 2015/16*

Wintersemester	Wiesbaden	Frankfurt a. M.	Darmstadt*	Offenbach a. M.	Mainz
2005/06	5.866	45.823	26.938	583	37.500
2006/07	5.669	45.582	25.992	552	37.148
2007/08	5.089	40.109	24.635	452	37.784
2008/09	5.784	44.890	27.842	565	37.241
2009/10	6.241	48.344	30.760	633	37.389
2010/11	6.775	51.499	33.116	615	38.948
2011/12	7.275	54.354	35.626	630	39.782
2012/13	7.540	56.383	36.426	644	41.007
2013/14	8.849	59.839	37.902	683	40.196
2014/15	9.663	62.283	39.741	691	39.392
2015/16	10.369	63.747	41.078	693	37.821
Veränderung in %	**76,8**	**39,1**	**52,5**	**18,9**	**0,9**

* Ohne Fern-FH (Wilhelm Büchner Hochschule)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Studierendenzahlen in Wiesbaden am stärksten angestiegen

In den Daten zeigt sich, dass

- die Zunahme der Studierenden in Wiesbaden weitaus am höchsten war (+ 77 %),
- Mainz im Untersuchungszeitraum die geringste Steigerung aufwies (+ 0,9 %), weit hinter den Steigerungen von Darmstadt (+ 53 %) und Frankfurt am Main (+ 39 %) zurückblieb und seit 2012/13 sogar deutliche Rückgänge zu verzeichnen hatte,
- die Zahl der Studierenden in Wiesbaden, Frankfurt am Main, Darmstadt und Offenbach am Main in den vergangenen sechs Jahren schneller zugenommen hat als im Zeitraum von 2005/06 bis 2009/10,
- im Wintersemester 2007/08 alle Hochschulstädte (mit Ausnahme von Mainz) einen teilweise deutlichen Einbruch der Studierendenzahlen zu vermelden hatten (Einführung von Studiengebühren),
- Frankfurt am Main im gesamten Zeitraum die größte Hochschulstadt im Rhein-Main-Gebiet war (nach Zahl der Studierenden),
- Darmstadt die rheinland-pfälzische Universitätsstadt Mainz als zweitgrößte Hochschulstadt im Wintersemester 2014/15 überholt und damit innerhalb von zehn Jahren bzgl. der Studierendenzahlen einen starken Bedeutungszuwachs erfahren hat,
- auch die Studierendenzahlen in Offenbach am Main im Untersuchungszeitraum deutlich angestiegen sind.

Die bundesweit steigenden Abiturientenquoten wirkten sich demnach in den letzten zehn Jahren auch positiv auf die zunehmenden Studierendenzahlen in den Rhein-Main-Städten aus. So erfreuten sich auch alle Hochschulen in den Rhein-

Tabelle 2: *Studierende an den Hochschulstandorten im Rhein-Main-Gebiet im WS 2005/06 und WS 2015/16*

	WS 2005/06 abs.	WS 2015/16 abs.	Veränderung	
			abs.	in %
Darmstadt gesamt	**26.938**	**41.078**	**14.140**	**52,5**
TU/Technische Universität	16.926	26.503	9.577	56,6
Hochschule Darmstadt (h_da)	8.761	12.749	3.988	45,5
Evang. Hochschule Darmstadt	1.251	1.826	575	46,0
Frankfurt a. M. gesamt	**45.823**	**63.747**	**17.924**	**39,1**
Joh. W. Goethe-Universität Frankfurt a. M.	34.529	45.379	10.850	31,4
Philos. Theolog. Hochschule St. Georgen	243	388	145	59,7
Hochschule f. Musik u. Darstell. Kunst	655	846	191	29,2
Hochschule f. Bildende Kunst/Städel	125	198	73	58,4
Ffm University of Applied Sciences	8.940	13.483	4.543	50,8
Verwaltungs-FH Wiesb. in Frankfurt a. M.	469	-	-469	
Hochschule Fresenius in Frankfurt a. M.	-	601	601	
Ffm School of Finance and Management	745	1.915	1.170	157,5
FH Provadis	117	937	820	700,9
Offenbach: Hochschule für Gestaltung	**583**	**693**	**110**	**18,9**
Wiesbaden gesamt	**5.866**	**10.369**	**4.503**	**76,8**
Hochschule RheinMain	4.920	8.736	3.816	77,6
European Business School (EBS)	-	388	388	
FH Bund f. öffentl. Verwaltung/Kripo	351	294	-57	-16,2
Hess. HS f. Polizei u. Verwaltung (HfPV)	595	951	356	59,8
Mainz gesamt	**37.500**	**37.821**	**321**	**0,9**
Joh. Gutenberg-Universität	32.320	31.362	-958	-3,0
Hochschule Mainz	4.453	5.194	741	16,6
Kath. Hochschule Mainz	727	1.265	538	74,0
Universitäten gesamt*	**84.520**	**105.547**	**21.027**	**24,9**
(Fach-)Hochschulen (HaWs) gesamt	**30.584**	**46.036**	**15.452**	**50,5**
Sonstige Hochschulen	**1.606**	**2.125**	**519**	**32,3**
Hochschulen insgesamt	**116.710**	**153.708**	**36.998**	**31,7**

* TU Darmstadt, Goethe-Universität Frankfurt a. M., Frankfurt School of Finance and Management, EBS Wiesbaden, Gutenberg-Universität Mainz

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Main-Städten (Ausnahme: Uni Mainz) eines beachtlichen Zuwachses. Die Zunahmen sind im unterschiedlichen Ausmaß aber bemerkenswert, da vor allem die Hochschulstädte Frankfurt am Main und Darmstadt deutlich höhere Zunahmen zu verzeichnen hatten als die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz, die ab 2012/13 sogar deutliche Rückgänge der Studierendenzahlen aufweist.

Betrachtet man die Zunahmen der Studierenden an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (frühere Fachhochschulen) in Wiesbaden, Frankfurt am Main, Darmstadt und Mainz einerseits und den Universitäten andererseits getrennt, so zeigt sich zunächst, dass die absolute Zunahme an den Universitäten mit gut 21.000 Studierenden zwar stärker ausfiel als an den (früheren) Fachhochschulen (+ 15.500), in der prozentualen Veränderung die Fachhochschulen aber eine um mehr als doppelt so starke Zunahme von Studierenden hatten (+ 50,5 %) als die Universitäten (+ 24,9 %).

Die Hochschule RheinMain am Standort Wiesbaden hatte im Wintersemester 2015/16 absolut zwar ca. 3.800 Studierende mehr als 2005/06, lag aber im Vergleich der Fachhochschulen im Rhein-Main-Gebiet immer noch an dritter Stelle (hinter Frankfurt am Main und Darmstadt). Die dortigen (Fach-) Hochschulen hatten bereits 2005/06 jeweils fast 9.000 Studierende und seither weitere Zunahmen von ca. 4.000 (Darmstadt) bzw. von 4.500 Studierenden (Frankfurt am Main). Die Steigerung von 77 % über die vergangenen zehn Jahre belegt jedoch, dass die Hochschule RheinMain (prozentual) mit Abstand am stärksten gewachsen ist und mittlerweile bezüglich der Studierendenzahlen um einiges größer ist als Mainz und zu den (Fach-)Hochschulen in Frankfurt am Main und Darmstadt den Abstand verringert hat.

Anteil der Studierenden an der Bevölkerung in Wiesbaden steigt

Bezieht man die Studierenden in den jeweiligen Städten auf deren Einwohner/-innen, so haben Darmstadt und Mainz die höchsten Studierendenquoten. Auf je 1.000 Einwohner/-innen entfielen in Darmstadt Ende 2005 194 Studierende, Ende 2015 waren es sogar 261. In Mainz betrug diese Quote ebenfalls 194 (Ende 2005), sank aber leicht auf 180 (Ende 2015). In Frankfurt stieg sie von ca. 70 (2005) auf ca. 88 (2015), in Offenbach lag sie für beide Zeitpunkte bei ca. 5, während sie in Wiesbaden von ca. 21 (Ende 2005) auf ca. 36 (Ende 2015) angestiegen war. Der Trend der gleichbleibenden bzw. leicht abnehmenden Studierendenquote in Mainz verhält sich analog zur Entwicklung der absoluten Studierendenzahlen. Die Daten sind aber nur angenäherte Vergleichswerte, weil nicht alle Studierenden auch in den jeweiligen Hochschulstandorten wohnen und leben[3].

Altersspezifische Studierendenquoten

Entfielen Ende 2005 in Wiesbaden 287 Studierende auf 1.000 Jugendliche der Wohnbevölkerung von 18 bis unter 25 Jahren, so waren es Ende 2015 bereits 486 (+ 69 %).

- Damit hatte Wiesbaden die höchste Steigerung bei der altersspezifischen Studierendenquote (sehr stark ab 2008/09).
- Von den Rhein-Main-Städten haben besonders Darmstadt und Mainz mit den höchsten Werten eine überragende Bedeutung als Hochschulstädte.
- Darmstadt wies im gesamten Zeitraum die höchste Quote auf und ist am stärksten durch die Hochschulen geprägt.
- Mainz musste als einzige Hochschulstadt einen Rückgang verzeichnen und hatte nur Ende 2012 eine höhere Quote als Ende 2005.
- In Wiesbaden, Frankfurt am Main und Darmstadt haben die Studierendenquoten in den letzten 5 Jahren teils sehr stark zugenommen.

So kann auch bzgl. dieses Indikators festgehalten werden, dass Wiesbaden, insbesondere innerhalb der letzten fünf Jahre, für Studierende an Attraktivität hinzugewonnen hat. Der Rückgang der altersspezifischen Studierendenquote im WS 2007/2008 in allen hessischen Rhein-Main-Städten ist auf die Erhebung von Studiengebühren zurückzuführen.

Tabelle 3: *Altersspezifische Studierendenquoten in den Rhein-Main-Hochschulstädten 2005 bis 2015*

Jahr	Wiesbaden	Frankfurt	Darmstadt	Offenbach	Mainz
2005	287	955	2.190	61	1.817
2006	277	950	2.063	58	1.711
2007	247	833	1.993	47	1.723
2008	278	921	2.242	58	1.727
2009	299	978	2.437	63	1.763
2010	322	1.031	2.510	60	1.776
2011	339	1.063	2.291	60	1.798
2012	352	1.077	2.267	60	1.852
2013	412	1.117	2.354	63	1.813
2014	453	1.157	2.448	63	1.755
2015	486	1.150	2.412	63	1.738
Veränderung in %	**69,3**	**20,4**	**10,1**	**3,3**	**-4,3**

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Obgleich Darmstadt den höchsten Anteil an Studierenden gemessen an den Einwohnern/-innen in der Altersgruppe von 18 bis unter 25 Jahren hat, fällt die prozentuale Steigerung im Untersuchungszeitraum niedriger aus als beispielsweise in Frankfurt. Betrachtet man jedoch das generelle Wachstum, insbesondere der Technischen Universität und der (Fach-) Hochschule Darmstadt, so lässt sich weiterhin kein Abbruch der Studierendenzahlen bzw. der Attraktivität der Darmstädter Hochschulen feststellen.

Fazit und Ausblick

Ein Hochschulstudium scheint weiterhin an Attraktivität für junge Menschen zu gewinnen, wovon auch die Hochschulen in Frankfurt am Main, Darmstadt und Wiesbaden profitieren.

Die Hochschule RheinMain, die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HfPV) und die Wiesbadener European Business School (EBS Law School) erfreuen sich stetig wachsenden Zulaufs. Zugleich profitieren alle Rhein-Main-Städte in besonderem Maße von der Etablierung und wachsenden Beliebtheit des Studiums an einer „Hochschule für angewandte Wissenschaften" (frühere Fachhochschulen).

Aus den Vergleichswerten der Hochschulstädte im Rhein-Main-Gebiet und den Veränderungen im Zeitverlauf lässt sich ableiten,

- dass Darmstadt, Frankfurt und Mainz ihre überragende Bedeutung als Hochschulstädte (gemessen über die Studierendenquote) weiter gefestigt haben und
- dass Wiesbaden als Studienort mit der stärksten relativen Zunahme der Zahl der Studierenden und der Studierendenquote seine Bedeutung als Hochschulstandort deutlich verbessern konnte.

Nach dem „Hessischen Hochschulpakt 2016-2020" ist es auch für die nächsten Jahre erklärtes politisches Ziel, die Studierendenzahlen weiter zu erhöhen. Die kontinuierliche Zu-nahme der Werte für Wiesbaden (vor allem seit 2010) lässt erwarten, dass bei weiterem Ausbau der Hochschulangebote und der Zunahme der Studierenden die Bedeutung Wiesbadens als Hochschulstadt sich weiter verbessert und der Abstand zu den großen Hochschulstädten im Rhein-Main-Gebiet sich mittel- und längerfristig reduzieren wird. Insofern ist Wiesbaden auf dem Weg zu einer Hochschulstadt, hat aber zu den anderen Rhein-Main-Städten noch einen erheblichen Entwicklungsabstand aufzuholen.

Dabei ist nicht zu erwarten, dass Wiesbaden schnell z.B. Frankfurt am Main als führende rhein-mainische Universitätsstadt ablöst bzw. in kurzer Zeit zu Darmstadt und Mainz aufschließt. Dazu weisen vor allem die TU Darmstadt sowie die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz eine große Tradition und Bedeutung insbesondere auch im Bereich der Forschung auf, die sich über Jahrzehnte etabliert hat. Jedoch kann sich die hessische Landeshauptstadt berechtigte Hoffnungen machen, im Bereich der Hochschulen weiter an Bedeutung hinzuzugewinnen.

In diesem Kontext ist die Gründung zweier Doktorandenkollegs in Kooperation mit der Goethe-Universität Frankfurt a. M. zu nennen. Hierdurch erfährt die Hochschule Rhein-Main nicht nur einen Bedeutungszuwachs im fachlichen Bereich, sondern profitiert zusätzlich von einem in Ansätzen erkennbaren Hochschulverbund im Rhein-Main-Gebiet. Gelingt es der Stadt Wiesbaden und ihren Hochschulen, weiterhin Studierenden und Wissenschaftlern ein attraktives Umfeld zu bieten (durch Ausbau des Hochschul-Campus, neue Studienangebote und Spezialisierungsmöglichkeiten, Auf- und Ausbau von Forschungsschwerpunkten, Wohnungs-bau für Studierende, Studentisches Leben in der Stadt), so besteht mittel- und langfristig die Chance, die Bedeutung Wiesbadens als Hochschulstadt weiter zu erhöhen. Die Ansiedlung der Hochschule Fresenius, deren Eröffnung für 2018 geplant ist, ist ein weiterer wichtiger Schritt für dieses Vorhaben.

---

1 Der Beitrag erschien 2016 unter dem Titel „Wiesbaden auf dem Weg zur Hochschulstadt? Vergleiche mit den Hochschulstädten im Rhein-Main-Gebiet" in blickpunkt.stadtforschung wiesbaden 03/2016.

2 Zu den einbezogenen Hochschulen in den Rhein-Main-Städten vgl. die Tabelle 2.

3 Im WS 2015/16 hatte nur ein Drittel der 10.369 Studierenden in Wiesbaden ihren Semesterwohnsitz in Wiesbaden (bei der Hochschule RheinMain und der EBS je ca. 30 %, bei der HS Bund ca. 20 %, bei der HfPV über 90 %); weitere ca. 45 % pendeln aus 10 umliegenden Landkreisen und Frankfurt und Mainz. Zahl und Anteil der Studierenden mit Wohnsitz außerhalb Wiesbadens ist in den letzten Jahren gestiegen. Vgl. ETZ, R./FALK, I.: Studierende an Wiesbadener Hochschulen. Wiesbaden Mai 2016 (Wiesbadener Stadtanalysen 84).

Tobias Fabian Schäfer

Die Nutzung kommunalstatistischer Daten in der Stadtentwicklung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Nutzung von Daten und Datenanalysen für Stadtentwicklungsprozesse innerhalb von Stadtverwaltungen. Abgeschottete Statistikstellen verfügen über eine Vielzahl an Datenquellen und die Möglichkeit mit adressscharfen Informationen zu arbeiten. Eine Befragung von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern hat ergeben, dass das Analysepotential von Statistikstellen für die Stadtentwicklung in vielen Städten nicht genutzt wird. In diesem Artikel werden die Ergebnisse der Befragung dargestellt und die Selbstwahrnehmung von Statistikstellen diskutiert.

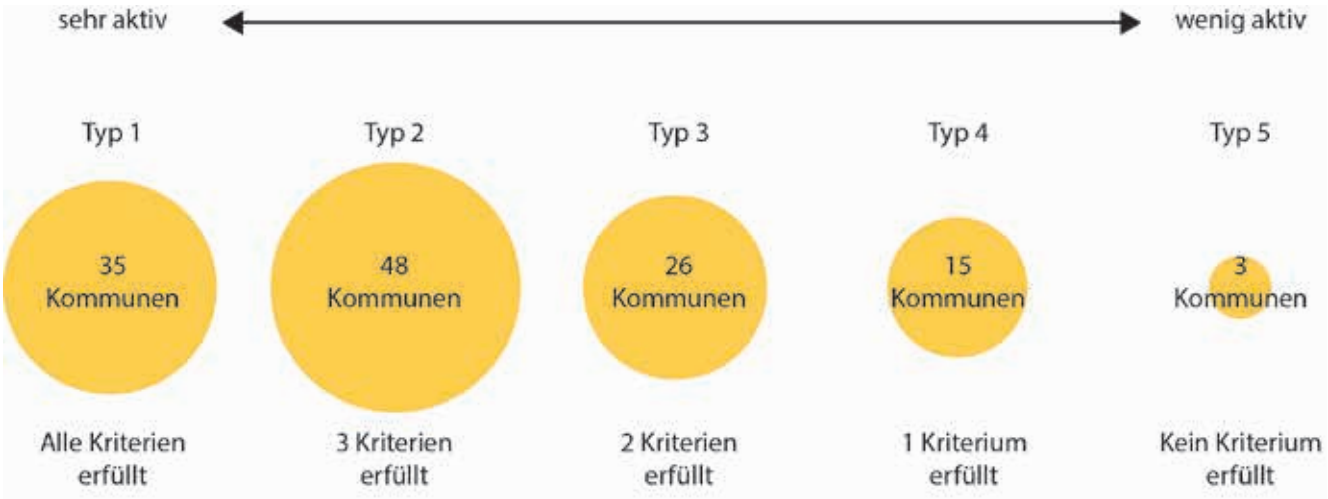
Tobias Fabian Schäfer
Master of Science (MSc), seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Kassel am Fachgebiet Stadterneuerung/Stadtumbau von Prof. Dr.-Ing. Uwe Altrock; Tätigkeit: Aufbau eines Systems zur Wohnungsmarktbeobachtung bei der Stadt Kassel
tobiasfabianschaefer@gmail.com

Schlüsselwörter:
Statistikstelle – Stadtentwicklung – kommunalstatistische Daten – Datenanalyse – Zentralstatistik

Kommunalverwaltungen greifen aktiv in die Entwicklung ihrer Städte ein und verfügen dafür über eine Vielzahl von Instrumenten wie Bebauungspläne, Stadtentwicklungskonzepte oder städtebauliche Verträge. In der Stadtentwicklungsplanung werden Leitbilder, Leitlinien und Handlungsprogramme in Konzepten oder Plänen umgesetzt, die nicht nach einer allgemeingültigen Struktur erarbeitet werden, aber in der Regel eine ausgeprägte Analyse der Situation in der jeweiligen Stadt enthalten (Deutscher Städtetag 2014). Abgeschottete Statistikstellen sind als Sammelstelle von Einzeldaten mit der Möglichkeit von Datenverschneidungen, der Nutzung von personenbezogenen Daten und der Langzeitspeicherung von Daten und somit der Möglichkeit zur Bildung von Zeitreihen sehr gut dazu geeignet die Analysen in Stadtentwicklungsprozessen mit gezielten Datenauswertungen zu unterstützen oder umzusetzen.

Im Zuge einer Promotion an der Universität Kassel wird die Nutzung von Statistik und quantitativen Daten in Stadtentwicklungsprozessen untersucht. Für die Arbeit wird die These aufgestellt, dass die Potentiale von abgeschotteten Statistikstellen in den Stadtverwaltungen nicht in dem Maße genutzt werden, wie es möglich wäre. In einer breit angelegten Befragung wurden Statistikstellen von Kommunen in Deutschland zur aktuellen Zusammenarbeit von Statistikstelle und Stadtentwicklung befragt. Unter der Mithilfe des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und des KOSIS-Verbundes wurden alle Kommunen in Deutschland mit über 50.000 Einwohnern angeschrieben, von denen sich 131 bereit erklärt haben an der Befragung teilzunehmen (Hierfür ein besonderer Dank an Herrn Haußmann und Herrn Nirschl). In diesem Artikel werden die Ergebnisse für die aktuelle Nutzung von Daten in der Stadtentwicklung dargestellt, es werden Thematiken, die sich aus der Befragung ergeben haben, diskutiert und das weitere Vorgehen während der Promotion wird aufgezeigt. Im ersten Abschnitt des Textes wird die Aktivität der einzelnen Statistikstellen analysiert, insbesondere in Bezug auf Stadtentwicklungsprozesse und zudem werden Probleme, die Statistikstellen für die Nutzung von Daten in der Stadtentwicklung sehen dargestellt. Der Schwerpunkt in einem weiteren Abschnitt liegt auf den vielfältigen Aufgaben, die Statistikstellen erfüllen. Dadurch lässt sich die Rolle von Statistikstellen einschätzen und zudem können Angaben dazu gemacht werden, auf welche Weise Statistikstellen Daten bereitstellen. Zum Abschluss wird die Selbstwahrnehmung von Statistikstellen und deren Rolle in der Stadtverwaltung diskutiert.

Abbildung 1: *Typen von Statistikstellen*



Eigene Darstellung, N: 127

Um eine generelle Aussage zur Aktivität der Statistikstellen zu treffen, wird mit der Hilfe von vier Kriterien aus dem Fragebogen eine Typologie für die Statistikstellen erstellt. Je nachdem, wie viele der vier Kriterien erfüllt werden, strukturieren sich die einzelnen Statistikstellen nach den Typen 1 bis 5, wobei eine Statistikstelle des Typ 1 vergleichsweise sehr aktiv ist.

Das erste Kriterium ist die aktive Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen. Dieses Kriterium wird als erfüllt angesehen, wenn die Mehrzahl von Stadtentwicklungsinstrumenten durch eine eigene Datenanalyse und nicht nur durch die Bereitstellung von Daten gekennzeichnet ist oder gar die Involvierung in den Prozess gänzlich fehlt. (Abbildung 3).

Das zweite Kriterium wird erfüllt, wenn mindestens fünf der sieben im Fragebogen genannten Aufgaben von Statistikstellen wahrgenommen werden (Abbildung 7).

Für das dritte Kriterium muss die jeweilige Statistikstelle geographische Informationssysteme nutzen.

Das vierte Kriterium ist erfüllt, wenn die Statistikstelle in der Verwaltung abgeschottet ist. Die Statistikstelle muss dafür räumlich und personell von der restlichen Verwaltung getrennt sein (Bundesstatistikgesetz 1987). Aus finanziellen und organisatorischen Gründen kann dies von kleineren Kommunen oft nicht geleistet werden.

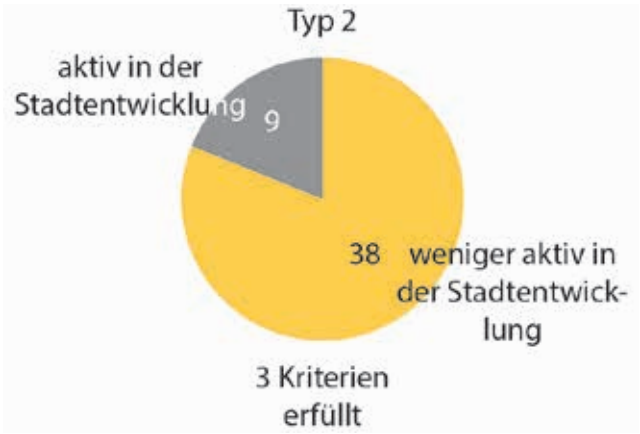
Das Ergebnis in Abbildung 1 zeigt, dass ein Großteil der Statistikstellen sehr engagiert ist und 65,4 % der Einrichtungen mindestens drei der genannten Kriterien erfüllen. Das Ergebnis ist stark durch die jeweilige Einwohnerzahl der Kommunen geprägt. So sind 75 % der Kommunen von den weniger aktiven Typen 3, 4 und 5 unter 100.000 Einwohner groß, wobei diese nur etwa 51,9 % der insgesamt teilnehmenden Kommunen stellen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Indikatoren wird deutlich, dass vor allem das erste Kriterium zur aktiven Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen in vielen Fällen nicht erfüllt wird. Dieses Kriterium wird von 79,2 % der Kommunen in Typ 2 nicht erfüllt (Abbildung 2). Im Fragebogen werden für verschiedene Instrumente der Stadtentwicklung, wie Stadtentwicklungskonzepte, Konzepte zum Wohnen, Verkehrskonzepte, Klimaschutzkonzepte oder Einzelhandelskonzepte die Beteiligung und Mitarbeit der Statistikstellen abgefragt. Zur Beantwortung wurden vier Kategorien in absteigender Intensität der Beteiligung angegeben:

1. „Eigene Datenanalyse und fortlaufende Aktualisierung",
2. „Eigene Datenanalyse",
3. „Bereitstellung von Datenmaterial" und
4. „Es werden nur externe Datenquellen genutzt".

Die Auswertung zu allen in den Kommunen genutzten Instrumenten zeigt, dass bei dem größten Anteil lediglich Daten für die Instrumente bereitgestellt werden und keine aktive, eigene Analyse durchgeführt wird (Abbildung 3). Statistikstellen sind durch die Bereitstellung von Datenmaterial wichtige Quellen für die Stadtentwicklung. Nur in einem geringen Teil der Fälle werden ausschließlich externe Daten verwendet. Eine aktive Einbindung in den Erstellungsprozess und die Anfertigung von gezielten Analysen findet jedoch kaum statt. Durch die auf Herausgabe von Daten beschränkte Arbeit werden die

Abbildung 2: *Typ 2 Stadtentwicklung*



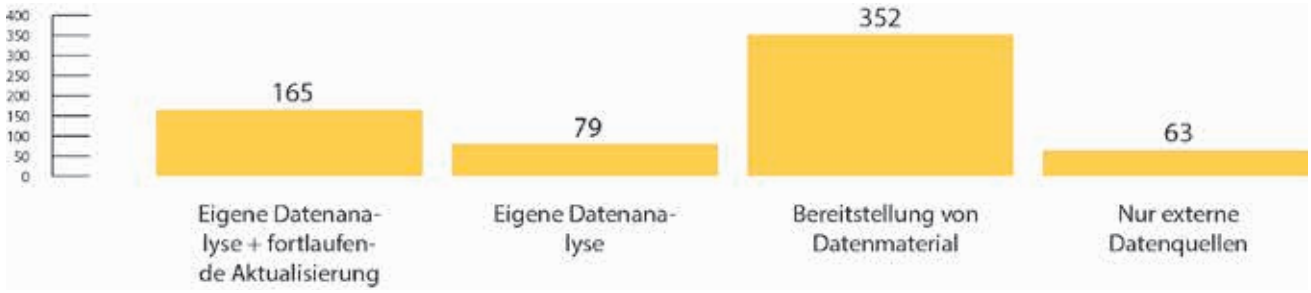
Eigene Darstellung, N: 48

Analysepotentiale in den Statistikstellen nicht genutzt. Dort liegt aber ein breites Wissen zu den einzelnen Datenquellen, deren Interpretation und zu den Möglichkeiten einer Weiterverarbeitung von Datenmaterial vor. Durch die Nutzung von sensiblen Daten in abgeschotteten Statistikstellen lassen sich Verschneidungen von Daten auf einer kleinräumigen Ebene umsetzen, was eine räumlich flexible Betrachtung der Informationen ermöglicht. Stadtverwaltungen verfügen über weitreichendes Wissen und Daten aus sehr unterschiedlichen Bereichen und können im Gegensatz zu externen Personen und Einrichtungen diese in einem noch nicht aggregierten Zustand nutzen, wodurch detailliertere Analyse erarbeitet werden können.

Obwohl sich die meisten Statistikstellen aktiv in die Stadtverwaltung einbringen kann die Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung in vielen Kommunen verbessert werden. 81,5 % der Kommunen geben an, dass die Möglichkeiten der Statistikstellen in Stadtentwicklungsprozessen besser genutzt werden könnten.

Zur Frage, warum die Potentiale in der Stadtverwaltung nicht in dem Maße genutzt werden, wie es möglich wäre wird in erster Linie das Fehlen von personellen Ressourcen in den Statistikstellen angegeben (Abbildung 4). Seit mehreren Jahren versuchen Kommunen ihre Ausgaben zu senken. Je nach Ausrichtung der Stadtverwaltungen werden die Mittel für Statistikstellen gekürzt. Um die Möglichkeiten der Statistikstellen

Abbildung 3: *Maß der Nutzung von Daten für Stadtentwicklungsinstrumente*

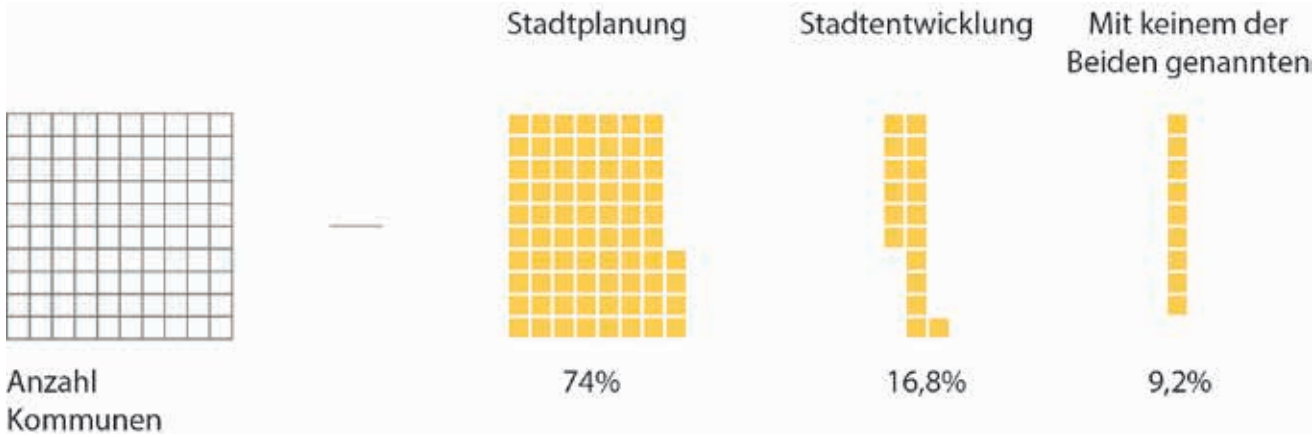


Eigene Darstellung, N: 659 (Anzahl der Instrumente zu denen Angaben gemacht wurden)

Abbildung 4: *Gründe warum Potentiale der Statistikstelle nicht genutzt werden*

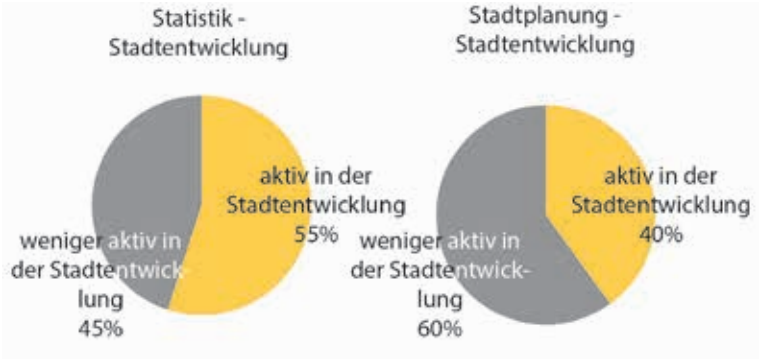
Eigene Darstellung, N: 315 (Mehrfachnennungen möglich)

Abbildung 5: *Mit welchen Abteilungen befindet sich die Statistikstelle in einer Organisationseinheit?*



Eigene Darstellung, N: 119

Abbildung 6: *Auswirkung administrativer Strukturen auf die Zusammenarbeit Statistik – Stadtentwicklung*



Eigene Darstellung, N: 119

zu nutzen und tiefergehende Analysen zu erstellen, ist qualifiziertes Personal unabdingbar. Zur effektiven Unterstützung der Stadtentwicklung sind Kenntnisse in diesem Bereich von Vorteil, sodass Datenanalysen direkt auf die Anforderungen ausgerichtet werden können.

Die Nennungen zu weiteren Gründen verteilen sich relativ gleichmäßig. Es sind keine deutlichen Schwerpunkte erkennbar, einzig „Kein Bedarf in der Stadtentwicklung" wird deutlich weniger benannt. Die Gründe „Kommunikation" und „Verwaltungsstruktur" werden mit jeweils 39 Nennungen noch vergleichsweise häufig angekreuzt. Kommunale Verwaltungen sind in der Regel hierarchisch in mehrere Ebenen (z. B. Dezernate, Ämter und Abteilungen) strukturiert, was eine gute Kommunikation insbesondere über administrative Grenzen hinweg erschweren kann. Da abgeschottete Statistikstellen sowohl räumlich als auch personell von der restlichen Verwaltung getrennt sein müssen, ist ein reger Austausch wichtig. In nur 16,8 % aller Kommunen befinden sich die Stadtentwicklung und die Statistikstelle in einer Organisationseinheit (im nachfolgenden Text beispielhaft als Amt bezeichnet) (Abbildung 5). Diese häufig historisch gewachsenen Abgrenzungen zwischen Statistikstelle und Stadtentwicklung können die direkte Zusammenarbeit erschweren und machen ämterübergreifende Kommunikationsstrukturen notwendig.

Die Verknüpfung von Statistikstelle und Stadtentwicklung ermöglicht eine enge Zusammenarbeit in der Analyse zur Situation in der Stadt. Durch direkte Absprache innerhalb eines Amtes und das Wissen der Stadtentwicklung zu den Möglichkeiten und Potentialen in den Statistikstellen können Datenquellen intensiv genutzt werden. Befindet sich die Statistikstelle zusammen mit der Stadtentwicklung in einem Amt, liegt in den meisten Fällen eine administrative Trennung zur Stadtplanung vor. Somit fehlt ein direkter Bezug der Stadtentwicklung zur baulichen Umsetzung von Konzepten und Plänen.

Die administrative Verortung der Statistikstelle wirkt sich auf die Nutzung von hauseigenen Daten in der Stadtentwicklung aus. Abbildung 6 zeigt, dass sich Statistikstellen, die sich mit der Stadtentwicklung in einem Amt befinden, aktiver in die verschiedenen Stadtentwicklungsprozesse einbringen. Der Anteil an Statistikstellen, die vermehrt nur Daten bereitstellen oder gar nicht involviert sind, ist auch in dieser Konstellation mit 45 % hoch.

In 82,7 % der Fälle werden in den Kommunen auch in anderen Bereichen neben der Statistikstelle Daten gesammelt und analysiert. Je nach Stadtverwaltungen nehmen Statistikstellen sehr unterschiedliche Aufgaben wahr. Eine Zentralstatistik, die alle in der Kommune anfallenden Statistiken sammelt, bearbeitet und führt bietet insbesondere für die Stadtentwicklung viele Vorteile. Informationen aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung lassen sich an einem zentralen Knotenpunkt auswerten und können direkt genutzt werden. Daten lassen sich in einem einheitlichen System erfassen, was die Verschneidung und den Vergleich zwischen verschiedenen Datenquellen erleichtert. Durch den Zusammenschluss aller statistischen Aufgaben in einer Zentralstatistik ist die Arbeitslast höher und eine Aufstockung des Personals notwendig. In den einzelnen Ämtern fallen dadurch keine statistischen Aufgaben mehr an. Eine erhöhte Mitarbeiterzahl in der Statistikstelle kann durch die Zusammenarbeit der Mitarbeiter/innen zu Synergien in der Datenauswertung führen. Zudem wird durch die Verknüpfung an einer Sammelstelle verhindert, dass innerhalb der Stadtverwaltung mit verschiedenen Kennwerten gearbeitet wird.

Eine Zentraldatenbank bringt auch negative Aspekte mit sich, so kann eine einzige Datenquelle in der Stadtverwaltung dazu führen, dass die verantwortliche politische Führungskraft einen Informationsvorteil hat. In einem kommunalpolitischen Hintergrund ist der Zugriff auf Daten und Analysen ein bedeutender Vorteil. Insbesondere auf der politischen Ebene verfügt die Verwaltungsspitze (Dezernenten und Bürgermeister) gerne über eigene Datenquellen, da dezentrale Stellen eine individu-

Abbildung 7: *Aufgaben von Statistikstellen*

Eigene Darstellung, N: 669 (Mehrfachnennungen möglich)

elle Bearbeitung und Interpretation von Daten ermöglichen. Vor allem bei Datenbanken, die fortlaufend ergänzt werden und sich verändern ist eine dezentrale Bearbeitung sinnvoll, da dies tagesaktuelle Statistiken ermöglicht. Je nach Datenquelle geben Statistiken Einblicke in die Arbeitsweise der Ämter, was dazu führen kann, dass Daten bevorzugt selbst verwaltet und nicht im Rohzustand an Zentralstatistiken abgegeben werden.

In Bezug auf Strukturen und Kommunikation gibt es zwei Bereiche, in denen Verbesserungen durch die Kommunen möglich sind. Das ist einerseits der Zugang der Statistikstellen zu Daten in der Stadtverwaltung und andererseits die Verbindung und Bereitstellung von Daten für die Stadtentwicklung. In der Befragung haben 47 der Kommunen angegeben, dass es in den Statistikstellen Probleme mit Datengrundlagen und der Datenverfügbarkeit gibt. Derzeit sind Statistikstellen meist darauf angewiesen, ihre Daten bei den verschiedenen Ämtern in den Städten zu sammeln und in ihre Datenbanken einzupflegen. Im Zuge von technischen Entwicklungen ist es möglich, den Übergang so zu strukturieren, dass die Daten automatisch von den Ämtern in ein einheitliches Datenbanksystem übertragen werden können. Eine Möglichkeit besteht darin, die Rohdaten direkt aus den Ämtern in Datenbanken einzuspielen und die Aufbereitung der Daten einer Zentralstatistik zu überlassen. Um einen solchen Ablauf zu implementieren müssen verschiedene Aspekte bedacht werden. Für eine korrekte Bearbeitung der Rohdaten ist eine enge Absprache zum Ablauf mit den einzelnen Ämtern nötig. Für die Übergabe der Daten ist es wichtig, dass den Ämtern ein vertraulicher Umgang mit den Daten garantiert wird und die Statistikstellen unabhängig von politischer Einflussnahme sind. Die Verortung in der Verwaltungsstruktur sollte so gestaltet werden, dass allen Ämtern dieselben Möglichkeiten zur Nutzung der Daten geboten werden. Für die Zusammenarbeit zwischen Statistikstelle und Stadtentwicklung ist die Verortung ebenfalls grundlegend. Da Mitarbeiter/innen von abgeschotteten Statistikstellen wegen ihrer Arbeit mit sensiblen Daten nicht gleichzeitig in anderen Bereichen tätig sein dürfen ist eine gute Absprache darüber, welche Daten und Informationen in der Stadtentwicklung benötigt werden, wichtig. Dafür muss eine direkte Kommunikation, die nicht durch Ämtergrenzen erschwert wird, möglich sein.

Durch geplante Interviews in mehreren Kommunen wird die Thematik der strukturellen Positionierung von Statistikstellen im Rahmen der Promotion weiter untersucht werden. Dabei wird die Machbarkeit einer zentralen Statistikdienstleistung diskutiert. Es wird erörtert, wie Kommunikation auch über strukturelle Grenzen hinweg sinnvoll gestaltet werden kann. Insbesondere wird die Arbeitsweise von Statistikstellen, die sich in einem Amt mit Stadtentwicklung befinden, weiter untersucht.

Um weitere Bereiche für mögliche Verbesserung der Arbeit von Statistikstellen zu betrachten, werden im folgenden Abschnitt die Aufgaben, die von Statistikstellen wahrgenommen werden, dargestellt. Abbildung 7 zeigt, dass die meisten der Aufgaben im Fragebogen von einem großen Teil der Kommunen erfüllt werden, die Punkte „WebGIS oder Onlineportale“ und „Fortlaufende Monitoringsysteme“ werden jedoch deutlich weniger genannt. „WebGIS oder Onlineportale“ stellen neue technische Entwicklungen dar, die in erster Linie die Bereitstellung von Daten für eine breite Bevölkerungszahl ermöglichen. Obwohl 79 % der Statistikstellen geographische Informationssysteme nutzen, haben sich Webportale mit Datenangebot in der Basis noch nicht durchgesetzt. Themen wie BürgerGIS oder interaktive Webportale werden in den nächsten Jahren immer wichtiger werden und erfordern eine Anpassung der Arbeitsweise von Statistikstellen. Investitionen in diesem Bereich erleichtern die Abgabe von Daten an externe Personen und Firmen.

Fortlaufende Monitoringsysteme wie beispielsweise ein Sozialmonitoring werden nur in 35,1 % der Kommunen erstellt. Seit den 1990er Jahren spielen integrierte Monitoringsysteme in der Stadtentwicklung eine bedeutende Rolle und ermöglichen die Beobachtung kleinräumiger Veränderungen in den Städten. Gezielt werden Indikatoren dauerhaft erfasst, um frühzeitig Hinweise auf mögliche Veränderungen und entstehende Probleme zu geben. Die Beobachtungen sind in den meisten Fällen thematisch sehr breit angelegt und beziehen sich auf die gesamte Stadt (Dohnke 2012). Im Gegensatz dazu werden gezielte thematische Analysen erstellt, um sich einem eng abgegrenztem Themenfeld anzunähern. Dafür muss das Thema bzw. die Problematik bekannt sein, sodass passende Daten dazu herausgesucht, verschnitten oder auf einen räumlichen Bereich bezogen werden können. Das Zusammenfügen von Daten in einem geschichtenerzählenden Strang an aufeinander aufbauenden Informationen ermöglicht ein tiefgreifendes Verständnis zu Entwicklungen in den Städten. Insgesamt 94 der befragten Kommunen geben an, dass auf Anfrage thematische Analysen in ihren Statistikstellen erarbeitet werden. Diese Analysen erfordern Sachkenntnisse zu den jeweiligen Themen und stellen höhere Anforderungen als das reine Bereitstellen von Daten in Berichten.

Sowohl Monitoringsysteme als auch thematische Analysen liefern wichtige Informationen für die Stadtentwicklung und sind für eine langfristig angelegte Stadtentwicklungspolitik wichtig. Im weiteren Verlauf der Promotion wird die Bedeutung der beiden Ansätze analysiert und eine Einschätzung dazu abgeben, welche Rolle diese für die Stadtentwicklung bieten.

Aus der Befragung wird deutlich, dass neue Möglichkeiten der statistischen Auswertung nicht flächendeckend in Statistikstellen genutzt werden und diese daher verstärkt implementiert werden sollten. Zukünftig werden Statistikstelle vor neue Herausforderungen gestellt werden. Welche Fähigkeiten müssen Statistikstellen in Bezug auf das Personal und auch die technischen Voraussetzungen erfüllen? Im Zuge der Promotion und einer Tätigkeit in der Stadtverwaltung Kassel wird das Potential von Statistikstellen in der Stadtentwicklung dargestellt. Dafür wird eine Metadatenbank aufgestellt, die passende Daten zum Thema Stadtentwicklung auflistet. Zudem werden die Möglichkeiten zur Weiterverarbeitung von Daten ausgearbeitet:

- Nutzung von geographischen Informationssystemen und die graphischen Darstellungsmöglichkeiten von Daten
- Verortung bzw. Verräumlichung von Daten auf Adressebene
- Verschneidung von Daten und der dadurch entstehende Informationsgewinn
- Einrichtung von Datenbanken
- Vereinheitlichung von verschiedenen Datenquellen

Durch die Analyse von Stadtentwicklungsplänen und -konzepten wird die Wirkung von Statistik in der Stadtentwicklung untersucht und bewertet.

Die Befragung der 131 Kommunen zeigt, dass viele Stadtverwaltungen über aktive Statistikstellen verfügen, die sich aber noch deutlich besser mit der Stadtentwicklung vernetzen können. Wo liegen die Gründe dafür und welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um die Potentiale von kommunalen Daten optimal für die Stadtentwicklung zu nutzen?

Um zielorientierte Unterstützung für die Stadtentwicklung leisten zu können, muss die Rolle der Statistikstellen klar definiert werden. Liegt die Aufgabe von Statistikstellen alleine darin einen Grundstock an Daten zur Nutzung von der Stadtverwaltung und externen Personen bereit zu stellen oder sollten die Möglichkeiten einer abgeschotteten Statistikstelle für thematische Analysen und eine praxisorientierte Nutzung der Daten verwandt werden? Liegt das Aufgabenfeld der Mitarbeiter in der Statistik in erster Linie darin Daten zu sammeln oder steht die Analyse und Bearbeitung der Daten im Vordergrund?

Aus der Befragung der Statistikstellen lässt sich schließen, dass sich die Rolle der Statistiker und der Statistikstellen als Bereitsteller von Daten etabliert hat, während ein Großteil der Analysen in der Stadtentwicklung durch Stadtplaner/innen in den Kommunalverwaltungen oder externe Planungsbüros durchgeführt wird. Durch eine Einbindung der Statistikstellen in die Stadtentwicklung können schon dort qualitativ hochwertigere Situationsanalysen durchgeführt werden. Seit den 1970er Jahren gab es in der Stadtplanung ein Misstrauen gegenüber statistischen Methoden und verbal-argumentative Ansätze hatten eine große Bedeutung inne. Für Jahrzehnte bestand aus der Stadtplanung heraus wenig Interesse an den Potentialen von statistischen Analysen (Ritter, Wolf 1998). Dies hat zur Folge, dass wie heute in vielen Kommunen sichtbar keine enge Verknüpfung zwischen der Statistik und der Stadtentwicklung besteht. Durch die derzeitigen technischen Weiterentwicklungen und eine Veränderung der Datengrundlagen muss die Rolle von statistischen Analysen in der Stadtplanung und der Stadtentwicklung neu überdacht werden (Streich 2011). Als objektive Quellen können Daten vermehrt die Bearbeitung qualitativer Aufgaben durch Stadtplaner unterstützen und zu einer erfolgreichen Planung beitragen (Geertman et al 2015). Die Grundlage einer jeden Weiterentwicklung in unserer Städte ist ein tiefes Verständnis zu den aktuellen Begebenheiten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen Mitarbeiter/innen der Statistikstellen als Datenanalysten und als ein Teil des Stadtentwicklungsprozesses angesehen werden. Dies erfordert sowohl eine breite Kenntnis der Mitarbeiter/innen in den Statistikstellen zu Datenbanken und Datenverarbeitung als auch zu Prozessen in der Stadtentwicklung, was eine Aufwertung der Arbeit in den Statistikstellen nötig macht. Für die Arbeit der Datenanalysen ist neben der thematischen Einbindung der Statistikstellen auch eine Beteiligung an finanziellen Mitteln für die Stadtentwicklung sinnvoll. In der Zukunft werden Daten und deren Analysen für die Stadtplanung und auch in anderen Bereichen eine immer bedeutendere Rolle spielen. Die Statistikstellen müssen offen für neue Methoden und Techniken sein und über die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen verfügen. Dann können sie in enger Zusammenarbeit mit dem Geoinformationsbereich als querschnittsorientierter Informationsdienstleister in einer sich technisierenden Welt elementare Beiträge zur Stadtentwicklung und zur Arbeitsweise der Stadtverwaltung der Zukunft leisten.

Literatur

Deutscher Städtetag (2013): Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement – Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Berlin

Bundesstatistikgesetzt (BstatG): Ausfertigungsdatum: 22.01.1987

Dohnke, Jan (2012): Monitoringsysteme der sozialen Stadtentwicklung – Stand und zukünftige Herausforderungen. Jahrbuch StadtRegion.

Ritter, Ernst-Hasso; Wolf, Klaus (1998): Methoden und Instrumente räumlicher Planung. Handbuch. Hannover.

Streich, Bernd (2011): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden.

Geertman, Stan; Pelzer, Peter; van der Heijden, Rob (2015): Knowledge in communicative planning practice: A different perspective for planning support systems. In: Environment and Planning B: Planning and Design, 42, 2015, 638–651.

Klaus Neudecker

Vergleich von Kleinräumigen Gliederungen

Sehr viele Städte besitzen eine Kleinräumige Gliederung für ihr Gemeindegebiet. Obwohl für diese Gebietseinteilung Empfehlungen des VDSt existieren, die über den Deutschen Städtetag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund publiziert wurden, ist Kleinräumige Gliederung nicht gleich Kleinräumige Gliederung. Am Beispiel kreisfreier Groß- und Mittelstädte in Bayern, erweitert um den Kreis Lippe und die kreisangehörige Stadt Ratingen, erfolgt ein Vergleich verschiedener Kleinräumiger Gliederungen.

Klaus Neudecker
Dipl. Geograph, MAS (GIS), seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Statistik der Stadt Regensburg
neudecker.klaus@regensburg.de

Schlüsselwörter:
Kleinräumige Gliederung – Raumbezugssystem

„Zur Entstehung der kleinräumigen Gliederung seien zwei Worte vorausgeschickt. Erstens: was heute als selbstverständlich gilt, hat sich gar nicht so selbstverständlich entwickelt. Zweitens: es gibt nichts, was nicht ohne Grund irgendwie, irgendwann und irgendwo schon einmal da war."

(Fehre, 1979, S. 146)

In vielen deutschen Städten existiert die sogenannte Kleinräumige Gliederung. Dabei handelt es sich um ein Raumbezugssystem, also um eine räumliche Einteilung des Stadtgebiets, mit dessen Hilfe sich Punkte im Raum bestimmten Gebieten zuordnen lassen. Weiteres Kennzeichen der Kleinräumigen Gliederung ist, dass sie hierarchisch aufgebaut ist und einen hierarchischen Schlüssel besitzt. Die einzelnen Ebenen gliedern sich dabei in zwei Hauptebenen, in die Grob- und die Feingliederung (Fehre, 1979, S. 152, Deutscher Städtetag, 1991, S. 15 f.). Die Grobgliederung besteht in der Regel aus bis zu drei Ebenen, die meist historisch gewachsen sind und die – zumindest bei den größeren Städten, die schon länger über eine Statistikstelle verfügen – bis etwa Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Im Unterschied dazu besteht die Feingliederung aus bis zu zwei Ebenen. Sie entstand aus ersten Versuchen in den 1950er Jahren, die 1967 in eine vom Deutschen Städtetag veröffentlichten Empfehlung des VDSt mündeten (Deutscher Städtetag, 1967). Anstelle des Begriffs „Grobgliederung" tauchte in den Publikationen des Deutschen Städtetags von 1979 und 1991 auch exemplarisch gemeint der Begriff „Gemeindeteil (ggf. hierarchisch gegliedert)" (Deutscher Städtetag, 1991, S. 17) auf. Da dieser Begriff jedoch – wie später gezeigt wird – nicht deutlich von den vorhandenen Namen für einzelne Ebenen abhebt, wird im Folgenden der Begriff „Grobgliederung" – und dementsprechend auch der Begriff „Feingliederung" – verwendet.

Bei so vielen Gemeinsamkeiten stellt sich die Frage, wie einheitlich ist diese Kleinräumige Gliederung der Städte? Dies soll mit Hilfe eines Vergleichs beantwortet werden, für den exemplarisch bayerische Groß- und Mittelstädte herangezogen wurden. Beteiligt hat sich dabei die Millionenstadt München (1,5 Millionen Einwohner), die Städte Nürnberg und Augsburg (½ bzw. ¼ Million Einwohner), die Großstädte Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth und Erlangen (140 bis 100 Tausend Einwohner) und die Mittelstädte Bamberg, Bayreuth, Landshut, Rosenheim, Passau und Hof (70 bis 45 Tausend Einwohner). Während sich Rosenheim nur mit der Struktur der Gliederung beteiligte, beteiligte sich Passau, wo

gerade eine Neueinteilung stattfindet, mit zwei Gebietsgliederungen, der alten und der neuen. Bei der neuen Einteilung ist dabei zurzeit noch nicht entschieden, ob sie im Bereich der Grobgliederung ein oder zwei Ebenen besitzen wird. Bei allen diesen Städten handelt es sich um kreisfreie Städte. Ergänzend wurden zum Vergleich der Kreis Lippe (300 Tausend Einwohner) – der einzige Kreis in Deutschland mit einer kommunalen Statistikstelle – und die kreisangehörige Stadt Ratingen (90 Tausend Einwohner) mit aufgenommen, die Stadt Ratingen deshalb, da sie, obwohl fast Großstadt, trotzdem kreisangehörig ist. Der Kreis Lippe gliedert sich in 16 Gemeinden, wobei die größte, Detmold, 80 Tausend und die kleinste, Dörentrup, 9 Tausend Einwohner hat. Auch im Kreis Lippe wird die Kleinräumige Gliederung zurzeit neu aufgebaut. Daher stand im Rahmen dieses Vergleichs nur eine von zwei Ebenen der Grobgliederung zur Verfügung. Abbildung 1 stellt die Geometrien der beteiligten Städte, beziehungsweise im Fall des Kreises Lippe der Gemeinden, dar und Abbildung 2 bis 4 die Geometrien von Ebene 1 bis 3 der Kleinräumigen Gliederung. Um die Formulierungen einfacher zu gestalten zu können: Wenn im Folgenden von den Städten die Rede ist, so ist damit auch der Kreis Lippe gemeint. Wenn allerdings von den Gemeinden die Rede ist, so sind die Städte und die Gemeindeebne des Kreis Lippe gemeint.

Abkürzung für „Kleinräumige Gliederung“

Bei den Gesprächen mit den beteiligten Städten fiel auf, dass für den Begriff „Kleinräumige Gliederung“ unterschiedliche Abkürzungen verwendet werden. Während einige Städte gar keine Abkürzung verwenden, sind in anderen Städten sogar mehrere Abkürzungen im Einsatz. Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die bei den untersuchten Städten zum Einsatz kommenden Abkürzungen und die Häufigkeit ihrer Verwendung. Die am häufigsten verwendete Abkürzung ist KGL.

Tabelle 1: *In den Städten verwendete Abkürzungen für „Kleinräumige Gliederung“; nicht jede befragte Stadt verwendet eine Abkürzung, zum Teil sind auch mehrere Abkürzungen im Einsatz*

Abkürzung	Häufigkeit
KLG	1
KlGl	1
KLRG	1
KG	2
KRG	2
KGL	4

Tabelle 2: *Bezeichnungen der einzelnen Ebenen der Kleinräumigen Gliederung*

Ebene	München	Nürnberg	Augsburg	Regensburg	Ingolstadt	Würzburg	Fürth	Erlangen
0	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt
1	Stadtbezirke	Statistische Stadtteile	Stadtbezirke	Stadtbezirke	Stadtbezirke	Stadtbezirke	Stadtbezirke	Stadtteile
2	Stadtbezirksteile	Statistische Bezirke	Statistische Distrikte	Unterbezirke	Unterbezirke	Statistische Blockgruppen	Distrikte	Bezirke
3	Stadtbezirksviertel	Statistische Distrikte	-	Blockgruppen	-	-	-	Distrikte
4	Baublöcke	Blöcke	Blöcke	Blöcke	Blöcke	Statistische Blöcke	Blöcke	Baublöcke
5	-	Blockseiten	Blockseiten	Blockseiten	Blockseiten	Blockseiten	Blockseiten	Baublockseiten

Ebene	Bamberg	Bayreuth	Landshut	Rosenheim	Passau	Hof	Kreis Lippe	Ratingen
							Kreis	
0	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Kommunen	Gesamtstadt
1	Statistische Stadtteile	Planbezirke	Stadtteile	Stadtbezirke	alt: Statistische Stadtteile neu: Bürgerversammlungsgebiete	Stadtteile	Ortsteile	Stadtteile
2	Statistische Bezirke	-	Bezirke	Stadtteile	alt: Bezirke neu: ?	Ortsteile	Ortsteilgliederung	Blockgruppen
3	-	-	-	Planungsbezirke	-	Planungsbezirke	-	-
4	Statistische Blöcke	Blöcke	Blöcke	-	alt + neu: Blöcke	Blöcke	Blöcke	Blöcke
5	Blockseiten	Blockseiten	Blockseiten	-	alt + neu: Blockseiten	Blockseite	Blockseiten	Blockseiten

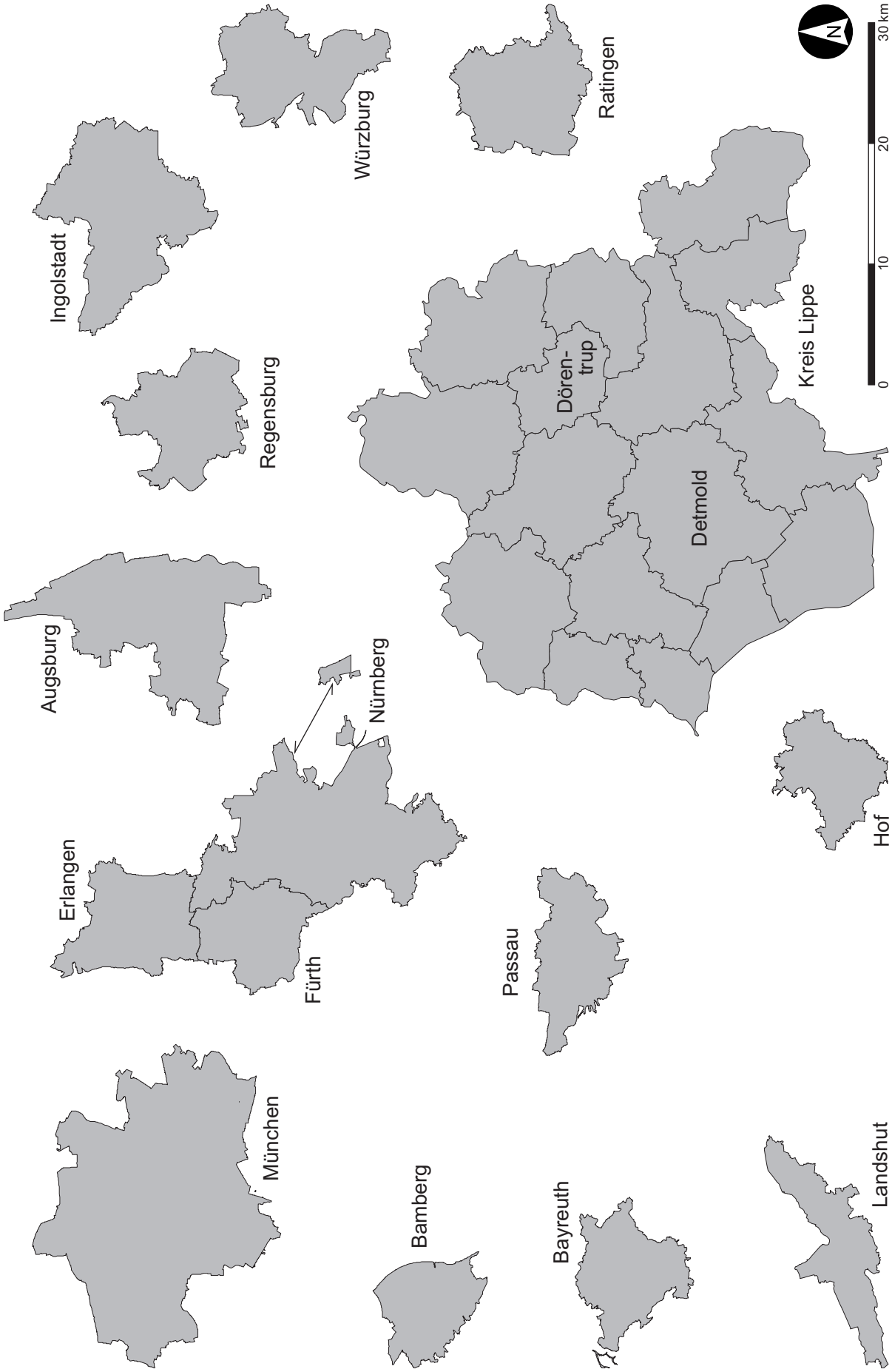


Abbildung 1: *Geometrien der beteiligten Städte (Gemeindeebene)*

Quelle: die jeweilige Stadt beziehungsweise Gemeinde

Anzahl der Ebenen

Tabelle 2 gibt die in den einzelnen Städten verwendeten Ebenen der Kleinräumigen Gliederung wieder. Betrachtet man die einzelnen Ebenen getrennt nach Grob- (Ebene 1 bis 3) und Feingliederung (Ebene 4 und 5), so ergeben sich die in Tabelle 3 und 4 dargestellten Häufigkeiten. Auffallend ist, dass die meisten der untersuchten Städte lediglich zwei anstelle der mit dem vom Deutschen Städtetag (1979, 1991) empfohlenen Schlüssel maximal drei möglichen Ebenen verwenden. Im Unterschied dazu nutzen jedoch fast alle Städte bei der Feingliederung alle beiden empfohlenen Ebenen. Lediglich die Stadt München besitzt keine Blockseiten und die Stadt Rosenheim gar keine Feingliederung. Tabelle 5 zeigt die Anzahl aller vorhandenen Ebenen der Grob- und Feingliederung zusammen. Da die meisten Städte nur zwei der drei empfohlenen Ebenen der Grobgliederung benutzen, zeigt sich auch hier bei den meisten Städten lediglich eine Gliederung auf vier statt auf fünf Ebenen.

Tabelle 3: *Häufigkeit der Anzahl von Ebenen der Grobgliederung*

Anzahl der Ebenen	Häufigkeit
1	2
2	9
3	6

Tabelle 4: *Häufigkeit der Anzahl von Ebenen der Feingliederung*

Anzahl der Ebenen	Häufigkeit
0	1
1	1
2	15

Tabelle 5: *Häufigkeit der Anzahl von Ebenen der Grob- und Feingliederung zusammen*

Anzahl der Ebenen	Häufigkeit
3	3
4	10
5	4

Bezeichnung der Ebenen

Die Bezeichnungen der einzelnen Ebenen der Kleinräumigen Gliederung stehen in Tabelle 2. Wie im vorangegangenen Abschnitt geschildert, werden dabei jedoch nicht alle Ebenen von allen Städten genutzt. Die Bezeichnung „Blockgruppen" beziehungsweise „Statistische Blockgruppen" kommt dabei auf der zweiten und dritten Ebene vor. Im Fall der zweiten Ebene besitzen jedoch die beiden Städte keine dritte Ebene, so dass diese Bezeichnung genauso in der dritten Ebene stehen könnte. Gleiches gilt für die Bezeichnung „Distrikte" und „Statistische Distrikte". Für die folgende Betrachtung werden diese Bezeichnungen daher allesamt in die dritte Ebene gelegt. Im Unterschied dazu kommen die Begriffe „Stadtbezirke" und „Bezirke"/"Statistische Bezirke" jeweils ausschließlich in der ersten und zweiten Eben vor. Ein Zusammenlegen ist hierbei somit nicht nötig und aufgrund der zum Teil vorhandenen übrigen Ebenen auch nicht möglich.

Desweiteren tauchen auf der ersten Ebene die Bezeichnungen „Stadtteile" und „Statistische Stadtteile" auf, die für die weitere Betrachtung zum Begriff „Stadtteile" zusammengefasst werden können. Gleiches gilt mit der Bezeichnung „Bezirke" und „Statistische Bezirke" auf der zweiten Ebene und „Blockgruppen" und „Statistische Blockgruppen" sowie „Distrikte" und „Statistische Distrikte" auf der dritten Ebene. Bei der Feingliederung lassen sich auf der vierten Ebene „Blöcke", „Baublöcke" und „Statistische Blöcke" sowie auf der fünften Ebene die „Blockseiten" und die „Baublockseiten" zusammenfassen.

Tabelle 6 gibt die resultierenden Häufigkeiten der einzelnen Bezeichnungen wieder. Auffallend ist dabei, dass der „Stadtbezirk" beziehungsweise der „Bezirk" sowie die Bezeichnungen „Stadtteile" und „Ortsteile" sowohl auf der ersten, als auch auf der zweiten Ebene auftauchen. Auf der vierten beziehungsweise fünften Ebene bleiben dagegen lediglich die Begriffe „Blöcke" beziehungsweise „Blockseiten" zurück.

Dies spiegelt die bereits weiter oben beschriebene historische Entwicklung der Grob- und Feingliederung wieder. Erstere ist meist historisch gewachsen. Die verwendeten Bezeichnungen dieser drei Ebenen sind daher mannigfaltig, uneinheitlich und unklar. Die Feingliederung, die im Gegensatz dazu von den Städtestatistikern koordiniert entwickelt wurde, besitzt dagegen mehr oder weniger einheitliche und klare Bezeichnungen.

Tabelle 6: *Häufigkeit der Bezeichnungen für die einzelnen Ebenen*

1. Ebene		2. Ebene		3. Ebene		4. Ebene		5. Ebene	
Stadtbezirke	7	Bezirke	5	Distrikte	4	Blöcke	15	Blockseiten	14
Stadtteile	7	Unterbezirke	2	Blockgruppe	3				
Bürgerversammlungsgebiete	1	Stadtbezirksteile	1	Planungsbezirke	2				
Ortsteile	1	Stadtteil	1	Stadtbezirksviertel	1				
Planbezirke	1	Ortsteile	1						
		Ortsteilgliederung	1						

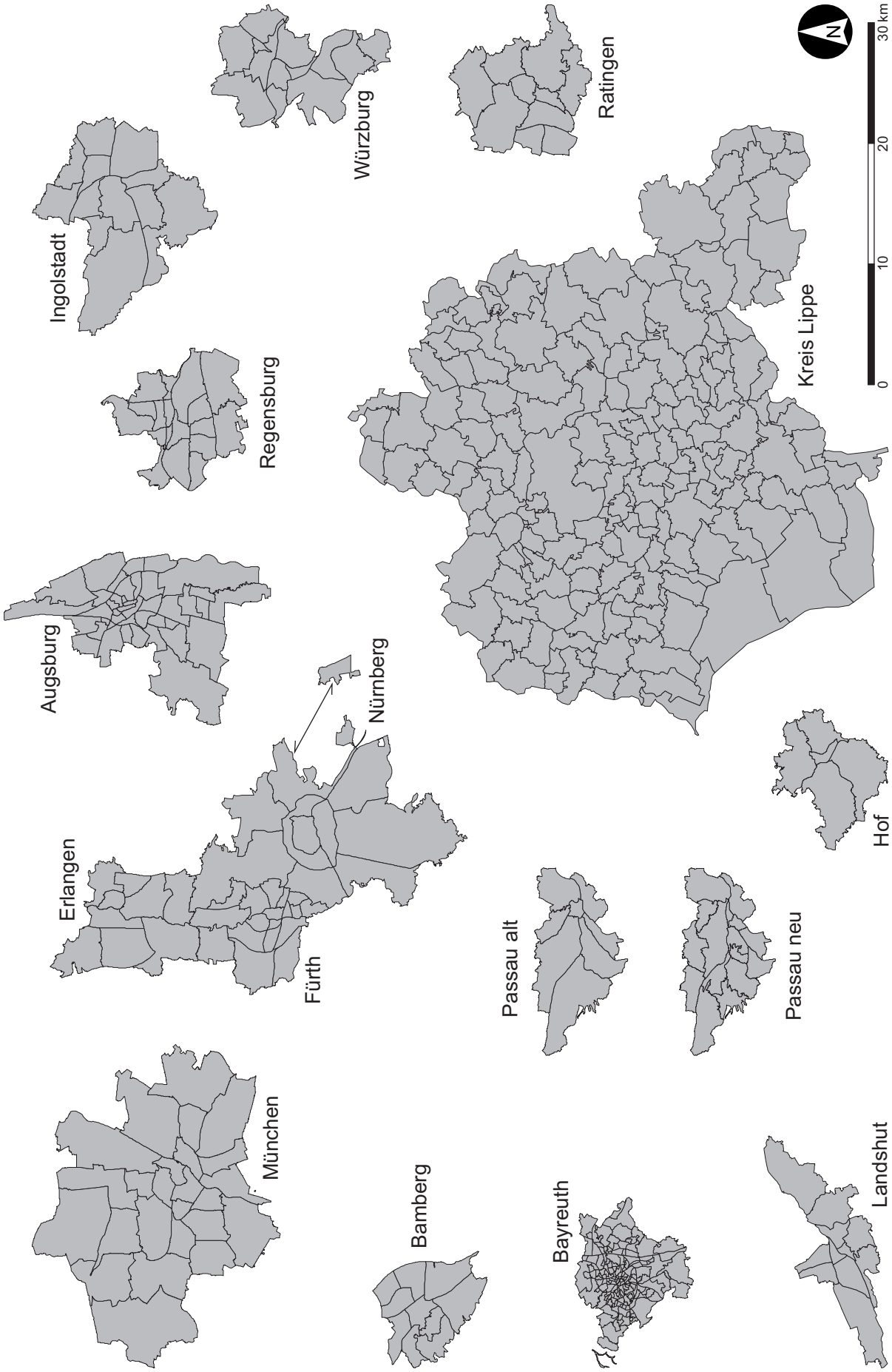


Abbildung 2: *Geometrien der 1. Ebene der Kleinräumigen Gliederung der beteiligten Städte*

Quelle: die jeweilige Stadt beziehungsweise Gemeinde

Aufbau des Schlüssels

Analog zu Tabelle 2, die die Namen der Ebenen für jede Stadt enthält, enthält Tabelle 7 die Anzahl der Stellen des Schlüssels für jede Ebene. Diese reichen von einer bis drei Stellen, im Fall des Kreises Lippe für die Ebenen unterhalb der Kreisebene sogar bis zu vier Stellen. Die Gesamtzahl der Schlüsselstellen reicht von sechs bis zehn. Für die Stadt Rosenheim besitzt der Gesamtschlüssel lediglich drei Stellen – wobei hier keine Feingliederung existiert und die Gesamtanzahl somit nur bedingt vergleichbar ist. Für den Kreis Lippe besitzt der Schlüssel unterhalb der Kreisebene sogar 17 Stellen und unterhalb der – den anderen Städten in diesem Vergleich entsprechenden Gemeindeebene – immerhin noch 14 Stellen.

Insgesamt zeigt sich, dass sich von den 17 untersuchten Kleinräumigen Gliederungen bei acht die Blockseiten nicht mehr mit Hilfe der bei den beiden geplanten beziehungsweise der durchgeführten Volkszählung der 1980er Jahre eingeplanten sieben Stellen (Deutscher Städtetag, 1979, S. 16, S. 54 ff.; Bayerisches Staatsministerium des Innern, 1982, S. 26; auch später weiterhin empfohlen: Deutscher Städtetag, 1991, S. 17) kodieren lassen. In fünf Fällen werden dafür acht (Stadt Nürnberg, Stadt Augsburg, Stadt Würzburg, Stadt Fürth, Stadt Landshut), in einem Fall neuen (Stadt Hof), in einem zehn (Stadt Regensburg) und in einem sogar – je nach Ausgangsebene für den Vergleich – 14, 17 beziehungsweise 22 Stellen (Kreis Lippe) benötigt. Betrachtet man die Häufigkeit der einzelnen Schlüssellängen (Tabelle 8), so zeigt sich, dass die größte Häufigkeit der verwendeten Schlüssellängen aber immer noch bei acht Stellen liegt.

Allen Schlüsseln gemeinsam ist, dass sie ausschließlich Zahlen und keine Buchstaben enthalten. Unbenutzte führende Stellen werden in der Regel mit Nullen gefüllt. Da in der Stadt Ratingen auf der obersten Ebene zehn Gebiete mit einer Stelle kodiert werden, wird hier die Null auch für ein Gebiet benutzt.

Bei den beiden Städten Augsburg und Regensburg weist die Struktur des Schlüssels eine Besonderheit auf. Hier besitzt aus Gründen der Übersichtlichkeit jede Ebene die gleiche Anzahl von Stellen. Im Fall der Stadt Regensburg besaß der gesamte Schlüssel bis 2006 lediglich sieben Stellen. Da die Anzahl der möglichen Unterteilungen jedoch auf der dritten

Tabelle 8: *Häufigkeit der unterschiedlichen Längen des gesamten Schlüssels*

Länge des gesamten Schlüssels	Häufigkeit
3	1
4	
5	
6	4
7	4
8	5
9	1
10	1
…	
14/17/22	1

Die letzte Zeile enthält die Länge des Schlüssels für den Kreis Lippe. Der dortige Schlüssel besitzt, auf der mit den anderen Städten vergleichbaren Ebenen, unterhalb der Gemeindeebene 14 Stellen. Unterhalb der Ebene dieser kommunalen Statistikstelle, der Kreisebene, besitzt er 17 Stellen, und insgesamt, da er den Amtlichen Gemeindeschlüssel enthält, besitzt er 22 Stellen.

Tabelle 7: *Anzahl der Schlüsselwerte für die Kodierung jeder Ebene*

Ebene	München	Nürnberg	Augsburg	Regensburg	Ingolstadt	Würzburg	Fürth	Erlangen
0								
1	XX	X	XX	XX	XX	XX	XX	X
2	X	X	XX	XX	X	XX	X	X
3	X	X		XX				X
4	XX	XXX	XX	XX	XXX	XXX	XXX	XX
5		XX	XX	XX	X	X	XX	X
Anzahl	**6**	**8**	**8**	**10**	**7**	**8**	**8**	**6**

Ebene	Bamberg	Bayreuth	Landshut	Rosenheim	Passau		Hof	Kreis Lippe	Ratingen
					alt	neu		XXXXX (AGS)	
0								XXX (AGS)	
1	XX	XXX	XX	X	X	XX	X	XXX	X
2	X		X	X	XX		XX	XXX	XX
3				X			XX		
4	XX	XX	XXX		XXX	XXX	XX	XXXX	XXX
5	X	XX	XX		X	X	XX	XXXX	X
Anzahl	**6**	**7**	**8**	**3**	**7**	**6**	**9**	**14/17/22**	**7**

jedes „X“ repräsentiert eine Stelle des Schlüssels

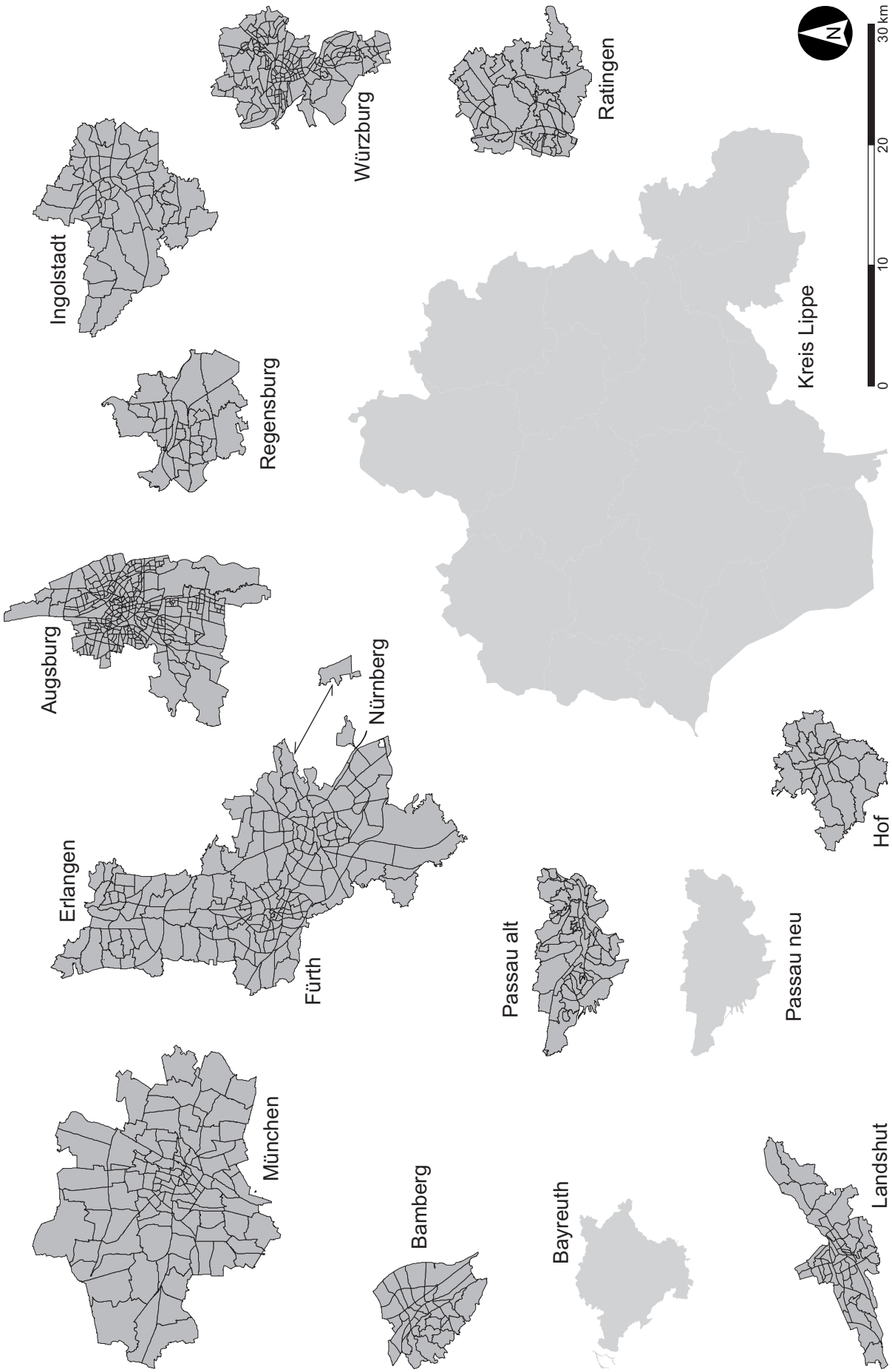


Abbildung 3: *Geometrien der 2. Ebene der Kleinräumigen Gliederung der beteiligten Städte*

Quelle: die jeweilige Stadt beziehungsweise Gemeinde

Tabelle 9: Anzahl der Gebiete je Ebene der Grobgliederung

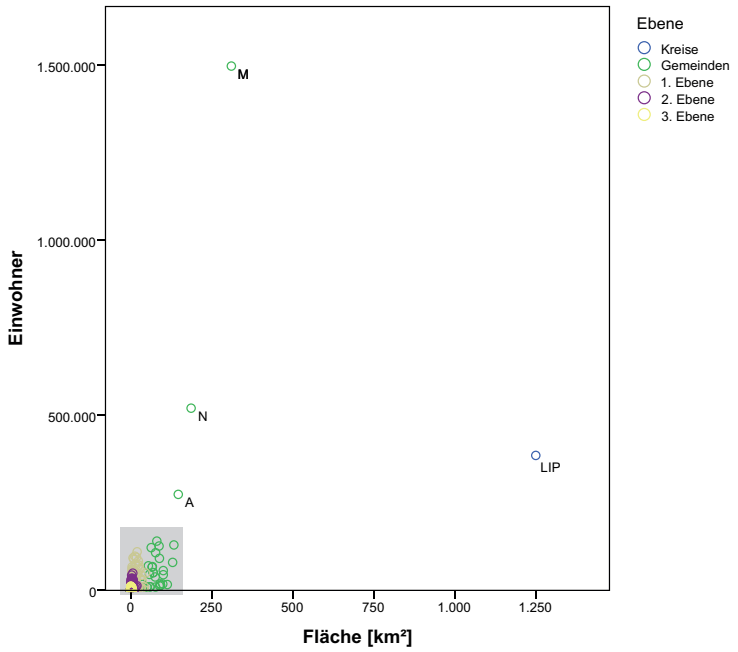
Ebene	München	Nürnberg	Augsburg	Regensburg	Ingolstadt	Würzburg	Fürth	Erlangen
0	1	1	1	1	1	1	1	1
1	25	10	42	18	12	13	18	9
2	108	87	298	37	63	162	71	40
3	477	316		130				125

Ebene	Bamberg	Bayreuth	Landshut	Rosenheim	Passau		Hof	Kreis Lippe	Ratingen
					alt	neu		1	
0	1	1	1	1	1	1	1	16	1
1	10	170	11	.	8	16	5	169	10
2	41		59	.	69		27		63
3							82		

und fünften Eben zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausreichte, wurden diese Ebenen um jeweils eine Stelle erweitert. Obwohl nicht nötig, wurde zu diesem Zeitpunkt auch die zweite Ebene auf zwei Stellen erweitert, damit alle Ebenen in Folge einheitlich zwei Stellen besitzen. Über eine Fortsetzung der Zählung mit Hilfe von Buchstaben wurde dabei ebenfalls nachgedacht, aber aus Gründen der Einheitlichkeit zwischen den Städten und einer möglichst großen Entsprechung zu den ursprünglichen Vorgaben des Deutschen Städtetages (1976, 1979, 1991) wurde sie wieder verworfen.

Der Kreis Lippe geht mit seinem Schlüssel noch einen Schritt weiter, wodurch sich für den Gesamtschlüssel die hohe Stellenzahl von 22 ergibt. Da die oberste Gliederungsebene für diese Statistikstelle die Gemeindeebene ist, wird zur Kodierung der ersten Ebene der komplette Amtliche Gemeindeschlüssel (AGS) mit seinen acht Stellen verwendet, obwohl zur Kodierung der Gemeinden eigentlich nur die letzten drei Stellen davon benötigt werden.

Abbildung 5: Einwohner und Fläche aller Gebiete auf allen Ebenen



Die grau hinterlegten Gebiete am Koordinatenursprung sind detailliert in Abbildung 6 wiedergegeben. Die Städte beziehungsweise der Kreis Lippe sind mit ihrem KFZ-Kennzeichen versehen.

Anzahl der Gebiete

Aufgrund der unterschiedlichen Einwohnerzahl und Fläche der untersuchten Städte eignete sich die Anzahl der Gebiete auf den einzelnen Ebenen nicht für den Vergleich. Hier liefert die Anzahl der Einwohner je Gebiet und die Größe der Fläche der Gebiete, die beide im folgenden Abschnitt behandelt werden, aussagekräftigere Werte. Gleichwohl sind diese Zahlen für sich genommen interessante Anhaltspunkte und werden daher in Tabelle 9 dargestellt.

Einwohner und Fläche

Abbildung 5 zeigt ein Punktediagramm der Gebiete aller Ebenen dieser Untersuchung. Deutlich zu sehen sind hier außerhalb der Zusammenballung am Koordinatenursprung – von unten nach oben – die drei Städte Augsburg, Nürnberg und München. Rechts davon liegt mit 300.000 Einwohnern der Kreis Lippe. Hier zeigt sich deutlich die im Vergleich zu den Städten größere Fläche des Kreises. Das obere Diagramm von Abbildung 6 zeigt den in Abbildung 5 hervorgehobenen Bereich nahe des Koordinatenursprungs. In ihm liegen fast alle Gebiete. Das untere Diagramm dieser Abbildung enthält für denselben Ausschnitt lediglich die Gebiete des Kreises Lippe. Im Vergleich beider Diagramme ist deutlich zu sehen, dass sich auch hier die Tendenz von Abbildung 5 fortsetzt und die rechte untere Ecke des Diagramms ausschließlich von den Gebieten des Kreises beansprucht wird, da die Gebiete des Kreis auf allen Ebenen mehr Fläche

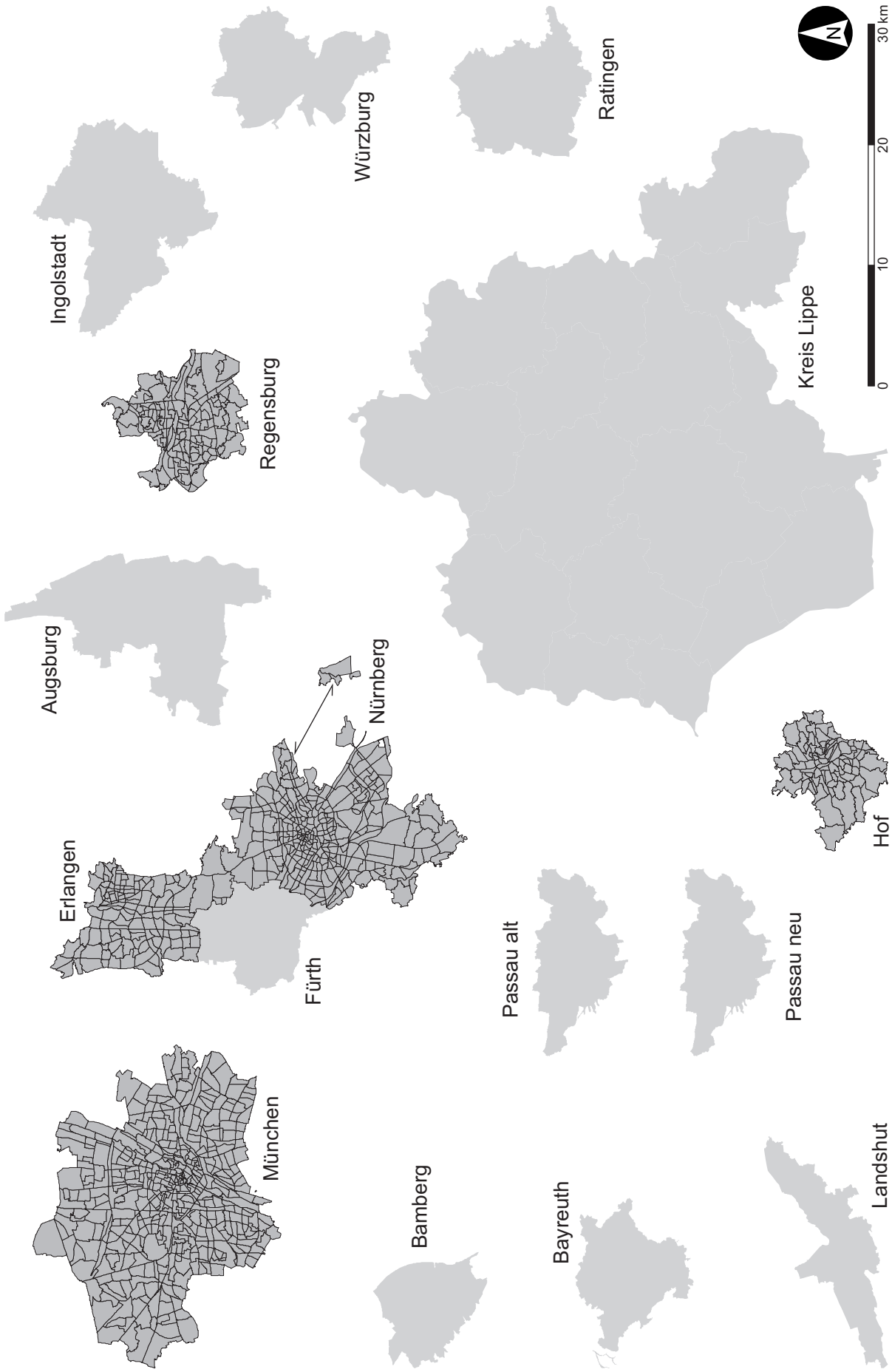


Abbildung 4: *Geometrien der 3. Ebene der Kleinräumigen Gliederung der beteiligten Städte*

Quelle: die jeweilige Stadt beziehungsweise Gemeinde

besitzen als die Gebiete der Städte. Bei den Gebieten der Stadt Ratingen zeigen sich dagegen keine weiteren Besonderheiten. Zwar besitzt diese Stadt im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl relativ viel Fläche, jedoch liegt sie im Diagramm auf einer Linie mit der Stadt Ingolstadt, die ebenfalls relativ viel Fläche besitzt.

Für den weiteren Vergleich von Einwohnern und Fläche der Städte werden Boxplots verwendet. Im Unterschied zum arithmetischen Mittelwert besitzen die Lagemaße dieses Diagrammtyps – speziell der Median und die beiden Quartile – eine größere Robustheit gegenüber Ausreißern. Auch kann mit seiner Hilfe der verwendete Wertebereich auf vier Stufen, der Linie des Medians (halbiert die Fälle), der Box (Hälfte der Fälle), den beiden Whisker (bei Normalverteilung 95% der Fälle) und den Ausreißern, übersichtlich dargestellt werden.

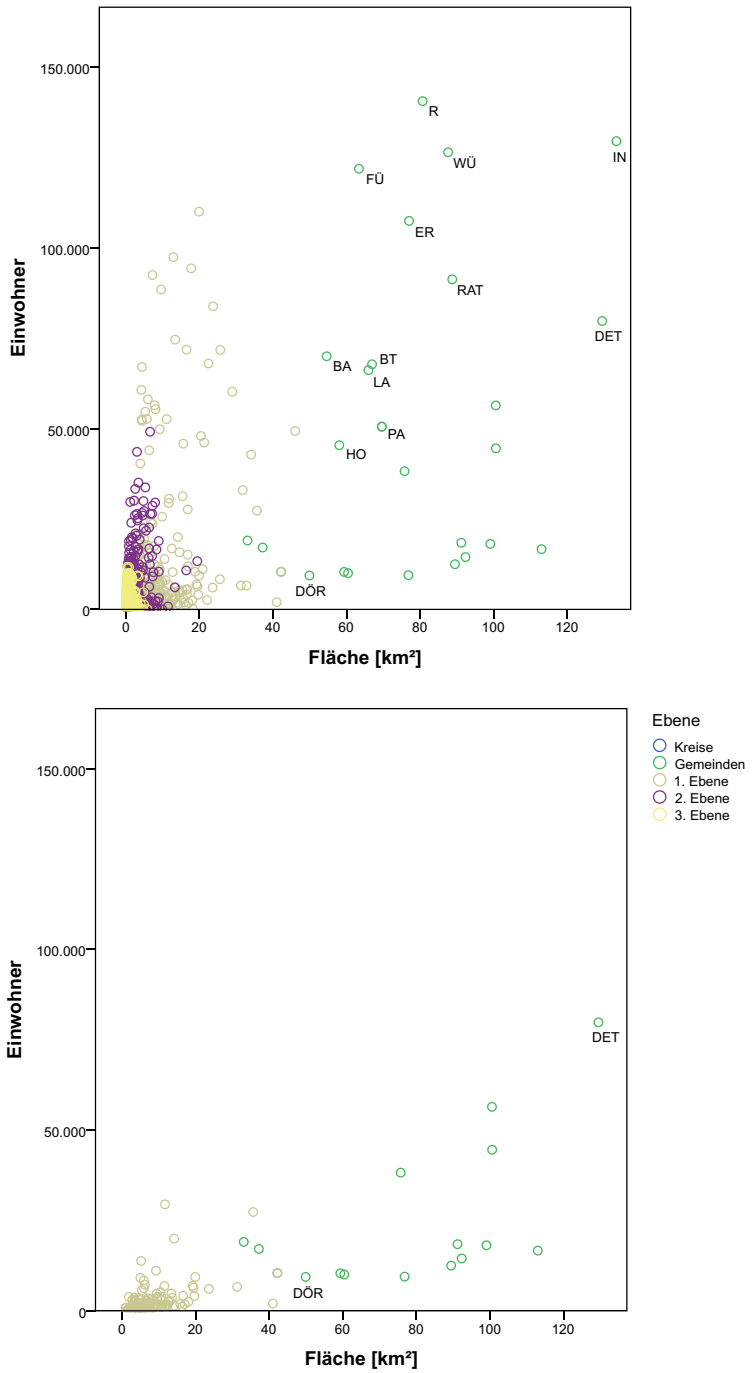
Abbildung 7 zeigt so für die untersuchten Ebenen der Städte die Einwohnerzahlen der einzelnen Gebiete: von links nach rechts Gemeinden (nur Kreis Lippe) sowie – soweit vorhanden – die erste bis dritte Ebene der jeweiligen Grobgliederung. Besonders auffallend ist, dass bei den beiden Städten München und Nürnberg die erste Ebene relativ viele Einwohner besitzt. Dass dies aber nicht unbedingt in Zusammenhang mit der Größe der Stadt stehen muss, zeigt die drittgrößte beteiligte Stadt, Augsburg, deren Gebiete der ersten Ebene relativ wenig Einwohner besitzen. Die Stadt Bayreuth wiederum besitzt auf der ersten (und einzigen) Ebene sehr wenig Einwohner, wohingegen bei der ersten Ebene der kleinsten beteiligten Stadt, Hof, relativ viele Einwohner in den Gebieten leben.

In Bezug auf die Einwohnerzahl lassen sich so oft nur verschiedene Ebenen der einzelnen Städte vergleichen. So entspricht die zweite Ebene in München und Nürnberg am besten der ersten Ebene der übrigen Städte und – ansatzweise – auch der Gemeindeebene des Kreises Lippe. Im Fall von Bayreuth lässt sich dagegen die erste Ebene am besten mit der zweiten, zum Teil auch nur mit der dritten Ebene der übrigen Städte vergleichen.

In Abbildung 8 wird auf die gleiche Weise die Fläche der Gebiete dargestellt. Bis auf die Gemeindeebene des Kreises Lippe, existieren hier sehr viel weniger Abweichungen der einzelnen Gebietsgliederungen voneinander. Beim Kreis Lippe dagegen macht sich die größere Fläche des Kreises bemerkbar. Wie bei den Einwohnern, so besitzen auch die beiden Städte München und Nürnberg bei der Fläche die größten Gebiete. Ebenfalls wie bei den Einwohnerzahlen hat auch hier die Stadt Augsburg relativ kleine Gebiete. Im Unterschied zur Abbildung mit der Einwohnerzahl weist die Stadt mit der kleinsten Anzahl an Einwohnern, Hof, auf der ersten Ebene Gebiete, die relativ groß und dadurch flächenmäßig am besten mit denen der beiden größten Städte vergleichbar sind. Genau wie bei der Einwohnerzahl, besitzt auch bei der Fläche die Stadt Bayreuth auf der ersten Ebene sehr kleine Gebiete.

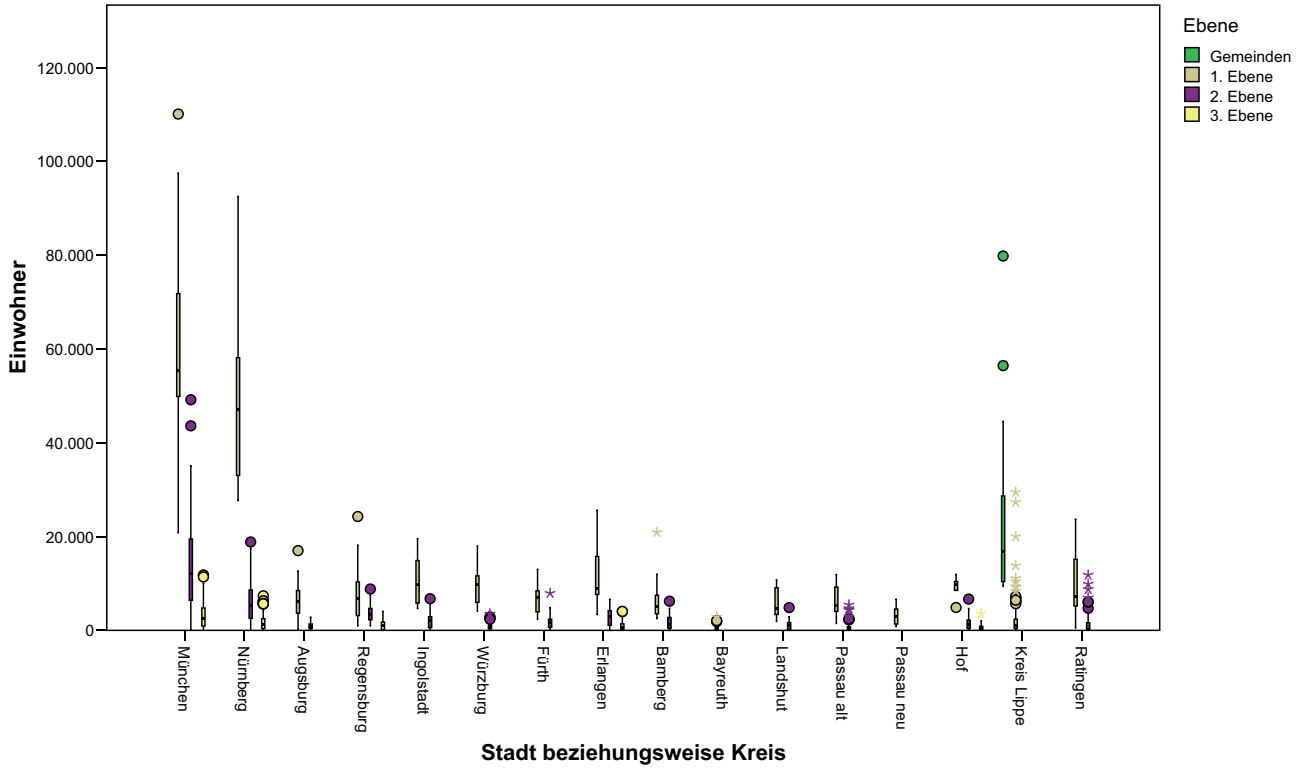
Insgesamt zeigt sich, genau wie bei den Einwohnerzahlen, dass auch in Bezug auf die Fläche nicht jede Ebene mit der entsprechenden Ebene einer anderen Stadt vergleichbar ist.

Abbildung 6: *Einwohner und Fläche aller Gebiete auf allen Ebenen. Das obere Diagramm zeigt alle Gebiete, das untere nur die Gebiete des Kreises Lippe.*



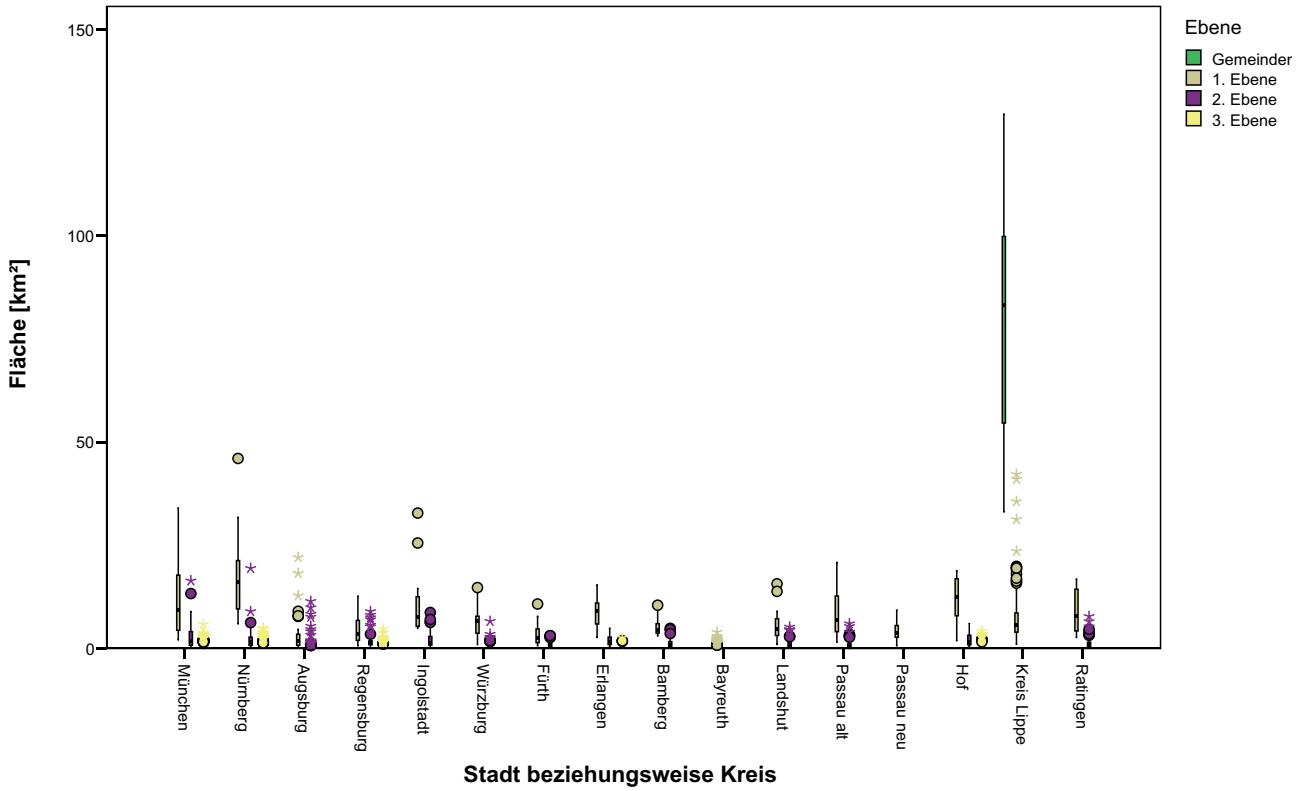
Ausschnitt der Gebiete am Koordinatenursprung mit weniger als 150.000 Einwohnern, die Städte sind mit ihrem KFZ-Kennzeichen versehen, zusätzlich: DET Detmold, DÖR Dörentrup, RAT Ratingen

Abbildung 7: *Boxplots der Einwohner aller Gebiete auf allen Ebenen*



Die Gemeindeebene ist nur für den Kreis Lippe dargestellt, Kreise stellen Ausreißer, Sterne stellen extreme Ausreißer mit mehr als dreifacher Boxhöhe dar.

Abbildung 8: *Boxplots der Fläche aller Gebiete auf allen Ebenen*



Die Gemeindeebene ist nur für den Kreis Lippe dargestellt, Kreise stellen Ausreißer, Sterne stellen extreme Ausreißer mit mehr als dreifacher Boxhöhe dar.

Resümee

Aus dem vorliegenden Vergleich der einzelnen Städte und aus den Erfahrungen, die beim Zusammenspielen der Daten gemacht wurden, lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- Im Städtevergleich beziehungsweise im Gespräch mit Kollegen eignet sich die Bezeichnung der Ebenen oder die für ihre Kodierung verwendete Stellenzahl des Schlüssels („Viersteller“ etc.) nicht. Stattdessen ist die Nummer der Ebene wesentlich aussagekräftiger. Da jedoch die beiden Ebenen der Feingliederung, die Blöcke und Blockseiten, bei allen Städten relativ vergleichbar sind und auch fast identisch bezeichnet werden, allerdings auf den Ebenen zwei bis vier der Kleinräumigen Gliederung liegen können, eignet sich hier die Bezeichnung „Blöcke“ und „Blockseiten“ wesentlich besser.
- Es gibt keine Gebietsgliederung, die alle Merkmale einer Stadt möglichst ausgeglichen wiedergibt. Wie am Beispiel der untersuchten Städte gezeigt, heißt eine Vergleichbarkeit bezüglich der Einwohnerzahl nicht auch eine bezüglich der Fläche und umgekehrt.
- Zwar besitzen moderne GI-Systeme die Möglichkeit, verschiedene Projektionen für die kartographische Ausgabe on the fly zusammenzuspielen. Allerdings geschieht dies nicht immer problemlos und spätestens bei der gemeinsamen Analyse sollten die Daten in einem Datensatz und damit in einer Projektion vorliegen. Für den Städtevergleich auf der Basis administrativer Raumbezugssysteme eignet sich für das Zusammenspielen der Geometriedaten der einzelnen Städte die Projektion ETRS89-LAEA sehr gut, da sie im Unterschied zu Gauß-Krüger oder UTM keine Meridianstreifen besitzt. Auch wurde von der Europäischen Union (INSPIRE, 2014, S. 8 f.) ETRS89-LAEA als Grundlage für einheitliche Rasterzellen empfohlen und vom VDSt als Empfehlung übernommen (Haußmann, 2014, Folie 20). Auf der Grundlage dieser einheitlichen Projektion lassen sich somit auch die Rasterzellen und die administrativen Gebiete verschiedener Städte sehr gut zusammenspielen.
- Ein Austausch der Einwohnerzahl und der Fläche der einzelnen Gebietseinheiten ist für den Neuaufbau der Grobgliederung der Kleinräumigen Gliederung äußerst hilfreich, da die Daten der anderen Städte sehr gute Orientierungswerte für die eigene Gliederung liefern. Wird dabei lediglich die Einwohnerzahl und die Fläche weiter gegeben, so besteht für die beteiligten Städte nicht die Gefahr, dass diese Daten anderweitig genutzt werden können, was nur mit Gebietsschlüssel und Gebietsgeometrie möglich ist.
- Die maximale Anzahl von drei Ebenen für die Grobgliederung sollte genutzt werden. Auf diese Weise lässt sich sowohl bei innerstädtischen Auswertungen sehr leicht eine passende Ebene auswählen, als auch beim Städtevergleich eine Ebene vergleichbarer Größe.
- Sollen mit Hilfe der Kleinräumigen Gliederung Daten zwischen einzelnen Städten ausgetauscht oder zusammengespielt werden, so ist eine einheitliche Schlüsselsystematik sehr hilfreich. Dieser einheitliche Gebietsschlüssel sollte die folgenden Eigenschaften aufweisen:
  - Wegen der führenden Nullen und den Trennzeichen sollte er alphanumerisch gespeichert werden.
  - Da im Unterschied zu SQL in einigen Programmen wie beispielsweise ArcGIS ein JOIN sich lediglich über ein Feld einer Tabelle erstrecken kann, sollte er in einem einzigen Feld kodiert werden.
  - Da die einzelnen Ebenen der Kleinräumigen Gliederung in den einzelnen Städten mit unterschiedlich vielen Schlüsselstellen kodiert werden, sollten die einzelnen Ebenen im Schlüssel durch ein Trennzeichen voneinander getrennt werden. Hier empfiehlt sich der bereits in vielen Städten verwendete Punkt. Das Reservieren einer maximalen Anzahl von Stellen pro Ebene wäre im Vergleich dazu ungünstig, gibt es doch immer einen noch längeren Sonderfall beziehungsweise wird dadurch die Struktur des Schlüssels bei den einzelnen Städten verdeckt.
  - Da sowohl die Grob- als auch die Feingliederung bei den einzelnen Städten eine unterschiedliche Anzahl von Ebenen besitzen, aber gerade die Feingliederung zwischen den Städten sehr vergleichbar ist, sollte für die Trennung von Grob- und Feingliederung ein gesondertes Trennzeichen, beispielsweise „|“, verwendet werden.
  - Entsprechend dem Kreis Lippe, sollte dem Schlüssel der Kleinräumigen Gliederung der Amtliche Gemeindeschlüssel für das Zusammenspielen von Daten verschiedener Städte vorangestellt werden. Zukunftsoffener wäre der Regionalschlüssel, da in ihm zusätzlich auch die Verwaltungsgemeinschaften verschlüsselt sind.

Wie schon am Anfang dieses Artikels findet sich auch für die Zusammenfassung ein schönes Zitat des ehemaligen Bonner Kollegen Fehre:

> *„Die Benennungen in den Städten sind zu vielseitig und unhomogen, um eine Vereinheitlichung durchführen zu können. [...] Auch der Vorschlag einer Normengrösse wurde nicht für möglich gehalten, weil Gewachsenes nicht geändert werden könne. Jede Stadt muss auf Grund der örtlichen Gegebenheiten die Einteilung treffen. [...] Eine einheitliche Benennung würde vielfach auch nur den Anschein erwecken, dass es sich um eine gleichmässige Einteilung handle, obgleich in der Bedeutung grosse Unterschiede bestehen.“*
>
> *(Fehre, 1953, S. 125)*

Dem lässt sich nur hinzufügen, dass sich generell, anstelle von administrativen Raumbezugssystemen, Rasterzellen sehr viel besser für den Vergleich von Städten eignen. Da auf europäischer Ebene die Europäische Union bei den administrativen Einheiten der europäischen Staaten mit demselben Problem zu kämpfen hat, werden dort seit dem Zensus 2011 diese einheitlich großen quadratischen Gebiete verwendet. Da sich die Einwohnerzahl innerhalb der administrativen Gebiete mit der Zeit auch ändert, müssen diese auch regelmäßig nachgeführt werden, was bei Rasterzellen entfällt.

Zuletzt sei nochmals ganz herzlich den teilnehmenden Städten gedankt, die ihre Daten zur Verfügung gestellt haben!

Literatur

Bayerisches Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde (Hrsg.) (1982): Kleinräumige Gliederung der Gemeinde. Auswertung von Daten der Volkszählung 1983 für Aufgaben der Ortsplanung und des Städtebaus. (Arbeitsblätter für die Bauleitplanung Nr. 3.), o. O.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.) (1979): Arbeitshilfe zur Volkszählung 1981. Empfehlung zur kleinräumigen statistischen Gebietsgliederung. Düsseldorf.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1967): Richtlinien für eine kleinräumige Gliederung des Stadtgebiets für Zwecke der Aufbereitung statistischer Angaben vom 10. April 1967 (W 693 mit Anlage 734 - 10/26 55). nach: Die Gliederung des Stadtgebietes. (= Raum und Bevölkerung 7. Forschungsberichte des Ausschusses „Raum und Bevölkerung" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1976): Kleinräumige Gliederung des Gemeindegebiets. Empfehlungen und Entwürfe. Erarbeitet im Ausschuss Kommunalstatistik und Verwaltungsautomation im Verband Deutscher Städtestatistiker. (Deutscher Städtetag, Reihe H: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung. Heft 6.), Köln.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1979): Kleinräumige Gliederung. Räumliches Ordnungssystem Zensus 1981. Erarbeitet im Ausschuss Kommunalstatistik und Verwaltungsautomation des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. (Deutscher Städtetag, Reihe H: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung. Heft 15.), Köln.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (1991): Kommunale Gebietsgliederung. Empfehlungen zur Ordnung des Straßen-/Hausnummernsystems und Gliederung des Gemeindegebiets nach Gemeindeteilen, Blöcken und Blockseiten sowie DV-Organisation. Neu bearbeitet vom Verband Deutscher Städtestatistiker auf der Grundlage der geltenden Empfehlungen des Deutschen Städtetages. (Deutscher Städtetag, Reihe H: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung. Heft 39.), Köln.

Fehre, [Horst] (1953): Abgrenzung von Gebietseinheiten und deren Benennung in Großstädten. In: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) [(Hrsg.)] (1953): Bericht über die 53. Tagung in Heidelberg 1953. 53. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker am 27. bis 28. Oktober 1953 in Heidelberg. Heidelberg, S. 124–126.

Fehre, Horst (1979): Vom Zweistufensystem zum kleinräumigen Zuordnungssystem. Der Weg von der Grobgliederung zur Feingliederung des Stadtgebiets. In: Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) [(Hrsg.)] (1979): Städtestatistik und Stadtforschung. Leistungen, Aufgaben, Ziele. 100 Jahre Verband Deutscher Städtestatistiker 1879–1979., Hamburg, S. 146–163.

Haußmann, Michael (2014): Rasterdaten – eine Revolution der kleinräumigen Statistik? Ergebnisse des Workshops in Stuttgart am 25./26.02.2014. http://www.staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/Duisburg2014/DU510_Haussmann_PositionRasterdaten.pdf (26. Juli 2015)

INSPIRE (2014): D2.8.I.2 Data Specification on Geographical Grid Systems – Technical Guidelines. Datum 17. April 2014, Version 3,1, http://inspire.ec.europa.eu/documents/Data_Specifications/INSPIRE_DataSpecification_GG_v3.1.pdf (26. Juli 2015)

Anett Müller

„Vor allem aber muss die Stadt fühlen, dass sie ein Statistisches Bureau hat und was sie daran hat.“[1] Vor 150 Jahren begann die Geschichte der Leipziger Kommunalstatistik

Statistische Informationen sind für die Leipziger Kommunalverwaltung zu einem täglichen Arbeitsinstrument geworden. Gerne verwendet und bedient man sich dieser (und zwar über alle Ämter und Einrichtungen hinweg), um Hintergründe zu analysieren, Entwicklungen zu beobachten, Prognosen abzugeben, Ziele und Strategien für das zukünftige Handeln zu erarbeiten, Entscheidungen vorzubereiten oder um sich zu vergleichen. Aber auch Auskünfte an Dritte oder die Bereitstellung von frei verfüg- und nutzbaren Daten in Portalen gehören dazu. Ja, eigentlich geht es gar nicht mehr ohne Zahlen, Tabellen, Diagramme, Zusammenstellungen und Auswertungen, auch wenn sie bei allen nicht immer gleichermaßen beliebt sind. Das Amt für Statistik und Wahlen hat sich im Laufe seines Bestehens – es kann auf 150 Jahre Geschichte zurückblicken – etabliert, es ist zu einem festen Bestandteil der Stadtverwaltung geworden.

Dr. Anett Müller
Historikerin und Archivarin, seit 1994 Bestandsreferentin im Stadtarchiv der Stadt Leipzig
anett.mueller@leipzig.de

Schlüsselwörter:
Geschichte der Statistik – Kommunalstatistik – Leipzig

Im Dezember 1865 wandten sich die Stadtverordneten im Zuge der Haushaltsplanung für das Jahr 1866 an den Rat und fragten an, ob nicht auch für die Stadt Leipzig die Errichtung eines Statistischen Bureaus als geboten erscheine. In ihren Ausführungen verwiesen sie auf den „außerordentlichen Nutzen, den das ergiebige und in geeigneter Weise und Richtung gesammelte Material einer möglichst vielseitigen Statistik“ für die Verwaltung, aber auch „in entsprechender Verwerthung für das allgemeine Beste“ hat und auf die positiven Erfahrungen anderer Städte. Die Bürgerschaftsvertreter sahen in den Bevölkerungslisten, die man vom Statistischen Bureau in Dresden zurückerlangen wollte, ein sehr wertvolles, geordnetes Material. Sie versprachen sich von der Auswertung Hinweise auf das „weitere Bauen“ und die „Beantwortung der nächstliegenden Fragen, wie nach der Dichtigkeit der Bevölkerung in einzelnen Stadttheilen und Straßen, ihren Verhältnissen im Allgemeinen, ihrer Bedürftigkeit und den bezogenen Almosen, der gesundheitlichen Zustände und deren Bedingungen“.[2]

Der Rat kam der Anregung der Stadtverordneten nach und beschloss am 10. März 1866 die Anstellung eines Aktuars, „eines wissenschaftlich gebildeten Beamten“, und eines Expedienten für „archivarische und chronikalische und zugleich statistische Zwecke“. Von den Beamten erwartete die Stadtverwaltung die Sammlung chronikalischer Nachrichten, die Ordnung und Weiterführung des Archivs und die Erarbeitung statistischer Angaben für die Verwaltung und „in wissenschaftlicher Form“, wobei die Ergebnisse in den Jahresberichten der Verwaltung veröffentlicht werden sollten. Aufgrund der „gänzlichen Unzureichenheit“ der Arbeitskräfte konnten noch keine Verwaltungsberichte herausgegeben werden, was aber „so sehr wünschenswerth erscheint“, um wiederkehrend statistische Aufnahmen und Mitteilungen, aber überhaupt „Darstellungen unserer weitverzweigten städtischen Verwaltung“ und vor allem „richtige Anschauungen und Kenntnisse über unser Gemeinwesen“ zu verbreiten, so der Stadtrat.[3]

Bis zur Anstellung von Georg Friedrich Knapp (1842–1926) als „Stadtarchivar“ am 1. Mai 1867 erörterten Rat und Stadtverordnete wiederholt den Geschäftskreis. Der Stadtrat betonte immer wieder die Beschränkung auf das Erforderliche, aus finanziellen Gründen und zur Sammlung von Erfahrungen. Die Stadtverordneten hingegen stellten die Bedeutung der Statistik heraus. So lag für sie der Wert des geschichtlichen Quellenmaterials alleinig im „historischen Archiv“ und nur

dafür sollte der Leiter des Statistischen Bureaus zuständig sein. Gleichermaßen reichte ihnen die vom Rat gewünschte wissenschaftliche (juristische) Vorbildung nicht aus, die Stelle verlange vielmehr eine mehrseitig nationalökonomisch, geschichtlich und kulturgeschichtlich gebildete und befähigte Persönlichkeit.[4]

Erste statistische Ämter waren 1861 in Bremen, 1862 in Berlin, 1865 in Frankfurt am Main und 1866 in Hamburg gegründet worden.[5] Leipzig gehörte mit zu den Vorreitern. Allen Städten war gemein, dass sie sich in bisher nicht gekannten Dimensionen entwickelten; die Bevölkerung nahm rasant zu, Industrie und Handel siedelten sich verstärkt an. Das rapide Städtewachstum erforderte aufbereitete Informationen und Daten für alle Bereiche der Verwaltung.

Dabei wurden oftmals die neuen Aufgaben zeitlich befristet, mit anderen Obliegenheiten zusammengefasst oder auch anderen Organisationseinheiten unterstellt, was dem neuen Tätigkeitsfeld „Statistik" geschuldet war, da Praxis und Routinen noch fehlten. So erhielt auch das am 1. Mai 1867 in Leipzig gegründete Stadtarchivariat und Statistische Bureau zunächst einen sehr breiten und weit über die Statistik hinausgehenden Aufgabenbereich. Diese vielseitigen Verpflichtungen und den missverständlichen Titel merkte Georg Friedrich Knapp bereits vor seiner Anstellung beim Leipziger Rat an, Letzterer beharrte jedoch auf beidem.

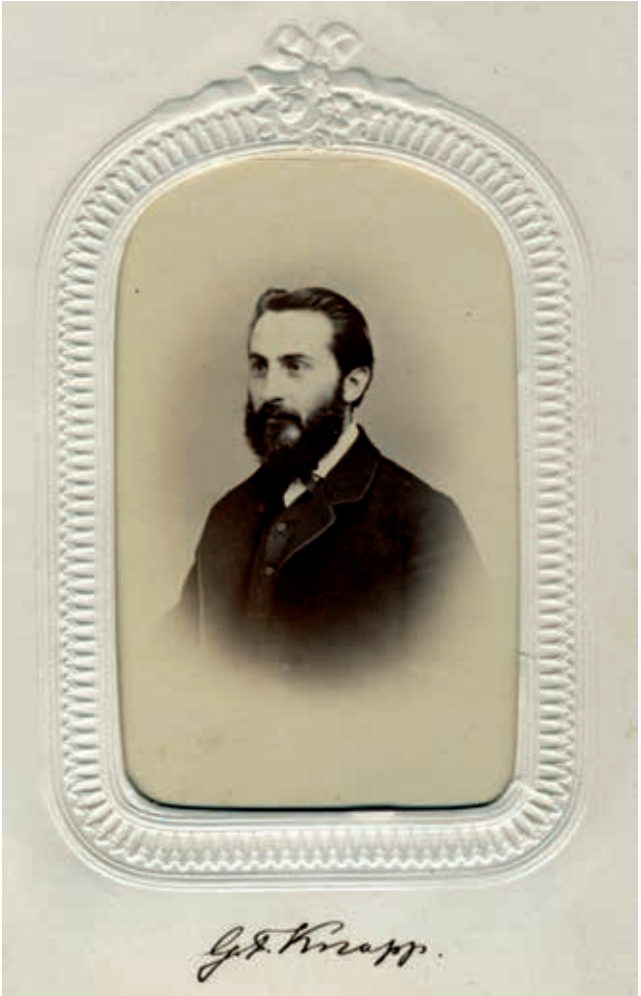
Knapp hatte Physik, Chemie, Nationalökonomie und Mathematik in München, Berlin und Göttingen studiert, 1865 zu einem finanzwirtschaftlichen Thema promoviert und bei Ernst Engel (1821–1896), dem Direktor des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, gearbeitet. Der Rat warb ihn vom Herzoglich Anhaltinischen Statistischen Bureau in Dessau ab, eine Ausschreibung der Stelle erfolgte nicht.

Seine Wahl für Leipzig begründete Knapp folgendermaßen: „Gerade die Eigenschaften Leipzigs als einer Universitätsstadt, wo man unterstützt durch alle Hilfsmittel der Anstalten und des Umgangs jeder gestellten Aufgabe in viel höherem Grade gerecht werden kann(,) während man zugleich mit fortschreitet, machen es mir erwünscht(,) die Lösung derjenigen Aufgaben zu versuchen(,) die mit der von Ihnen ausgeschriebenen Stelle verbunden sein werden."[6]

Einer der ersten Aufgaben des Stadtarchivariats und statistischen Bureaus war die Volkszählung am 3. Dezember 1867. Während die Haus- und Haushaltungslisten bisher durch die Bewohner ausgefüllt und ungeprüft dem Sächsischen Statistischen Bureau übergeben wurden, ließ Knapp sie nunmehr durch Ratsbeamte kontrollieren und in Leipzig auszählen und auswerten. Erste Ergebnisse wurden im Leipziger Tageblatt vom 4. März 1868, 22. März 1868 und 27. Mai 1868 sowie in den Mitteilungen des statistischen Bureaus der Stadt Leipzig veröffentlicht. Von 1868 bis 1874 erschienen acht Hefte, die sich mit folgenden Themen beschäftigten:

- Heft 1–3 Leipzigs Bevölkerung,
- Heft 4 Die Verteilung der Gewerbe- und Personalsteuer in Leipzig,
- Heft 5 Über den Bevölkerungswechsel in Leipzig in den Jahren 1850–1867,

Abbildung 1: *Georg Friedrich Knapp (1842-1926), erster Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Leipzig*



Quelle: Universitätsarchiv Leipzig, FS N 6241-99

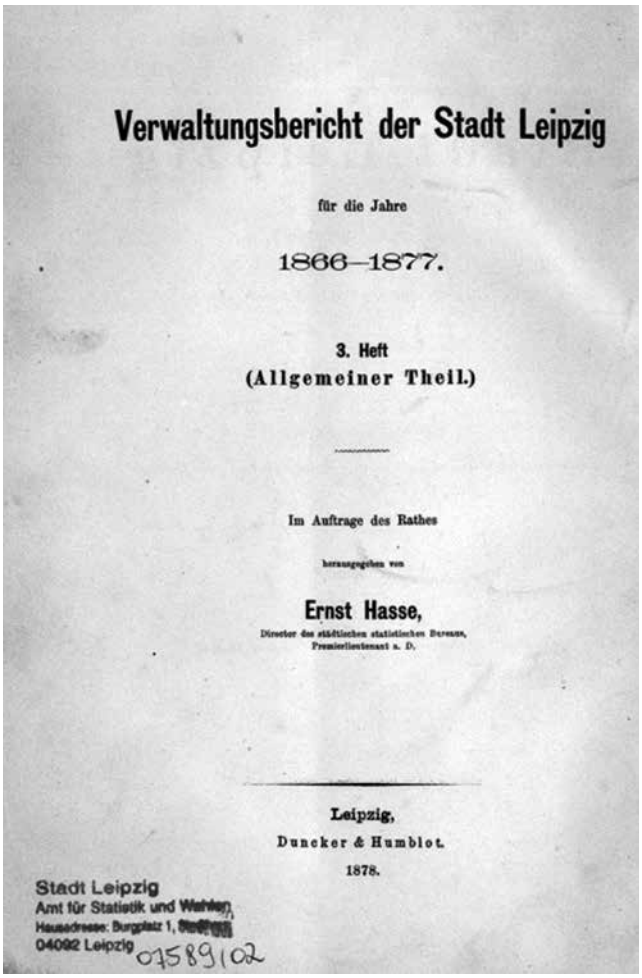
- Heft 6 Ältere Nachrichten über den Bevölkerungswechsel in den Jahren 1868–1871,
- Heft 7 Leipzigs Bevölkerung im Jahre 1871,
- Heft 8 Bevölkerungswechsel 1868 bis 1873, Änderungen der Sterblichkeit 1751 bis 1870, Die Haushaltungen geordnet nach der Dichtigkeit des Wohnens 1867 und 1871, Sterblichkeit und Wohnungsverhältnisse, Tafeln über die Todesursachen, Tafeln über Geborene, Verstorbene und über Eheschließungen.

Die Leistungen von Knapp fanden in Fachkreisen so große Resonanz und Anerkennung, dass man ihm eine Professur für Staatswissenschaften an der Universität Tartu (Dorpat) anbot. Da dem Leipziger Rat sehr an der Agenda und auch an dem Stelleninhaber gelegen war, verschaffte Bürgermeister Koch (1810–1876) ihm einen entsprechenden Wirkungskreis an der Leipziger Universität, so dass Knapp mit 27 Jahren zum außerordentlichen Professor für Statistik an der Philosophischen Fakultät berufen wurde.[7] Außerdem wandelte der Rat seine Stelle, die 1867 nur für drei Jahre begründet worden war, in eine etatmäßige mit Pensionsberechtigung um. Das Archiv

wurde zwar, so wie von Knapp gefordert, vom Statistischen Bureau getrennt, aber der Geschäftskreis des Statistischen Bureaus nicht weiter konkretisiert.

Im September 1874 nahm Knapp eine ordentliche Professur für Nationalökonomie an der Universität Straßburg an; er entschied sich endgültig für eine wissenschaftliche Karriere und bat den Leipziger Rat um Entlassung aus seiner Stelle. In einem Abschlussbericht „Ueber die gegenwärtige Lage und die Zukunft des Statistischen Bureaus der Stadt Leipzig" vergegenwärtigte er die sieben Jahre seiner Tätigkeit als Leiter des Statistischen Bureaus und umriss die nächstliegenden Aufgaben.[8] Aus seiner Sicht hatte das Bureau in zwei Richtungen gewirkt: Ein Teil der Arbeiten leisteten einen Beitrag zu volkswirtschaftlichen Untersuchungen, der andere Teil einen Beitrag zur Begutachtung der Sanitätsverhältnisse im weitesten Sinne. Der Nutzen lag dabei nicht nur im Druck der Hefte, sondern vielmehr in der Unterstützung der Behörden und Privatpersonen, „welche sich desselben zu bedienen wissen", so zum Beispiel der Ärzte. Knapp beklagte hier aber ein wenig die geringe Inanspruchnahme. Als zukünftige Obliegenheiten sah er die „räumliche Erweiterung des Geschäftskreises" auf die Gerichtsämter I und II hinsichtlich der Volkszählung und ebenso der Statistik der Geburten und Sterbefälle. Hierdurch könne auch das Listenmaterial der Vorstädte „nach Belieben ausgebeutet werden", was hinsichtlich der anstehenden Eingemeindungen von Bedeutung werden könnte. Ebenso maß er der sachlichen Erweiterung des Geschäftskreises bei einer entsprechenden Erhöhung der bewilligten Geldmittel Bedeutung bei und nannte als mögliche Themen eine Statistik der Besteuerung oder eingehende „Studien über die Lage der arbeitenden Classen". Dem zukünftigen Direktor müsse die Verpflichtung auferlegt werden, „regelmässig in der Presse und in geeigneten Vereinen belehrend und anregend zu wirken, damit das Publicum mehr Verständniss und grösseren Nutzen von dem Bureau erhalte." Die Mitteilungen des statistischen Bureaus, die „so gut wie gar nicht gekauft und sicher noch viel weniger gelesen worden" sind, waren für ihn „Quellenwerke zur späteren Verwerthung". Es bedürfe einer anderen Form der Vermittlung, eine „publicistische Thätigkeit" ist jetzt geboten, ohne dass die Quellenwerke aufgegeben werden sollten. Daneben regte er auch die Verbreitung und Berichterstattung über den Kongress für Gesundheitspflege, den Volkswirtschaftlichen Kongress oder den Verein für Socialpolitik an.

Abbildung 2: *Titelseite des 3. Heftes des Verwaltungsberichtes der Stadt Leipzig: Das Heft trägt den Titel „Die Stadt Leipzig und ihre Umgebung, geographisch und statistisch beschrieben". und kann als Vorläufer des ab 1913 erscheinenden Statistischen Jahrbuchs der Stadt Leipzig angesehen werden.*



Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig

für die Jahre

1866–1877.

3. Heft
(Allgemeiner Theil.)

Im Auftrage des Rathes

herausgegeben von

Ernst Hasse,
Director des städtischen statistischen Bureaus,
Premierlieutenant a. D.

Leipzig,
Duncker & Humblot.
1878.

Stadt Leipzig
Amt für Statistik und Wahlen,
Hausadresse: Burgplatz 1,
04092 Leipzig
07589102

Für die Jahre 1866–1877

Knapps Nachfolger wurde Ernst Friedrich Hasse (1846–1908). Er hatte ebenfalls das Seminar des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus unter Leitung von Ernst Engel besucht und trat am 1. April 1875 sein Amt als Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig an. Hasse griff die Anregungen von Knapp auf. Er publizierte regelmäßig in verschiedenen Organen und hielt Vorträge zu den unterschiedlichsten Themen, die teilweise auch veröffentlicht wurden, so sein Vortrag „Statistische Wanderungen durch Leipzig", gehalten am 8. März 1876 im Verein von Freunden der Erdkunde, oder der Vortrag „Die Einverleibung der Leipziger Vororte in die Gemeinde Leipzig" am 8. November 1881 in der Gemeinnützigen Gesellschaft. Unter seiner Leitung erschien 1884 auch erstmals ein Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig, der nachfolgend jährlich herausgegeben wurde. Hasse habilitierte 1885 an der Universität Leipzig, war zunächst Privatdozent und von 1886 bis 1908 außerordentlicher Professor für Statistik an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig. Hasses Interessengebiet war breit, er widmete sich der Sozial-, Wirtschafts-, Kommunal- und Kolonialpolitik und führte entsprechende statistische Untersuchungen durch, wobei der Statistikbegriff weit zu fassen ist.[9] Man verstand darunter noch Datensammlung, zahlengestützte Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsbeschreibung, aber auch die Erforschung von Gesetz- und Regelmäßigkeiten, zunehmend unter Verwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung, und die dazu notwendige Methodenlehre. Die Statistik als eigenständige praktische und wissenschaftliche Disziplin bildete sich erst heraus.[10]

Im Jahre 1879 trafen sich in Berlin erstmals die Vertreter der kommunalen statistischen Ämter zu einer „Conferenz der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte". Der Erfahrungsaustausch und die Lösung praktischer Fragen

standen im Mittelpunkt der nachfolgenden regelmäßigen Zusammenkünfte. Aus diesen gründete sich 1904 der Verband Deutscher Städtestatistiker, dessen erster Vorsitzender Ernst Hasse war.[11] Hasse kam das Verdienst zu, zur überregionalen und ebenso zur internationalen Vernetzung des Statistischen Amtes beigetragen zu haben, denn seit 1886 war er auch ordentliches Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts.[12]

Die Kommunalstatistik hat sich im Laufe der Zeit als ein eigenständiger Bereich der Statistik herausgebildet. Zu den heutigen Aufgaben des Amtes für Statistik und Wahlen zählen neben der Organisation und Durchführung von Wahlen, Entscheiden und Zählungen die Sammlung, Erhebung, Erschließung und Veröffentlichung von Daten über Leipzig, wissenschaftliche statistische und stadtforscherische Analysen, die Benennung von Straßen und das Führen des Adressregisters einschließlich der Vergabe der Hausnummern. Auch wenn es in den vergangenen 150 Jahren manche Änderung für die Kommunalstatistik gab, so dürfte die bereits anfänglich zitierte Erwartung an den „außerordentlichen Nutzen, den das ergiebige und in geeigneter Weise und Richtung gesammelte Material einer möglichst vielseitigen Statistik" hat, unveränderte Gültigkeit besitzen.

1 Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 2, Bl. 104. So Georg Friedrich Knapp in seinem Bericht „Ueber die gegenwärtige Lage und die Zukunft des Statistischen Bureaus der Stadt Leipzig" vom 18. September 1874.
2 Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 1, Bl. 2.
3 Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 1, Bl. 9 f.
4 Vgl.: Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 1, Bl. 12 f.
5 Vgl.: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, 5/2008, S. 23 sowie Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Stadtforschung und Statistik, 2/2004, S. 15.
6 Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 1, Bl. 39 f.
7 Vgl.: http://www.uni-leipzig.de/unigeschichte/professorenkatalog/leipzig/Knapp_874/markiere:knapp/, Zugriff am 01.07.2016.
8 Vgl.: Stadtarchiv Leipzig, Kap. 10 Nr. 41 Bd. 2, Bl. 98–104. Knapp schreibt, dass das Stadtarchivariat und statistische Bureau zum 1. Oktober 1867 in Tätigkeit getreten ist, was sich vermutlich auf die Vorbereitung der Volkszählung vom 3. Dezember 1867 bezieht. Knapp selbst wurde bereits am 1. Mai 1867 als „Stadtarchivar" verpflichtet.
9 Vgl. u. a.: Gerald Kolditz, Hasse, Ernst Traugott Friedrich, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: http://www.isgv.de/saebi/ (20.7.2016) sowie http://www.uni-leipzig.de/unigeschichte/ professorenkatalog/leipzig/Hasse_835/markiere:Hasse/, Zugriff am 20.07.2016.
10 Vgl.: Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Stadtforschung und Statistik, 2/2004, S. 35 f.
11 Vgl.: Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Stadtforschung und Statistik, 2/2004, S. 29.
12 Vgl. u. a.: Gerald Kolditz, Hasse, Ernst Traugott Friedrich, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: http://www.isgv.de/saebi/ (20.7.2016) sowie http://www.uni-leipzig.de/unigeschichte/professorenkatalog/leipzig/Hasse_835/markiere:Hasse/, Zugriff am 20.07.2016.

Soziale Spaltungen in Berlin

Eine Rezension des Buches „Soziale Spaltungen in Berlin“ von Ulrich Bochum, Jeffrey Butler, Klaus Kohlmeyer und Stephanie Odenwald

Berlins Image war lange Jahre durch den genialen Stadtmarketingslogan „arm aber sexy“ des früheren Bürgermeisters Wowereit geprägt, der die prekäre Lage der Stadt plötzlich als Erfüllungsraum mannigfacher Möglichkeiten erscheinen ließ. Zur Selbsterhöhung und Mystifizierung Berlins gehört seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Eigenwahrnehmung als ewig unfertiger Stadt und Labor einer neuen Zeit.

Tatsächlich hat Berlin um 2005 eine Trendwende vollzogen. Es gibt mehr Jobs, die Einnahmesituation des Landes hat sich verbessert und Berlin ist ein Magnet für Touristen sowie Zuwanderer aus vielen (Bundes-)Ländern. Für große Teile der Berliner Bevölkerung hat sich die soziale und wirtschaftliche Lage dadurch aber nicht grundlegend verbessert, sondern teilweise sogar verschärft.

In ihrem Buch „Soziale Spaltungen in Berlin“ gehen die vier Autoren den attestierten Spaltungsprozessen und ihren treibenden Kräften nach. Es sind Praktiker, die hier schreiben. Ulrich Bochum arbeitet als Berater für Betriebs- und Personalräte, Jeffrey Butler ist im Bezirksamt Mitte von Berlin für die Gesundheits- und Sozialberichterstattung zuständig, Klaus Kohlmeyer ist Geschäftsführer eines beruflichen Qualifizierungsnetzwerkes für Migrantinnen und Migranten und Stephanie Odenwald war im GEW

ISBN 978-3-89965-682-4, 9,80 EUR, 177 Seiten, erschienen im VSA Verlag, Hamburg, 2016

Hauptvorstand zuständig für Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Ausgehend von der Frage, die der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann bereits 2002 stellte „Berlin – von der geteilten zur gespaltenen Stadt“ wird in sieben Kapiteln die sozialräumliche Polarisierung untersucht. Stichwörter sind: Migration und Flüchtlinge, Bildung, Wohnungsnot und Gentrifizierung, Armut und Gesundheit sowie prekärer Aufschwung im Dienstleistungsbereich und durch atypische Beschäftigungsverhältnisse.

Dargestellt und diskutiert werden Förderprogramme und die Fähigkeit der Verwaltung, zielgerichtet und effizient zu handeln. Nicht zuletzt die eklatanten Terminengpässe in den Bürgerämtern und das konstatierte Verwaltungsversagen bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms haben auch bundesweit immer wieder für Aufmerksamkeit besorgt.

Wie wertvoll amtliche und kommunale Statistiken für sozialstrukturelle Untersuchungen sind, zeigt auch diese Veröffentlichung. Gerade in Zeiten der Loslösung des öffentlichen und weböffentlichen Diskurses von belastbaren Fakten ist eine überprüfbare und vertrauenswürdige Basis unerlässlich.

Die Autoren schreiben und argumentieren aus einer entschieden linken Position heraus. Die von ihnen eingenommene Perspektive verengt aber nicht die analytische Darstellung, so dass dieses Buch für alle informativ ist, die sich mit Disparitäten und räumlicher Polarisierung beschäftigen. Interessant ist es aber auch für diejenigen, die hinter die Kultur- und Eventoberfläche der Bundeshauptstadt sehen wollen.

Hartmut Bömermann